

# Landtag des Saarlandes

## 16. Wahlperiode



Pl. 16/37  
11.03.20

### 37. Sitzung

am 11. März 2020, 09.00 Uhr, im Gebäude des  
Landtages

Beginn: 09.01 Uhr  
Ende: 17.49 Uhr

#### **PRÄSIDIUM:**

Präsident Toscani (CDU)  
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)  
Zweiter Vizepräsident Heinrich (CDU)  
Dritte Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)  
Erste Schriftführerin Berg (SPD)  
Zweiter Schriftführer Thielen (CDU)  
Dritter Schriftführer Müller (AfD)

#### **REGIERUNG:**

Ministerpräsident, auch zuständig für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie, Hans (CDU)  
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Rehlinger (SPD)  
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister der Justiz Strobel (CDU)  
Minister für Inneres, Bauen und Sport Bouillon (CDU)  
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Bachmann  
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)  
Ministerin für Bildung und Kultur Streichert-Clivot

#### **Es fehlen:**

Abg. Eder-Hippler (SPD)  
Abg. Enschede (fraktionslos)  
Abg. Lafontaine (DIE LINKE)  
Abg. Lander (DIE LINKE)

Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung .....	2632	<b>17. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Sicherstellung einer flächendeckenden stationären/teilstationären Gesundheitsversorgung durch leistungsfähige Krankenhäuser im Saarland (Drucksache 16/1257) .....</b>	<b>2647</b>
Änderung der Tagesordnung .....	2632	Besucherbegrüßung .....	2647
<b>5. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: US-Airbase Spangdahlem schließen (Drucksache 16/1237) .....</b>	<b>2633</b>	Abg. Schramm (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1239.....	2647
<b>6. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: US-Airbase Ramstein schließen (Drucksache 16/1238) .....</b>	<b>2633</b>	Abg. Müller (AfD) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1230.....	2648
Tagesordnungspunkte 5 und 6 vom Antragsteller zurückgezogen .....	2633	Besucherbegrüßung .....	2650
<b>Abgabe einer Regierungserklärung durch die Ministerin Monika Bachmann zum Thema „COVID-19 - Situation im Saarland und Maßnahmen der Landesregierung“.....</b>	<b>2633</b>	Abg. Scharf (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1257.....	2650
Ministerin Bachmann.....	2633	Besucherbegrüßung .....	2652
Abg. Schäfer (CDU).....	2639	Abg. Georgi (DIE LINKE).....	2652
Abg. Schramm (DIE LINKE).....	2641	Abg. Dr. Jung (SPD).....	2653
Abg. Dr. Jung (SPD).....	2642	Ministerin Bachmann.....	2656
Abg. Dörr (AfD).....	2645	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1239, Ablehnung des Antrages .....	2658
Abg. Schäfer (CDU).....	2646	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1230, Ablehnung des Antrages .....	2658
Abg. Müller (AfD).....	2646	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1257, Annahme des Antrages .....	2658
Ministerin Bachmann.....	2647	<b>1. Erster Zwischenbericht der Enquete-kommission „Digitalisierung im Saarland - Bestandsaufnahme, Chancen, Maßnahmen“ (Drucksache 16/1220 - neu) .....</b>	<b>2659</b>
<b>10. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Gute Gesundheitsversorgung sichern - das Saarland braucht eine verlässliche Krankenhausplanung (Drucksache 16/1239) .....</b>	<b>2647</b>	Abg. Renner (SPD), Berichterstatter....	2659
<b>11. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Ursache der Krankenhausschließungen benennen (Drucksache 16/1230) .....</b>	<b>2647</b>	Abg. Flackus (DIE LINKE).....	2662
		Abg. Mildau (CDU).....	2664
		Abg. Dörr (AfD).....	2667
		Abg. Renner (SPD).....	2668

<b>2. Erste und Zweite Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Behindertengleichstellungsgesetzes (Drucksache 16/1240) .....</b>	Abg. Müller (AfD).....	2686
	Abstimmung, Ablehnung des Antrages .....	2686
Abg. Scharf (CDU) zur Begründung....		2670
Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1240, Annahme in Erster Lesung .....		2671
Aufhebung der Beratungsfrist zur Zweiten Lesung .....		2671
Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1240, Annahme in Zweiter und letzter Lesung .....		2671
Unterbrechung der Sitzung .....		2671
<b>4. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Der Erhöhung des Rundfunkbeitrages nicht zustimmen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf ein notwendiges Maß reduzieren (Drucksache 16/1234) .....</b>		2671
Abg. Müller (AfD) zur Begründung.....		2671
Besucherbegrüßung .....		2673
Abg. Heib (CDU).....		2673
Abg. Spaniol (DIE LINKE).....		2675
Abg. Müller (AfD).....		2676
Abg. Commerçon (SPD).....		2677
Abstimmung, Ablehnung des Antrages .....		2679
<b>7. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Anwendung von Recht und Gesetz in der Causa GdP-Landeschef Maaß (Drucksache 16/1229) .....</b>		2680
Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....		2680
Abg. Theobald (CDU).....		2682
Abg. Georgi (DIE LINKE).....		2683
Abg. Pauluhn (SPD).....		2684
<b>9. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Rücknahme der Bonpflicht - Zettelwirtschaft stoppen (Drucksache 16/1232) .....</b>		2687
Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....		2687
Abg. Oberhausen (CDU).....		2688
Abg. Flackus (DIE LINKE).....		2689
Abg. Baltés (SPD).....		2689
Abstimmung, Ablehnung des Antrages .....		2690
<b>12. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Beschäftigte in Vorschuleinrichtungen sollen die Befähigung zum Grundschullehrer haben (Drucksache 16/1233) .....</b>		2690
Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....		2690
Abg. Holzner (SPD).....		2691
Abg. Spaniol (DIE LINKE).....		2692
Abg. Schmitt-Lang (CDU).....		2694
Abg. Dörr (AfD).....		2696
Abstimmung, Ablehnung des Antrages .....		2697
<b>13. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Reform des ÖPNV - Einstieg in eine neue Tarifstruktur (Drucksache 16/1231) .....</b>		2697
Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....		2697
Abg. Kurtz (SPD).....		2698
Abg. Dörr (AfD).....		2699
Abg. Schramm (DIE LINKE).....		2700
Abg. Gillen (CDU).....		2701
Abstimmung, Ablehnung des Antrages .....		2702

- |  |   |
|--|---|
| <p><b>14. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: saarländische Landwirtschaft unterstützen (Drucksache 16/1236) ..... 2702</b></p> <p>Abg. Dörr (AfD) zur Begründung..... 2702</p> <p>Abg. Döring (SPD)..... 2703</p> <p>Abg. Georgi (DIE LINKE)..... 2704</p> <p>Abg. Heinrich (CDU)..... 2705</p> <p>Abg. Dörr (AfD)..... 2706</p> <p>Abstimmung, Ablehnung des Antrages ..... 2706</p>   | <p><b>8. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Saarlandstrategie - Entschuldung überfällig (Drucksache 16/1228) ..... 2712</b></p> <p>Abg. Dörr (AfD) zur Begründung..... 2713</p> <p>Abstimmung, Ablehnung des Antrages ..... 2713</p>   |
| <p><b>15. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Scharfe Zurückweisung der Aufforderung der Bundeskanzlerin, eine legale und legitime demokratische Wahl durch ein Landesparlament „rückgängig“ zu machen (Drucksache 16/1235) ..... 2707</b></p> <p>Abg. Müller (AfD) zur Begründung..... 2707</p> <p>Abg. Scharf (CDU)..... 2708</p> <p>Abg. Dörr (AfD)..... 2709</p> <p>Abg. Scharf (CDU)..... 2709</p> <p>Abg. Flackus (DIE LINKE)..... 2710</p> <p>Abstimmung, Ablehnung des Antrages ..... 2710</p> | <p><b>Präsident Toscani:</b></p> <p>Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere heutige Plenarsitzung des saarländischen Landtages und heiße Sie dazu alle sehr herzlich willkommen.</p> <p>Es ist die 37. Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Im Mittelpunkt und Schwerpunkt der heutigen Sitzung wird der Umgang mit dem Coronavirus bei uns im Saarland sein, außerdem die Entwicklung der Krankenhauslandschaft in unserer Region sowie ein Zwischenbericht der Enquetekommission Digitalisierung. Vonseiten der Landesregierung wird Frau Ministerin Christine Streichert-Clivot aufgrund der Teilnahme an der Kultusministerkonferenz unsere Plenarsitzung gegen 13.00 Uhr verlassen.</p> <p>Ich habe im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium die heutige Sitzung für 09.00 Uhr einberufen und die Ihnen vorliegende bisherige Tagesordnung festgesetzt. An dieser Tagesordnung haben sich zwischenzeitlich einige Änderungen ergeben.</p> <p>So hat Herr Ministerpräsident Tobias Hans mit Schreiben vom 10. März mitgeteilt, dass die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Frau Monika Bachmann, beabsichtigt, vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung eine Regierungserklärung abzugeben, und zwar zum Thema „COVID-19 Situation im Saarland und Maßnahmen der Landesregierung“. Vor diesem Hintergrund hat die DIE LINKE-Landtagsfraktion ihren Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Aussprache zurückgezogen.</p> <p>Zu den Punkten 10 und 11 unserer Tagesordnung. Das ist der Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion zum Thema „Gute Gesundheitsversorgung sichern - das Saarland braucht eine verlässliche Krankenhausplanung“, Landtagsdrucksache 16/1239, und der Antrag der AfD-Landtagsfraktion betreffend „Ursache der Krankenhausschließungen benennen“, Drucksache 16/1230. Dazu haben CDU- und SPD-Landtagsfraktion mit der Drucksache 16/1257 den Antrag zum Thema „Sicherstellung einer flächendeck-</p> |
| <p><b>16. Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des § 4 des Schulordnungsgesetzes (Drucksache 16/1227) ... 2710</b></p> <p>Abg. Dörr (AfD) zur Begründung..... 2710</p> <p>Abstimmung, Ablehnung in Erster Lesung 2712</p>   |   |
| <p><b>3. Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des § 43 des Schulordnungsgesetzes (Drucksache 16/1226) ... 2712</b></p> <p>Abg. Dörr (AfD) zur Begründung..... 2712</p> <p>Abstimmung, Ablehnung in Erster Lesung 2712</p>   |   |

**(Präsident Toscani)**

ckenden stationären und teilstationären Gesundheitsversorgung durch leistungsfähige Krankenhäuser im Saarland“ eingebracht.

Wer dafür ist, dass der Antrag Drucksache 16/1257 als Punkt 17 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/1257 als Punkt 17 in die Tagesordnung aufgenommen ist. Er wird dann gemeinsam mit den Punkten 10 und 11 beraten. Die Fraktionen sind übereingekommen, diese Anträge, die sich allesamt mit dem Thema Entwicklung der Krankenhausversorgung im Saarland beschäftigen, im Anschluss an die Regierungserklärung als Schwerpunktthema in verbundener Aussprache zu beraten. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums sind außerdem übereingekommen, den ersten Zwischenbericht der Enquetekommission „Digitalisierung im Saarland - Bestandsaufnahme, Chancen, Maßnahmen“ als weiteres Schwerpunktthema der heutigen Plenarsitzung zu beraten. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir entsprechend.

Noch zwei Anmerkungen zu weiteren Tagesordnungspunkten. Es wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt 3 „Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des § 43 des Schulordnungsgesetzes“ nach Tagesordnungspunkt 16 zu behandeln. Grund ist, dass dieser Antrag inhaltlich bereits in der letzten Plenarsitzung behandelt worden ist.

Wer dafür ist, dass Tagesordnungspunkt 3 nach Tagesordnungspunkt 16 behandelt wird, den bitte ich um ein Handzeichen. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Tagesordnungspunkt im Anschluss an Tagesordnungspunkt 16 behandelt wird.

Es wird außerdem vorgeschlagen, Tagesordnungspunkt 8, Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend „Saarlandstrategie - Entschuldung überfällig“ am Ende der Tagesordnung zu behandeln, da er inhaltlich bereits in der Plenarsitzung am 04. Dezember behandelt wurde. - Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Tagesordnungspunkt 8 am Ende der Tagesordnung behandelt wird.

Zu den Punkten 5 und 6 der Tagesordnung. Die DIE LINKE-Landtagsfraktion hat ihre beiden Anträge betreffend:

**Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: US-Airbase Spangdahlem schließen (Drucksache 16/1237)**

**Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: US-Airbase Ramstein schließen (Drucksache 16/1238)**

zwischenzeitlich zurückgezogen. Die zwei Anträge werden also in der heutigen Plenarsitzung nicht behandelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit steht die neue, erweiterte Tagesordnung. Ich erteile nun Frau Ministerin Monika Bachmann das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung. Die Regierungserklärung hat das Thema:

**„COVID-19 - Situation im Saarland und Maßnahmen der Landesregierung“**

**Ministerin Bachmann:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns veranlasst gesehen, heute den Landtag des Saarlandes ebenso wie die saarländischen Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Regierungserklärung zur Situation bezüglich des Coronavirus COVID-19 in unserem Land zu informieren. Ich sage aber auch, es muss uns allen klar sein, diese Informationen haben zwangsläufig immer einen gewissen Vorläufigkeitscharakter. Denn vieles im Zusammenhang mit COVID-19 ist noch unbekannt. Wie entwickelt sich diese Pandemie weiter? Wie viele Menschen werden an COVID-19 noch erkranken? Wann haben wir einen Wirkstoff zur Bekämpfung der Krankheit? Wann können wir mit einem Impfstoff rechnen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, all das sind Fragen, die sich die Menschen nicht nur bei uns im Land stellen. Wir müssen offen und ehrlich einräumen, wir wissen es zum heutigen Zeitpunkt noch nicht. Das Einzige, was wir seriöserweise sagen und beteuern können, ist: Wir werden als Landesregierung alles in unserer Macht Stehende tun, um die Epidemie möglichst einzudämmen. Wir werden alles tun, um ihren Verlauf abzubremsen und ihre Folgen zu minimieren. Wir werden auch für ein Höchstmaß

**(Ministerin Bachmann)**

an Transparenz sorgen, was unsere Informationspolitik betrifft.

Wir werden in jeder Phase die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zeitnah und umfassend über die Entwicklung und unsere Maßnahmen unterrichten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist unsere Pflicht als demokratisch legitimierte Exekutive. In anderen Ländern, wo das nicht so gehandhabt wurde, sind die Folgen schwieriger, ich würde sogar sagen, katastrophal. Wir sind festen Willens, nichts zu verharmlosen, aber wir werden auch keine Hysterie verbreiten. Dies ist mitunter ein ganz schmaler Grat, den wir jedoch in den kommenden Wochen und Monaten jederzeit mit Bedacht und mit Augenmaß beschreiten werden. Das sagen wir Ihnen als Landesregierung auch heute zu.

Was für uns als Landesregierung gilt, das kann ich auch für unsere Landkreise und für unsere Kommunen wie für alle anderen betroffenen Einrichtungen behaupten. Alle wissen, dass wir uns in einer ernsten Situation befinden. Alle wissen, wir stehen vor einer bislang nicht gekannten Herausforderung. Entsprechend ziehen wir - wie es im Saarland so ist - auch alle an einem Strang.

Noch ein Wort zu den Reaktionen in der Bevölkerung. Viele Menschen sind besorgt, viele Menschen sind verunsichert. Sie fürchten um das Wohl ihrer Kinder, ihrer Eltern, ihrer Großeltern und auch um sich selbst. Wie soll es auch anders sein in einer solchen Situation? Dass dabei vielleicht an der einen oder anderen Stelle von dem einen oder anderen auch übertrieben wird, das ist durch und durch menschlich. Im Großen und Ganzen muss ich jedoch meine Anerkennung dafür aussprechen - das sage ich für die gesamte Landesregierung -, dass der Umgang mit dieser Pandemie in weiten Teilen der Bevölkerung sehr vernünftig und sehr besonnen ist.

Ganz anders gelagert sind die bekannt gewordenen Diebstähle von Desinfektionsmitteln aus Krankenhäusern, der Ankauf und das Horten von Schutzausrüstung zum Zwecke des verteuerten Weiterverkaufs oder ähnliche Vorkommnisse. Dies, meine Damen und Herren, sollte auch entsprechend geahndet werden, wenn man der Betroffenen habhaft wird. Aber - und das sollten wir stets betonen - das sind Ausnahmen, wie es sie leider immer wieder gibt. Die absolute Mehrheit der Menschen in unserem Land verhält sich sehr verantwortungsvoll. Und dies sollten wir auch entsprechend würdigen.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unabhängig davon, wann genau wir noch von einer Epidemie oder schon von einer Pandemie sprechen können, sehen wir: Die Ausbreitung des COVID-19-Virus hat weite Teile der Erde erfasst. Mit dem Stand gestern sind weltweit über 110.000 Menschen infiziert, die Zahl der Gestorbenen liegt über 4.000. Der Zeitpunkt, wann wir von einer gelungenen Eindämmung sprechen können, scheint noch in der Ferne zu liegen. Alle Experten gehen von einer weiteren Verbreitung aus.

Das Geschehen rund um COVID-19 ist auch in hochentwickelten Industriestaaten längst nicht mehr unter Kontrolle. Wir sehen das derzeit vor allem in Italien. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt keine Gewähr dafür, dass uns nicht Ähnliches droht.

Gleichwohl sehen wir aber auch zarte Zeichen der Hoffnung. China vermeldete in den letzten Tagen einen starken Rückgang der Infektionen und der Todesfälle. Von dort also eine etwas positivere Meldung. In Deutschland ist die Sterblichkeit derzeit vergleichsweise gering. Sie liegt laut Lagebericht des Robert-Koch-Instituts von gestern bisher bei 0,2 Prozent. In Europa liegt sie bei 3,3, weltweit bei 3,5 Prozent. All diese Zahlen sind jedoch sehr mit Vorsicht zu genießen. Sie geben alles andere als Entwarnung. Am Montag wurden die ersten beiden Todesfälle in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen, bekannt gegeben. Gestern Vormittag lag die bestätigte Zahl der Infizierten bei 1.135. Das Robert-Koch-Institut erfasst kontinuierlich die aktuelle Lage und bewertet alle Informationen. Derzeit schätzt es das Risiko für die Bevölkerung bei uns in Deutschland als „mäßig“ ein, was jedoch von Region zu Region auch variieren kann. Wir müssen jedenfalls mit weiter ansteigenden Infektionszahlen rechnen, meine Damen und Herren.

Dies gilt auch für das Saarland. Seit gestern sind alle Bundesländer von COVID-19 betroffen. Im Saarland hatten wir am Dienstag vergangener Woche unseren ersten Fall. Seither hat sich die Zahl der Infizierten auf 9 erhöht. Bei all diesen Patienten verläuft die Infektion vergleichsweise mild mit Erkältungssymptomen. Sie müssen weder stationär noch intensivmedizinisch behandelt werden. Sie befinden sich derzeit in häuslicher Quarantäne. Dies gilt auch für eine Reihe von Personen, die nachweislich mit den Infizierten in Kontakt waren. Infizierte mit schwerem Krankheitsverlauf haben wir also bisher bei uns im Saarland noch nicht. Wir können es aber für die weitere Zukunft natürlich auch nicht ausschließen - ebenso wenig wie mögliche Todesfälle, was wir na-

**(Ministerin Bachmann)**

türlich nicht hoffen. Insgesamt rechnen wir jedenfalls mit einer weiter ansteigenden Zahl von Infizierten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts der Nachrichtenlage aus anderen Bundesländern haben wir als Landesregierung bereits vor dem ersten Infektionsfall gehandelt. Bereits am 27. Februar hat das saarländische Gesundheitsministerium einen Krisenstab eingerichtet, der unter der Leitung meines Staatssekretärs Stephan Kolling die zentrale Koordination im Saarland übernommen hat. Mein Ministerium unterstützt die Gesundheitsämter der saarländischen Landkreise und des Regionalverbandes Saarbrücken mit einem Lagezentrum und einer Taskforce.

Der Krisenstab bespricht sich täglich, seit letztem Montag auch in Form von Telefonschaltkonferenzen. Er analysiert die jeweils aktuelle Tagessituation, behandelt Schwerpunktthemen, berät über zu treffenden Maßnahmen und gibt einen täglichen Lagebericht heraus. Regelmäßige Mitglieder der Taskforce sind Vertreter aus dem Bereich des Gesundheitswesens, der Ärzteschaft, von Hilfsorganisationen, Vertreter des Landkreistages sowie des Städte- und Gemeindetages, des Rettungszweckverbandes und aller Ressorts dieser Landesregierung.

Als Anlaufstelle für die Bevölkerung haben wir eine Hotline eingerichtet, die von Montag bis Freitag zwischen 07.00 und 22.00 Uhr erreichbar ist. Zudem können Fragen auch per E-Mail an die Adresse [lagezentrum@soziales.saarland.de](mailto:lagezentrum@soziales.saarland.de) gerichtet werden. Auf der Startseite unseres Landesportals sind darüber hinaus aktuelle Hinweise, einschließlich Download von Informationsmaterialien und Links zu anderen wichtigen Seiten jederzeit abrufbar.

Zudem wurde in Abstimmung mit meinem Haus und den Gesundheitsämtern von der Kassenärztlichen Vereinigung des Saarlandes ein mobiler Dienst ins Leben gerufen. Dieser mobile Dienst nimmt bei potenziellen Patienten zu Hause auf Bitte der Arztpraxen, also des Hausarztes beziehungsweise der Bereitschaftsdienstpraxen, Testabstriche vor, die dann in den Labors ausgewertet werden. Damit wollen wir erreichen, dass Menschen, die gegebenenfalls infiziert sind, nicht in die Arztpraxen gehen, ihnen so weit wie möglich fernbleiben. Denn je mehr Verdachtsfälle ihr Haus nicht verlassen, desto geringer ist die Ansteckungsgefahr für andere.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Als übergeordneter Plan ist im Saarland der Seuchenalarmplan nach § 1 Abs. 1 der Verordnung zum Schutz vor Infektionskrankheiten vom 05. Dezember 2018 in Kraft. Er legt übergreifend Strukturen für den

öffentlichen Gesundheitsdienst bei bestimmten definierten Krankheiten mit entsprechender Tragweite fest. Dabei werden Regelungen getroffen zu Krankentransport, zu Behandlungseinheiten der stationären Versorgung, zu Schutzkleidung, der kommunalen Seuchenalarmplanung, dem Vorgehen bei Verdacht, zu Probenentnahme und -transport, zu Schutzmaßnahmen und Krisenstabstrukturen. Hierzu, meine Damen und Herren, zählen auch Krankheiten, die wegen des Ausmaßes der Anzahl betroffener Personen oder der Notwendigkeit überregionaler Maßnahmen die Zuständigkeit des Ministeriums erforderlich machen. Diese Situation ist allerdings aktuell noch nicht gegeben.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Infektionsgeschehens mit COVID-19 hat die Landesregierung bereits an die saarländischen Unternehmen, Betriebe und Einrichtungen appelliert, die betrieblichen Pandemiepläne zu überprüfen und gegebenenfalls dem neuesten Stand anzupassen. Der saarländische Pandemieplan befindet sich in der Überarbeitung und wird an die aktuelle Situation angepasst. Die bisher beschriebenen sechs Phasen der WHO-Pandemieplanung werden auf das aktuelle 4-Phasen-System reduziert. Die Maßnahmen der stationären und ambulanten Versorgung bleiben weitestgehend unverändert, sie werden lediglich angepasst. Die Phasen sind: Phase 1 - Interpandemische Phase, Phase 2 - Alarmphase, Phase 3 - Pandemische Phase, Phase 4 - Übergangsphase. Die im Pandemieplan beschriebene 3-stufige stationäre Versorgung bleibt dabei bestehen, wird allerdings der aktuellen Situation im stationären Bereich des Saarlandes angepasst.

Der 3-Stufen-Plan bedeutet, dass bei Ausweitung der Erkrankungsfälle festgelegte Krankenhäuser als Erstaufnahmeeinrichtungen benannt werden. Je nach Ausbreitung der Erkrankungsfälle kommen dann stufenweise weitere Krankenhäuser flächendeckend mit bestimmten Bettenkapazitäten dazu. In der dritten Stufe werden dann auch Reha-Kliniken und weitere Einrichtungen in die Versorgung einbezogen.

Dabei können die Grundzüge der Influenzapandemieplanung zu Diagnostik, zum Probenversand, zur Behördenstruktur, zur ambulanten und stationären Versorgung problemlos auf das neuartige Coronavirus unter Berücksichtigung von Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts angewandt werden.

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich betone jedoch, dass eine weitere Ausbreitung des neuen Coronavirus kaum zu vermeiden ist. Das hören Sie schließ-

**(Ministerin Bachmann)**

lich tagtäglich aus den Medien. Dabei muss ich eingestehen, dass manche Äußerungen von Experten- seite sehr leicht missverstanden werden können. Wenn beispielsweise ein führender Virologe erklärt, dass mit einer Ansteckung von circa 70 Prozent der Bevölkerung gerechnet werden muss, dann ist die Bevölkerung im ersten Moment erschrocken. Deshalb sage ich es wieder: Wir wollen nichts verharmlosen, aber wir wollen auch nicht die Menschen mit Hysterie in Sorge bringen.

Hören wir genau hin, dann entschärft sich die Aussage dieses Virologen erheblich. Entscheidend ist nämlich weniger die Zahl der Infizierten. Entscheidend ist vielmehr der Zeitraum, in dem diese Infektionen stattfinden. Gelingt es uns, diesen Zeitraum über mehrere Jahre zu strecken, dann verliert diese Epidemie erheblich an Dramatik.

Erstens wird dann ein vehementes Aufeinandertreffen mit der laufenden Influenzawelle vermieden, was eine deutliche Entlastung unseres gesamten Gesundheitssystems bedeutet. Zweitens gewinnen wir Zeit, um mehr über die Eigenschaften des Virus zu erfahren, Risikogruppen zu identifizieren, Schutzmaßnahmen für besonders gefährdete Gruppen vorzubereiten, Behandlungskapazitäten in Kliniken zu erhöhen, antivirale Medikamente und wirkungsvolle Impfstoffe zu entwickeln.

Aus diesem Grund zielen unsere Anstrengungen auf allen Ebenen des öffentlichen Gesundheitsdienstes, angefangen von den Gemeinden über die Landkreise und den Regionalverband, über das Land bis hin zum Bund, zum einen darauf ab, einzelne Infektionen so früh wie möglich zu erkennen und die weitere Ausbreitung des Virus dadurch so weit wie möglich zu verzögern. Zum anderen werden wir aber auch nicht umhinkommen, anhand von gezielten präventiven Maßnahmen die Verbreitungschancen des Virus auf ein Niedrigstmaß zu minimieren.

Zu diesen Maßnahmen gehört die Vermeidung von Großveranstaltungen, die eine Ausbreitung des Virus stark begünstigen. Sie wissen, derzeit ist die Rechtslage so, dass die lokalen Gesundheitsämter über das Verbot von solchen Veranstaltungen entscheiden. Allerdings hat dieser Tage bereits Bundesgesundheitsminister Jens Spahn empfohlen, Veranstaltungen mit mehr als tausend Besuchern abzusagen. Die Landesregierung hat mein Haus nun beauftragt, eine Anweisung an die zuständigen Behörden zu veranlassen, in der die Regelung über die Absage von Großveranstaltungen mit mehr als tausend Teilnehmern getroffen wird. Das betrifft zum Beispiel Holiday on Ice - die Nachmittagsveranstaltung und die Abendveranstaltung. Da haben wir die Anord-

nung getroffen, diese Veranstaltung leider Gottes abzusagen.

Wir werden außerdem den Gesundheitsschutz in öffentlichen Gebäuden durch geeignete Informations- und Hygienemaßnahmen verbessern und mit diesem Anliegen auch auf die Kommunen und Kreise zugehen.

Darüber hinaus legen wir unser besonderes Augenmerk auf die vom Robert-Koch-Institut ausgewiesenen Risikogebiete. Dies sind derzeit in China die Provinz Hubei, im Iran, in Italien die Region Trentino-Südtirol, die Region Emilia-Romagna, die Region Lombardei und die Stadt Vo in der Provinz Padua in der Region Venetien und in Südkorea. In Deutschland wird der Landkreis Heinsberg in Nordrhein-Westfalen als besonders betroffenes Gebiet eingeordnet.

So werden wir beispielsweise Schülerinnen und Schüler, die sich derzeit auf einer Klassenfahrt in einer dieser Regionen aufhalten, so schnell wie möglich nach Hause holen. Frau Bildungsministerin, sie müssten jetzt schon unterwegs sein. Eine häusliche Quarantäne für die Schüler wird dann durch das zuständige Gesundheitsamt - wenn notwendig -, die betroffene Schule und das Gesundheitsministerium geprüft und eventuell veranlasst werden.

Ich darf auch hier ein Dankeschön sagen an das Deutsche Rote Kreuz, das mit unterwegs ist, um diese Schüler sicher und verpflegt nach Hause zu bringen. Sie werden heute Abend im Saarland ankommen.

(Beifall des Hauses.)

Aufgeschreckt hat uns aber die Nachricht, dass in der Region Grand Est in Frankreich derzeit laut Lagebericht des RKI aus Kapazitätsgründen eine Quarantäne von engen Kontaktpersonen und die Testung aller Verdachtsfälle nicht mehr erfolgen kann. Das ist bei circa 18.000 Berufspendlern und zahlreichen Besuchern aus Lothringen im Saarland ein Thema, das uns schon beschäftigen muss. Ministerpräsident Tobias Hans hat gestern den Kontakt zu Verantwortlichen der Region aufgenommen mit dem Ziel, dass dort die Tests möglichst wiederaufgenommen werden. Auch werden wir uns mit unseren Partnern in der Großregion abstimmen, um möglichst schnell unsere Maßnahmen grenzüberschreitend zu koordinieren.

Natürlich gilt den Schulen unser besonderes Augenmerk. Bislang ist der Schulbetrieb im engeren Sinne im Saarland nur wenig beeinträchtigt. Die Abstimmungen zwischen den lokalen Gesundheitsbehörden und den Schulleitungen und gegebenenfalls

**(Ministerin Bachmann)**

auch den Schulträgern und dem Bildungsministerium laufen an.

Ich will aber auch nicht verhehlen, dass heute Morgen ganz aktuell zwei Schulen in dieser Woche geschlossen bleiben, weil dort eine Lehrerin an einer Grundschule und deren Tochter an einem Gymnasium betroffen sind.

Zudem wurden im Rahmen der Strategie der Eindämmung für den Schulbereich folgende Maßnahmen getroffen. Erstens. Es wurde erneut auf die infektionsschutzrechtliche Meldepflicht hingewiesen, die die Schulen zu erfüllen haben, wenn sie Kenntnisse haben, die auf einen begründeten Verdachtsfall nach der Definition des RKI schließen lassen. Zweitens. Die Landesregierung hat zudem das Ministerium für Bildung und Kultur beauftragt, in Abstimmung mit den zuständigen Gesundheitsbehörden eine Regelung vorzubereiten, die den Schulbesuch für Schülerinnen und Schülern mit Wohnsitz in weiteren Risikogebieten untersagt und eine Quarantäne bis auf Weiteres vorsieht. Drittens. Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte, die sich in einem vom RKI ausgewiesenen Risikogebiet aufgehalten haben, aber nicht erkrankt sind, vermeiden unnötige Kontakte und bleiben für 14 Tage zu Hause. Bei Auftreten der akuten Symptome sollen sie nach telefonischer Voranmeldung einen Arzt aufsuchen. Bei Schulfahrten, die aus einem Risikogebiet zurückkommen, nimmt die Schulleitung zudem immer Kontakt mit dem zuständigen Gesundheitsamt auf.

Zunächst bis zum 30. April sind keine neuen Buchungen für Schulfahrten vorzunehmen. Bereits gebuchte Fahrten, deren Zielort in einem Risikogebiet liegt, werden von den Schulleitungen abgesagt. Bei schon gebuchten Fahrten in Nicht-Risikogebiete ist von der zuständigen Schulleitung eine Entscheidung herbeizuführen, bei der alle relevanten Aspekte einzubeziehen sind. Werden Schulfahrten nach diesen Grundsätzen abgesagt, werden eventuelle Stornierungskosten vom Land erstattet, um die Folgen für die Erziehungsberechtigten abzufedern.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Sensible Bereiche mit besonderer Betroffenheit sind zudem Altenheime, ambulante Pflegedienste, Behinderteneinrichtungen, Krankenkassen sowie Jugend- und Betreuungseinrichtungen. Hier wurden Schutzmaßnahmen ebenso unterbreitet wie die Aufforderung, Regelungen für den Besucherverkehr, den Umgang mit erkrankten Bewohnern und für Quarantänebestimmungen vorzubereiten. Ich darf an dieser Stelle erwähnen, dass bei den Kindern, die heute zurückgeholt wurden, auch Kinder der reha gmbh in Lebach mit Beeinträchtigungen dabei sind. Auch

dort sind Gespräche von mir persönlich geführt worden, auch dort werden diese Kinder von einem mitreisenden Betreuer nach Hause gefahren und sind auch, genau wie die Schülerinnen und Schüler, für 14 Tage vom Unterricht befreit, damit sie zu Hause bleiben.

Bei den Krankenhäusern erfolgte eine Abfrage der Beatmungsplätze. Insgesamt stehen 549 Kapazitäten zur Verfügung. Wir haben die Krankenhäuser aufgefordert, planbare Operationen zu verschieben, um Kapazitäten in den nächsten acht Wochen bereitzuhalten.

Wir denken darüber nach, bei einer weiteren Dynamik der Lage ärztliche Schwerpunktpraxen einzurichten, beziehungsweise wir sind im Dialog mit der Ärzteschaft, spezielle Regelungen wie dezentrale und gegebenenfalls mobile Teststationen einzuführen. Auch bei Apotheken wollen wir das überlegen. Darüber hinaus halten wir Kapazitäten für ein zentrales Quarantänezentrum vor.

Selbstverständlich haben wir auch Maßnahmen für die Landesverwaltung selbst getroffen. Hier gilt es in besonderem Maße, die Arbeitsfähigkeit unserer Häuser und Behörden zu gewährleisten. Hierzu überarbeiten die Ressorts derzeit ihre Pandemiepläne. Darüber hinaus wird ein Gesamtplan für die Landesregierung erstellt.

Bedienstete der Landesverwaltung, die aus Krisengebieten zurückkehren, sollen unabhängig von Krankheitssymptomen 14 Tage - das ist nämlich genau die Dauer der Inkubationszeit - zu Hause bleiben. Fühlen sich die Personen gesund, kann gegebenenfalls Heimarbeit in Betracht gezogen werden.

Auch werden Dienstreisen auf ein absolut notwendiges Mindestmaß reduziert. Hier ist eine Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls erforderlich. Insgesamt werden wir etwa im Falle, dass Schulen oder Kitas schließen, die Genehmigung von Tele- und Heimarbeit sehr wohlwollend prüfen.

Landeseigene Veranstaltungen werden wir für die nächste Zeit auf das absolut notwendige Mindestmaß beschränken. Wir werden gemeinsam prüfen, welche Veranstaltungen zur Aufrechterhaltung der Regierungsgeschäfte notwendig sind.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir nochmal einen kurzen Überblick über die Sofortmaßnahmen, die wir heute Morgen im Ministerrat beschlossen haben:

Erstens: Die Landesregierung beauftragt mein Ministerium, eine Anweisung für die zuständigen Behörden zu veranlassen, in der die Regelung über die

**(Ministerin Bachmann)**

Absage von Großveranstaltungen mit über 1.000 Teilnehmern bis auf Weiteres getroffen wird.

Zweitens: Die Landesregierung beauftragt das Bildungsministerium in Abstimmung mit meinem Ministerium und den zuständigen Gesundheitsbehörden, eine Regelung vorzubereiten für den Schulbesuch von Schülerinnen und Schülern mit Wohnsitz in weiteren Risikogebieten. Die Landesregierung beauftragt das MSGFF in Abstimmung mit dem Bildungsministerium zudem, an die Träger der Kindertageseinrichtungen heranzutreten mit der Zielsetzung, auch für diese Einrichtungen Regelungen zu erarbeiten.

Die Landesregierung beauftragt drittens das Ministerium für Soziales, in Zusammenarbeit mit der Kasenärztlichen Vereinigung zu prüfen, ob die Einrichtung von dezentralen, gegebenenfalls mobilen Teststationen und von ärztlichen Schwerpunktpraxen möglich erscheint.

Vierter Punkt: Die Landesregierung beauftragt die Ressorts, unter dem Gesichtspunkt des Gesundheitsschutzes in öffentlichen Gebäuden zusätzliche geeignete Informations- und Hygienemaßnahmen zu ergreifen. Die Landesregierung beauftragt das Innenministerium darüber hinaus in Abstimmung mit meinem Ministerium, diesbezüglich auf die Kommunen - lieber Klaus Bouillon - und die Kreise zuzugehen.

Die Landesregierung beschließt fünftens, nicht zwingend notwendige landeseigene Veranstaltungen abzusagen. Mitglieder der Landesregierung verständigen sich hierzu im nächsten Ministerrat über diejenigen Veranstaltungen, die zur Aufrechterhaltung der Regierungsgeschäfte notwendig sind.

Sechstens: Die Landesregierung beauftragt das Wissenschaftsministerium und das Bildungsministerium, gemeinsam mit unseren Hochschulen zu prüfen, welche weiteren organisatorischen Maßnahmen wie zum Beispiel die Verkürzung der Vorlesungszeit dazu geeignet sind, die Verbreitung des Virus zu verhindern oder zumindest zu verzögern.

Siebtens: Die Landesregierung beauftragt das MFE und das MSGFF, also Peter Strobel und mein Haus, konkrete Maßnahmen zu prüfen und abzuwägen, die geeignet sind, die Ausbreitung des Virus aus Risikogebieten einzudämmen.

Sehen Sie diese Maßnahmen als Ergänzungen zu den bereits getroffenen. Sie werden fortwährend, tagesakutuell und ständig an neue Gegebenheiten angepasst.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, momentan ist es unser Ziel, die Ausbreitung zu verhindern und einzudämmen, um Zeit zu gewinnen, um das Virus genauer analysieren zu können. Es liegt daher weiterhin an uns allen, an jeder Bürgerin und jedem Bürger, dabei mitzuhelfen, dass das Virus nicht weiterverbreitet wird. Ein Großteil der Unsicherheit entsteht nämlich nicht durch die Schwere der Krankheit, sondern durch die vielen Unbekannten. Nach wie vor sind Inkubationszeiten, klinischer Verlauf sowie Ansteckungswege nicht bis ins letzte Detail bekannt.

Wir haben in den zurückliegenden Tagen und Wochen versucht, die Bevölkerung im Saarland nachhaltig für das Thema zu sensibilisieren. Wir haben ganz bewusst vor Panikmache gewarnt, auf Vorbeugung und Information gesetzt. Insofern teilen Sie sicherlich meine Einschätzung, dass diese Situation von uns allen etwas Disziplin erfordert. Wenn ich zu Umsicht, Vorsicht und Vernunft rate, dann sage ich dies ganz bewusst in Richtung aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Natürlich gilt nach wie vor - jetzt vielleicht sogar mehr denn je -, dass jeder Einzelne im Saarland bestmöglich darauf achten sollte, die Gefahr einer Infektion deutlich zu minimieren. Insofern wird es Sie auch nicht überraschen, wenn wir dazu raten, zum eigenen Schutz und in eigener Verantwortung die notwendigen Hygienemaßnahmen, die auch wegen der jetzt laufenden Grippe-Saison notwendig sind, vielleicht noch ein bisschen mehr zu beherzigen.

Wichtig ist mir folgender Hinweis für uns alle: Der beste kollektive Schutz für alle ist der individuelle Schutz jedes einzelnen durch einfache Maßnahmen im Alltag. Beim Husten und Niesen sollten wir vielleicht noch ein bisschen mehr Abstand zu unseren Nachbarn, die neben uns stehen, halten beziehungsweise - mir fällt das auch schwer, ich muss mich immer daran erinnern - in die Armbeuge niesen oder husten, nach Möglichkeit nur ein Taschentuch benutzen, das sofort entsorgt wird, regelmäßig und gründlich - und das ist wichtig - Hände mit Wasser und Seife waschen, Berührungen von Nase, Augen und Mund vermeiden. Auch sollten wir, das fällt mir auch ein bisschen schwer, eine Zeit lang unsere liebgewonnenen Begrüßungsrituale wie Händeschütteln, noch schlimmer unsere heftigen Umarmungen und Wangenküsschen, die einfach Gewohnheit sind, einmal zurückstellen. Ich sage immer, das machen wir vielleicht im Herbst wieder. Bitte beachten Sie auch bei Reisen die Empfehlungen des

**(Ministerin Bachmann)**

Robert-Koch-Instituts und die entsprechenden Reise- und Warnungen des Auswärtigen Amtes.

Gleichzeitig kann ich jeden nur noch einmal dazu aufrufen - wie wir dies seit Tagen auch als Gesundheitsministerium sehr intensiv kommunizieren -, dass er, falls er Krankheitssymptome bei sich selbst oder Bekannten feststellt, eine entsprechende Reiseanamnese hat oder Kontakt zu einem bestätigten Fall hatte: Bitte bleiben Sie zunächst einmal zu Hause und suchen Sie telefonischen Kontakt mit dem Hausarzt, der ärztlichen Bereitschaft oder aber auch zu unserer Hotline. Wir wissen, dass die Hotline überlastet ist. Wir wissen auch, dass die Mitarbeiter bei uns im Haus überlastet sind. Aber wir werden die Anrufe alle entgegennehmen und wir sind mit all unseren Partnern dabei, es sukzessive abzuwickeln. Es wird Ihnen also so schnell und so gut wie möglich geholfen. Da gebe ich Ihnen mein Wort, darauf können Sie sich fest verlassen. Dazu werden wir mit allem, was in unserem Haus und in allen anderen Ressorts steckt, beitragen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Bürger, ganz gewiss befinden wir uns derzeit in einer besonderen Situation. Diese Ausnahme liegt weniger in der Zahl der Corona-Infizierten. Diese ist zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt deutlich niedriger als diejenige der jährlichen Influenza-Erkrankungen. Auch verläuft diese Erkrankung in den allermeisten Fällen wirklich harmlos, äußerst harmlos. Ja, manche bemerken sie vielleicht gar nicht. Dieser leichte Verlauf betrifft vor allem unsere Kinder, wofür wir dem Schicksal auch dankbar sein müssen. Stellen Sie sich vor, Kinder wären am schwersten betroffen, was bei manchen Infektionskrankheiten ja durchaus der Fall ist. Zum Glück ist dies bei COVID-19 nicht so.

In einer Ausnahmesituation sind wir aber insofern, als wir eine ganze Reihe von Maßnahmen treffen und Verhaltensregeln befolgen müssen, die unseren Alltag bereits jetzt spürbar und möglicherweise auch künftig noch weitergehend verändern werden, ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft und unsere Arbeitsplätze. In diese Ausnahmesituation begeben wir uns jedoch selbst gewählt mit dem klaren rationalen Ziel, einen kleinen Virus daran zu hindern, eine große zerstörerische Kraft zu entfalten, wenn ich das so sagen darf.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mich heute an dieser Stelle auf die gesundheitliche Dimension der aktuellen Geschehnisse beschränkt. Die Landesregierung ist sich na-

türlich bewusst, dass es bei dieser Krise allerdings nicht nur um die Gesundheit geht. Auch die Wirtschaft - vom einfachen Handwerksbetrieb über den Dienstleistungssektor bis hin zur Industrie - wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in den kommenden Wochen und Monaten hart getroffen werden. Auch hier arbeitet die Landesregierung unter der Leitung unseres Ministerpräsidenten auf Hochtouren an Lösungen, um die Folgen des Coronavirus möglichst einzudämmen. Die Landesregierung wird hierzu in naher Zukunft dem Landtag und Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, in voller Transparenz berichten.

Ich weiß, dass wir bei all diesem Bemühen als Landesregierung nicht allein sind. Das ist gut so. Viele Einrichtungen, die ich hier gar nicht alle nennen kann, ziehen bisher mit uns an einem Strang und werden es auch weiterhin tun. Ich danke Ihnen allen im Namen all meiner Kolleginnen und Kollegen und im Namen der saarländischen Landesregierung. Ich würde mich freuen, auch Sie als Fraktionen und Abgeordnete des saarländischen Landtags an unserer Seite zu wissen. - Herzlichen Dank, Ihnen alles Gute, bleiben Sie gesund.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der Abgeordneten Schramm (DIE LINKE).)

**Präsident Toscani:**

Ich danke der Frau Ministerin. Der Landtag wird nun eine Aussprache zur Regierungserklärung durchführen. Bevor ich die Aussprache eröffne, darf ich den Hinweis geben, dass sich die Fraktionen auf eine Redezeit im Umfang eines Grundredezeitmoduls verständigt haben. Erster Redner in der Aussprache ist der Abgeordnete Raphael Schäfer für die CDU-Landtagsfraktion.

**Abg. Schäfer (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich möchte Ihre abschließenden Worte aus der Regierungserklärung gerne aufgreifen. Wir stehen an Ihrer Seite, wir stehen an der Seite der Landesregierung und wir stehen an der Seite der Menschen in unserem Land. Wir versprechen, dass wir unseren möglichen Beitrag leisten werden, die Corona-Problematik zu entschärfen beziehungsweise ihr bestmöglich zu begegnen. Dessen können Sie sich gewiss sein. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Frau Ministerin, ich möchte Ihnen und allen Beteiligten, allen beteiligten Behörden, Institutionen, aber

(Abg. Schäfer (CDU))

auch den zahlreichen Ärzten und Rettungskräften in unserem Land ein herzliches Wort des Dankes für das bisher gezeigte Engagement in dieser Problematik sagen. Sie haben uns und natürlich insbesondere der Öffentlichkeit - und man muss ja sagen, dass tatsächlich viele Menschen verunsichert und besorgt sind - soeben die verschiedenen Maßnahmen der Landesregierung, aber auch der beteiligten Behörden noch einmal explizit dargelegt. Ich muss sagen, dass das ein Stück weit gutgetan hat. Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass wir hier im Saarland gut aufgestellt sind, wir uns nicht zu viele Sorgen machen müssen und aktuell die Lage gut im Griff ist. Ich denke, dass das eine gute Botschaft ist.

(Beifall von der CDU-Fraktion.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist natürlich völlig klar, dass oberste Maxime für uns alle sein muss, die Gesundheit aller Menschen in unserem Land bestmöglich zu bewahren. Wir haben die aktuellen Zahlen ja eben noch einmal gehört. Wenn wir nach Italien schauen, dann sehen wir, dass es über 10.000 Menschen gibt, die bereits erkrankt sind, und auch zahlreiche Todesfälle, die leider zur Kenntnis zu nehmen und zu bedauern sind. Auch in unserer Nachbarregion - das ist angesprochen worden - in Grand Est haben wir bereits über 300 Fälle zu verzeichnen und leider auch schon den einen oder anderen Todesfall. In Deutschland gibt es aktuell etwa 1.300 Fälle. Bei uns hier im Saarland waren es gestern Abend, glaube ich, 9 Fälle. Das ist noch eine einstellige Zahl, aber auch das ist natürlich keine einfache Situation.

Die aktuelle Lagebeurteilung des RKI, des Robert-Koch-Instituts, ist auch klar. Es handelt sich um eine sich dynamisch entwickelnde und ernst zu nehmende Situation. Das ist völlig klar. Ich glaube allerdings, dass es genauso wichtig ist, noch einmal zu erwähnen, dass das RKI auch gesagt hat, dass eine Gefahr für die Gesundheit der Menschen aktuell mäßig einzuschätzen ist. Rund 80 Prozent oder über 80 Prozent der Fälle verlaufen Gott sei Dank mild, also mit milden Symptomen, ich sage einmal, vergleichbar mit der normalen Influenza, der Grippe.

Trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es natürlich auch sogenannte Risikogruppen. Ich glaube, dass wir da genau hinschauen müssen. Es sind überwiegend ältere Menschen. Menschen, deren Immunsystem geschwächt ist. Es sind Menschen, die eine Behinderung oder sonstige Einschränkungen haben. Ich glaube, dass wir ein besonderes Augenmerk darauf legen müssen, genau diese Bevölkerungsgruppen in besonderer Weise zu schützen. Das heißt ganz konkret für uns alle - auch hier im

Hohen Hause -, dass wir jedwede Kraftanstrengung unternehmen müssen, also nicht rasten oder ruhen dürfen. Wir haben den ganz konkreten Auftrag, die Gesundheit aller Menschen - also auch insbesondere die Risikogruppen in unserem Land - bestmöglich zu schützen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Ausführungen der Frau Ministerin haben noch einmal deutlich gemacht, dass das Virus leider Gottes an uns sozusagen nicht vorbeiziehen oder vorbeigehen wird, dass aber - und das ist, glaube ich, das Entscheidende - von behördlicher Seite wirklich alles Erdenkliche getan wird, um eine weitere Verbreitung des Virus bestmöglich zu bekämpfen, um Zeit zu gewinnen, um auf der Zeitachse bestmöglich vorbereitet zu sein und natürlich auch um den Verlauf abzumildern, um Zeit zu gewinnen, mehr über dieses Virus zu erfahren, um Zeit zu gewinnen, bestmögliche Schutzmaßnahmen - ich habe es angesprochen - insbesondere für die Risikogruppen treffen zu können, und natürlich auch um Zeit zu gewinnen, entsprechende Medikamente und Impfstoffe entwickeln zu können.

Summa summarum ist das Ziel, den Zeitraum möglichst lange auszugestalten, damit unser Gesundheitswesen in der Lage ist, für eine geordnete Behandlung eines jeden Einzelnen sorgen zu können, wenn es zu Erkrankungen kommt. Insoweit ist unsere Strategie ein stetiger Prozess, der längerfristig angelegt ist und immer wieder angepasst werden muss. Wenn wir ganz ehrlich sind - die Ministerin hat es auch angesprochen -, müssen wir sagen, dass keiner von uns heute die Auswirkungen und Krankheitsverläufe exakt darlegen kann. Wir müssen die künftige Situation mit Besonnenheit abwarten und entsprechende Maßnahmen daraus ableiten. Die wichtige Botschaft, die wir heute von der Regierung erhalten haben, ist, dass wir alle ganz transparent und zeitnah informiert werden. Wir verharmlosen also in keiner Weise die Auswirkungen dieses Virus, aber - das ist auch für mich ein sehr wichtiges Anliegen - es gibt überhaupt keinen Grund für Hysterie oder Panik. Wir haben die Lage im Saarland aktuell wirklich gut im Griff.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss in der Zukunft auch so bleiben. Die Ministerin hat über viele Maßnahmen, die zwischenzeitlich schon auf den Weg gebracht wurden, wie etwa den Krisenstab, die Taskforce, die Hotline und das heute Morgen erst verabschiedete Sofortprogramm der Landesregierung berichtet. Deswegen will ich nicht noch einmal explizit darauf eingehen. Es ist aber natürlich völlig

**(Abg. Schäfer (CDU))**

klar, dass weitere Maßnahmen auf der Zeitachse folgen werden, weil es ein kontinuierlicher Prozess ist.

Zwei Aspekte sind mir besonders wichtig, die ich noch einmal explizit erwähnen möchte. Ich glaube, wenn wir die innere Sicherheit in unserem Land in den Blick nehmen, ist es wichtig, dass wir an die Einsatzfähigkeit unserer saarländischen Polizei denken. Es ist gut, dass wir einen starken Innenminister an unserer Seite wissen. Die Menschen in unserem Land können sich darauf verlassen, dass unser Innenminister ein ganz besonderes Augenmerk darauf richten wird, dass die Einsatzfähigkeit unserer Polizei und Sicherheitsbehörden insgesamt gewährleistet ist. Dazu gehört auch, dass unsere Einsatzkräfte im Hinblick auf die Schutzausrüstung bestmöglich ausgerüstet sind. Ich glaube, mit Minister Bouillon sind wir gut aufgehoben und wissen uns in guten Händen. Er wird für die Sicherheit sorgen.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Globalisierung. Darüber haben wir heute noch gar nicht gesprochen. Jeden Tag loben wir die positiven Effekte unserer globalen Welt, aber durch das Coronavirus sind wir mit den negativen Seiten ganz konkret konfrontiert. Sie treten deutlich zutage. Ich sage es ganz bewusst: Wir sind ein Stück weit verwöhnt und es gewöhnt, sämtliche Produkte rund um die Uhr weltweit bestellen zu können und diese zeitnah geliefert zu bekommen. Wenn wir uns vor Augen führen, wo Produkte teilweise hergestellt werden wie etwa Arzneien in China, dann ist es ein Problem, wenn viele Grundstoffe dort hergestellt werden. Wir sind hier für die weitere Produktion von Medikamenten auf Lieferungen aus China angewiesen. Das muss uns nachdenklich machen. Wir brauchen hier Lösungen und ein Umdenken. Wir müssen zu einer ordentlichen Bevorratungspolitik kommen, insbesondere wenn es um lebensnotwendige Verbrauchsgüter geht. Ich glaube, hier müssen wir Lösungen finden, um unserer Verantwortung gerecht zu werden. Sie können sich darauf verlassen, dass das die Bundesregierung genauso tun wird.

Wir im saarländischen Landtag sind natürlich durch den Gesundheitsausschuss und verschiedene Sondergremien immer bestens informiert. Das ist gut und richtig, aber es ist auch wichtig - die Ministerin hat es angesprochen -, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Dazu gehören nicht nur die Abgeordneten, sondern auch jeder Einzelne, die gesamte Bevölkerung. Insbesondere wir müssen natürlich Vorbild sein und einen besonderen Beitrag leisten. Ich glaube, das ist klar. Die Ministerin hat es angesprochen: Jeder Einzelne kann einen wichtigen Beitrag durch Hygienemaßnahmen treffen. Der Bei-

trag jedes Einzelnen ist entscheidend, um die Corona-Eindämmung bestmöglich zu realisieren.

Ich komme zum Ende. Wir befinden uns gerade in einer Ausnahmesituation. Wir haben aber schon ganz andere Ausnahmesituationen gemeistert. Ich bin guter Dinge, dass wir die aktuelle Ausnahmesituation rund um Corona bestmöglich meistern werden. Ich bin absolut zuversichtlich. Ich bitte im Interesse aller Menschen in unserem Land, dass wir alle an einem Strang ziehen. Ich würde mich freuen, wenn wir das gemeinsam hinbekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Ich erteile der Abgeordneten Astrid Schramm das Wort. Sie spricht für die Landtagsfraktion DIE LINKE.

**Abg. Schramm (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Epidemie, die seit ihrem Ausbruch im Dezember des letzten Jahres die Welt in Atem hält, ist auch im Saarland angekommen. Bei nahe täglich werden neue Infektionsfälle bekannt. Gerade eben erst hat der SR online informiert, dass die Zahl von 9 auf 13 Personen gewachsen ist. Die Dunkelziffer - also Fälle, bei denen Menschen das Virus in sich tragen, aber mangels Symptomen bislang noch nicht getestet wurden - wird von Experten als sehr hoch eingeschätzt.

Die Menschen in unserem Land sorgen sich um ihre Gesundheit und vor allem um ihre Versorgung, falls sie erkranken sollten. Diese Angst ist aus unserer Sicht nicht völlig unbegründet, weil zum einen die Bundesregierung die Entwicklung wochenlang unterschätzt hat und zum anderen sich der Bundesgesundheitsminister schlichtweg täuscht, wenn er feststellt, dass das deutsche Gesundheitssystem für den Kampf gegen die Epidemie gut gewappnet sei. Die jüngsten Meldungen über die Klinikschließungen in Ottweiler und Lebach zeigen nicht zuletzt, dass sich das deutsche Gesundheitssystem, die deutsche Gesundheitsvorsorge und -versorgung in den letzten Jahren unter dem zunehmenden Ökonomisierungsdruck immer weiter verschlechtern.

(Zuruf: Das ist Quatsch!)

Ich will hier auf vier Punkte eingehen und aufzeigen, warum diese für einen erfolgreichen Umgang mit einer Epidemie wichtig sind. Zum einen wäre es gerade für die Versorgung von Corona-Patienten in Kran-

**(Abg. Schramm (DIE LINKE))**

kenhäusern wichtig, dass diese in einem Einzelzimmer mit Vorschleuse behandelt werden. Solche Zimmer sind allerdings aus Kostengründen in den letzten Jahren weitgehend abgeschafft worden ebenso wie die sogenannten Einzelboxen auf Intensivstationen, die bei dringendem Behandlungsbedarf notwendig sind, um die Übertragung zu minimieren. Die Bundesärztekammer hält die Krankenhäuser schon aus diesem Grund für nicht ausreichend auf das Coronavirus vorbereitet.

Dazu kommt dann die allgemeine Knappheit an Schutzanzügen und Masken, an Hygiene- und Desinfektionsmitteln, die auch die Kliniken und Krankenhäuser betreffen. Ebenfalls aus Kostengründen verzichten Krankenhäuser seit Jahren darauf, größere Mengen an entsprechender Schutzausrüstung vorzuhalten. Nach Ausbruch der Epidemie besteht nun weltweit eine riesige Nachfrage nach diesen Mitteln und dieses Handeln rächt sich. Da die meisten Hersteller von Schutzmasken und -kleidung in asiatischen Ländern ansässig sind, die nun nicht mehr oder nur noch stark begrenzt lieferfähig sind, funktioniert das beliebte Just-in-time-Prinzip nicht mehr. Hier hat die Landesregierung mittlerweile reagiert - das war auch richtig so - und eine große Bestellung aufgegeben. Nun muss dafür Sorge getragen werden, dass alle Häuser wissen, wohin sie ihren Bedarf adressieren müssen.

Drittens wird in einem solchen Krisenfall auch der Personalmangel in der Pflege offensichtlich. Denn nur mit genügend Personal in unseren Krankenhäusern können die hohen Hygienestandards, die für das Begrenzen der Ausbreitung von Viren unerlässlich sind, eingehalten werden. Um die in den Kliniken gebotene Hygiene zu gewährleisten, braucht es neben den Hygienebeauftragten und den professionellen Reinigungskräften auch genügend Pflegekräfte.

Aber durch die mit der Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung einhergehenden Effizienzsteigerungen der letzten Jahre fehlen tausende Pflegerinnen und Pfleger. Und die im System verbliebenen Fachkräfte arbeiten auch schon ohne Corona-Fälle am Limit und darüber hinaus.

(Zuruf von der CDU.)

Es war, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein großer Fehler, Krankenhäuser aus kommunaler Trägerschaft an private Träger zu verkaufen. Gesundheit ist keine Ware und eignet sich nicht für die Erwirtschaftung von Gewinnen.

(Beifall von der LINKEN und von der Besuchertribüne.)

Sie muss als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert werden. Denn unser alleroberstes Ziel darf nicht die Wirtschaftlichkeit von medizinischer Hilfe sein, sondern muss die effektive Versorgung auch in kritischen Situationen wie der jetzigen Epidemie sein. Wir müssen unsere Krankenhausplanung und unser Gesundheitssystem neu ordnen und krisenfest machen, denn das Coronavirus wird nicht das letzte Virus sein, das unser Gesundheitssystem herausfordert.

Frau Ministerin, es ist richtig, dass Sie eine landesweite Regelung gefunden haben, wonach Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Personen abgesagt werden müssen. Das war die richtige Entscheidung, und es war nun auch Eile geboten, damit diese Entscheidungen schnellstmöglich umgesetzt werden kann. Wir möchten allerdings darauf hinweisen, dass auch hinsichtlich der Quarantäneanordnungen und der Schließung öffentlicher Einrichtungen mit den Kommunen und mit den Ortspolizeibehörden gesprochen werden muss, damit eine Gemeinde genauso wie die andere Gemeinde reagiert, damit es nicht dazu kommt, dass der eine Quarantäne anordnet und sich der andere von diesem Gedanken verabschiedet.

In diesem Sinne wünschen wir uns, dass wir diese Herausforderung in den Griff bekommen, dass wir nicht noch mehr Fälle haben werden. Gewiss werden wir, Sie haben es eben gesagt, ein Problem haben. Wir werden aber alles dafür tun, das in den Griff zu bekommen, und, das sehen wir in den Sitzungen des Gesundheitsausschusses, die Landesregierung ist hierbei in einer guten Rolle unterwegs und engagiert sich sehr. Dafür auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön!

(Beifall von der LINKEN und der Besuchertribüne.)

**Präsident Toscani:**

Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Magnus Jung von der SPD-Landtagsfraktion. - Ich darf noch einmal auf die Usancen in unserem Hause hinweisen: Die Besucherinnen und Besucher sind uns herzlich willkommen, nach den Regeln unseres Hauses ist es aber nicht üblich, dass Besucher Beifalls- oder Missfallenskundgebungen äußern. - Bitte schön, Herr Dr. Jung!

**Abg. Dr. Jung (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Coronavirus stellt uns in unserem Land vor eine sehr große Herausforderung, eine Herausforde-

(Abg. Dr. Jung (SPD))

rung, die zunächst einmal das Gesundheitswesen zu bewältigen hat. Es ist aber auch eine Herausforderung, mit der der Staat insgesamt gefordert wird. Es ergeben sich Herausforderungen, die die Wirtschaft in unserem Land erheblich treffen. Am Ende wird man wohl sagen müssen, dass dieses Coronavirus eine Herausforderung für uns als Gesellschaft insgesamt darstellt.

Diese Herausforderungen sind schwer zu bearbeiten, denn ein wesentliches Kennzeichen dieser Herausforderungen ist, dass wir heute nicht genau wissen, wo wir stehen. Wir wissen auch nicht, was noch kommen wird. Ein Beispiel für diese Unsicherheit ist, dass wir heute nicht wirklich wissen, wie viele Menschen in unserem Land sich bereits infiziert haben, denn die Dunkelziffer kann außerordentlich hoch sein. Wir wissen ja noch nicht einmal, ob sich gerade jetzt in diesem Raum jemand befindet, der sich schon infiziert hat, das aber gar nicht weiß. Da wir das alles nicht wissen, können wir auch noch nicht sicher sein, welche Maßnahmen wirklich die geeigneten sind und welche Maßnahmen sich am Ende als verhältnismäßig herausstellen werden.

Was wir aber wissen, ist, dass es hier um den Schutz der Gesundheit, ja sogar vielleicht um das Leben von Menschen in unserem Land geht. Möglicherweise werden viele von diesen Gefahren betroffen sein. Deshalb ist es in dieser Zeit der Unsicherheit unsere Devise, dass Vorsicht deutlich besser ist, als sich irgendwie nachlässig zu verhalten. Genau das raten uns auch alle Expertinnen und Experten. Deshalb, Frau Ministerin Bachmann, stehen wir von der SPD-Fraktion und, so glaube ich, das ganze Haus hinter dem Handeln der Landesregierung und dem Handeln der Kommunen in diesem Land und stärken Ihnen Rücken.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will mich zunächst einmal auch ganz herzlich bei all den Menschen bedanken, die sich jetzt relativ kurzfristig in Krisenstäben, in der Taskforce, bei den Gesundheitsämtern und bei den Ortspolizeibehörden mit dieser Krise beschäftigen müssen. Ich will mich herzlich bedanken bei den Ärztinnen und Ärzten, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Praxen, bei den Krankenschwestern und den Krankenpflegern, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rettungsdienste, die möglicherweise täglich Kontakt haben mit Menschen, bei denen zumindest das Risiko besteht, dass sie erkrankt sind und diese Erkrankung übertragen können.

Ich bedanke mich ganz herzlich auch bei allen Entscheidungsträgern in Unternehmen und Einrichtungen, die für ihre Zuständigkeiten Pläne entwi-

ckeln, sich Sorgen machen, Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen. Sie alle müssen jetzt in einer Situation der Unsicherheit Entscheidungen treffen. Vor allem müssen sie die Entscheidungen jetzt treffen - abwarten ist eben keine Alternative.

Bei allen diesen Entscheidungen geht es auch um Einschränkungen für die Menschen in unserem Land. Es geht um die Absage beziehungsweise das Verbot von Veranstaltungen in der Freizeit; das kann man ja noch hinnehmen. Es geht aber auch um die Absage und das Verbot von Veranstaltungen, die mit wirtschaftlichen Interessen verknüpft sind. Es geht, wie man an einem Beispiel schon gesehen hat, um die Schließung von Unternehmensstandorten. Es geht um die mögliche Schließung von Schulen und Kindergärten. Es geht um die Einschränkung von Besuchszeiten in Krankenhäusern und Altenheimen.

Bei allen diesen Entscheidungen stellt sich, und das diskutieren auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, immer die Frage nach der Verhältnismäßigkeit, dies auch wegen der wirtschaftlichen Folgen, die enorm sein können. Dabei wird auch immer die Frage gestellt, warum das jetzt so gehandhabt wird. Es wird der Vergleich gezogen: Wir haben doch in jedem Jahr auch eine Grippe-Welle! - Und in der Tat, auch in diesem Jahr gibt es eine Grippe-Welle mit bereits 120.000 Infizierten und 200 Toten in Deutschland. Beim Coronavirus gibt es aber doch einiges, das anders ist: Vor allem die Tatsache, dass es unbekannt ist. Wir können heute noch nicht abschätzen, was auf uns zukommen wird. Es gibt gegen das Coronavirus eben keinen Impfschutz. Am Ende könnte deshalb die Zahl der Infizierten deutlich höher sein, als dies bei einer Grippe-Epidemie üblicherweise der Fall ist. Das gilt letztlich möglicherweise auch für die Zahl der Menschen, die an dieser Epidemie sterben. Angesichts dessen müssen nun andere, besondere Maßnahmen getroffen werden.

Es stellt sich natürlich die Frage, was wir am Ende mit all den Maßnahmen, die ja heute Morgen auch angekündigt und genannt wurden, tatsächlich erreichen können. Das wesentliche Ziel ist es, die Ausbreitung zu verlangsamen und Zeit zu gewinnen. Wir müssen versuchen, Zeit zu gewinnen, denn das entlastet die Krankenhäuser und die ärztlichen Praxen. Das gibt uns mehr Zeit für die medizinische Forschung, um Mittel für die Behandlung von Erkrankten und eben auch einen Impfstoff zu entwickeln. Mehr Zeit zu gewinnen, das kann auch insgesamt dazu beitragen, die Verbreitung des Virus erheblich einzudämmen.

(Abg. Dr. Jung (SPD))

Dazu, liebe Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, können Sie, dazu kann jeder viel beitragen: durch ein ganz normales Hygieneverhalten, aber eben auch durch Zurückhaltung beim Kontakt mit anderen Menschen. Letzteres fällt uns Saarländerinnen und Saarländern besonders schwer, weil wir sehr herzlich veranlagt sind und uns normalerweise gerne herzlich begrüßen. Das steckt schon in einem drin, aber wir müssen uns das nun, so meine ich, für eine gewisse Zeit abgewöhnen.

Wir brauchen auch etwas mehr Einheitlichkeit in den konkreten Entscheidungen. Das ist ganz wichtig, wenn es darum geht, ob Veranstaltungen stattfinden können oder eben nicht. Ich glaube, wir müssen auch dafür sorgen, dass wir den Gemeinden an dieser Stelle ein Stück weit die Verantwortung abnehmen und sie nicht alleine lassen bei der Entscheidung, was geht. Es wird in diesem Zusammenhang sicherlich auch noch diskutiert werden müssen, wie das mit dem Wunsch nach Entschädigung ist. An einer Stelle zumindest, das begrüße ich ganz deutlich, gibt es schon eine Entscheidung, nämlich dass für die Schülerinnen und Schüler, die jetzt nicht auf Klassenfahrt gehen können, die Stornokosten vom Land übernommen werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich denke, das ist eine gute Nachricht am heutigen Tag. Das Coronavirus ist aber auch eine erhebliche Belastung, das zeichnet sich mehr als deutlich ab. Wir haben gesehen, dass in Deutschland, aber auch im Saarland Messen abgesagt worden sind, wir hören von erheblichen Einbrüchen in der Gastronomie und in der Tourismusbranche. Es gibt bereits die erste Schließung eines Unternehmensstandortes, und wir befürchten in den nächsten Wochen und Monaten den Abriss von Lieferketten in ganz erheblichem Maße. Was das für die Industrie in unserem Land bedeutet könnte, das kann man am heutigen Tage noch gar nicht wirklich voraussagen.

Deshalb ein herzlicher Dank an die Bundesregierung, an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, der in wenigen Tagen ein Gesetz auf den Weg gebracht hat, das zum Ende dieser Woche schon in Kraft treten soll, wenn ich es richtig sehe. Es geht um eine Verbesserung beim Thema Kurzarbeitergeld. Das ist eine echte Entlastung für die Unternehmen und sichert Arbeitsplätze für die Beschäftigten. Insgesamt aber werden wir sicherlich noch deutlich viel mehr Geld brauchen als das, was bisher aufgerufen worden ist, und zwar Geld, um einzelnen Unternehmen konkret zu helfen, aber auch Geld, um insgesamt die Konjunktur anzukurbeln. An dieser Stelle, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich das

Wort Schuldenbremse am liebsten gar nicht hören, wir müssen die Größe der Herausforderung erkennen und entsprechend mächtige Antworten darauf finden.

Die Corona-Krise, das ist das Gute, wird mit Sicherheit irgendwann vorbeigehen. Wir werden dann die Lehren aus dieser Krise zu ziehen haben. Eine steht für mich aber heute schon fest. Wir sind es gewohnt, Planung, Finanzierung und Organisation im wirtschaftlichen Bereich, aber auch im öffentlichen Bereich auf Normalzeiten auszurichten. Das Leben besteht aber nicht immer nur aus Normalzeiten. Wir müssen auch für Krisenzeiten gewappnet sein. Wir brauchen mehr Geld, um Notfallreserven und besondere Kapazitäten auch in Krisenzeiten zur Verfügung zu haben. Das müssen wir bei der Finanzierung des Gesundheitswesens und anderer öffentlicher Leistungen in Zukunft wieder stärker berücksichtigen.

Das Coronavirus ist auch eine Herausforderung für uns als Gesellschaft insgesamt. Grundsätzlich ist das Virus eine Gefahr für alle. Deshalb trägt auch jeder Einzelne Verantwortung, weil eben jeder Einzelne auch dieses Virus übertragen kann. Deshalb kann auch niemand in diesem Land die Entscheidung, wie er oder sie mit diesem Virus im Alltag umgeht, für sich alleine treffen, weil die Entscheidung für einen selbst auch immer eine Entscheidung ist, die die Umwelt, die Umgebung, eben die anderen in unserer Gesellschaft mit betrifft. Deshalb sage ich an dieser Stelle: Wenn sich alle vernünftig und rücksichtsvoll verhalten, dann kommen wir als Gesellschaft insgesamt besser durch diese Krise. Deshalb ist dieses Virus vielleicht am Ende eine Chance, den Zusammenhalt und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in diesem Land zu stärken.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich sage aber auch ganz deutlich, irrationales Handeln oder gar kriminelles Handeln schadet allen. Für diejenigen, die bei gewissen Produkten ein gutes Geschäft in dieser Krise machen wollen, habe ich auf jeden Fall nur Verachtung. Es ist schäbig, mit dieser Krise noch dicke Kasse machen zu wollen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich der Überzeugung, Deutschland und auch das Saarland sind auf diese Krise gut vorbereitet. Dennoch, wir haben keine Routine im Umgang mit dem, was wir jetzt leisten müssen. Vieles, was jetzt getan werden muss, muss sich eben neu finden. Deshalb bitte ich auch die Bürgerinnen und Bürger um Verständnis, wenn nicht alles am ersten Tag reibungslos funktioniert. Ich hatte gestern von

**(Abg. Dr. Jung (SPD))**

einem Fall von Menschen gehört, die Anweisung hatten, in Quarantäne zu Hause zu warten, bis ein Abstrich genommen worden ist. Das hat länger gedauert, als es verabredet war. Das ist nicht gut, aber es kann eben passieren. Jeder Tag bringt Neuland für alle Beteiligten, da brauchen wir auch Geduld und Verständnis im Miteinander.

Deshalb sage ich am Ende meiner Ausführungen heute noch einmal herzlichen Dank an alle Akteure, die dazu beitragen, dass wir nach besten Kräften diese Krise in unserem Land meistern. Ich bin der festen Überzeugung, es besteht zwar Grund zur Sorge, aber niemand in unserem Land muss wirklich Angst haben. Anlass zur Panik besteht am Ende überhaupt nicht. Was wir brauchen werden, ist sicherlich auch ein bisschen Glück, um gut durch die nächsten Wochen und Monaten zu kommen. In diesem Sinne grüße ich Sie alle mit einem herzlichen und saarländischen Glück auf.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Ich erteile als Nächstes dem Vorsitzenden der AfD-Landtagsfraktion Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal möchte ich Frau Ministerin Bachmann Unterstützung der AfD in vollstem Umfang zusichern. Wir sind genau wie jeder andere Saarländer sehr daran interessiert, dass es unserer saarländischen Bevölkerung gut geht. Was Sie hier vorgetragen haben, ist in Anbetracht der Umstände das Menschenmögliche. Wir sind auch gewillt, mitzuhelfen, dass das umgesetzt werden kann. Wobei es sich allerdings wieder zeigt - das ist bereits von mehreren Rednern angesprochen worden -, dass es immer am besten ist, wenn man schon gut für den Normalfall gerüstet ist, dann geht es umso besser für den Ausnahmefall.

Wir sind hier im Saarland im Augenblick in einer ernstesten Situation, und man sollte sich in solchen Situationen vor Untertreibung hüten. Man sollte nicht untertreiben. Man sollte wirklich auf das Schlimmste gefasst sein, wenn man auch das Beste hofft. Ich möchte jetzt nicht alle Dinge wiederholen, die ausführlich vorgetragen worden sind, aber eine Sache scheint mir doch sehr wichtig. Sie ist von allen bereits genannt worden, aber ich möchte diese eine Sache wiederholen. Es geht darum, Zeit zu gewinnen, dies aus vielen Gründen. Es ist angeführt worden, dass wir dann vielleicht ein Heilmittel oder Impf-

stoffe haben. Aber es gibt auch einen anderen Grund: Man kann aus den Fehlern und dem, was andere gut gemacht haben, lernen. Es gibt ja Länder, die schon mehr betroffen sind als wir hier im Saarland im Augenblick. Man kann schauen, was diese Länder machen.

Ich war vor 14 Tagen noch in Israel und habe gesehen, wie der Staat Israel sich schützt. Ich bin damals am Flughafen schon gefragt worden, wo ich im letzten halben Jahr war, ob ich in China war und so weiter. Man ist schon befragt worden. Inzwischen habe ich gehört, dass die Grenzen dicht sind für solche, die aus Krisengebieten kommen. Fluggesellschaften fliegen Israel auch nicht mehr an.

Man braucht gar nicht so weit zu gehen. Ich habe heute Morgen ein Interview gehört von einer Frau in Italien, die angehalten worden ist, weil sie keinen Passierschein hatte. Im Inneren Italiens fährt niemand mehr von einer Stadt in die andere ohne einen Passierschein. Das sind Dinge, die schon Realität sind, von denen wir befürchten können, dass sie bei uns Realität werden. Deshalb sollten wir sehen, was dort geschehen ist, dass es so weit gekommen ist, und was sie jetzt tun, damit sie dieses Problem lösen.

Ich sage das nicht von ungefähr, denn wir haben im Saarland dieses Problem, dass unsere Grenze - darüber sind wir ja froh - nach Frankreich offen ist. Aber wenn man dann in der Zeitung liest, dass die Franzosen sozusagen die Arme hochheben und sagen, wir machen nichts mehr, es hat keinen Wert, uns fehlen die Kapazitäten, dann wird uns angst und bange oder sollte uns angst und bange werden, denn wir wissen, dass täglich 18.000 Menschen diese Grenze unkontrolliert überschreiten. Dann nutzen unsere Maßnahmen, die wir hier ergreifen, nur wenig, wenn wir das nicht in den Griff bekommen.

Deshalb wäre das für die Landesregierung eine wirklich außerordentliche und zuerst zu erledigende Aufgabe, mit den französischen Behörden zu reden und Maßnahmen zu ergreifen, dass da ein wirksamer Schutz stattfinden kann. Das wird für uns im kleinen Saarland sehr wichtig sein, da 18.000 Menschen zu uns überkommen und nicht kontrolliert werden.

Insgesamt hoffen wir, dass wir einigermaßen verschont werden. Wir wollen bei uns im Saarland Unseres dazu tun, damit das einigermaßen ordentlich über die Bühne geht. Wir rufen die Bevölkerung auf, uns natürlich dabei zu helfen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD-Fraktion.)

**Präsident Toscani:**

Es sind weitere Wortmeldungen eingegangen. - Das Wort hat nun noch einmal der Abgeordnete Raphael Schäfer für die CDU-Landtagsfraktion.

**Abg. Schäfer (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ehrlich sagen, ich hätte mir heute Morgen lieber eine andere Aussprache zur Regierungserklärung gewünscht, denn - auch das muss ich sagen - die Kollegin Schramm hat aus meiner Sicht heute Morgen mit ihren Wortbeiträgen das Thema verfehlt. Das war unterirdisch. Hier wird versucht, politisches Kapital aus einer für uns alle wirklich schwierigen Situation zu schlagen. Das ist in meinen Augen verantwortungslos. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Hier wird alles in einen Topf geschmissen, hier werden Probleme angesprochen, die sicherlich da sind, Pflegemangel und so weiter. Es ist aber unverantwortlich, in dieser gegenwärtig schwierigen Situation so zu argumentieren und den Versuch zu unternehmen, politisches Kapital aus so einer schwierigen Lage zu schlagen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Was macht den Unterschied aus? - Den Unterschied macht aus, dass wir und insbesondere die saarländische Landesregierung - es ist ausgeführt worden - bemüht sind, wirklich in jeder Hinsicht für eine Eindämmung dieses Virus zu sorgen. Wir müssen Zeit gewinnen, auch das ist angesprochen worden. Ganz viele Schutzmaßnahmen werden auf den Weg gebracht und wurden bereits auf den Weg gebracht. Sie kommen dann mit Ihrer Argumentation und stellen quasi unser Gesundheitssystem infrage. Das ist lächerlich. Diesen Vorwurf muss ich ganz klar zurückweisen. Wir haben nachweislich weltweit eines der besten Gesundheitssysteme. Die Menschen werden bestmöglich versorgt, nicht nur im stationären Bereich, sondern durch die vielen Ärzte vor Ort, durch die Hausärzte, natürlich auch im ambulanten Bereich.

Wir haben in diesem Hohen Hause aktuell ein Gesetz in der Pipeline, das Landarztgesetz, das dort noch einmal für ganz konkrete Verbesserungen im ländlichen Raum sorgen soll. Deswegen kann ich Sie eigentlich nur noch einmal bitten und dazu aufrufen, konstruktiv - die andere Oppositionsseite hat das in meinen Augen weitgehend getan - diesen Prozess zu begleiten und uns auch aktiv zu unterstützen. Ich habe gesagt, wir sitzen in diesem Punkt alle in einem Boot. Wir haben alle eine gemeinsame

Verantwortung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will es damit eigentlich weitgehend bewenden lassen. Ich möchte nur noch kurz auf den Kollegen Dörr von der AfD eingehen. Sie können sich natürlich darauf verlassen, der Ministerpräsident ist ja in einem ständigen Austausch auch mit den französischen Freunden, damit dort alles Mögliche unternommen wird, natürlich in Kooperation mit dem Gesundheitsministerium, um in unserer Großregion oder in der Nachbarschaft zu Frankreich gemeinsame Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Wir handeln, wir nehmen unsere Verantwortung ernst und wir sind wirklich bemüht, durch eine Vielzahl an Maßnahmen die bestmögliche Sicherheit für die Bevölkerung hier in unserem Land, im Saarland, sicherzustellen. Lassen Sie uns dabei bitte an einem Strang ziehen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Von der AfD-Fraktion gibt es noch eine weitere Wortmeldung. - Ich erteile dem Abgeordneten Rudolf Müller das Wort.

**Abg. Müller (AfD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es soll ja möglichst keine Panik gemacht werden, aber Realismus ist durchaus nötig. Dazu gehören auch ein paar Zahlen. Wir haben es hier ganz offensichtlich mit einer Pandemie zu tun, zahlenmäßig so in etwa wie die Spanische Grippe vor hundert Jahren, nur zum Glück nicht so tödlich. Bei der Spanischen Grippe kamen 25 Millionen Menschen um. Gestern Abend haben wir nun von Frau Merkel gehört, dass hier zwei Drittel der Bevölkerung im Laufe der Zeit betroffen sein werden. Davon wird jetzt ausgegangen.

Zwei Drittel der Bevölkerung sind bei uns rund 50 Millionen. Jetzt rechnen wir einmal, bei 1 Prozent wird das tödlich verlaufen, dann sind das 500.000 Menschen. Wenn es so schlimm kommt, wird diese Seuche für Hunderttausende das vorzeitige Ende bedeuten. Seit Anfang Januar ist diese Seuche nun bekannt. Seit Anfang Februar ist den Fachleuten - das haben wir jetzt erfahren - auch klar, dass es sich um eine Pandemie handelt.

Unser Bundesgesundheitsminister, der sich sonst als recht hyperaktiv erweist, hat hier allerdings einiges versäumt. Es gab keine Quarantäne für Reisende aus China, keine Schließungen von Flughäfen,

**(Abg. Müller (AfD))**

Ämtern, Sportstadien, Massenveranstaltungen. Während andere Staaten schnell gehandelt haben, insbesondere China, Italien, England, Israel, Polen, wurde hier zuerst verharmlost. Keine Grenzkontrollen, keine Absage von Großveranstaltungen, keine Beurlaubung von Arbeitnehmern. Inzwischen wird die Seuche ernst genommen. Das muss so sein. Die wesentlichen Maßnahmen obliegen bei uns dem Gesundheitsministerium und alle sollen und müssen sich daran halten. Dazu fordern wir von hier aus ebenfalls auf. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD.)

**Präsident Toscani:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegt eine weitere Wortmeldung vor. Ich darf noch einmal für die Landesregierung der zuständigen Ministerin Monika Bachmann das Wort erteilen.

**Ministerin Bachmann:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute ein Sofortprogramm vorgelegt, kein abgeschlossenes Programm. Das Wort sagt es schon, dass wir jetzt, wenn wir heute hier hinausgehen, weiterarbeiten und auch den heutigen Tag schon nutzen, weil sich die Ereignisse überholen. In der Zeit, in der wir heute diskutiert haben, hat zum Beispiel Österreich verkündet, dass kein Zugverkehr mehr nach Italien und aus Italien heraus stattfindet. Die Fälle bei uns im Land sind mehr geworden. Es ist nicht so, dass wir jetzt ein Klagelied anstimmen, aber jede Minute zählt und wir müssen uns darauf einstellen. Deshalb legen der Ministerpräsident und diese Landesregierung großen Wert darauf zu sagen, dass das, was wir heute vorgelegt haben, zeigt, wir sind handlungsfähig, wir haben ein Sofortprogramm und wir arbeiten sofort weiter, um diese Krankheit einzudämmen. - Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Toscani:**

Wir sind am Ende der Aussprache angelangt. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 10, 11 und 17 unserer Tagesordnung. Das sind die Tagesordnungspunkte, die sich mit dem Thema Entwicklung der Krankenhauslandschaft im Saarland beschäftigen.

**Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Gute Gesundheitsversorgung sichern - das Saarland braucht eine verlässliche Krankenhausplanung (Drucksache 16/1239)**

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Ursache der Krankenhausschließungen benennen (Drucksache 16/1230)**

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Sicherstellung einer flächendeckenden stationären/teilstationären Gesundheitsversorgung durch leistungsfähige Krankenhäuser im Saarland (Drucksache 16/1257)**

Zu diesem Tagesordnungspunkt darf ich zahlreiche Gäste auf der Tribüne unseres Hauses begrüßen. Es sind Staatssekretär Stephan Kolling, der Bürgermeister der Stadt Lebach, Klauspeter Brill, der Vorsitzende und der Geschäftsführer der Saarländischen Krankenhausgesellschaft Manfred Klein und Dr. Thomas Jakobs, es sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krankenhauses Lebach und Vertreter der Gewerkschaft Verdi. Seien Sie uns alle recht herzlich willkommen!

(Beifall.)

Zur Begründung des Antrags der DIE LINKE-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abgeordneter Astrid Schramm das Wort.

**Abg. Schramm (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem uns in den vergangenen Tagen die Meldungen über die geplanten Klinikschließungen in Ottweiler und Lebach erreicht haben, sorgen sich die Menschen im Saarland vor allem im ländlichen Raum zunehmend um ihre Versorgungssituation. Sie zweifeln daran, dass das Land seinem Auftrag, eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung für die saarländische Bevölkerung sicherzustellen, weiterhin gerecht werden kann. Wir halten diese Sorge auch für berechtigt, nicht weil die Landesregierung, nicht weil das saarländische Gesundheitsministerium dieser Aufgabe nicht die gebotene Aufmerksamkeit zukommen lässt, sondern weil auf Bundesebene entschieden wurde, dass sich Gesundheit rechnen muss. Wenn aber Gesundheitsvorsorge und -versorgung, wenn Pfleger ein- oder zweistellige Renditen einbrin-

**(Abg. Schramm (DIE LINKE))**

gen müssen, dann sind die Auswirkungen auf die Beschäftigten und die Patientinnen und Patienten letztendlich verheerend.

(Beifall von der LINKEN.)

Sie alle bekommen das täglich auch zu spüren. Der Arbeitsdruck und die Überlastung der Pflegekräfte steigen stetig. Die Grenzen der zumutbaren Arbeitsbelastung werden Tag für Tag brutal überschritten, weil sich die Renditen eben am leichtesten steigern lassen, wenn man beim Personal einspart. Darunter leidet natürlich die Pflegequalität. Fließbandabfertigung, schlechte Versorgung von Patientinnen und Patienten sowie mangelnde Hygiene in den Krankenhäusern werden in Kauf genommen, solange bei den Betreibern am Ende die Kasse stimmt. Diesem Ökonomisierungsdruck und den damit verbundenen Effizienzsteigerungen können gerade kleinere Krankenhäuser nicht mehr standhalten, vor allem nicht, wenn der immense Sanierungsstau dazukommt, der in den meisten Krankenhäusern im Land besteht.

Bundesweit ist in den vergangenen Jahren ein Investitionsstau in einer Größenordnung von 50 Milliarden Euro entstanden, eine Summe, die allein von den Ländern nicht gestemmt werden kann. Vor diesem Hintergrund halten wir fest: Die Kürzungen der Investitionsmittel des Landes über Jahre hinweg waren ein Fehler, man ist nun aber gleichzeitig durch den Bund in der Pflicht, zu handeln und eine ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser zu gewährleisten. Zum einen müssen Länder und Kommunen durch eine geänderte Steuer- und Umverteilungspolitik handlungsfähig gemacht werden, damit sie ihren Aufgaben bei der Finanzierung von Krankenhausinvestitionen und -ausstattung nachkommen können. Denn die mangelnde Finanzierung der Investitionskosten liegt nicht in erster Linie am Willen der Länder, sondern an deren fehlenden Mitteln, die sie zum Sparen zwingen.

Darüber hinaus fordern wir die Abkehr von den Fallpauschalen, den DRGs, denn sie führen dazu, dass Entscheidungen über Behandlungen nicht mehr allein nach medizinischen Kriterien getroffen werden, sondern auch danach, was sich gewinnbringend abrechnen lässt. Oder anders ausgedrückt: Nur das Krankenhaus, das mit möglichst geringen Kosten in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Fälle abfertigt, macht Gewinne. Wer sich aber auf zeitraubende, emphatische Medizin einlässt, wer einen hohen Personalschlüssel vorhält, macht Verluste. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine fatale Entwicklung!

(Beifall von der LINKEN.)

Günther Jonitz, der Präsident der Berliner Ärztekammer, hat einmal gesagt: Wären die DRGs ein Medikament, so müsste man sie mit sofortiger Wirkung vom Markt nehmen. Alle versprochenen Wirkungen sind ausgeblieben, aber alle Nebenwirkungen sind eingetreten. - Dieser Diagnose schließen wir uns vollumfänglich an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben nun zum wiederholten Male, dass Krankenhausstandorte in unserem Land geschlossen werden müssen, weil sie sich für den Betreiber einfach nicht mehr rentieren, und dies ohne dass zumindest das Gespräch mit dem Land oder der betroffenen Kommune gesucht wurde, ohne dass man sich gemeinsam über mögliche Lösungsansätze austauscht. Die Träger rechnen ihre Bilanzen durch und heben oder senken den Daumen für die Klinik, für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Patientinnen und Patienten und stellen das Land letztendlich vor vollendete Tatsachen. Das ist nicht nur ein schlechter Stil der Verantwortlichen, solch ein Vorgehen macht auch eine verlässliche Krankenhausplanung schlichtweg nicht mehr möglich. Kurzfristig muss daher der aktuelle Krankenhausplan dringend überarbeitet und es muss in einem offenen und vor allen Dingen ehrlichen Dialog mit den Betreibern die Zukunft der saarländischen Krankenversorgung diskutiert werden.

(Beifall von der LINKEN.)

Langfristig muss das oberste Ziel aber sein, Gesundheit und Pflege wieder in öffentliche Verantwortung und in kommunale oder freigemeinnützige Hände zu überführen. Gesundheit ist keine Ware, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN.)

**Präsident Toscani:**

Zur Begründung des Antrags der AfD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Rudolf Müller das Wort.

**Abg. Müller (AfD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit Jahren gibt es einen Kampf um den Erhalt von Kliniken in saarländischen Städten und Gemeinden. Dabei wurden und werden die Verantwortlichkeiten ständig hin und her geschoben. Denn ob ein Krankenhaus erhalten bleibt oder schließt, hat ganz gravierende Auswirkungen auf die betreffende Kommune, für die Bürger, die jederzeit Patienten werden können und dann meistens auch schnell eine notwendige Versorgung brauchen, wie auch für die hochqualifizier-

(Abg. Müller (AfD))

ten Beschäftigten und Dienstleister aller Art, die für den geordneten Betrieb sorgen und ihre Arbeitsplätze dort haben. Darüber hinaus geht es auch noch um die Attraktivität der ganzen Stadt oder Gemeinde.

Vor genau einer Woche, meine Damen und Herren, kurz bevor wir unseren Antrag eingebracht haben, ist die Bombe im Sozialausschuss geplatzt. Es sollte eigentlich um die für Ende Februar angekündigte Schließung des Krankenhauses in Ottweiler gehen. Zunächst kamen die üblichen vorwurfsvollen Fragen von SPD und CDU und der moralisierende Appell, dass man doch einen Versorgungsauftrag habe und dass man von Schließung nichts gewusst und gehat habe. Letzteres ist anscheinend ein Markenzeichen dieser Landesregierung. Aber dann kam die Bombe: Der betriebswirtschaftliche Manager Dr. Thomas Wolfram redete Klartext, ob von seinem Chef von der Leine gelassen oder aus eigenem Frust, weiß ich nicht, das ist auch zweitrangig. Er sagte ohne Umschweife, dass unter den gesetzlichen Bedingungen, wie sie in den letzten Jahren und Monaten erlassen wurden, kleinere oder auch mittelgroße Krankenhäuser nicht mehr zu führen sind.

Hauptsächliche Gründe sind demnach: Erstens erhebliche Strafzahlungen, wenn der Medizinische Dienst der Krankenkassen eine Abrechnung nicht anerkennt, zum Beispiel wenn ein Patient nach einer OP länger im Krankenhaus bleiben muss, als im System der Fallpauschalen vorgesehen ist. Diese Strafzahlungen wurden vor Kurzem erst als zusätzliche Belastung insbesondere für die kleinen Krankenhäuser eingeführt.

Zweitens sollen Kliniken nur noch dann ihre Leistungen für Notfälle voll abrechnen können, wenn sie als integriertes Notfallzentrum anerkannt sind. Das ist eine der vielen neuen Ideen aus dem Bundesministerium von Herrn Spahn. Dabei konnte man erfahren, dass 75 Prozent der Patienten als Notfall in die Kliniken kommen. Das kann man sich auch vorstellen. Also bei drei Vierteln der Fälle kann nicht voll abgerechnet werden.

Drittens wurden Mindestbesetzungen auf bestimmten Stationen festgelegt. Wenn also etwa nicht genügend Pflegerinnen und Pfleger da sind, dann gibt es kein Geld oder weniger Geld. Aber woher soll man diese fehlenden Pflegekräfte holen, wenn sie ganz einfach nicht zu finden sind? - So weit einige teure Erfindungen von Herrn Spahn, die für kleinere Krankenhäuser nicht kostendeckend machbar sind.

An die Adresse der Herrschaften von CDU und SPD war zu hören, dass unter ihrer Verantwortung und in

Person von Herrn Spahn fast im Wochenrhythmus Vorschriften kommen. Jetzt versucht man vonseiten der Landesregierung, die Kirche als Beteiligten an der Misere an der moralischen Ehre zu packen. Aber wie man weiß, hört bei den Kirchen die Nächstenliebe und Barmherzigkeit schnell auf, wenn es ums Geld geht und wenn auf eigene Kosten rote Zahlen ausgeglichen werden sollen.

(Zuruf: Unmöglich.)

Das ist nicht unmöglich. Das ist so. - Da will man mit Trägergesellschaften und deren defizitären Krankenhäusern doch lieber nichts mehr zu tun haben. Warum aber wird in Deutschland und damit auch im Saarland eine Politik betrieben, nach der kleine und mittlere Krankenhäuser zerstört werden sollen? Warum wird von diesem CDU-Minister Spahn mit Billigung der SPD eine Politik betrieben, nach der Gemeinden und kleinere Städte und damit deren Bürger ihre Krankenhäuser verlieren sollen? Revanchieren und bedanken können sich die Bürger nur alle paar Jahre an der Wahlurne. Ich hoffe, dass sie das dann auch tun werden.

(Abg. Heinrich (CDU): Aber nicht bei Ihnen!)

Das wird man sehen, Herr Heinrich. - Eine Antwort auf das Warum - warum nur noch große Kliniken gut sein sollen; warum es hier heißen soll „big is beautiful“ - lässt sich vielleicht finden in einer Studie der Bertelsmann-Stiftung, die in der SZ von gestern erwähnt ist. Die Bertelsmann-Stiftung ist eine Organisation mit viel Geld. Da wirkt das Brecheisen der Macht - viel Geld. Welche Interessen im Verborgenen wirken, weiß der Bürger nicht. Jedenfalls hat diese Bertelsmann-Stiftung 2019 empfohlen, 800 von 1.400 Kliniken in Deutschland zu schließen. 800 von 1.400! Weit mehr als die Hälfte der deutschen Kliniken wollen diese Bertelsmänner geschlossen sehen. Noch einmal die Frage: in wessen Interesse?

Jedenfalls tut der CDU-Spahn genau das, was die wollen. Das Mittel dazu sind ständig weitere Schikanen und Belastungen für die Kleinen. Den Erfolg dieser Spahn- und CDU- und Bertelsmann-Politik sieht man in Wadern, Dillingen, Ottweiler, Lebach und wahrscheinlich an weiteren Standorten.

Ein weiterer Profiteur auf dem Rücken der Bürger ist eine andere Organisation, die groß ist im Krankentransportwesen, denn die Transporte werden ja in Zukunft länger, häufiger und teurer. Diese Organisation ist das DRK, das Deutsche Rote Kreuz. Auch dort spielt erst mal das Geld nicht die kleinste Rolle. Wer da beeinflusst und wie von dort aus die Spahn-Politik beeinflusst wird, wissen wir Bürger auch nicht. Dass dort aber Einfluss genommen wird ohne

**(Abg. Müller (AfD))**

große Rücksicht auf die einzelnen Bürger, darf man ziemlich sicher annehmen.

Wir fordern die saarländische Regierung auf, Einfluss zu nehmen auf diese in ihren Wirkungen fatale Politik gegenüber uns Saarländern und gegen alle anderen. Wir fordern Sie auf, Politik zu machen nicht gegen uns, sondern für uns. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD.)

**Präsident Toscani:**

Bevor wir in der Rednerreihenfolge weitermachen, darf ich weitere Gäste begrüßen, die einen besonderen Bezug haben zu den hier debattierten Tagesordnungspunkten. Es sind die beiden Geschäftsführer der Cusanus Trägergesellschaft Trier, Frau Dr. Monika Berg und Herr Bernd Molzberger, ebenso wie die Vertreterin des Bistums Trier, Frau Katja Göbel, die Beauftragte der katholischen Kirche für das Saarland. Seien Sie uns ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall des Hauses.)

Zur Begründung des Antrags der Koalitionsfraktionen erteile ich Herrn Abgeordneten Hermann Scharf das Wort.

**Abg. Scharf (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bin ich sehr froh, dass wir heute Morgen Frau Dr. Berg und Herrn Molzberger begrüßen können. Wir haben in den letzten Tagen harte Sträube ausgefochten. Ich kann Ihnen versprechen, das wird auch so weitergehen. Deswegen bin ich besonders froh, dass die Mitarbeitervertretung da ist - Herr Gerhard Sauer und auch die Kollegen von der Gesamtmitarbeitervertretung aus Trier. Auch wir sind in einem wirklich hervorragenden Dialog. Ich darf Ihnen sehr herzlich im Namen des Hauses für Ihr großes Engagement Dank sagen.

(Beifall des Hauses.)

Beginnen möchte ich meine Rede mit einer Rede, die in einem Büchlein abgedruckt worden ist, von der ehemaligen Generaloberin der Franziskanerinnen von Waldbreitbach, Schwester Basina Kloos, die vor zehn Jahren hier im Saarbrücker Schloss bei der Union-Stiftung einen Vortrag gehalten hat unter dem Titel: „Kann man Nächstenliebe managen?“ Ich möchte mit einer Passage beginnen:

Management bedeutet für uns die Gestaltung von komplexen Prozessen im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Bildung und Ausbildung. Dies erfordert

eine Zusammenarbeit mit den Politikern als Volksvertretern, den Kostenträgern als Vertreter einer Solidargemeinschaft und anderen Netzwerken. Die Nächstenliebe ist biblisch verankert, aber in vielen Handlungsaktivitäten schwer erkennbar. In Verbindung mit dem Management hängt ihre Berücksichtigung weitgehend davon ab, welches Geistes Kind die Verantwortlichen in den Unternehmen oder auch in der Politik sind. Es hängt davon ab, ob sie gedrängt werden von der Liebe Christi, wie es im zweiten Korintherbrief, fünftes Kapitel, 14. Vers, heißt.

Aus vielen Diskussionen mit unseren Managern weiß ich, dass manchem diese Sprache fremd ist, weil sie nicht so sozialisiert sind und sich von Managementtheorien leiten lassen, die nicht unbedingt im Biblischen begründet sind, aber auch in vielen Situationen keinen Gegensatz darstellen. Ich möchte keiner Führungskraft den guten Willen absprechen und Defizite in der humanitären Führung des Unternehmens unterstellen. Die Einstellungen und Haltungen mancher Führungskräfte machen aber zurzeit viele Menschen nachdenklich. Dies ist deutlich in den Nachbeben der Wirtschafts- und Finanzkrise auf das globale Sozial- und Wirtschaftsgefüge erkennbar. Es stellt sich die Frage, von welchem inneren Kompass lassen sich Manager in den verschiedensten Bereichen leiten und steuern. Brauchen wir einen neuen Wertekodex und eine neue Verständigung über eine Wirtschaftsethik darüber, was vertretbar, verantwortbar und nachhaltig ist in unserer Zeit?

Die Dinge, die Schwester Basina anspricht, haben uns in den letzten Tagen eingeholt. Wir haben nach der Schließung der Krankenhäuser in Dillingen und Wadern vor ein paar Tagen den neuen Generalbevollmächtigten der Marienhaus GmbH, Herrn Dr. Wolfram, gehört. Ich muss sagen, wenn Schwester Basina Manager anspricht, dann glaube ich, diesen Typ Manager hat sie nicht gemeint. Er hat nämlich in einer Sprache zu uns gesprochen, die schon nicht von einem christlichen Menschenbild und von Nächstenliebe geprägt war. Uns hat das gestört.

Daneben hat der Vorstandsvorsitzende Dr. Scheid gesessen, den wir seit Jahren kennen und schätzen. Er musste sich auch Fragen stellen lassen, weil gerade in einem Nebensatz erwähnt wurde, dass alles, was in der Vergangenheit war, Prosa und Romantik war. Und diese Romantik, meine Damen und Herren, können wir einfach so nicht gelten lassen. Deswegen waren wir über das Kommunikationsgebaren der Marienhaus GmbH sehr traurig. Hier sage ich noch einmal klar und deutlich, aus Wadern hat man nichts gelernt, sonst hätte man Landkreis, Bürgermeister und auch uns früher informiert.

(Abg. Scharf (CDU))

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Trotzdem stelle ich fest - auch das haben wir schon in Wadern gespürt -, das Marienhaus hat deutlich gesagt, wenn es auch zur Schließung der Klinik in Ottweiler käme, werde es keine Kündigungen oder Freisetzungen von Personal geben. Das wird man in dem Konzept, das man demnächst im Ministerium hat beziehungsweise das wir dann im Ausschuss haben, erkennen. Man wird versuchen, in einem geordneten Verfahren zu berücksichtigen, dass die Menschen an anderen Standorten Arbeit finden. Ich glaube, das ist schon eine Aussage, die ein Stück weit für die Menschen, die in diesen Systemen arbeiten, sehr wichtig ist.

Dann kam am Freitag die Hiobsbotschaft aus Lebach. Auch dort war erstmals ein Manager mit dabei, Herr Dr. Fuchs, der Klartext gesprochen hat. Auch das waren wir bisher in diesem System - Herr Molzberger, wir kennen uns schon 30 Jahre, ich glaube, Sie waren einer der Schüler von Schwester Basina - so nicht gewohnt. Auch dort ist in einer klaren Sprache ganz unmissverständlich deutlich geworden, wie diese Misere sich im Moment gestaltet.

Zu dem Szenario in Lebach hatten wir gestern gehofft, Antworten zu bekommen. Wir haben sie nicht bekommen. Ein Stück weit kann ich das als Kaufmann verstehen, weil Kaufleute bei dieser Insolvenz, die wie ein Damoklesschwert über den Dingen droht, eine besondere Sorgfaltspflicht walten lassen müssen. Aber trotzdem hat man, und das muss ich einfach sagen, den Menschen in Lebach, die im Krankenhaus arbeiten, bisher unendlich viel abverlangt. Deswegen kann ich noch einmal sagen, diesen 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehört unsere besondere Solidarität.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Ich kann für diese Große Koalition sagen, wir sind sehr, sehr dankbar, dass sie trotz aller Wirrungen und Dinge, die geschehen sind, dem Standort Lebach die Treue gehalten haben und somit dafür gesorgt haben, dass wir dort eine gute medizinische Versorgung haben. Und deswegen haben sie es auch verdient, dass man sie nicht im Regen stehen lässt, dazu fordern wir den Träger auch auf, klar und deutlich Stellung zu beziehen in den Konzepten, die uns in den nächsten Tagen und Wochen vorgelegt werden.

Wir legen Wert darauf, dass erstens mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sorgsam umgegangen wird und dass zweitens auch - und da muss man sa-

gen, vieles, was in Lebach läuft, ist bekannt durch Herrn Dr. Kremers, einen hervorragenden Onkologen - die schwerstkranken Krebspatienten und ihre Familien Klarheit haben, wie es mit ihnen weitergeht. Gerade sie haben es verdient.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Deswegen, Herr Kollege Müller, ist es wichtig, dass der Versorgungsvertrag angesprochen wird. Ihre kruden Dinge, die Sie hier vorgetragen haben, die soll verstehen, wer will. Ich will auch gar nicht darauf eingehen. Was Sie vorgetragen haben, spricht wieder für sich selbst. Das ist Müllerscher Stil, den wir auch immer wieder auf das Schärfste anprangern müssen.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN. - Zuruf des Abgeordneten Müller (AfD).)

Ich sage es ganz klar, der Träger hat einen Versorgungsvertrag

(Zuruf des Abgeordneten Müller (AfD))

für die Menschen unterschrieben, und wir legen Wert darauf, dass dieser Vertrag eingehalten wird.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN. - Abg. Müller (AfD): Bekämpfen Sie das Sparen, da ist das Übel!)

Ich will jedoch auch nicht kleinreden, wir haben aktuell in kleinen Häusern Probleme. Trotzdem möchte ich beginnen, wir haben im Saarland 22 hervorragende Krankenhäuser mit 6.902 Planbetten und 490 teilstationären Plätzen. Ich will eines ganz deutlich zu dem sagen, was wir heute Morgen teilweise über die Gesundheitsversorgung in unserem Land gehört haben: Wir sind nicht in Afghanistan. Ich kann nur sagen: Wir als Große Koalition sind stolz, dass wir solch hervorragende Häuser haben, wo die Ärzte und Ärztinnen, die Pflegerinnen und Pfleger und das gesamte Personal eine hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Und deswegen gilt gerade in der jetzigen Zeit unser Dank diesen Menschen, die überstrapaziert sind. Ich will noch an einem Beispiel nennen, was mir so imponiert hat: Eine Frau, die 1977 im Caritas-Krankenhaus in Lebach begonnen hat, hat am Freitag dem Vertreter des SR gesagt: Ich bin seit 1977 hier, 43 Jahre habe ich den Kopf hingehalten. Ich kann sagen, ich mache es für die Menschen, mit denen ich zusammenlebe, und sie können sich auf eines verlassen: Ich werde gerade in dieser schwierigen Zeit da sein, bis die Tür zugesperrt ist!

(Vizepräsidentin Ries übernimmt den Vorsitz.)

**(Abg. Scharf (CDU))**

Das ist ein Beispiel, das ich immer wieder nenne, und auf diese Menschen - das sind die wahren Helden in unserem Land - können wir stolz sein.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wie soll das Verfahren jetzt weitergehen? Wir haben erstens ein Interessenbekundungsverfahren für eine Nordsaarland-Klinik, wo wir bis Ende März mit Angeboten rechnen dürfen. Danach gilt es, eine neue Weichenstellung vorzunehmen. Medizin hat sich verändert. Wir haben heute hervorragende medizinische Versorgungszentren. Wir haben Ärzte, die vieles in ihren Praxen ambulant tun können. Das sind Dinge, die dann nicht mehr in den Krankenhäusern aufschlagen. Das müssen wir doch zur Kenntnis nehmen. Auch das sind Probleme.

Deswegen kann ich für die Große Koalition sagen, wir werden - und das ist ganz klar - nach diesem Szenario, das Ottweiler und jetzt auch Lebach betrifft, den Krankenhausplan auf den Prüfstand stellen. Es ist doch ganz logisch, dass wir für unsere Menschen in diesem Land nach wie vor die beste Versorgung wollen. Diese wird die Große Koalition, wie wir es bisher auch immer gemacht haben, auf den Weg bringen!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Und ich sage das ganz offen und ehrlich, natürlich hätten wir gerne mehr getan in der Investitionsförderung, nur haben wir es als Haushaltsnotlageland schon über Gebühr getan. Wenn man zum Stabilitätsrat fahren muss - der Finanzminister kann davon ein Lied singen -, wird das mit anderen Bundesländern verglichen. Deswegen werden wir uns trotzdem in den Haushaltsberatungen für die Jahre 2021 und 2022 zur Decke strecken müssen und werden hier auch - davon gehe ich aus - für eine auskömmliche Finanzierung für die verbliebenen Träger sorgen, damit wir weiterhin ein gutes und sicheres Gesundheitssystem für die Menschen in unserem Land beithalten können. Dafür werden wir einstehen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will zum Schluss meiner Rede noch einmal darauf zurückkommen: Kann man Nächstenliebe managen? Ich möchte mit einem Schlusswort, das Schwester Basina in ihrem Vortrag geschrieben hat, auch mein Redeende einleiten: Ein an der Nächstenliebe orientiertes Management, das erfolgreich ist, wird im Modell der Wirksamkeit zusammengefasst. Es beschreibt Elemente der Wirksamkeit, die gelehrt, gelernt und kontinuierlich eingeübt werden müssen und nicht im Widerspruch zueinander stehen. Es geht dabei erstens um die Aufgaben, die zu erfüllen sind, zweitens die Werkzeuge, die dabei ein-

gesetzt werden, drittens die Grundsätze, die die Qualität und die Wirksamkeit bestimmen, viertens die Verantwortung für die Konsequenzen der beruflichen Tätigkeit und fünftens - was mir ganz wichtig ist - die Kommunikation als Medium, durch welches Führungskräfte ihre Managementaufgaben erfüllen und ihre Werkzeuge einsetzen. -

Ich glaube, besser kann man es nicht ausdrücken. Deswegen werden wir, das kann ich für diese Große Koalition sagen, alles daransetzen, weiterhin ein gutes und geordnetes Gesundheitssystem in diesem Land zu haben. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bevor ich fortfahre, möchte ich noch weitere Vertreter der saarländischen Krankenhäuser begrüßen. Ich begrüße ganz herzlich die Mitarbeitervertretung des Krankenhauses Ottweiler, an ihrer Spitze Herrn Jung und Frau Kaul. Herzlich willkommen!

(Beifall.)

Ich eröffne die Aussprache. - Nun hat das Wort Ralf Georgi für die Fraktion DIE LINKE.

**Abg. Georgi (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt viel über die Zustände und die Bundesgesetzgebung gehört. Die Kollegin Schramm hat unsere Position dargelegt. Ich möchte noch etwas als Ottweiler Bürger und Abgeordneter aus dem Kreis Neunkirchen ergänzen. Was viele Bürgerinnen und Bürger im Raum Ottweiler richtig ärgert, ist, dass es keine verlässlichen Planungen für das 110 Jahre existierende Krankenhaus gibt und sich Zusagen und Versprechen ganz schnell wieder in Luft auflösen. Der Vorstandsvorsitzende der Marienhaus Stiftung, Dr. Heinz-Jürgen Scheid, hat 2017 noch erklärt: Wir sind froh, dass wir Ottweiler haben und stolz auf das, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten. Die Marienhausklinik Ottweiler sei ein Paradebeispiel dafür, dass auch kleinere Krankenhäuser eine reelle Chance haben, im Wettbewerb zu bestehen, wenn sie spezialisierte Leistungen anbieten. - So hieß es damals, also vor nicht einmal drei Jahren. Noch im Dezember letzten Jahres hat Marienhaus-Geschäftsführer Dr. Klaus-Peter Reimund im Ottweiler Stadtrat allen Gerüchten über eine teilweise oder vollständige Schließung des Ottweiler Krankenhauses widersprochen. Der Verbund zwischen

**(Abg. Georgi (DIE LINKE))**

den Häusern in Ottweiler und St. Wendel sei gut aufgestellt und es werde in bestimmten Bereichen auch eine engere Zusammenarbeit angestrebt. „Aber hier und jetzt gibt es keine Beschlusslage für eine Schließung des Standortes Ottweiler und deshalb auch keinen Zeitplan.“ - Diese Aussage war schnell wieder überholt.

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit einem solchen Träger sieht sicher anders aus, liebe Kolleginnen und Kollegen. Für die Menschen in Ottweiler stellt die Schließung unseres Krankenhauses einen tiefen Einschnitt dar. Zuerst wurde die Gießerei Werle dicht gemacht, was 100 Menschen um ihren Arbeitsplatz gebracht hat. Jetzt folgt das Krankenhaus, in dem 370 Menschen arbeiten. Es wurde gesagt, dass es ohne betriebsbedingte Kündigungen gehe. Ich habe im Ausschuss gefragt, wie es mit den Zeitverträgen aussehe. Ich denke nicht, dass man die Reinigungskräfte oder die Haustechnik et cetera in St. Wendel doppelt braucht. Ich habe die Hoffnung, dass die Leute nicht arbeitslos werden, habe aber auch Bedenken.

Die Menschen im Raum Ottweiler haben den Eindruck, dass sie immer weiter abgehängt werden. Neue, größere Ansiedlungen, von denen sie profitieren könnten, bleiben aus. Der Stadtrat Ottweiler hat deshalb einstimmig eine Resolution verabschiedet, die ich hier gerne einmal verlese: Der Ottweiler Stadtrat fordert die Marienhaus GmbH auf, das Ottweiler Krankenhaus auch weiterhin zu erhalten und ihren Schließungsentschluss rückgängig zu machen. Wir fordern weiterhin die Marienhaus GmbH auf, für das Ottweiler Krankenhaus ein tragfähiges Zukunftskonzept zu entwerfen und dabei auch endlich die Belegschaft miteinzubeziehen. Wir erwarten vom Landkreis Neunkirchen und der saarländischen Landesregierung, dass sie alle Bemühungen zum Erhalt des Ottweiler Krankenhauses unterstützt. Zudem wird die saarländische Landesregierung aufgefordert, einen überarbeiteten tragfähigen Krankenhausplan aufzustellen, der das Überleben der Klinik in Ottweiler garantiert. Außerdem kritisiert der Ottweiler Stadtrat die bisher erfolgte unehrliche Informationspolitik der Marienhaus GmbH gegenüber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, der Bevölkerung sowie den politischen Gremien. Die Tatsache, dass der Stadtrat, die Bevölkerung und vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Schließungsentschluss aus der Presse erfahren haben, ist aus unserer Sicht inakzeptabel.

(Beifall von der LINKEN und bei der SPD.)

Der Ottweiler Stadtrat fordert daher endlich eine transparente Informationspolitik. - So weit die Reso-

lution. Dem Stadtrat in Ottweiler gehören CDU, SPD, LINKE, GRÜNE, AfD und Freie Wähler an. Dem können wir uns hier nur anschließen. - Vielen Dank!

(Beifall von der LINKEN.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Das Wort hat nun Dr. Magnus Jung von der SPD-Landtagsfraktion.

**Abg. Dr. Jung (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen an die Vertreter der Krankenhauslandschaft, insbesondere an die Mitarbeitervertretungen von Ottweiler und Lebach und die Kolleginnen und Kollegen von Verdi, die in diesen Tagen gemeinsam schwere Aufgaben zu leisten haben.

Die letzte Woche war eine schwarze Woche für die Patientinnen und Patienten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Städte Lebach und Ottweiler, denn mit den angekündigten Schließungen der beiden Krankenhausstandorte verlieren die Bürgerinnen und Bürger vor Ort eine wichtige medizinische Anlaufstelle und einen Ort, an den sie über Jahrzehnte gegangen sind, wenn sie Hilfe gesucht haben. Viele Patientinnen und Patienten verlieren den bekannten und vertrauten Arzt und die bekannten und vertrauten Pflegekräfte. 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Summe verlieren ihren angestammten Arbeitsplatz und die Städte Ottweiler und Lebach verlieren eine zentrale Einrichtung in ihrer Stadt, die über die konkrete medizinische Versorgung hinaus eine wichtige Infrastruktureinrichtung ist, die das städtische Leben geprägt hat.

Wir müssen der Ehrlichkeit halber sagen, dass weitere Standorte in der saarländischen Krankenhauslandschaft durchaus gefährdet sind. Dies ist der Presse zu entnehmen und ist auch in der letzten Sitzung des Sozialausschusses deutlich geworden. Deshalb müssen wir spätestens heute feststellen, dass der beschlossene Krankenhausplan im Saarland Makulatur ist. Er muss neu geschrieben werden, nicht nur wegen der Veränderungen in Ottweiler und Lebach, sondern mit Blick auf alle Krankenhausstandorte im Saarland. Bezogen auf das Sterben von Krankenhäusern, die sich am Markt nicht mehr behaupten konnten, muss uns dabei Eines leiten: Es darf sich nicht mehr wiederholen, dass der Markt die Entwicklung vorgibt, der wir als Politik hinterherrennen. Wir als Politik müssen die Gestal-

(Abg. Dr. Jung (SPD))

tungsmacht zurückgewinnen, wir müssen definieren, welche Krankenhäuser wir in Zukunft haben wollen. Diese müssen dann auch sicher bleiben. Dafür braucht es den entsprechenden Willen und Mut. Den wollen wir gemeinsam aufbringen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich möchte einige Sätze zur Situation in Ottweiler sagen. Als Allererstes muss man sagen, dass der Träger nach eigenem Bekunden an diesem Standort bis heute schwarze Zahlen schreibt. Deshalb ist es auch nicht nachvollziehbar, warum die Entscheidung getroffen worden ist, diesen Standort zu schließen. Wirtschaftliche Gründe können es eben nicht sein. Ich finde es wirklich unerträglich, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Politik in Land und Stadt von dieser Schließungsabsicht wiederum aus den Medien erfahren haben. Typisch Marienhaus, sie haben aus dem Debakel rund um Wadern nichts gelernt. Man muss auch ganz deutlich sagen, dass es nicht in Ordnung ist, wenn den gewählten Repräsentanten der Stadt wenige Wochen vorher im Stadtrat auf konkrete Nachfrage ein ganz anderes Bild vermittelt wird. Wir wissen natürlich um den Sanierungsstau. Das wissen alle. Er ist allerdings auch das Ergebnis von unterbliebenen Investitionen in den letzten Jahren.

Wenn wir heute auf das schauen, was verkündet worden ist, wird man eine kritische Betrachtung von Verkaufsentscheidungen in der Vergangenheit durchführen müssen. Man muss vor allen Dingen dem Träger sagen: Überprüft noch einmal, was ihr dort entschieden habt, sowohl das Ergebnis als auch den Zeitraum. Ein Krankenhausstandort, der schwarze Zahlen schreibt, kann auch in Zukunft Überlebenschancen haben. Kurzfristig ist es in jedem Fall ein zentrales politisches Ziel, zum einen die dauerhafte Patientenversorgung am Standort zu sichern. Es muss zum anderen dafür gesorgt werden, dass das Versprechen der Marienhaus GmbH, dass keiner arbeitslos wird, in jedem Fall eingehalten wird. Kurzfristig braucht auch die Stadt Ottweiler Hilfe des Landes für die Frage der Stadtentwicklung. Wir als Sozialdemokraten bieten der Mitarbeitervertretung und auch der Stadt diese Hilfe an.

Zum Standort Lebach. Dort gestaltet sich die Situation ein Stück weit anders. Der Träger befindet sich seit Jahren in den roten Zahlen und hat dies innerhalb der Konzernstruktur über Jahre aufgefangen. Deshalb, Frau Kollegin Schramm, ist es zwar flott daher gesagt, wenn man den Trägern nur Gewinnmaximierung vorwirft, aber es geht doch an den konkreten Dingen deutlich vorbei. Hier geht es nicht um

Gewinnmaximierung, sondern um Verluste, die in der Vergangenheit und bis zum heutigen Tage aufgelaufen sind. Offensichtlich ist der CTT beim Tragen dieser Verluste am Ende die Luft ausgegangen. Ob dies so sein musste, ob dies vermeidbar war, das können wir an dieser Stelle nicht wirklich beurteilen, denn wir kennen die Bilanzen der CTT und die Ertragskraft der unterschiedlichen Einrichtungen der Gruppe nicht. Wenn man sich das Defizit im Vergleich zum Umsatz ansieht, den das Unternehmen in jedem Jahr erreicht hat, ist es keine große Zahl. Es lohnt sich daher sicherlich die Frage, welche wirtschaftliche Kraft in der Unternehmensgruppe tatsächlich noch vorhanden ist, um möglicherweise andere Alternativen zu realisieren. Es ist in der Tat dort aber auch ein großes Problem, dass es einen riesigen Investitionsstau gibt und dass es dem Träger laut eines Gutachtens aus eigener Kraft nicht gelingen könnte, diese Investitionen selbst zu finanzieren.

Ich will nach den Gesprächen, die wir in den letzten Tagen geführt haben, ganz deutlich sagen, dass die Nordsaarlandklinik kein Grund für die angekündigte Klinikschließung ist. Deshalb ist die Frage zu stellen: Was ist jetzt wichtig? - Wir müssen auch dort in allererster Linie die Patientenversorgung sicherstellen. Wir müssen außerdem sicherstellen - das ist mir ein ganz wichtiges Anliegen -, dass niemand von den Beschäftigten arbeitslos wird. Auf entsprechende Nachfrage von mir hat der Träger bislang gesagt, dass er dieses Versprechen nicht geben kann. Das ist eine Antwort, die für uns als Sozialdemokraten und für alle anderen hier im Hause nicht akzeptabel ist. Wenn man sich anschaut, was die Beschäftigten in Lebach über Jahrzehnte an Lohnverzicht geleistet haben - es steht die Summe von 120 Millionen Euro im Raum -, kann es nicht sein, dass sich der Träger am Ende bei der Entscheidung im Hinblick auf Arbeitslosigkeit und die Interessen der Beschäftigten aus der Verantwortung stiehlt. Das ist die klare Erwartung, die dieses Haus an den Träger stellt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Dabei geht es um die Ansprüche aus dem Lohnverzicht, mögliche Abfindungen und um die Frage eines Sozialplans, der möglicherweise auch eine Beschäftigungsgesellschaft enthalten kann. Wenn der Träger das aus eigener Kraft nicht sicherstellen kann, sage ich, dass auch das Bistum Trier gefordert ist. Es ist für mich unvorstellbar, dass ein katholischer Träger die Beschäftigten einfach betriebsbedingt kündigt und im Regen stehen lässt. Das darf nicht passieren.

(Abg. Dr. Jung (SPD))

(Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Auch in diesem Fall ist es unglücklich gelaufen, da die Mitarbeiter es ebenfalls aus den Medien erfahren haben, obwohl ich der Geschäftsführung keinen Vorwurf machen möchte. Mich hat der Fall der Krankenschwester, den Hermann Scharf schon angesprochen hat, berührt. Sie hat im Radio berichtet, dass sie am Bett geweint hat, als sie von der Situation erfahren hat. Das muss uns, glaube ich, alle berühren und uns in besondere Solidarität mit den Beschäftigten versetzen. In Lebach wird es jetzt wahrscheinlich schnell gehen. Deshalb gibt es wenig Kosten.

Wir müssen uns neben den Fragen, die ich jetzt konkret angesprochen habe, sicherlich auch um die Versorgungslage im ländlichen Raum Gedanken machen, insbesondere was das Nordsaarland betrifft. Wir wissen nicht sicher, wie es in Losheim und Hermeskeil weitergeht. Deshalb ist die Debatte um eine Nordsaarlandklinik immer wichtiger. Der Ministerpräsident hat angekündigt, dass ein solcher Plan realisiert werden soll. Die Erwartungen, die dort entfacht worden sind, dürfen nicht enttäuscht werden. Deshalb blicken wir mit großer Spannung auf den 31. März, wenn die Zeit für das Interessenbekundungsverfahren abgelaufen ist. Wir wollen - das sagen mittlerweile alle - eine saarländische Lösung und keine weitere Ökonomisierung der Krankenhauslandschaft durch einen privaten Betreiber. Ich sage ganz deutlich: Es müssen alle zusammenstehen, es müssen alle zusammenarbeiten. Dazu gehören auch die Landkreise. Die Gesundheitsvorsorge in Krankenhäusern ist Teil der Daseinsvorsorge. Bei Gesundheit geht es nicht um Gewinne, sondern darum, dass die Menschen vor Ort sicher und gut versorgt werden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, wir können diese Debatten nicht glaubwürdig führen, ohne einige Sätze zu den bundespolitischen Rahmenbedingungen zu sagen, die in der Tat eine wesentliche Ursache für die Probleme und Veränderungen sind. Die aktuelle Krankenhausfinanzierung nach dem DRG-System ist eine Ursache für die Schwierigkeiten an vielen Standorten. Die aktuellen Gesetzgebungsverfahren, die abgeschlossen oder noch in der Mache sind, haben die Situation noch weiter verschärft. Das ist unbestritten. Es ist ebenfalls unbestritten, dass es bundesweit das Ziel gibt, die Zahl der Kliniken in Deutschland insgesamt zu reduzieren. Das tut man nicht, um Gewinne an einzelnen Standorten zu maximieren, sondern es geht hier in erster Linie um die Verbesserung der

Qualität und das Wohl von Patientinnen und Patienten.

Es gehört zur Ehrlichkeit dazu zu sagen, dass wir - das sage ich für meine Person und sicherlich auch für meine Fraktion - diese Zielrichtung als durchaus richtig erachten. Man muss dies aber mit Sinn und Verstand machen. Es darf nicht dazu kommen, dass wir am Ende in manchen Gebieten viele Krankenhäuser und in anderen keine Krankenhäuser mehr haben und der ländliche Raum unterversorgt ist. Deshalb sage ich ganz deutlich, dass das bisherige Finanzierungssystem über DRG viele Fehlanreize beinhaltet. Es gibt viele Anreize für unnötige Spezialisierungen, aber Angebote der Grund- und Regelversorgung werden nicht ausreichend finanziert. Das Gleiche gilt auch für die Geburtshilfe und Kinderkliniken. Es ist nicht zu verstehen, warum derjenige, der Herzkatheter macht, an seinem Standort viel Geld verdient und derjenige, der sich um die Grund- und Regelversorgung, also was die Menschen in ihrem Alltag brauchen, kümmert, keine Chance hat, zu überleben. Das muss auf Bundesebene geändert werden, das ist eine wichtige Botschaft. Ich sage das seit 2017, seit ich in meiner Fraktion für das Thema Gesundheitspolitik zuständig bin, nicht erst seit heute. Ich hoffe, dass wir als Saarland gemeinsam einen Beitrag dazu leisten, dass sich das in die richtige Richtung entwickelt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wenn wir darüber reden, wie die Konstellationen in der Gesundheitspolitik auf Bundesebene in Zukunft besser sein sollen, müssen wir auch die Krankenkassen insgesamt und auch den Gemeinsamen Bundesausschuss einer kritischen Würdigung unterziehen. Denn dort wird vieles fernab von den Augen der Öffentlichkeit und auch nur mäßig demokratisch legitimiert beschlossen, was in der Praxis erhebliche Auswirkungen hat. Und da schon, beispielsweise von der Krankenhausgesellschaft, der Konflikt angesprochen wurde zwischen dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen und den Krankenhäusern, was die Finanzierung einzelner Krankenhausleistungen betrifft: Das ist eben eine Sache, die man noch einmal ändern muss, wenn man den Kliniken tatsächlich helfen will. Das Saarland sollte sich an dieser Stelle jedenfalls klar positionieren. Mit dem Antrag, den die SPD- und die CDU-Landtagsfraktion heute vorlegen, tun sie das auch in der Sache. Ich wünsche mir, das sage ich ganz deutlich, dass wir uns auch im Bundesrat, wenn wir dort gefordert sind, unsere Stimme abzugeben oder uns einzubringen, entsprechend positionieren.

(Abg. Dr. Jung (SPD))

Am Ende brauchen wir einen guten und einen zukunftsfesten Plan für die Krankenhausversorgung im Saarland. Dafür benötigen wir nicht nur viele gute Ideen, am Ende werden wir auch viel Geld brauchen, um diesen Plan sicher umsetzen zu können. Ich sage: An dieser Stelle muss uns genauso wie den anderen Bundesländern der Bund in der Zukunft mehr helfen. Wir sind gewiss bereit, dafür künftig auch mehr Geld in die Hand zu nehmen. Am Ende gehört aber auch zur Wahrheit: Wenn die Bürgerinnen und Bürger wollen und erwarten, dass wir gerade auch in öffentlicher Verantwortung eine gesunde Krankenhauslandschaft haben, die wir dauerhaft finanzieren müssen, dann muss der Staat auch über die entsprechenden Einnahmen verfügen. Letztlich gehört also auch die Steuerpolitik zur Gesundheitspolitik dazu, auch das ist ein Teil der Wahrheit. In diesem Sinne, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Vielen Dank. - Das Wort hat nun die Gesundheitsministerin Monika Bachmann.

**Ministerin Bachmann:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer, die heute zu uns gekommen sind, vor allem auch von der Mitarbeitervertretung! Was ist die Wahrheit? - Ich will ein wenig in die Vergangenheit gehen, denn ohne Blick in die Vergangenheit kann man die Zukunft nicht gestalten. Ich möchte aber zunächst, erlauben Sie mir das, auf einen Redner eingehen, der gesagt hat, es werde sich alles verändern auch die Rettungswache. „Das ist ja nur ein Wirtschaftsunternehmen!“ Sie müssten jetzt weiter fahren, auch das DRK sei wirtschaftlich orientiert.

Wir haben im Saarland etwa 45.000 Mitglieder im DRK, eines der Mitglieder bin ich. Wir haben etwa 4.500 aktive Ehrenamtliche, eine davon bin ich, und zwar seit 16 Jahren in Verantwortung, ehrenamtlich, im Vorsitz. Deshalb lasse ich es überhaupt nicht zu, dass Sie unsere Mitglieder im DRK, Männer und Frauen, auch nur ansatzweise angreifen, sie würden ihre Arbeit in diesem Land nicht ordentlich machen!

(Beifall von den Koalitionsfraktionen und bei der LINKEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ist der Stand heute? Wir haben einen Krankenhausplan verabschiedet, dieser Krankenhausplan besagt, dass wir einen Versorgungsauftrag bis 2025 an unsere ein-

zelnen Krankenhäuser erteilt haben. Für die Versorgung stehen 6.902 Planbetten zur Verfügung, zudem 490 teilstationäre Plätze.

Der CTT haben wir in Lebach einen Versorgungsauftrag über 213 Betten erteilt, der Marienhaus GmbH in Ottweiler über 152 Betten. Der Krankenhausplan ist übrigens nicht in Stein gemeißelt, der Krankenhausplan war immer schon sehr intensiv mit Fortschreibungen versehen, das letzte Mal waren es, so glaube ich, drei oder vier Fortschreibungen. Das ist also nichts, was so bis 2025 bestehen bleiben muss. Dass man uns allerdings jetzt zwingt, in die Knie zu gehen, das - und das sage ich in aller Deutlichkeit - verärgert mich. Das verärgert mich, weil wir einen Krankenhausplan verabschiedet haben, ohne dass auch nur ein einziger Träger geklagt hat.

Der Plan war noch nicht geschrieben, da wurde uns von den Trägern die Situation vorgetragen, dass wir im nördlichen Saarland eine Raute haben. Es sitzen hier ja einige, die dabei waren; die Raute bestand aus Lebach, Losheim, Wadern und Hermeskeil. Ich hatte das noch nicht ausgesprochen, da war der Träger da und hat gesagt, wir schließen Wadern. Ist es dann ein Wunder, wenn sich dort 700, 800 Leute, die sich in Sicherheit gewogen haben, zu einer Bürgerinitiative zusammenfinden? Das ist gut so! Das ist gut so, weil man Ängste, die man auch zur gesundheitlichen Versorgung hat, so darstellen kann. Unsere Aufgabe ist es natürlich, dafür zu sorgen, dass wir im nördlichen Saarland auch medizinisch gut versorgt sind.

Das Krankenhaus wurde geschlossen. Wir waren, einige von Ihnen waren mit mir in Wadern, bei Podiumsdiskussionen mit etwa 1.000 Leuten. Diese 1.000 Leute haben ein Recht zu fragen, den Träger und auch uns: Wer macht das eigentlich? - Denn die Bürger draußen glauben, diejenigen, die Verantwortung haben, schließen mal kurz ein Krankenhaus oder lassen es aber bestehen. Wir haben versucht, die Sachverhalte in den Podiumsdiskussionen deutlich zu machen. Wir haben also die Schließung in Wadern sehr schmerzhaft erleben müssen. Dort haben wir heute ein Mutterhaus, wo viele Personen, die heute schon von Hermann Scharf genannt wurden, deutlich gemacht haben, wie wichtig ihnen genau dieses Haus war. Und wir haben versucht, dass viele Mitarbeiter aus Wadern in anderen Krankenhäusern ihre Arbeit fortführen können. Wir haben nicht die Sorge, dass das Pflegepersonal aus einem plötzlich schließenden Krankenhaus keine Stelle mehr findet. Wir suchen ja händeringend Pflegepersonal! Aber diese Menschen sind es, wie auch wir, gewohnt, an einer Stelle ihre Arbeit zu leisten. Sie

**(Ministerin Bachmann)**

hängen an diesem Krankenhaus, sie hängen an ihren Patienten. Sie sind dann natürlich auch unzufrieden. Das war Wadern.

Wadern war gerade vorbei, da haben wir Dillingen geschlossen. Ein Hüttenkrankenhaus! Wer aus der Gegend ist, weiß, was das bedeutet. Derjenige, der morgens auf die Dillingen Hütte zur Arbeit gegangen ist, wusste: Wenn ich mir wehtue, gehe ich in dieses Hüttenkrankenhaus. - Die Schließung ist deshalb geräuschlos gelaufen, weil die Marienhaus-Gesellschaft es mit allen Fraktionen im Dillinger Stadtrat und mit dem Bürgermeister Berg zwei Jahre lang vorbereitet hat.

Wir waren noch nicht mit Dillingen fertig, da haben wir die Nachricht über Ottweiler erhalten. Wenn ich sage, „Wir haben die Nachricht erhalten“, meine ich damit, dass auch ich sie so erhalten habe. Nicht im Vorfeld! Wir haben sie am gleichen Tage erhalten, als auch die Öffentlichkeit das gelesen hat. Das ist ein Auftrag mit 152 Betten, dem wir gerecht werden müssen. Da ist es doch nur richtig, dass der Bürgermeister von Ottweiler und die Vertreter in den Ausschuss gehen und sagen: Leute, was macht ihr hier? Sind unsere Leute noch medizinisch versorgt?

Die Woche war noch nicht vorbei, da war es auf einmal Lebach. Deshalb wundert es mich schon, dass jetzt gerade diejenigen laut in der Zeitung und in den Medien schreien, die zuvor Verantwortung getragen haben und wohl nicht mehr wissen, in welcher Verantwortung sie welche Beschlüsse gefasst haben. Man hätte sehr wohl etwas ändern können. Sie wissen wohl auch nicht, dass wir, die Landesregierung, sehr intensiv in vielen Sitzungen - in vielen Sitzungen! - vor allem die katholischen Träger gebeten haben: Leute, helft uns in dieser Situation! Lasst uns Kooperationen machen, damit wir im nördlichen Saarland auch wirklich die medizinische Versorgung gewährleisten können!

Die CTT, ihre Vertreter sind ja hier, war vor etwa acht Tagen bei uns. Wir wussten, dass es einen Gremienbeschluss geben würde, und wir haben auch nachgefragt. Aber wir haben nichts gehört. Es wurde uns nichts gesagt. Aus dem Grund ist am vergangenen Donnerstag, am späten Nachmittag, eine E-Mail gekommen. In der E-Mail stand: Sehr geehrte Frau Ministerin, wir müssten dringend mit Ihnen reden, am besten noch vor Montag.

Wissen Sie was ich als allererstes gemacht habe? Ich habe den Bürgermeister angerufen, er ist heute hier, und habe den Landrat angerufen, der auch Verantwortung trägt. Wir haben gesagt, wir wollen gemeinsam hören - gemeinsam, zur gleichen Stunde -, was der Träger uns zu sagen hat. Das haben wir ge-

hört. Wir haben gehört, nicht weil Herr Molzberger so ein böser Mann ist und Frau Dr. Berg so eine böse Frau, sondern einfach weil das gesamte Unternehmen CTT vor der Situation gestanden hat, ein Krankenhaus schließen zu müssen, weil ansonsten der Gesamtkonzern, so der Insolvenzverwalter, Schaden genommen hätte. Dr. Fuchs hat zu mir gesagt, wir haben nicht so viele Gelder, um Investitionen möglich zu machen, die 24 Millionen Euro, die nützen uns nichts, die werden wir nicht mehr abrufen. Das hilft dem Konzern auch nicht mehr. Also müssen wir, um drei andere Häuser und Altenheime zu retten, dann auch Lebach schließen.

Wir waren noch nicht auseinandergegangen, da war es schon eine halbe Stunde später in den Medien. Also konnten sich die Mitarbeiter überhaupt nicht mehr darauf vorbereiten, was überhaupt kommt, und die Geschäftsführung auch nicht. Ich sage Ihnen, was die Bevölkerung denkt, die alles nur durch die Medien erfährt. Die Bevölkerung denkt, der Bürgermeister, der hat das doch gewusst. Der Landrat, der weiß es auch. Und die Gesundheitsministerin, die weiß das schon lange, die weiß schon lange, dass die schließen. - Nein, wir haben nichts gewusst, gar nichts! Es geht nicht nur uns so, sondern zum Beispiel auch dem Chefarzt, dem Ärztlichen Direktor. Er war im OP und hat operiert, dann kam eine Schwester rein und sagte, Sie haben das doch gewusst, dass die schließen. Das ist genau das, was die Bevölkerung natürlich nicht versteht. Wir dürfen es nicht einfach bejammern, sondern wir müssen sagen, was wir jetzt tun. Wir haben Fakten, Hermann Scharf und Dr. Magnus Jung haben es eben gesagt. Also müssen wir uns damit beschäftigen, wie es auf Bundesebene ist, und über die ganzen Vorgaben reden, die dort dem kleinen Träger wirklich weh tun. Wir müssen aber auch darüber reden, wie es hier im Land weitergeht. Haben wir wirklich Gelder genug, um unsere Krankenhäuser zu stützen?

Ich sage Ihnen noch eines. Was haben wir dafür gebettelt und gekämpft - so wie wir immer noch bitten -, dass unsere Träger hier im Saarland uns beim Interessenbekundungsverfahren helfen. Klare Aussage, die SHG sitzt hier: Nein. Ich sage, ich dulde das Nein einfach nicht. Ich will es auch nicht hören. Ich will hören, wie wir dieses Land medizinisch in Zukunft versorgen werden. Aus dem Grund ist es so wichtig, dass wir nicht nur bei Corona zusammenstehen. Es ist wichtig, dass die Leute das Gefühl haben, wenn ich im Saarland krank werde, dann habe ich eine Anfahrt von soundso viel Minuten, dann bin ich in der Klinik, und wir haben dort noch die besten Ärzte. Deshalb war es wichtig, dass der Ministerpräsident gesagt hat: Liebes Gesundheitsministerium,

**(Ministerin Bachmann)**

ihr seid jetzt unterwegs, wir machen ein Interessenbekundungsverfahren. Wir müssen zuerst die Absage unserer Träger vor Ort hören, nicht dulden, hören. Aber trotzdem können wir nicht warten, bis ein Wunder geschieht, sondern wir müssen unterwegs sein, um Vorsorge zu treffen. Das machen wir, und ich kann Ihnen sagen, dies tun wir sehr gewissenhaft.

Der Staatssekretär und ich machen das nicht nur per Brief, sondern der Brief wird mitgenommen, und wir gehen an die Türklinke. Wir gehen rein, wir fragen, wir sagen, welche medizinische Versorgung wir brauchen. Wir werden es auch nicht mehr zulassen, dass unsere Träger hier vor Ort nur kooperieren wollen. Chefarztkooperationen sind gut, dem kann ich ein Fahrrad kaufen, damit er von einer Klinik zur anderen fährt.

(Oh-Rufe.)

Aber das ist doch nicht die Lösung. Wir brauchen beständige Krankenhäuser hier im Saarland, damit unsere Leute wissen, wo sie letztendlich hingehen. Die Krankenhäuser dürfen auch nicht nur in Homburg, nicht nur in Saarbrücken, nicht nur in St. Wendel, nicht nur in Saarlouis stehen, sie müssen auch im nördlichen Saarland stehen, damit die Leute wissen, jawohl, das wollen wir tun. Dieser Verantwortung stellen wir uns. Deshalb werden wir nicht müde, immer wieder unsere Träger zu unterstützen, die hier vernünftige Arbeit machen, die hier wirklich gute Krankenhäuser stehen haben, sie aber auch gleichzeitig zu bitten, uns zu unterstützen. Unterstützt uns hier in diesem Land, damit die Leute auch das Gefühl haben, sie sind ordentlich versorgt, und nicht sagen, jetzt gehen die in Interessenbekundungsverfahren, jetzt suchen die einen Privaten. - Was ist denn ein Privater? Wir sind das einzige Bundesland, das noch keinen Privaten hat. Wirtschaftlich denkt der katholische Träger genauso wie ein privater Träger. Nein, wir brauchen die besten Ärzte, wir brauchen genug Krankenschwestern, wir brauchen die Leute im Labor und darüber hinaus. Ich sage Ihnen, mir ist in einem Krankenhaus der Chefarzt genauso wichtig wie die Putzfrau. Das darf ich an dieser Stelle auch sagen, alles gehört zur Hygiene, alles gehört zur Sicherheit.

Deshalb würde ich Sie herzlich bitten, uns dabei zu folgen, dass wir den Menschen ein gutes Gefühl geben, dass wir miteinander arbeiten, dass wir uns zusammensetzen. Der Krankenhausplan, Herr Dr. Jung hat es gesagt, ist Makulatur. Da müssen wir uns zusammensetzen, lieber Hermann Scharf, wir müssen uns neu aufstellen, die Betten neu verteilen,

die Krankenhausbetten so zuordnen, wie es sich letztendlich gehört.

Ich hätte mir von dem jetzigen Träger mehr Transparenz gewünscht. Ich hätte mir gewünscht, dass nicht nur die Häuser in Rheinland-Pfalz wichtig sind, sondern auch die Häuser hier im Saarland. Ich hätte mir gewünscht, ein Konzept zu haben, das wir jetzt einfordern, einen Sozialplan. Ich will wissen, was mit diesen Menschen passiert, die dort arbeiten. Ich will auch wissen, wie es weitergeht. Ich will zum Beispiel wissen, was mit den Ärzten ist, die mit dem Krankenhaus zusammenarbeiten. Ich will aber auch wissen, was zum Beispiel mit den Menschen passiert, die in drei Schichten an der Dialyse hängen. Dort ist ein relativ großes Dialysezentrum, es sind Schwerst Kranke, die im Dreischichtsystem drei Mal die Woche sieben Stunden behandelt werden. Ich hätte gerne gewusst, ob man mit denen schon gesprochen hat, ob ein Sozialplan vorliegt, wie wir das geordnet abwickeln können. Ich erhoffe mir in den nächsten drei Wochen eine gute Zusammenarbeit. Ich wünsche uns Saarländern einen guten Erfolg, dass wir vielleicht doch noch zusammenfinden, Herr Klein, und Möglichkeiten finden, in diesem Land zusammenzustehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung zunächst über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1239. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1239 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag der LINKEN Drucksache 16/1239 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die Fraktion DIE LINKE, enthalten hat sich die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1230. Wer für die Annahme des AfD-Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag 16/1230 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben alle anderen Fraktionen im Hause.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 16/1257. Wer für die Annahme des Antrages der Koalitionsfraktionen ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist da-

**(Vizepräsidentin Ries)**

gegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag der Koalitionsfraktionen einstimmig angenommen wurde. Zugestimmt haben die Fraktionen der SPD, der CDU und der LINKEN, enthalten hat sich die AfD-Fraktion.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

**Erster Zwischenbericht der Enquetekommission „Digitalisierung im Saarland - Bestandsaufnahme, Chancen, Maßnahmen“ (Drucksache 16/1220 - neu)**

Zur Berichterstattung erteile ich dem Vorsitzenden Herrn Abgeordneten Jürgen Renner das Wort.

**Abg. Renner (SPD), Berichterstatter:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Sitzung vom 19. September 2018 hat der Landtag einstimmig die Einsetzung der Enquetekommission „Digitalisierung im Saarland - Bestandsaufnahme, Chancen und Maßnahmen“ gemäß der Verfassung des Saarlandes beschlossen. Am 15. Februar 2019 hat die Enquetekommission ihre Arbeit aufgenommen. Neben den sieben Mitgliedern des Landtags gehören dieser Kommission sechs externe Sachverständige an.

Ziel der Kommission ist es, die Auswirkungen der Digitalisierung auf das Saarland, die Chancen und Risiken infolge der technischen Entwicklungen sowie geeignete Fördermaßnahmen zu ermitteln. Dabei sind sowohl die wirtschaftlichen als auch sozialen Aspekte in Erfahrung zu bringen, die die Herausforderungen durch die Digitalisierung in den Bereichen Mobilität, Bildung, Arbeitsmarkt, Medien, Gesundheit, Landwirtschaft, Forschung, Verwaltung, Polizei und Justiz darstellen. Auf dieser Basis soll ein Digitalisierungskonzept erarbeitet werden, um das Saarland als innovative Region fit zu machen.

Der Auftrag des Parlaments an die Kommission sieht unter anderem vor, die Auswirkungen der Digitalisierung auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben im Saarland zu untersuchen, die sozialen Aspekte der Digitalisierung aufzuzeigen, die Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere in Bezug auf ihre Teilhabe, Qualifizierung und Mitbestimmung zu beleuchten, die infrastrukturellen Voraussetzungen darzustellen, Vorschläge zur Standortentwicklung zu unterbreiten, Potenziale der digitalen Mobilität aufzuzeigen, die Auswirkungen auf den Gesundheitssektor und die Landwirtschaft zu betrachten, Chancen und Risiken im Hinblick auf die Kultur- und Medienlandschaft aufzuzeigen, Vorschläge zur Weiterentwicklung ei-

ner digitalen Lernumgebung zu unterbreiten, Auswirkungen auf die saarländische Forschungslandschaft zu untersuchen, datenschutzrechtliche Herausforderungen transparent zu machen, Möglichkeiten für neue Formen der Teilhabe und Nutzung neuer Partizipationsformen zu prüfen und Entlastungsmöglichkeiten für Verwaltung, Polizei und Justiz sowie die Herausforderungen für die Verwaltung aufzuzeigen. Das ist eine ganze Menge.

Heute legt also die Kommission ihren ersten Zwischenbericht vor. Dieser fasst die Beratungen von Februar bis September 2019 zusammen. In dieser Zeit fanden insgesamt sieben Sitzungen statt, hinzu kamen fünf Obleutebesprechungen.

Zur Verfahrensweise der Kommission. Die Kommission entschied, die Thematik in zwölf Cluster zu untergliedern. Einen Übersichtsplan hierzu finden Sie im Zwischenbericht.

Zur Behandlung dieser Themen hat die Kommission konzeptuelle und strategische Grundsatzpositionen formuliert, welche im Zwischenbericht nachgelesen werden können. Wir betonen insbesondere, dass bei einer politischen Gestaltung der Digitalisierung der Mensch als Gestalter des gesellschaftlichen Wandels wie auch als betroffenes Individuum im Mittelpunkt stehen muss.

Ebenso dringt die Kommission auf die Führung einer Wertedebatte über eine neue Sozialethik. Da es in vielen Fragen hierzu keine regulatorischen Maßnahmen geben kann und geben wird, unterstreicht die Kommission die Notwendigkeit der entsprechenden Bildung und Information.

Demografische und strukturpolitische Themen sind nach Auffassung der Kommission im Saarland von zentraler Bedeutung. Wir sehen es als gegeben, dass das Land einen erneuten Strukturwandel zu meistern haben wird. Ich füge einmal hinzu, nicht nur einen neuen Strukturwandel zu meistern haben wird, sondern sich im Prinzip permanent im Strukturwandel befinden wird. Ein vorrangiges Interesse der Kommission ist daher die Stärkung des Saarlandes als Wirtschafts- und Produktionsstandort.

Ziel ist es hierbei auch, digitale Prozesse möglichst ressourcenschonend zu gestalten. Eine Einbindung und Beteiligung der von Digitalisierungsprozessen Betroffenen scheint der Kommission zentral zu sein. Die Umsetzung der Digitalisierung braucht daher geordnete Prozesse, die von Betriebs- und Personalräten und Interessenvertretungen begleitet werden können, und zwar nicht in Form einer nachlaufenden Mitbestimmung, sondern als echte Sozialpartnerschaft. Strategisch legt die Kommission Wert auf die

(Abg. Renner (SPD))

Schaffung einer Vertrauenskultur sowie darauf, dass alle vorgeschlagenen Maßnahmen auch operationalisierbar, agil und skalierbar sind. Wichtigster strategischer Grundsatz bei der Arbeitsplanung war jedoch die Erkenntnis, dass Digitalisierung keine vorübergehend oder einmalig zu klärende Frage ist, sie ist eine Daueraufgabe und ihre Parameter sind stets erneut auf den Prüfstand zu stellen.

Prinzipiell entschied sich die Kommission für die Behandlung der Cluster in Form von leitfragengestützten öffentlichen Anhörungen, jedoch wurden je nach Thema auch Impulsreferate von Sachverständigen sowie Pitch-Präsentationen und geführte Informationsbesuche in die Beratungen eingebunden. So viel zur Verfahrensweise der Kommission.

Nun zu den Auswertungen der Anhörungen. Der heutige Bericht stellt die Ergebnisse der im Berichtszeitraum beratenen ersten drei Cluster vor, nämlich „digitale Infrastruktur“, „digitale Verwaltung und E-Government“ sowie „Mobilität, Verkehr und Transport“.

Diese drei Bereiche will ich Ihnen kurz vorstellen. Eine detaillierte Auswertung finden Sie im Bericht. Die Beratungen über digitale Infrastruktur beinhalteten technische Infrastruktur wie den Breitbandausbau und Mobilfunkversorgung, Cloud-Computing und Rechenleistung und darüber hinausgehend auch die Schaffung von Qualifikationsinfrastrukturen. Hierzu wurden unter anderem die Kammern sowie die im Saarland vertretenen Telekommunikationsunternehmen gehört.

Zusammenfassend waren die Anregungen der Sachverständigen, digitale Infrastruktur nicht netztechnisch gebunden zu definieren, gegebenenfalls anwendungsorientiert und zielgruppenspezifisch zu differenzieren und Kooperationsmodelle zu unterstützen.

Es wurden zudem diverse Ideen eingebracht, wie wirtschaftliche Unternehmen durch digitale Infrastruktur gestärkt werden können, etwa indem das Saarland den Rechtsrahmen für Experimentiermöglichkeiten digitaler Konzepte bereitstellt. Konkret wurde hier die Schaffung von Reallaboren vorgeschlagen, in denen Konzepte marktnah direkt in der Anwendung erprobt werden können.

Weitgehende Übereinstimmung herrscht unter den Sachverständigen, dass das entscheidende Kriterium für das Gelingen infrastruktureller Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung jedoch die gesellschaftliche Akzeptanz ist. Wichtige Voraussetzung ist ein fundiertes Konzept digitaler Bildung und lebenslanger Kompetenzvermittlung.

In den Anhörungen zum Cluster „Digitale Verwaltung und E-Government“ hat die Kommission über die Einführung der papierlosen Verwaltung, den Umgang mit Daten, die Nutzung von freier Software und den Digital Divide diskutiert. Hierzu wurden insgesamt sieben nationale und internationale Experten angehört, darüber hinaus wurden von saarländischen Institutionen und Verbänden schriftliche Stellungnahmen eingeholt.

Ergebnis waren einige grundlegende Zielvorgaben von E-Government-Angeboten, die Revisionsicherheit und die Nutzerfreundlichkeit. Hierunter zählt die Kommission auch die Verhinderung einer digitalen Spaltung, die Diskriminierungsfreiheit und die Umsetzung der Barrierefreiheit, die Interoperabilität und die Nachweisbarkeit des Verwaltungshandelns in langfristiger Perspektive.

Die deutlichste Botschaft der Sachverständigen war: Das Nutzen von gemeinsamen Lösungen ist der richtige Weg. Die Kommission ist daher einhellig der Meinung, dass das Saarland eine feste Kooperation mit anderen Bundesländern anstreben sollte. Zudem sollen technische Lösungen und Prozesse weitgehend standardisiert werden. Die Kommission erachtet es als Notwendigkeit, im Saarland zu einer gemeinsamen Plattformstrategie zu kommen. Für eine umfassende und vernetzte Herangehensweise ist es notwendig, Basiskomponenten, die bei allen Themen zukünftig benötigt werden, zentral bereitzustellen.

Das Schriftformerfordernis soll aus den Landesgesetzen entfernt werden und weitestmöglich durch Formfreiheit ersetzt werden. Auch müssen sich das Land und die saarländischen Kommunen als attraktive Arbeitgeber für IT-Spezialisten positionieren. Die Anhörung zeigte auch, dass Datenschutzbedenken im Saarland im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich stark ausgeprägt sind, sodass auf ein entsprechendes Datenschutzniveau zu achten ist.

Im Cluster „Mobilität“ konzentrierte sich die Arbeit der Kommission auf die Möglichkeiten einer vernetzten Verkehrskette, auf nachfragegesteuerte Verkehrsmittel und die Analyse von Best-Practice-Beispielen, auf die Ausgestaltung der sogenannten letzten Meile sowie auf die Bedeutung von Open Data.

Hierzu wurden der Kommission von diversen Unternehmen verschiedene Geschäftsmodelle präsentiert. Diese wurden durch Forschungsperspektiven ergänzt. Insgesamt wurden zehn Stellungnahmen in die Auswertung einbezogen.

(Abg. Renner (SPD))

Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass Mobilität als Gesamtdienstleistung angeboten werden muss, wohingegen derzeitige Mobilitätsangebote oft von gewachsenen Strukturen und Lösungen geprägt sind. Dies soll dennoch eine standortbezogene Ausgestaltung ermöglichen. Strukturelle Voraussetzungen umfassen die Vorhaltung entsprechender Verkehrsinfrastruktur wie Straßen, Brücken, Schienen und Trassen, aber auch eine verlässliche Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur insbesondere im Umgang mit Echtzeitdaten. Ebenso beinhalten sie induktionsbasierte, geschwindigkeitsabhängige und ereignisabhängige Ampelschaltungen, verbaute Sensorik zum Parkraummanagement, bedarfsabhängige Fahrpläne, Ladestationen, lichtgesteuerte Zugangswege, distanzbezogene Abrechnungswege, die Bevorratung alternativer Verkehrsmittel und vieles andere mehr. Die hierzu relevanten politischen Rahmenbedingungen beinhalten den entsprechenden Zugang zu Mobilitätsdaten, eine Anpassung der Vergabeverfahren an den technologischen Wandel, eine Koordination der öffentlichen und privaten Transportdienstleister und die Förderung nachhaltiger intermodaler Mobilitätsketten.

Dabei bilden insbesondere digitale Daten die Grundlage. Eine datenbasierte Digitalisierung der Mobilität ermöglicht die Verbesserung einiger zentraler Verkehrsprobleme durch eine effizientere Steuerung des Verkehrsflusses, eine verbesserte Nachhaltigkeit, eine emissionsbasierte Verkehrslenkung und eine erhöhte Verkehrssicherheit etwa mit einer frühzeitigen Erkennung von Gefahrensituationen und einer Erfassung von Unfallschwerpunkten.

Noch ein paar Worte zu den Empfehlungen an die Landesregierungen und den Landtag. Aufbauend auf den Beratungen zu den Clustern hat die Kommission 41 Handlungsempfehlungen formuliert, die allesamt einstimmig beschlossen wurden. Ich glaube, es kennzeichnet auch ein Stück weit die Arbeit dieser Kommission, dass wir das übliche Spiel von Mehrheit und Opposition wie in den Ausschüssen und im Plenum nicht ausüben, sondern dass wir streng orientiert an der Sache nach Gemeinsamkeiten suchen und nicht nach dem, was uns trennt.

(Beifall.)

Die Handlungsempfehlungen finden Sie am Ende des Berichts. Unter anderem empfiehlt die Kommission der Landesregierung, das Saarland als Cloud-zentrumsstandort zu stärken, sogenannte Hebelunternehmen zu fördern und den Rechtsrahmen für die Einrichtung einer Experimentalinfrastruktur anzupassen. Außerdem spricht die Kommission mehrere konkrete Empfehlungen zur Schaffung einer kleinteiligen, schnellen und nachfrageorientierten Qualifikationsinfrastruktur aus.

Im Bereich E-Government empfiehlt die Kommission der Landesregierung zum Beispiel die konsequente Schaffung mehrsprachiger Angebote, die Konzipierung von E-Government-Angeboten als mobile Services und die Implementierung von Vorab-Usability-Tests. Außerdem formuliert die Kommission einige Empfehlungen zur Bündelung von Angeboten, Standardisierungen und Entbürokratisierung. Entbürokratisierung deshalb, weil wir vermeiden wollen, dass aus bürokratischen analogen Prozessen lediglich bürokratische digitale Prozesse werden. Wir müssen im Zuge der Digitalisierung auch nach Entbürokratisierung suchen.

Im Bereich „Mobilität, Verkehr, Transport“ empfiehlt die Kommission die Durchführung von standortbezogenen Nutzer- und Bedarfsanalysen hinsichtlich alternativer Mobilitätsangebote sowie die Etablierung mehrerer Pilotprojekte etwa zu On-Demand-Angeboten und zum Güterverkehr. Sie benennt zudem genaue Kriterien für die Schaffung einer Landesplattform, identifiziert verschiedene rechtlich zu klärende Fragen zur Umsetzung vernetzter Mobilitätsangebote und spricht sich für längere Experimentier- und Erprobungsfristen aus. Weitere Auswertungen und Handlungsempfehlungen finden Sie schriftlich im Zwischenbericht dokumentiert.

Zu einem kurzen Ausblick. Wir befinden uns derzeit in der Beratung zum Themenfeld „Arbeit und Wirtschaft“ und werden auch zügig ethische Fragestellungen in Bezug auf die Digitalisierung thematisieren.

Mein Dank gilt den Abgeordneten der Enquetekommission, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen und dem Ausschussekretariat, ausdrücklich Frau Dr. Schreiber, die ein hohes Engagement aufwendet, um zum Erfolg der Kommission beizutragen. Der Dank gilt natürlich auch den sachverständigen Mitgliedern der Kommission. Ich möchte in den Dank ausdrücklich den vormaligen Vorsitzenden der Enquetekommission Sebastian Thul einschließen, der wesentlich dazu beigetragen hat, dass dieser Prozess in Gang gesetzt werden konnte. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Jochen Flackus von der Fraktion DIE LINKE.

2661

**Abg. Flackus (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute den ersten Zwischenbericht unserer Enquetekommission, der sich mit den eben vorgestellten Bereichen Infrastruktur, E-Government und Verkehr beschäftigt hat. Auch ich möchte unterschreiben, dass wir eine gute Zusammenarbeit in der Kommission haben. Wir arbeiten sehr sachbezogen, das finde ich auch sehr gut. Das drückt sich darin aus, dass wir bisher alle Empfehlungen einstimmig getroffen haben. Wir waren an der einen oder anderen Stelle geteilter Meinung, aber im Ergebnis wurde einstimmig beschlossen. Das schließt auch ein, dass unsere Experten eine sehr gute Figur machen. Die Professoren und Mitarbeiter der Universität und der Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer bringen wichtige Beiträge ein. Es ist auch wichtig, da sind wir uns in der Kommission ebenfalls einig, mal über den Tellerrand zu schauen und mit anderen Leuten von außen über unsere Themen zu diskutieren. Ich glaube, das ist der richtige Stil, um weiterzumachen. Deshalb ist es auch gut, wie wir es bisher hinbekommen haben.

Ich will heute gar nicht im Detail auf die einzelnen Empfehlungen eingehen, sondern einige grundlegende Bemerkungen machen. Wir diskutieren gerade in den letzten Wochen sehr intensiv über den Transformationsprozess unserer Wirtschaft. In unserer Fraktion sind wir der Meinung, dass die Digitalisierung für dieses Land eine große Chance ist. Die Transformation der Wirtschaft müssen wir als Chance begreifen, ob uns das Spaß macht oder nicht, aber wir sind der Meinung, dass das Land die Chancen suchen muss, welche die Digitalisierung bietet, und dass das Land am Ende des Tages diese Chancen auch nutzen muss. Das ist wichtig, denn wenn wir jetzt Empfehlungen formulieren, müssen wir selbst ernst nehmen, was wir uns aufgeschrieben haben. Man kann ja an der einen oder anderen Stelle anderer Meinung sein, aber wir müssen wenigstens im Grundsatz den Konsens finden, dass wir die Empfehlungen auch umsetzen wollen.

Wir müssen - das ist die Grundphilosophie - die Unternehmen im Land stützen, die sich in einem Transformationsprozess befinden. Es gibt viele Möglichkeiten, es gibt Beratungsmöglichkeiten und Programme. Wir müssen sie auf jeden Fall dabei unterstützen. Es ist schon angedeutet worden, dass die Arbeitnehmer in diesem Prozess Partner sind, nicht Befehlsempfänger oder etwas anderes, sondern zentraler Partner. Ich schaue da in die Richtung des Kollegen Kurtz, der einen gewerkschaftlichen Hintergrund hat und Mitglied der Kommission ist.

Auch das Folgende ist ein Grundsatz: Klar ist, die Digitalisierung ist nicht aufzuhalten. Es tut mir leid, aber wer das glaubt, der soll sich auf andere politische Felder orientieren. Es wird hin und wieder in der öffentlichen Diskussion auch von Parteien so dargestellt, als sei noch etwas zu machen, man könne noch dagegen wettern. Aber für mich ist die politische Frage nicht mehr das Ob, sondern die politische Frage ist, wie wir den Transformationsprozess gestalten und wie wir uns einbringen. Das gilt für das Privat- und das Wirtschaftsleben.

Jetzt bin ich bei einem für mich wichtigen Punkt: Die Digitalisierung - ich habe ja die positiven Seiten dargestellt - hat einen Januskopf. Das ist aus unserer und aus der Sicht vieler Experten völlig klar. Sie kann auf der einen Seite dafür verantwortlich sein, dass wir mehr Wohlstand generieren können, nicht nur im Saarland, sondern selbstverständlich auch darüber hinaus. Sie kann dazu beitragen, dass mehr Gerechtigkeit entsteht, und sie kann, was uns allen jedenfalls in der großen Mehrheit in diesem Hause wichtig ist, für nachhaltiges und grünes Wachstum sorgen. Die Digitalisierung hat das Potenzial dazu, mal abgesehen - das meine ich ironisch - von ihrem Stromverbrauch, der mittlerweile 10 Prozent des Weltstromverbrauchs ist. Das muss man natürlich auch sehen. Das ist ein Faktor, den man berücksichtigen muss.

Auf der anderen Seite beobachten wir eine weltweite Umverteilung des Wohlstandes. Das ist einfach nicht zu bestreiten. In diesen Tagen hat Herr Becketti sein zweites Buch zu dem Thema, das 1.400 Seiten umfasst, herausgebracht - viel Spaß demjenigen, der sich da durchkämpft. Wir haben, das ist gar nicht zu leugnen, eine nie gekannte Machtkonzentration in der Wirtschaft. Wir haben das weltweite Thema der Ungleichheit. Wir spüren auch in diesem Hause als Folge wirtschaftlicher und sozialer Verwerfungen einen Prozess, der die Demokratie untergräbt, eine Erosion der Demokratie. Letzte Woche konnte man im SPIEGEL von einer Untersuchung lesen, wonach die große Mehrheit der Bundesbürger der Meinung ist, dass die Verteilung des Wohlstandes extrem ungerecht ist. Das muss man auch im Kontext der Digitalisierung weiter diskutieren. Ich glaube, in den Parlamenten müssten eigentlich alle rote Lampen angehen, von mir aus auch schwarze oder grüne, aber die Lampen müssen angehen. Deshalb ist es aus meiner Sicht richtig gewesen, die Enquetekommission einzusetzen. Es ist gerade für das Saarland richtig gewesen. Wir haben nämlich einen ganz besonders tiefgreifenden Transformationsprozess - ich habe es angedeutet -, weil die Industrie so gestaltet ist, wie sie nun einmal ist. Wir haben auch die Ängste

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

besonders bei den Arbeitnehmern in diesem Land. Die Saar-Wirtschaft hat alleine 100.000 Arbeitnehmer, die von diesen Prozessen betroffen sind, über die wir ausführlich diskutiert haben.

Ich will das Beispiel Automotiv und die Zulieferbetriebe nennen. Dort geht es nicht nur darum, dass die Produktionsprozesse völlig umgestellt werden. Da wird in den nächsten Jahren ein völlig neues Produkt generiert. Das Auto wird ein ganz anderes Produkt sein. Deshalb ist es wichtig, sich damit auseinanderzusetzen.

Für all das, was ich jetzt skizziert habe, schreibt die Digitalisierung das Drehbuch. Wir müssen dem mehr oder weniger folgen, weil die Technologie weitergeht, weil die Finanzströme weitergehen, weil die politischen Diskussionen weitergehen. Aber es gibt für uns auch ein politisches Pflichtenheft, auch im saarländischen Landtag. Ich hatte es angedeutet. Ich bitte alle Fraktionen darum, dass wir uns in diesem Prozess selbst ernst nehmen, damit wir begreifen, dass es um mehr geht, als sich nur an der einen oder anderen Ecke zu profilieren. Diese Empfehlungen, die noch kommen werden und die wir jetzt beschlossen haben - Jürgen Renner hat sie vorgestellt -, sollen nicht ins Archiv wandern und dort verstauben oder elektronisch irgendwie verfallen. Wir sollten uns weiterhin über die Umsetzung unterhalten.

(Beifall von der LINKEN und den Regierungsfractionen.)

Wir haben in den letzten Jahrzehnten vier Transformationen gehabt, vor allem im ökonomischen Bereich. Es hat eine starke Automatisierung vieler Industriebereiche gegeben, besonders bei der produzierenden Industrie. Wir haben eine Globalisierung der Wertschöpfungsketten gehabt. Wir haben heute Morgen in anderem Kontext bitter gehört, wie das heutzutage läuft. Wir haben leider Gottes eine Privatisierung öffentlicher Güter gehabt. Auch darüber haben wir heute Morgen diskutiert. Wir hatten einen Aufstieg des Finanzsektors, der sich 2008 in der berühmten Finanzkrise manifestiert hat. Wir haben Industrie 4.0 als Schlagwort. Wir sind direkt betroffen.

Die Folge dieser Trends war eine steigende Nachfrage nach digitaler Technologie. Mittlerweile ist in unserem sozialen und wirtschaftlichen Leben die digitale Technologie das Gravitationszentrum geworden. Alles in der Industrie und im ökonomischen Leben dreht sich um dieses Gravitationszentrum Digitalisierung und seine Technologien. Soziologen wie zum Beispiel Philipp Staab von der Humboldt-Universität in Berlin sprechen mittlerweile vom digitalen

Kapitalismus. Sie sagen, das ist eine neue Form des Zusammenlebens.

Aber wenn das stimmt - ich muss es nicht adaptieren - und wer das Buch von ihm gelesen hat, das auch den gleichen Titel „Digitaler Kapitalismus“ hat, der erkennt darin viele Dinge sofort wieder und findet sich selbst wieder. Wenn das stimmt, was ist dann unsere Politik und ihre Rolle? Ist der Staat dann nur noch zuständig für Geld für Forschung und Entwicklung? Die Gewinne machen dann die Unternehmen und alle, die in diesem Dunstkreis arbeiten und leben?

Man muss wissen, es gibt eine interessante Studie einer italienischen Ökonomin. Der Google-Algorithmus ist das Ergebnis von nationaler Forschung. Das sind nationale Forschungsgelder gewesen. Zwölf der zentralen Technologien des iPhones sind Ergebnisse der nationalen amerikanischen Forschungsförderung. Nehmen wir also zur Kenntnis, dass Google, Facebook, Microsoft und Apple nicht mehr auf Märkten agieren. Sie agieren auch nicht auf unseren Märkten. Sie sind selbst zu Märkten geworden. Das ist der entscheidende Qualitätswechsel. Auf ihren Märkten bestimmen sie selbst Regeln und die Profite.

Wollen wir also eine solche Form von digitalem Manchester-Kapitalismus? Oder wollen wir soziale und ethische Regelungen durchsetzen? Das ist die politische Frage dahinter. Jürgen Renner hat es angesprochen. Wir haben gesagt, wir wollen uns mit Ethik beschäftigen. Wir haben jetzt einen Ethiker der Saar-Universität, der bei uns nachträglich als Experte eingestiegen ist.

In diesem Zwischenbericht haben wir Grundsätze formuliert. Jürgen Renner hat es angesprochen. Auf Seite 8 steht der entscheidende Satz: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Aber was heißt das in der Konsequenz? Bisher ist es so, dass viele Menschen Angst vor der Digitalisierung haben. Die Arbeitnehmer auch im Saarland haben Angst davor, ihre Arbeitsplätze zu verlieren. So, wie wir momentan vielerorts diskutieren, und mit den Maßnahmen, die wir machen, werden wir diese Akzeptanz nicht finden.

Mein Vorschlag ist, dass wir dafür sorgen sollten, im Alltag für digitale Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger zu plädieren. Wir haben in dem Bericht Empfehlungen zum eGovernment und zur digitalen Governance, wie es heute heißt. Ja zum Datenschutz, ja zu schnellen Leitungen. Wir haben heute Morgen über Daseinsvorsorge gesprochen. Schnelle Internetleitungen sind Daseinsvorsorge. Das muss eine politische Aufgabe sein. Das gilt übrigens auch für die interessante Diskussion der Privatisierung in die-

**(Abg. Flackus (DIE LINKE))**

sem Bereich. Begreifen wir das als Daseinsvorsorge oder lassen wir es einfach Märkte machen?

Auch in unseren Empfehlungen steht drin, ja, wir müssen Geld in die Hand nehmen, um Investitionen bei der Digitalisierung zu realisieren. Die Enquete-Kommission gibt Empfehlungen. Die Digitalisierung ist also Daseinsvorsorge. Was heißt das für die Wirtschaft? Das ist mein zentraler Punkt. Die Digitalisierung hat aus meiner Sicht bei allem positiven Input, den sie hat, kein soziales und auch kein gesellschaftliches Projekt. Es kann nicht nur der Profit sein, der damit generiert wird. Es muss ein soziales und gesellschaftliches Projekt dazukommen.

Für mich ist das die Demokratisierung der Wirtschaft. Das ist hier zum Teil schon angeklungen. Es geht um Mitbestimmung und die Beteiligung der Belegschaft. Was meint das? Hier müssen die Effizienzgewinne, die ohne Zweifel entstehen, wenn die Digitalisierung konsequent fortgeführt wird, gerecht verteilt werden. Es darf nicht weiter zu Umverteilungen kommen. Wir müssen mit der Mitbestimmung wachsen. Die Mitbestimmung muss wachsen. Auch neue Formen der Mitbestimmung werden nötig sein. Wir müssen dem Thema Fort- und Weiterbildung einen noch höheren Stellenwert einräumen. Wenn wir nämlich die Arbeitnehmer mitnehmen wollen bei den ständig wechselnden Technologieschüben, müssen sie in der Lage sein, das machen zu können.

Wir müssen uns wahrscheinlich auch mit den großen Konzernen im Bereich der digitalisierten Wirtschaft streiten, denn der digitale Dreiklang, wie er momentan ist - Big Data als Informationskontrolle auch im Betrieb, Big Brother als Kontrolle der Bürger; wir diskutieren ja auch über Gesichtserkennung, Kameras und alles, was damit zusammenhängt, und der Steuerung der Wirtschaft über Big Profit -, muss aus meiner Sicht politisch kontrolliert und begleitet werden.

Heute haben wir den ersten Zwischenbericht. Die Spannung steigt noch, weil wir uns mit dem Thema Wirtschaft und Arbeit beschäftigen werden. Aber mein Aufruf und meine Bitte lauten, dass die Arbeit weitergeht. Das, was wir bereits zu Papier gebracht haben, können wir umsetzen. Das ist mein großer Wunsch für diese Debatte. - Herzlichen Dank. Das war's.

(Beifall von der LINKEN.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Vielen Dank. - Das Wort hat nun Timo Mildau von der CDU-Landtagsfraktion.

**Abg. Mildau (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit einem Zitat beginnen. „Die Zukunft hängt immer davon ab, was wir heute tun.“ Das war ein Zitat von Mahatma Gandhi, welches sehr gut zur Arbeit im Bereich der Digitalisierung passt.

In der Enquetekommission arbeiten wir gemeinsam an der Zukunft. Das haben wir schon zweimal gehört. In diesem Zusammenhang und an dieser Stelle will auch ich für unsere Fraktion den Experten und ausdrücklich allen anderen Abgeordneten ganz herzlich für ihre bisherige Arbeit danken.

(Beifall des Hauses.)

Heute stellen wir Ihnen und der Öffentlichkeit zum ersten Mal unseren ersten Zwischenbericht vor. Er umfasst die Bereiche Infrastruktur, eGovernment und Verkehr. Ich weise bereits jetzt darauf hin, dass ich nicht alle Handlungsempfehlungen im Detail vorstellen kann und mich auf wenige, aber wichtige Handlungsempfehlungen beschränken werde. Andernfalls müsste ich, so glaube ich, meine Redezeit um zwei Stunden überziehen. Das will keiner, ich auch nicht. Deswegen beschränke ich mich auf einige wenige, aber wichtige Punkte.

Die fortschreitende Digitalisierung wird von zwei Faktoren maßgeblich getrieben: künstliche Intelligenz als Querschnittsthema, das alle Bereiche des Lebens und Arbeitens beeinflussen wird, und Cybersicherheit als Grundvoraussetzung, damit die Menschen den neuen technologischen Möglichkeiten auch vertrauen können. Beide Bereiche sind bereits heute im Saarland sehr gut aufgestellt. Wenn Sie sich heute am Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz hier in Saarbrücken umschaun - -

(Abg. Mildau (CDU) niest. - Vereinzelt Beifall.)

Alles korrekt gemacht, ja? Sehr gut! - Wenn Sie sich heute am Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz hier in Saarbrücken umschaun und sich fragen: Künstliche Intelligenz, ist das alles sinnvoll? Braucht es diese künstliche Intelligenz? Dann lautet meine Antwort: KI ist keine Science-Fiction, sondern bereits heute Realität.

Wenn wir die Digitalisierung nutzen wollen, dann müssen wir investieren. Deshalb möchte ich die erste grundlegende Handlungsempfehlung an die Regierung, aber auch an uns alle hier im Hohen Hause richten: Ein auskömmliches Digitalisierungsbudget muss sich im kommenden Haushalt wiederfinden und muss unser aller Ziel sein, denn jeder Euro in

**(Abg. Mildau (CDU))**

diesem Bereich sichert unsere Wettbewerbsfähigkeit.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Worin liegt der Grundstein zu künstlicher Intelligenz und Digitalisierung? - Richtig, in einer soliden Infrastruktur, denn den digitalen Wandel gibt es nicht ohne schnelles Internet. Aus diesem Grunde haben wir uns mit der Enquetekommission zunächst diesem Thema gewidmet. Die Landesregierung konnte uns gemeinsam mit Telekommunikationsunternehmen darüber berichten, beim Breitband spielen wir nicht Regionalliga, nicht dritte oder zweite Liga, wir spielen in der Bundesliga, und zwar ganz an der Spitze. Nirgendwo in den Flächenländern Deutschlands ist die Breitbandversorgung so gut wie im Saarland!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Aber uns jetzt zur Ruhe setzen, nein, das dürfen wir nicht, und nein, das möchten wir auch nicht. Es ist zwar erfreulich, wenn Homeoffice, beispielsweise in der Landesverwaltung, immer öfter praktiziert werden kann - und der Ausbau der E-Akte wird den Trend wahrscheinlich auch verstärken -, aber klar ist, das setzt voraus, dass die Beschäftigten beim mobilen Arbeiten nicht in ein Funkloch fallen. Gleiches gilt für alle anderen Saarländerinnen und Saarländer.

Das nächste Ziel muss aus diesem Grunde sein, im Mobilfunk mindestens genauso gut zu werden wie im Breitbandausbau. In Richtung einer Parteilosigkeit will ich an dieser Stelle rufen: Der Ausbau von 5G muss vielleicht in Nordrhein-Westfalen nicht jede Milchkanne erreichen, aber im Saarland jeden Schwenker!

(Beifall bei den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Als Enquetekommission empfehlen wir der Landesregierung die Schließung aller Versorgungslücken, grenznah, aber auch in der Fläche, in Abstimmung mit dem Bund und mit den Netzbetreibern. Als Ultima Ratio, und das will ich hier auch klar und deutlich sagen, darf auch nationales Roaming kein Tabu sein. Dabei sollen zudem alle Fördertöpfe aus Bund und EU in den Blick genommen werden. Und auch mit der Breitbandversorgung werden wir irgendwann an unsere Grenzen gelangen. Auf langfristige Sicht würde ich mir ein flächendeckendes Glasfasernetz wünschen, um den Unternehmen, aber auch allen Bürgerinnen und Bürgern, optimale Voraussetzungen in der digitalen Welt bieten zu können.

Das Saarland muss Labor für Forschung und Entwicklung werden. Deshalb sei in diesem Zusammenhang die Empfehlung angesprochen, den Rechtsrahmen für die Einrichtung einer Experimentalinfrastruktur, etwa in Form von Reallaboren, zu prüfen und, sofern noch nicht vorhanden, schnellstmöglich zu schaffen oder entsprechend anzupassen. Wenn wir dann die digitale Infrastruktur ausreichend geschaffen haben, müssen wir uns, wie auch in der Enquetekommission, dem Thema E-Government widmen. Andere Länder in Europa und auf der ganzen Welt haben vorgelegt. Wir im Saarland werden nachlegen. Wir wollen uns an die Spitze der digitalen Verwaltungen in Deutschland setzen.

Ich möchte meine Ausführungen zum E-Government allerdings nicht beginnen, ohne zunächst den engagierten und motivierten Angestellten, den Richterinnen und Richtern, den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und der Beamtenschaft in unserem Land einen Dank auszusprechen. Sie sind alle das Rückgrat unseres Staates und füllen ihn mit Leben.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem sind wir uns, glaube ich, alle einig: Digitalisierung kann den Menschen nicht ersetzen. Auch eine leistungsfähige digitale Verwaltung braucht tatkräftige Männer und Frauen und wir sind stolz, dass wir diese im Saarland auch haben. Die Digitalisierung wird helfen, ermöglichen, beschleunigen und vereinfachen. Aber die Dienstleistungen der Verwaltungen sollen lieber heute als morgen digital angeboten werden können.

Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine der zentralen Aufgaben der kommenden Jahre. Lange Wartezeiten, komplizierte Verfahren und endlose Papierformulare, das darf uns als Hightech-Land nicht zufriedenstellen. Die Zukunft der Verwaltung ist digital. Künftig muss der digitale Weg zum Amt genauso selbstverständlich sein wie das Onlinebanking. Aber, und das möchte ich auch deutlich machen, es muss in einer Übergangsphase auch weiterhin möglich sein, die Angelegenheiten analog, das heißt vor Ort, zu klären.

Was heißt das nun konkret und wie soll das Ganze umgesetzt werden? Eine Erleichterung für den Bürger wird das Once-Only-Prinzip darstellen. Die Daten werden ein Mal erhoben und können dann unter den Behörden digital ausgetauscht werden. So sprechen wir hier von einer deutlichen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und parallel auch für unsere Verwaltungen. Eine Maxime - und das zählt für alle Bereiche in dem großen Wort Digitalisierung - muss stets der Datenschutz und die Cybersicherheit sein. Nach dem Motto „einfach,

**(Abg. Mildau (CDU))**

schnell und online“ soll die digitale Verwaltung für die Menschen im Saarland so bequem und leicht wie möglich gemacht werden, als Nächstes dann auch bitte mobil, ganz einfach per App.

Eine weitere Empfehlung aus diesem Bereich ist deshalb, dass man die E-Government-Angebote auch als mobilen Service konzipiert. Dies wäre ein weiterer wichtiger Schritt an die Spitze der digitalen Verwaltung in Deutschland. Was am Ende funktionieren und leicht zu bedienen sein soll, muss vorher getestet werden. Wir empfehlen daher vorab einen Usability-Test für die digitalen Angebote. Was funktional gut sein soll, muss auch für den Bürger zu handhaben sein. Ich empfehle daher zudem, mit führenden UX-Design-Experten - UX steht für User Experience - an einer entsprechenden User-Experience-Strategie zu arbeiten. Denn was bringt uns ein kompliziertes digitales Angebot? - Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger für die Möglichkeiten begeistern. Eine gute User Experience wird auch sie überzeugen, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem liebe Saarländerinnen und Saarländer.

Lassen Sie mich nun zum dritten Teil des Zwischenberichtes kommen, dem Themengebiet Mobilität, Verkehr und Transport. Digitale Mobilitätskonzepte und innovative technologische Entwicklungen im Bereich Mobility prägen immer wieder die öffentliche Diskussion. Das automatisierte Fahren oder Ride-Sharing-Dienste verändern unser Verständnis von Mobilität bereits heute. Die Mobilitätsbedürfnisse der Bürger ändern sich rasant, und zwar so sehr, dass Mobilität in Zukunft anders gedacht werden muss. Aber wie und in welche Richtungen? - Um diesen Fragen nachzugehen, muss die Landesregierung weiterführende Initiativen vorantreiben. Ziel muss es sein, in Zusammenarbeit mit starken Partnern für Stadt und Land Mobilitätskonzepte aufzubauen, die Rahmenbedingungen für automatisiertes und vernetztes Fahren vorantreiben.

Zusätzlich müssen Services für das vernetzte Mobilitätskonzept entwickelt werden. Das Saarland soll seine Position als Innovationsstandort für Mobilitätslösungen im internationalen Wettbewerb nicht nur erhalten, sondern auch weiter ausbauen. Ich denke, wir können vom Autoland zum Mobilitätsland werden. Wie können alle Anbieter von beispielsweise Ride-Sharing über den ÖPNV bis hin zum Taxi in einem gemeinsamen System zusammenwirken, um so das beste Angebot für Kommunen und Bürger zu machen? Welchen Beitrag zum Klimaschutz kann digitale Mobilität einer intelligenten Steuerung liefern? Welche Rolle spielt dabei das automatisierte und vernetzte Fahren? - Über diese Fragen und viele an-

dere muss auch 2020 mit führenden Experten im Rahmen der Verkehrspolitik diskutiert werden.

Aber bereits heute will die Enquetekommission einige Handlungsempfehlungen an die Landesregierung aussprechen. So empfehlen wir der Landesregierung, gemeinsam mit unserer kommunalen Gemeinschaft eine umfangreiche standortbezogene Nutzer- und Bedarfsanalyse hinsichtlich alternativer Mobilitätsangebote durchzuführen und darauf aufbauend eine Strategie zu entwickeln. Ein Baustein wäre die Durchführung eines Pilotprojektes zum Einsatz von On-Demand-Mobilitätsdiensten. Dies dient insbesondere der Verbesserung der Anbindung des ländlichen Raums.

Ich möchte das einmal an einem kleinen, konkreten Praxisbeispiel deutlich machen. Frau Peter aus Niedergailbach möchte heute um 14.15 Uhr am Saarbrücker Hauptbahnhof sein. Da sie aber gerade noch einen Arzttermin hat, kommt sie vor 13.30 Uhr zu Hause nicht los. Mit dem ÖPNV braucht sie - Stand heute - mit zwei Umstiegen 1 Stunde und 14 Minuten und wäre erst um 14.45 Uhr am Hauptbahnhof in Saarbrücken. Mit dem Auto hingegen braucht sie nur 36 Minuten, müsste allerdings noch einen Parkplatz finden und den auch bezahlen. Wir kennen alle das Spielchen. Nun kommt unser vorgeschlagenes Pilotprojekt ins Spiel. Mit dem über die App bestellten und bezahlten Kleinbus braucht sie 40 Minuten. Unterwegs - so hat das die Künstliche Intelligenz berechnet - kann der Kleinbus noch die weiteren Nutzer des Dienstes mitnehmen, zum einen Herrn Kaufmann aus Bübingen, der ebenfalls in Saarbrücken am Hauptbahnhof aussteigen muss, und Herrn Klein, der mit seinen beiden Enkeln mitfahren und in Güdingen aussteigen wird. Der Kleinbus wird um 14.10 Uhr am Saarbrücker Hauptbahnhof sein. Alle steigen aus und erreichen pünktlich ihre Termine. Man hat Zeit, Geld und CO<sub>2</sub> gespart. Weil dieses Pilotprojekt aber keine Konkurrenz zum ÖPNV und zum Taxi darstellen soll, ist das ÖPNV-Unternehmen Hauptanbieter des On-Demand-Dienstes. Und auch die Taxi-Unternehmer können sich bei ihren Leerfahrten im System zuschalten. Das heißt, sie können ihre freien Kapazitäten zur Verfügung stellen. Uns ist allen klar, dass Digitalisierung kein Allheilmittel zur Verbesserung der Mobilität in unserem Land ist, aber sie ist ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige Verkehrsstrategie in unserem Land.

Ich komme zum Schluss und möchte noch einmal auf eine meiner anfänglichen Bemerkungen zurückkommen. Künstliche Intelligenz ist keine Science-Fiction, sondern Realität. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen heute anhand von

**(Abg. Mildau (CDU))**

ein paar Handlungsempfehlungen aus den Bereichen Infrastruktur, E-Government und digitalem Verkehr deutlich gemacht, dass die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz und der Strukturwandel in Sachen Digitalisierung im Hier und Heute angekommen sind. Lassen Sie uns gemeinsam beherzt die Chancen angehen, die die Digitalisierung für gleichwertige Lebensverhältnisse, die Verbesserung der Wettbewerbsposition, das Wohl der Menschen in unserem Land und die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes bietet. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsfraktionen und des Abgeordneten Flackus (DIE LINKE).)

**Vizepräsidentin Ries:**

Das Wort hat nun der Vorsitzende der AfD-Fraktion Josef Dörr.

**Abg. Dörr (AfD):**

Frau Präsidentin! Verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Digitalisierung ist kein Zukunftsprojekt, sondern mehr oder weniger schon Gegenwart. Es stellt sich nicht die Frage, ob es ein digitalisiertes Saarland gibt. Wenn es ein digitalisiertes Saarland gibt, gibt es ein Saarland, und wenn es kein digitalisiertes Saarland gibt, gibt es auch kein Saarland mehr. Insofern schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Flackus an, möchte sie aber ergänzen. Es ist nicht die Frage, ob Digitalisierung kommt, sondern wie sie kommt, besser gesagt wie schnell. Ich glaube, das ist auch die wichtigste Frage. Wie schnell werden die Empfehlungen, die die Kommission bisher ausgesprochen hat, umgesetzt? Es sind 41 Empfehlungen. Meine Vorredner haben das alles schon ausführlich behandelt, aber einige von den 41 Empfehlungen möchte ich auch noch anführen, weil die Ansprechpartner hier sind, nämlich das Parlament selbst und die Regierung.

Die erste Empfehlung an das Parlament ist inhaltlich schon genannt worden. Ich lese sie jetzt einmal vor: „(...) aufgrund der vielseitigen und umfassenden Herausforderungen im Zuge der Digitalisierung entsprechende Anpassungen bei der Aufstellung des Landeshaushaltes und der mittelfristigen Finanzplanung besonders zu berücksichtigen.“ - Da liegt des Pudels Kern. Wenn ich von Institutionen höre, frage ich immer, wie hoch das Budget ist. Wenn das 300 Euro sind, hake ich es ab. In diesem Fall wird sich bei der Haushaltsberatung zeigen, was uns diese Sache wert ist, wie hoch wir den Wert einschätzen.

Wir haben natürlich auch Empfehlungen an die Landesregierung, und zwar: „(...) bei der Umsetzung aller digitaler Angebote durch private Anbieter auf eine arbeitsrechtliche Absicherung des Personals durch Tarifverträge, Mitbestimmungsorgane und Personalvertretungen und soziale Standards zu achten.“ - Ich will jetzt auf philosophische Betrachtungen, die wichtig wären, verzichten. Aber das ist auch ein Punkt, den wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Wir müssen die Leute mitnehmen: „Die Kommission empfiehlt der Landesregierung eine Absicherung des Zugangs zu digitaler Infrastruktur für alle Bürgerinnen und Bürger und insbesondere eine staatliche Förderung der letzten Meter.“ - Das war ja immer so die Sache. Der Staat sorgt dafür, dass die Gemeinde versorgt ist, aber der etwas außerhalb wohnende Bürger kommt nicht ran oder muss sehr hohe Beträge bezahlen. Alle Bürgerinnen und Bürger im Saarland müssen Zugang zu einer ausreichenden Breitbandversorgung haben. Bürgerinnen und Bürgern ist der Zugang zu Informationen und die entsprechende leistungsfähige Infrastruktur durch private Anbieter abzusichern. Die Kommission empfiehlt der Landesregierung weiterhin, am Ziel einer flächendeckenden, guten, schnellen Internetversorgung der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft festzuhalten und den Aufbau der saarlandweiten Glasfaservernetzung weiter voranzutreiben.

Der Bericht ist ein Zwischenbericht. Es ist ein Einvernehmen erzielt worden, diesen Bericht zu veröffentlichen. Ich schließe mich gerne den Vorrednern an: Es herrscht eine gute Arbeitsatmosphäre in dem Ausschuss, dazu tragen natürlich auch die Sachverständigen bei. Sie haben natürlich auch gesagt, dass man es hier und da noch etwas anders machen müsste, aber wir waren insgesamt der Ansicht, dass mal etwas raus muss. Es muss ein erster Bericht her, ein Zwischenbericht, der vielleicht auch unvollkommen sein mag. Er ist nicht ganz so unvollkommen, aber vollkommen ist er natürlich auch nicht. Wir haben entschieden, dass ein Zwischenbericht notwendig ist, damit man sieht, dass wir das Thema ernst nehmen, und damit man einige Punkte hat, die man schon abarbeiten kann.

Dazu gehört auch das Folgende: Die Kommission empfiehlt der Landesregierung, eine jährliche Übersicht über die Nutzung von Förderprogrammen und deren Inhalte, geplante und eingereichte Förderträge sowie deren Bearbeitungsstand aufzustellen und dem Landtag in regelmäßigen Abständen Bericht zu erstatten. - Ich war diese Woche in Quierschied auf dem Marktplatz, wo ein Vorplatz erstellt wird. Dort steht ein großes Schild, das sagt, dass sich an der Finanzierung die Europäische Union, die

(Abg. Dörr (AfD))

Bundesregierung und das Land beteiligen. Es gibt kaum noch Projekte, die nur einen Auftraggeber oder Sponsor haben. Ich habe schon vor 20 Jahren erlebt, dass wir im Regionalverband eigens jemanden eingestellt haben, der die Förderprogramme regelrecht studiert hat und dafür gesorgt hat, dass wir an die Programme herangekommen sind. Das ist natürlich hier auch nötig, da muss man dahinter bleiben.

Ich will hier nicht das ganze Paket weiterbearbeiten. Sie haben alles schon von anderen gehört. Ich möchte nur noch mal an Sie appellieren, dass wir uns als Parlament um diese Sache kümmern und gelegentlich von den Adressaten dieser Empfehlungen Rechenschaft verlangen sollten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Das Wort hat nun der Abgeordnete der SPD-Fraktion Jürgen Renner.

**Abg. Renner (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon vieles gesagt worden. Ich will nur noch schlagwortartig auf einige grundlegende Aspekte und Fragestellungen eingehen, die teilweise nicht vom Beratungsgegenstand der Enquetekommission gedeckt sind.

Die Beratung der komplexen Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz und ihre Auswirkungen auf das Saarland in einer Enquetekommission ist fast schon ein Widerspruch in sich. Die Digitalisierung ist ein umfassender Transformationsprozess, der nicht etwa erst begonnen hat, sondern in dem wir uns bereits befinden. Er nimmt an Geschwindigkeit enorm zu und umfasst alle Lebensbereiche. Dagegen wirkt die Befassung mit diesem Transformationsprozess im Rahmen einer parlamentarischen Enquetekommission - ich will mal sagen - geradezu etwas behäbig. Wir gliedern Themenbereiche auf, erstellen einen Zeitplan, laden Sachverständige ein, hören diese an, diskutieren über Handlungsempfehlungen, bringen diese zu Papier, schreiben Zwischenberichte, geben diese dem Parlament zur Kenntnis und irgendwann im Laufe der Legislaturperiode - ich wage mal zu prophezeien, dass es eher am Ende passiert - verfassen wir einen kompletten Bericht, diskutieren ihn und schauen dann mal, ob die Landesregierung etwas davon umsetzen kann. Das heißt, wir haben es naturgemäß mit einer Kluft, einer Ungleichzeitigkeit zu tun, die sich, wenn überhaupt, nur schwer

überwinden lässt. Die Welt um uns bewegt sich im 21. Jahrhundert in einem nie gekanntem Ausmaß, aber die parlamentarischen Regeln und Rituale sind noch immer die des letzten Jahrhunderts.

Deshalb komme ich erstens zu einer Schlussfolgerung aus der Arbeit der Enquetekommission: Politik muss schneller werden. - Herr Mildau hat es eben genannt: Wir wollen Musterland werden. - Die Realität sieht aber anders aus. Wir sind nicht das Estland der Bundesrepublik. Man hat zwar den Anspruch, das ist wunderbar, aber ich glaube, wir müssen ehrlich bleiben. Wir sind digitales Entwicklungsland. Wenn wir als Politik den Anspruch haben, den Transformationsprozess der Digitalisierung nicht nur nachvollziehen zu können, sondern aktiv gestalten und mitbestimmen zu wollen, dann müssen wir unsere Verfahren der politischen Willensbildung, der parlamentarischen Beratungs- und Entscheidungsprozesse gründlich überprüfen und erneuern. Das ist eine Aufgabe, der sich das Landtagspräsidium meines Erachtens dringend annehmen sollte. Ich glaube, die Beschäftigung mit dem Themenkomplex „Bürgernaher Landtag“ mit den ganzen Veranstaltungen, die stattfinden, ist zwar richtig, aber sie sind im Endeffekt auf dem Stand der Neunzigerjahre. Das Parlament hier auf die Höhe der Zeit zu bringen, ist nicht nur, aber auch eine technische Aufgabe. Die Wählerinnen und Wähler sind zu Recht outputorientiert. Sie wollen wissen, welche Weichenstellungen das Parlament vornimmt und was das für sie im täglichen Leben bedeutet. Digitalisierung berührt deshalb nichts weniger als die Frage nach der Legitimation unseres politischen Systems.

Zweitens. Digitalisierung ist kein Politikfeld wie Bildung, Soziales, Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit. Ich habe es gesagt: Sie durchdringt diese Bereiche, sie ist Ausdruck von Strukturwandel und gleichzeitig Treiber des weiteren Strukturwandels. Strukturwandel wird nicht mehr bewältigt, Strukturwandel ist permanent. Vor diesem Hintergrund fragen sich natürlich die Menschen: Was brauche ich in Zukunft an Bildung? Wie bilden sich unsere Kinder? Werden die sozialen Sicherungssysteme in Zukunft noch funktionieren? Was bedeuten Digitalisierung und Künstliche Intelligenz für meinen Arbeitsplatz? Ist dieser sicher? Muss ich mich darauf einstellen, dass ich den Job öfter wechseln muss? Welche Weiterbildungsangebote brauche ich? Stehen diese überhaupt zur Verfügung? Bietet die Wirtschaft in der digitalen Zukunft genügend Arbeitsplätze an und zwar solche, die meinem Profil entsprechen? Können diese meinen erreichten Lebensstandard gewährleisten? - Auf all diese Fragen, die Unsicherheit und Ängste hervorrufen, erwarten die Menschen Antworten. Wir als

(Abg. Renner (SPD))

Politik müssen uns diesen Fragen in der demokratischen Auseinandersetzung stellen. Deshalb bin ich zu meiner zweiten Schlussfolgerung gelangt: Der Prozess der Gestaltung von Digitalisierung braucht Akzeptanz - Herr Flackus hat darauf hingewiesen.

Dies wird nur gelingen, wenn drei grundsätzliche Voraussetzungen erfüllt sind. Erstens. Die Demokratie braucht festen Boden unter den Füßen. Zweitens. Wir brauchen heute schon sichere Arbeitsplätze. Drittens. Wir brauchen eine stabile Wirtschaft. Wir stellen fest, dass die Wirtschaft aus vielerlei Gründen einem Stresstest unterworfen ist, dass die Unwägbarkeiten zunehmen. Wenn wir auf die Gestaltbarkeit dieser Entwicklung setzen, dann brauchen die Menschen Sicherheit im Wandel.

Drittens. Politik muss schneller werden. Politik steht aber auch vor der Herausforderung, die infrastrukturellen Voraussetzungen für die gerechte Teilhabe aller am Prozess der Digitalisierung zu schaffen. Im Zwischenbericht haben wir deshalb auf der Notwendigkeit bestanden, dass der Staat den Zugang zur digitalen Infrastruktur für alle gewährleisten muss. Was aber nutzt die Möglichkeit des Einsatzes von künstlicher Intelligenz etwa bei Knieoperationen, wenn das Gesundheitswesen nicht funktioniert und die Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen nur mühsam aufrechterhalten werden kann? Was hilft es uns, wenn unsere wunderbaren von der Künstlichen Intelligenz autonom gesteuerten Fahrzeuge über Schlaglochpisten brettern müssen? Das heißt, eine sinnvoll zu nutzende digitale Infrastruktur ist ohne eine Modernisierung der herkömmlichen Infrastruktur kaum denkbar. Das ist eine Herkulesaufgabe, die Geld kostet. Auf diese Herausforderungen gibt die Schuldenbremse keine adäquaten Antworten. Deshalb: Will man das Saarland zum Estland der Bundesrepublik machen und morgen die Digitalisierungsrendite einfahren, muss man heute in eine leistungsfähige Infrastruktur investieren.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Viertens. Es liegt an uns, ob wir die Chancen oder die Risiken überwiegen lassen und wie wir die Künstliche Intelligenz gestalten. Ich habe das Beispiel „Autonomes Fahren“ erwähnt: Immer, wenn ich mich bei Freunden oder Bekannten umhöre - und auch mir selbst geht es so -, wie sie das einschätzen, schwingt in den Antworten eine gehörige Portion Skepsis mit. Denn es ist unklar, wer in diesem Fall autonom agiert: das Fahrzeug, also die Maschine, oder der Insasse, also der Mensch. Das Ziel einer jeden Digitalisierungsstrategie sollte es daher sein, auch im digitalen Zeitalter die Selbstbestim-

mung des Einzelnen zu stärken, auch in der Interaktion Mensch-Maschine. Wenn daher aus technologischem Fortschritt sozialer und gesellschaftlicher Fortschritt erwachsen soll, muss der Mensch im Mittelpunkt stehen, müssen wir die digitale Souveränität der Menschen ins Zentrum der Entwicklung stellen.

Fünftens. Der Wandel der Digitalisierung oder auch der Künstlichen Intelligenz ist eine datenbasierte und datengetriebene Entwicklung. In China dient Künstliche Intelligenz dazu, einen perfekten Überwachungsstaat zu installieren, in den USA steht die ökonomische Verwertungslogik der großen Player - Jochen Flackus hat sie genannt - im Vordergrund. Wir hatten dazu in der Enquetekommission ein kurzes, aber interessantes Intermezzo: An welchem Modell sollen wir uns in Deutschland beziehungsweise in Europa orientieren, wenn wir Erfolg haben wollen? - Ich meine, an keinem dieser beiden Modelle.

Wir arbeiten in der EU an einem einheitlichen Wissenschafts- und Forschungsraum. Davon konnten wir, jedenfalls der Arbeitskreis Wissenschaft der SPD, uns in Brüssel überzeugen, als wir dort mit Experten einschlägige Aspekte diskutiert haben. Dieser einheitliche Wissenschafts- und Forschungsraum ist gekennzeichnet von einer Vielgestaltigkeit der Forschungsschwerpunkte und -methoden auch bei der Künstlichen Intelligenz. Wenn wir uns schon an einem Modell orientieren wollen, dann doch vielleicht eher an der Tradition der europäischen Aufklärung, der Selbstbestimmung, der Souveränität des Einzelnen. Im Sinne der Gemeinwohlorientierung setzt das aber eine Vernetzung, den Diskurs, den Austausch über Forschungsschwerpunkte, -erkenntnisse und deren Umsetzung voraus. Deshalb ist, meine Damen und Herren, die fünfte Schlussfolgerung für mich auch im Bereich der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz, dass wir mehr Europa wagen müssen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Sechstens. „Vernetzung“ ist ein gutes Stichwort für die Situation im Saarland, dem Land, in dem „jeder einen kennt“, und wenn das einmal nicht der Fall ist, „kennt man jemanden, der einen kennt“. Wir haben in unserer Forschungslandschaft bemerkenswert gut aufgestellte Leuchttürme: Das DFKI ist genannt worden, das CISP befindet sich im Aufbau zum Helmholtz Zentrum. Auch diese Einrichtungen brauchen Vernetzung.

Wir dürfen uns aber nicht nur auf die Leuchttürme beschränken. Wenn wir das Saarland wirklich zum Estland der Bundesrepublik entwickeln wollen, brauchen wir vor allem eine Vernetzung der Player hier

(Abg. Renner (SPD))

im Land, und zwar eine Vernetzung untereinander, aber auch eine Vernetzung mit den Unternehmen im Land, und nicht nur mit den großen Unternehmen, sondern auch mit den kleinen und den mittleren Unternehmen. Denn die kleineren und mittleren Unternehmen verfügen nicht, wie etwa ZF, über eine ausgeprägte Forschungs- und Entwicklungsabteilung, um Effizienzgewinne aus der Digitalisierung zu erzielen. Sie brauchen vielmehr Unterstützung, sie brauchen Beratungsdienstleistungen, um an dieser Wertschöpfung teilhaben zu können und neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Es geht darum - ich zitiere einen der externen Sachverständigen, die bei uns zu Gast waren, Max Neufeind vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales -, eine Landkarte zu entwickeln. „Eine Landkarte, die verdeutlicht, wo wir heute stehen, wohin wir uns entwickeln wollen, was gegenwärtig passiert, was die Risiken und was die Herausforderungen sind. Eine integrierte Landkarte, die (...) die unterschiedlichen Trends, Entwicklungen und Handlungsmöglichkeiten skizziert.“

Ich meine, es liegen riesige Gestaltungspotenziale vor uns. Wir müssen das nun für unser Bundesland so konkret wie möglich ausbuchstabieren. Das wäre, so meine ich, eine tolle Aufgabe für einen Digitalisierungsrat.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Siebtens. Die Entwicklung ist datenbasiert und datengetrieben, ich habe es bereits erwähnt. Wir alle geben unsere Daten meistens für „lau“, die Daten, auf die sich dann die Digitalisierung und die Künstliche Intelligenz stützen. Daraus ergeben sich auch Machtfragen. Der Staat, die öffentliche Hand, erbringt für seine Bürgerinnen und Bürger vielfältige Dienstleistungen, bei denen es die Bürgerinnen und Bürger vor gar nicht allzu langer Zeit noch völlig normal fanden, mit dem Pkw oder dem ÖPNV zum Amt zu fahren, dann zwei Wochen zu warten, wieder zum Amt zu fahren und etwas abzuholen. Die Ansprüche ändern sich aber massiv.

Es geht nun auch darum, dass der Staat fähig sein muss, diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Andernfalls haben wir ein Problem: „Wenn andere Akteure im Bereich Identität, Währung, Daten sehr viel userfreundlicher sind als das staatliche Angebot, erodiert ein Stück weit die staatliche Souveränität.“ So Max Neufeind in der Enquetekommission.

Machtfragen berühren natürlich auch Verteilungsfragen, die Datenökonomie. Für die routinemäßige Durchführung etwa von Knieoperationen durch Roboter ist eine Unmenge von Daten erforderlich, die zuallererst von uns allen, von den Patientinnen und Patienten, geliefert werden. Da ergeben sich neben

Fragen des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung weitere Aspekte, die der Klärung bedürfen: Von wem kommen die Daten? Wer stellt sie zu welchen Konditionen zur Verfügung? Wem werden Daten zur Verfügung gestellt? Wem kommt am Ende die durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz erzielte Wertschöpfung überhaupt zugute?

Wenn wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beibehalten und - das ist, so meine ich, auch notwendig - stärken wollen, müssen wir vor diesem Hintergrund auch die Frage der Gemeinwohlorientierung thematisieren und damit auch Fragen nach der Bepreisung von Daten und nach Wertschöpfungsabgaben stellen und beantworten.

Es gibt eine Vielzahl weiterer Machtfragen, die es zu erörtern gilt. Das Verhältnis Staat-Bürger habe ich angerissen. Dazu gehört aber auch die Mitbestimmung in den Betrieben, die Zukunft der sozialen Absicherung und vieles andere mehr. Am Ende steht die Frage: Sind wir Treiber oder Getriebene der Entwicklung? Wenn die Vorteile dieser Transformation möglichst allen zugutekommen sollen, müssen wir die Entwicklung gestalten wollen, das heißt, die Bereitschaft dazu zeigen, wir müssen die Entwicklung gestalten können, also die Fähigkeiten dazu besitzen - und wir müssen das dann auch machen, das anpacken! In diesem Sinne freue ich mich auf den weiteren Diskurs in der Enquetekommission, auf die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen und auf spannende Beiträge der Experten und der Sachverständigen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

**Erste und Zweite Lesung des von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Behindertengleichstellungsgesetzes (Drucksache 16/1240)**

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich Herrn Abgeordneten Hermann-Josef Scharf das Wort.

**Abg. Scharf (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Gesetz zur Än-

**(Abg. Scharf (CDU))**

derung des Saarländischen Behindertengleichstellungsgesetzes und weiterer gesetzlicher Vorschriften vom 19. Juni 2019, veröffentlicht im Amtsblatt Seite 639, wurden bundes- und europarechtliche Vorgaben umgesetzt und Rechtsvorschriften harmonisiert.

Die Träger öffentlicher Gewalt wurden mit detaillierten Vorgaben zur Umsetzung von Barrierefreiheit und damit der Verwirklichung von Inklusion in unterschiedlichen Lebensbereichen angehalten. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens blieben einige redaktionelle Fehler unentdeckt, die inhaltlich zwar nicht zu Unklarheiten in der Rechtsanwendung führen, aber dennoch korrekturbedürftig sind.

Der vorliegende Gesetzentwurf Drucksache 16/1240 soll die redaktionellen Fehler beheben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Herzlichen Dank. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1240. Wer für die Annahme dieses Gesetzentwurfes in Erster Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1240 mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig angenommen wurde.

In der heutigen Sitzung soll auch die Zweite Lesung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Saarländischen Behindertengleichstellungsgesetzes Drucksache 16/1240 durchgeführt werden. Nach § 33 Abs. 3 der Geschäftsordnung dürfen die zur Verabschiedung einer Gesetzesvorlage erforderlichen Lesungen nicht in einer Sitzung und nicht am selben Tag stattfinden. Aber Abweichungen von dieser Vorschrift kann der Landtag gemäß § 57 Abs. 1 Landtagsgesetz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Abgeordneten im Einzelfall beschließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, dass in der heutigen Sitzung die Zweite Lesung des Gesetzentwurfes durchgeführt wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich sehe, die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist erreicht, weil alle Abgeordneten dafür gestimmt haben.

Damit ist der Gesetzentwurf in der heutigen Sitzung in der Zweiten Lesung zu beraten.

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1240 in Zweiter und letzter Lesung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1240 in Zweiter und letzter Lesung einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen des Hauses angenommen wurde.

Kolleginnen und Kollegen, wir treten nun in die Mittagspause ein und unterbrechen die Sitzung bis 14.00 Uhr.

(Die Sitzung wird von 12.53 Uhr bis 14.01 Uhr unterbrochen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren fort in der heutigen Tagesordnung.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Der Erhöhung des Rundfunkbeitrages nicht zustimmen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf ein notwendiges Maß reduzieren (Drucksache 16/1234)**

Zur Begründung erteile ich dem Abgeordneten Rudolf Müller von der AfD-Fraktion das Wort.

**Abg. Müller (AfD):**

Wenig Kundschaft heute Nachmittag, na ja. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rundfunkgebühr sollen alle zahlen, auch die, die ARD und ZDF gar nicht oder nicht mehr nutzen. Schon das ist eine äußerst fragwürdige Regelung. Man zahlt ja auch nicht für ein Brötchen, das man nicht kauft, bezahlt nicht für ein Bier, das man nicht trinkt, und auch nicht für eine Zeitung, die man nicht abonniert hat. Auch ist die Gebühr für alle gleich, egal ob arm oder reich oder alles dazwischen. Die 17,50 Euro jeden Monat oder 52,50 Euro alle drei Monate, wenn die Rechnung kommt, sind jedenfalls für viele ärgerlich, vor allem dann, wenn sie sich aus anderen Quellen informieren oder unterhalten lassen.

In unserem Grundgesetz von vor 70 Jahren in Artikel 5 unter ganz anderen medialen und technischen Voraussetzungen ist der Rundfunk immerhin erwähnt, ebenso wie die freie Presse, deren Produkte

(Abg. Müller (AfD))

man, wie gesagt, kaufen kann oder auch nicht. Ebenso muss es nach einer Übergangszeit mindestens das Recht auf Nichtnutzung und damit auf Nichtbezahlung öffentlich-rechtlicher Angebote geben. Dass nun die Finanzierung des Rundfunks durch Gebühren immer weniger als gerecht und legitim empfunden wird, hat mehrere Gründe. Einmal ist es die zunehmende Information oder Unterhaltung aus allen möglichen anderen Quellen, aus Privatsendern, übers Internet, durch Netflix und sonstige Streamingdienste. Vor allem aber ist es die zunehmende politische Einseitigkeit, Agitation und offensichtliche Linkslastigkeit, die immer mehr Leuten auf die Nerven geht.

Aber wenn sie sich wehren, zum Beispiel durch Kommentare in den sozialen Medien, dann beschimpft sie der linkslastige politisch-mediale Komplex aus Rundfunk und Altparteien. Ihre Äußerungen seien Hass und Hetze und so weiter. Das mag in Einzelfällen stimmen, aber nicht jeder hat die Zeit, die Lust und die Möglichkeit, in feinziselierten Feuilletonsätzen zum Ausdruck zu bringen, was er ganz anders sieht als abgehobene, moralisierende Beserwisser.

(Sprechen.)

Dass dies ein offenbar internationales Phänomen ist, das auch zu drastischen Wahlentscheidungen führt, brachte ein amerikanischer Wähler zum Ausdruck auf die Frage, warum er denn Trump gewählt habe. Die Antwort war: Weil er das sagt, weshalb wir seit Jahren unseren Fernseher angebrüllt haben. - Passt mir zu Hause manchmal auch.

(Zuruf: Das kann ich mir gut vorstellen.)

Gelle, das können Sie sich vorstellen. - Die Liste des gezielten Verschweigens, der Lügen und Verdrehungen ist lang. Nur einige besonders bekannte Beispiele: So wurden zum Beispiel die massenhaften Übergriffe von Migranten auf junge Frauen in der Silvesternacht in Köln, sozusagen vor der Haustür des Westdeutschen Rundfunks, tagelang verschwiegen. Als im August 2018 ein junger Deutscher von unkontrolliert ins Land gelassenen Kriminellen ermordet wurde, versuchte die Tagesschau mit angeblichen Hetzjagden auf Migranten von der eigentlichen Mordtat abzulenken. Eine Demonstration von AfD, Pegida und Pro Chemnitz wurde lügenhaft mit Bildern einer ganz anderen Demonstration umrahmt. Bleibt noch zu erwähnen, ganz exemplarisch für den Geist, der in manchen Redaktionen herrscht, das Liedchen von der Oma als Umweltsau, die dann auch noch als Nazisau beschimpft wird. Tom Buhrow als WDR-Intendant ließ das Stück aus dem Onlineauftritt nach massiven Protesten schnell ent-

fernen, immerhin. Daraufhin wurde er kritisiert von 40 Filmemachern, die auch für die Öffentlich-Rechtlichen arbeiten und offensichtlich für ihren Job völlig ungeeignet sind. Und solche Leute werden von allen Gebührenden bezahlt, auch von den Omas und Opas.

(Abg. Renner (SPD): Sie werden auch bezahlt.)

Weiter zum Geld, darum geht es ja hier. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, abgekürzt KEF, kommt in ihrem Bericht zu einer Finanzierungslücke von 1,5 Milliarden Euro für die Zeit von 2021 bis 2024. Neben ständig steigenden Pensionslasten produziert der aufgeblähte Apparat ständig jede Menge unnötiges Zeug. Täglich werden von den Gebührenden mit ihren insgesamt 66 Radiosendern und 21 Fernsehkanälen bis zu 2.200 Stunden Programm produziert. Die Berechnung stammt von Rainer Robra, dem Chef der Staatskanzlei von Sachsen-Anhalt. Rechnerisch würde also die Produktion eines einzigen Tages circa 90 Tage ununterbrochene Sendung am Stück ausfüllen.

Damit alles schön rüberkommt, vor allem in politischen Sendungen, hat die ARD einer Linguistin, einer Sprachwissenschaftlerin, ein Handbuch fürs sprachlich schöne Verpacken abgekauft zum Preis von 100.000 Euro. Auch sonst ist man großzügig, vor allem in den oberen Gehaltsstufen. So erhält zum Beispiel der bekannte Tom Buhrow über 32.000 Euro im Monat, der Intendant des Bayerischen Rundfunks auch circa 32.000 Euro. Beim Südwestrundfunk und beim Norddeutschen Rundfunk sind es jeweils circa 30.000 Euro. Dieser famose Norddeutsche Rundfunk hat es vor Kurzem bei der Wahl in Hamburg geschafft, ständig falsche Zahlen zu verbreiten und damit die AfD aus den Gesprächsrunden herauszuhalten und die FDP reinzunehmen. Nachher war es umgekehrt, die Blamage hat gegessen.

Zu den großen Gehältern mag man einwenden, dass in der freien Wirtschaft oft noch höhere Gagen gezahlt werden, allerdings dann nicht aus den Gebühren aller Leute, auch von denen, die diese Produkte nicht sehen oder hören wollen. Übrigens, an dieser Stelle ist mir wichtig zu sagen: Die handwerkliche und sachliche Arbeit mancher saarländischen Journalisten achte ich durchaus, auch im Bewusstsein darüber, dass sie unter politischem Druck stehen.

(Oh-Rufe und Lachen.)

Unter diesen Umständen kann es nicht sein, dass jetzt auch noch eine Gebührenerhöhung beschlossen werden soll. Vielmehr ist es nötig, die öffentlich-rechtlichen Sender auf ein notwendiges Maß zurück-

**(Abg. Müller (AfD))**

zufahren. Beispiel kann eines unserer Nachbarländer sein, nämlich Dänemark. Dort wurde 2018 die Schrumpfung des Budgets um 20 Prozent in fünf Jahren beschlossen. Außerdem hat das Parlament dort neulich die Umstellung auf Steuerfinanzierung beschlossen, verbunden mit einer deutlichen Verschlinkung. Wenn die saarländische Regierung Politik für die Saarländer machen will, darf sie einer Gebührenerhöhung keinesfalls zustimmen. Vielmehr kann sie sich positiv profilieren, wenn sie, wie zum Beispiel in Dänemark, eine Verschlinkung und Beschränkung auf das Notwendige anstößt. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich darf bei dieser Gelegenheit den Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an der Saar, Herrn Thomas Kleist, herzlich willkommen heißen.

(Beifall der Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Ich eröffne die Aussprache und rufe als weitere Rednerin für die CDU-Landtagsfraktion Frau Dagmar Heib auf.

**Abg. Heib (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum! Auch Ihnen ein herzliches Willkommen meinerseits. Wir haben heute einen Antrag der AfD vorliegen, der sich noch einmal dadurch auszeichnet, dass er im Großen und Ganzen einen Satz umfasst, der hier mit entsprechender verbaler Begründung ausgebaut und ausgefüllt wird, aber meines Erachtens an vielen Dingen vorbeigeht und die Interessen unseres Landes nicht berücksichtigt. Die Interessen unseres Landes sind auch die Interessen der Saarländer und Saarländerinnen. Manchmal fällt mir ein, wie ich Ihren Antrag bezeichnen wollte, aber das wären unparlamentarische Worte. Ich sage Ihnen - -

(Zuruf aus der AfD.)

Nein, eine Rüge vom Präsidenten ist mir das nicht wert, wenn ich hier eine entsprechende Bezeichnung abgeben wollte. Ich konzentriere mich auf den Antrag und komme zu meinen Ausführungen. Lassen Sie mich grundsätzlich erst einmal sagen, wir haben die KEF - sie ist ja von Ihnen genannt worden -, das Verfahren ist beschrieben worden. Die KEF ist die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Sie hat ihren 22. Bericht am 02. Februar 2020 veröffentlicht. Die KEF kommt in ihrem Bericht zum Ergebnis, dass für die Rundfunkanstalten insgesamt ein Bedarf von mehr als 1,5 Milliarden Euro anzuerkennen ist. Hiervon entfallen nach ihrer Bewertung 858 Millionen Euro auf die ARD, 600,8 Millionen Euro auf das ZDF und 66,5 Millionen Euro auf das Deutschlandradio. Aufgrund dieser Feststellung empfiehlt die KEF eine Anpassung des Rundfunkbeitrags von bisher 17,50 Euro auf 18,36 Euro ab dem 01.01.2021. Dies wäre die erste Erhöhung des Rundfunkbeitrags seit 2009. Der Rundfunkbeitrag wurde zudem im Jahr 2015 von 17,98 Euro auf 17,50 Euro gesenkt.

Mit dieser für Anfang 2021 geplanten Erhöhung des Rundfunkbeitrags wird nach dem derzeitigen Stand der Beratungen, die bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 12. März - das ist morgen, sofern sie denn stattfindet; ich gehe einmal davon aus - fortgeführt werden, voraussichtlich auch der ARD-Finanzausgleich in diesem Zuge erhöht werden. Das ist sehr wichtig aus saarländischer Sicht. Diese Erhöhung des ARD-Finanzausgleichs - intensive Beratungen auf Fachebene und auch letztendlich in der Rundfunkkommission gingen dem voraus - wird dem SR in den nächsten vier Jahren gut 34 Millionen Euro zusätzlich bringen. Sie wird aber nur möglich sein, wenn alle Bundesländer zustimmen, das heißt, auch das Saarland. Von daher ist es wichtig, dort auch zuzustimmen.

Grundsätzlich zu Ihren Anmerkungen, warum jeder einen Rundfunkbeitrag zahlen muss. Das ist ein gesetzlicher Auftrag und vom Bundesverfassungsgericht in mehr als einer Entscheidung festgestellt worden. Dort spricht man von den besonderen Verantwortungsbeziehungen der Allgemeinheit letztendlich auch zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten. Diese besonderen Verantwortungsbeziehungen gelten gegenüber jedem Mann und jeder Frau unabhängig von Alter, unabhängig von Einkommen oder unabhängig von der Herkunft et cetera. Das gilt es, noch einmal grundsätzlich festzustellen.

Sie haben angesprochen, dass hier auch Geld in eine nicht hohe Qualität fließt, sei es bei Produktion, Sendung, Berichterstattung et cetera. Ich sage es einmal ein bisschen verklausuliert, der eine oder andere wird es, glaube ich, ganz deutlich verstehen. Wir machen uns Gedanken darüber, öffentliches Geld in eine hohe Qualität einfließen zu lassen, aber es werden auch öffentliche Gelder wie Diäten und einiges ebenfalls unabhängig davon gezahlt, ob man jetzt vielleicht eine hohe Qualität dafür erlangt oder nicht. So viel dazu.

(Abg. Heib (CDU))

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Wir werden also Ihren Antrag ablehnen. Das wundert Sie nicht nach meinen Eingangsbemerkungen. Zum einen ist Ihr Antrag, ich habe es beschrieben, nur ein Satz. Es ist auch ein unbestimmter Antrag wie so oft von Ihnen, auch inhaltlicher Art.

(Abg. Scharf (CDU): Immer!)

Sie sprechen von einem notwendigen Maß. Sie setzen an zum Sprung, aber der Sprung landet nirgendwo, beziehungsweise Sie kommen meines Erachtens auch gar nicht in die Luft zum Sprung. Sie übernehmen keinerlei politische Verantwortung in dem Bereich, wenn Sie sagen, man solle auf ein vernünftiges Maß zurückführen. Sie müssten auch konkret beschreiben, wie dieses Maß aussieht und wohin die Einsparungen, die mit diesem Maß verbunden sind, führen sollten. Das ist für mich noch einmal kennzeichnend für Sie und Ihre Anträge. Von daher aus dem Grund ebenfalls keine Zustimmung.

Unser Land - das ist ganz deutlich - profitiert durch die intensive Berichterstattung des SR. Mein Kompliment, Herr Intendant, nehmen Sie das bitte mit in die öffentlich-rechtliche Anstalt und geben Sie das weiter von hier aus, unser Land profitiert aber auch durch die Berücksichtigung in den Angeboten der ARD, des ZDF oder auch des Deutschlandradios. Die Medienvielfalt wäre in unserem Land ohne den SR und ohne die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks deutlich ärmer. Das, denke ich, ist eine wichtige Aussage. Wer gegen den öffentlichen Rundfunk in der Gestalt ist, wie wir ihn derzeit haben, spricht sich gegen die Interessen des Saarlandes, gegen die Interessen der Saarländerinnen und Saarländer aus.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Ich gehe auch so weit zu sagen, wer sich gegen die vorgeschlagene Erhöhung des Rundfunkbeitrags stellt, stellt sich damit auch gegen die erreichte Einigung der ARD, den Finanzausgleich entsprechend zu erhöhen. Noch einmal - ich habe es eben ausgeführt -: Hier geht es um die Zukunft des SR. Mit der Zukunft des SR untrennbar verbunden ist auch die Zukunft der über 600 Beschäftigten beim SR und es geht hier auch um die mediale Grundversorgung unseres Landes. Meine Damen und Herren, ich bin dafür, wir sollten uns klar dafür aussprechen. Das heißt auch, die Senkung, die Sie beantragen, würde dagegen arbeiten und dagegen sprechen. Deshalb Ablehnung an der Stelle.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Eine verfassungsrechtliche Betrachtung möchte ich auch anführen. Man kann durchaus sagen, dass der Antrag gegen Verfassungsrecht verstößt. Gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts haben die Rundfunkanstalten einen individuellen, gerichtlich einklagbaren Anspruch auf eine funktionsadäquate Finanzierung. Das ist mehrfach vom Bundesverfassungsgericht festgestellt worden. Die Ausprägung dieser Entscheidungen des Verfassungsrechts ist die Arbeit der KEF. Die Einsetzung der KEF, die Arbeit der Kommission, führt zur Ermittlung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, weil dort festgestellt wird, wie der Anspruch ist, wie er zu verteilen ist.

Dort kam es durchaus schon einmal zu Absenkungen nach dem Bericht der KEF. Dieses geordnete Verfahren ist Ausfluss der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung. Wenn Sie sich jetzt gegen die Erhöhung aussprechen, sprechen Sie sich gegen das Verfahren aus, das auf verfassungsrechtlicher Basis steht, und somit sind Sie auch gegen die Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Dem, meine sehr geehrten Herren der AfD, können wir auf keinen Fall zustimmen.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN. - Zuruf des Abgeordneten Dörr (AfD).)

Lassen Sie mich abschließend noch einen kurzen Blick auf die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in unserer Demokratie werfen. Der unabhängige, finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unabhängig von der Finanzierung durch Mäzene, durch Sponsoren oder durch die Wirtschaft oder andere vorstellbare Finanzquellen. Gerade dieser unabhängige öffentlich-rechtliche Rundfunk leistet durch seine Unabhängigkeit einen wichtigen Beitrag zur medialen Gewaltenteilung und zur notwendigen medialen Begleitung des Handelns staatlicher wie auch privater Akteure. Das haben wir auch gesetzlich normiert. Nehmen Sie nur die §§ 3 und 4 des Saarländischen Mediengesetzes. Auch dort ist das festgeschrieben.

Dieser Aufgabe kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk bei uns im Land, der SR, nur nachkommen, wenn er auch auskömmlich finanziert ist. Das hat das Bundesverfassungsgericht öfters festgestellt und wir stellen das auch noch einmal fest. Sie kennen es aus der Praxis, denke ich. Herr Kleist, es ist Ihr tägliches Brot, festzustellen, wie die auskömmliche Finanzierung ist, wie wir unserem gesetzlichen Auftrag nachkommen können. Dazu gehört die gesunde Ausstattung in finanzieller Form. Wir als

**(Abg. Heib (CDU))**

CDU-Fraktion stehen dahinter und lehnen Ihren Antrag ab. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Als weitere Rednerin rufe ich für die Landtagsfraktion DIE LINKE Frau Abgeordnete Barbara Spaniol auf.

**Abg. Spaniol (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Intendant! Die AfD ist offenbar unzufrieden mit der Berichterstattung über sich selbst als Partei und über ihre Aktionen als Partei. Deshalb will sie erstens der Erhöhung des Rundfunkbeitrags nicht zustimmen und zweitens den öffentlich-rechtlichen Rundfunk „auf ein notwendiges Maß reduzieren“. Hinter dieser gewohnt schlichten Argumentation - die Kollegen Heib hat das eben schon skizziert - steckt letztlich Folgendes: Sie wollen eine schrittweise Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Sie wollen eine langfristige Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in verschlüsselte Bezahlender. So steht es in Ihrem Grundsatzprogramm. Dieser Antrag ist der erste Schritt in diese Richtung.

Im Übrigen sagen Sie nur, was Sie nicht wollen. Was Sie aber vorhaben, ist doch Folgendes: Sie wollen mit Ihrem Antrag auch die Radioprogramme im Saarland beispielsweise SR 1, SR 2, SR 3 Saarlandwelle, unseren Jugendsender „Unser Ding“, den ich auch oft höre, beschränken. Sie wollen mit Ihrem Antrag unseren Heimatsender SR zurechtstutzen, aber ich kann Ihnen sagen, das ist mit diesem Parlament nicht zu machen!

(Beifall von der LINKEN und bei den Regierungsfractionen.)

Sie wollen das solidarische Beitragssystem ganz abschaffen. Die Kollegin hat ja ausreichend ausgeführt, dass es um eine moderate Erhöhung geht, die im Raum steht. Ich möchte das nicht alles wiederholen. Die Historie wurde skizziert, ebenso der rechtliche Rahmen. Warum sollten wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und damit vor allen Dingen unseren Saarländischen Rundfunk beschneiden? - Sie wollen auf etwas ganz Anderes hinaus. Es ist klar, wir wissen und haben ja auch schon alle erlebt, dass einem nicht jeder Beitrag gefällt. Das muss er aber auch nicht, denn es geht um Ausgewogenheit, um Meinungsvielfalt und einen kritischen Blick in alle Richtungen.

„Die Presse muss die Freiheit haben, alles zu sagen, damit gewissen Leuten die Freiheit genommen wird, alles zu tun.“ - Das Zitat kennen Sie vielleicht. Der französische Publizist und Politiker Louis Terrenoire hat das einmal so gesagt. Das trifft den Punkt in unserer Debatte. Gerade in Zeiten, in denen die 45 reichsten Deutschen so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen, in denen einige Wenige immer reicher werden, während immer mehr Menschen verarmen, gerade in solchen Zeiten braucht es kritische, kluge Medien, die unabhängig sind von der Einflussnahme von privaten Medienkonzernen und Werbekunden. Gerade in Zeiten, in denen Hass und Hetze und Gewalt auf Grundlage der übelsten Vorurteile Hochkonjunktur haben, braucht es kritische, unabhängige Medien und aufklärende Hintergrundberichte. Das hat nichts mit Linkslastigkeit oder wie auch immer Sie es nennen zu tun. Ich möchte gar nicht darauf eingehen, was man Ihnen da noch entgegen könnte. Ich sage Ihnen nur eines, es hat viel zu tun mit kritischer Berichterstattung und mit Rückgrat, mit dem Mut zur Meinungsfreiheit. Ich nenne die Journalistin Anja Reschke, die mit dem Siebenpfeiffer-Preis ausgezeichnet wurde. Sie haben dazu ja eine ganz „tolle“ Pressemitteilung gemacht, eine echte „Meisterleistung“ von Ihnen!

(Beifall von der LINKEN.)

Diese Frau hat Rückgrat gehabt, der Intendant hat es in Homburg wunderbar formuliert: Sie hat sich mit Rückgrat und Mut gegen die Trolle, die Wahnsinnigen, gegen Hetzer und Hater im Netz gewandt. Wir können nicht genügend solcher Persönlichkeiten haben, die sich auflehnen gegen eine solch verbale Gewalt.

(Beifall von der LINKEN. - Zuruf des Abgeordneten Müller (AfD).)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die AfD hat in den verschiedensten Parlamenten Anträge gegen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und für eine völlige Abschaffung der Rundfunkgebühren gestellt. Es ist immer dasselbe. Deshalb ist der Wortlaut des vorliegenden Antrags auch wenig glaubwürdig. Sie sprechen von einem notwendigen Maß, auf das Sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschränken wollen. Was wäre das denn wohl? - Ein ausgebluteter SR. Wie schon gesagt, das ist mit uns nicht zu machen. Das ist die komplett falsche Richtung. Wir wissen alle, dass es Verbesserungsbedarf gibt, auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wir haben diese Debatten geführt und uns als Linksfraktion immer wieder für eine stärkere Staatsferne in den Gremien eingesetzt. Der Einfluss der Regierungsparteien ist

**(Abg. Spaniol (DIE LINKE))**

zum Beispiel mit Blick auf Personalentscheidungen aus unserer Sicht zu groß. Das lehnen wir nach wie vor ab, aber wir stehen nach wie vor ganz klar und eindeutig hinter dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. ARD, ZDF und Deutschlandradio sind für die Demokratie, die politische Kultur in unserem Land unverzichtbar. Hier geht es auch um politische Bildung, die vielen guttun würde.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Renner (SPD).)

Darum sind wir auch dafür, dass öffentlich-rechtliche Informationsangebote zeitlich unbegrenzt, kostenlos, barrierefrei und auf aktuellem Stand der Technik im Internet bereitgestellt und mobil verbreitet werden können. Ich frage Sie nochmals: Wer sollte diese Lücke füllen, wenn man Ihrem Antrag folgen würde und sich ARD und ZDF zurückziehen würden? Wer kommt dann? Die deutschen privaten Sender oder Netflix, Amazon und Co.? Für wen machen Sie eigentlich Politik? Für amerikanische Konzerne? Was soll das? Das kann nicht in unserem Sinne sein. Wir brauchen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit einem klar definierten Programmauftrag, denn die Programme sollen der Information, Bildung und Unterhaltung gleichermaßen dienen und gerecht werden.

In Zeiten von Fake-News ist das Vertrauen ins öffentlich-rechtliche Fernsehen stabil. Die Zahlen sind interessant, sie widerlegen auch Ihre Argumentation. 67 Prozent der Gesamtbevölkerung vertrauen auf das öffentlich-rechtliche Fernsehen, wie eine vor zwei Wochen veröffentlichte Studie der Uni Mainz ergab. Es gibt weitere Zahlen. Der SR hat großen Zuspruch und ist sehr relevant in unserem Land. 94 Prozent der Saarländerinnen und Saarländer nutzen die Angebote, 96 Prozent schalten jede Woche ein, manchmal mehrmals. Das ist so. Oft kommt ja in dieser Diskussion das Argument, dass die Öffentlich-Rechtlichen Jugendliche nicht mehr erreichen. Da kann ich nur sagen, dass es auch hier repräsentative Zahlen gibt. 90 Prozent der jungen Saarländerinnen und Saarländer zwischen 14 und 49 Jahren nutzen das SR Radio-, Fernsehen- und Online-Angebot, 73 Prozent sogar jede Woche und häufig mehrmals. Dabei sind insbesondere die Radiosender des SR mit einer Gesamtreichweite von 83 Prozent bei den 14- bis 29-Jährigen sehr beliebt. Über die SR-Online-Angebote informieren sich insgesamt 62 Prozent der jungen Saarländerinnen und Saarländer. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seine Programmangebote genießen in der deutschen Bevölkerung größtes Vertrauen, und zwar in allen Altersgruppen. Noch eine Zahl: Die ARD, die Sie eben auch genannt haben, bietet vertrauenswürdige In-

halte, das sagen 79 Prozent der Deutschen und sogar 87 Prozent der 14- bis 24-Jährigen. Diese Zahlen müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen, dann können Sie wieder mit uns argumentieren.

(Beifall von der LINKEN und bei den Regierungsfractionen.)

Klar nutzen Jugendliche oder die jüngere Generation heute YouTube, Facebook, Snapchat, Instagram und andere soziale Netzwerke, das wissen wir alle. Das ist der neue Zeitgeist. Aber auch hier müssen wir Ihnen noch ein wenig Nachhilfe erteilen. Daraus kann man nämlich in der Diskussion, wie man es bei Ihnen immer wieder heraushört, nicht ableiten, da die Jugendlichen kaum mehr fernsehen, könne man ARD und ZDF zunächst einschränken und letztlich ganz abschaffen. Das ist Unsinn. Ich glaube, das ist klar geworden.

Ich fasse gerne zusammen: Wir brauchen in Zeiten von Fake-News ein starkes Gegengewicht wie den öffentlichen Rundfunk, der zur gesellschaftlichen Meinungsbildung beiträgt, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert, Grundwerte wie Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit reflektiert - darum geht es nämlich auch - und die Kultur fördert. Das wollen wir auf keinen Fall verlieren, sondern bewahren, fördern und fortentwickeln. Daher wollen wir auch das solidarische Beitragssystem nicht beschränken oder gar abschaffen. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Für die SPD-Landtagsfraktion rufe ich auf Herrn Fraktionsvorsitzenden Ulrich Commerçon. - Entschuldigung, es gibt eine Kurzintervention. - Herr Kollege Müller, bitte schön.

**Abg. Müller (AfD):**

Frau Spaniol, Sie betonen ja immer gerne die ungleiche Vermögensverteilung hierzulande. Würden Sie wenigstens einer Steuerfinanzierung zustimmen?

**Vizepräsident Heinrich:**

Sie haben die Möglichkeit, noch einmal zu antworten. - Sie machen keinen Gebrauch davon.

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Das ist genügend erklärt.)

Ich rufe Herrn Fraktionsvorsitzenden Commerçon für die SPD-Landtagsfraktion auf.

**Abg. Commerçon (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin den beiden Vorrednerinnen sehr dankbar, dass sie die grundlegenden Mechanismen der Rundfunkfinanzierung bereits hinreichend ausgeführt haben. Das gibt mir die Gelegenheit, ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu machen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in unserem Land ist Teil unserer deutschen Demokratie. Er gehört zu den großen Errungenschaften unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Gerade in den heutigen Zeiten erweist sich das als stabilisierend für die parlamentarische Demokratie und die demokratische Kultur in diesem Land. In Zeiten, in denen Zeitungen leider wegsterben, wo man eigentlich - wie einer meiner Vorgänger einmal gesagt hat - auch darüber nachdenken muss, ob wir nicht auch öffentlich-rechtlich finanzierte Zeitungen bräuchten, in einer Zeit, in der sich Fake News breit machen, und in einer Zeit, in der es immer weniger Vielfalt gerade bei den Privaten gibt, ist es wohltuend zu wissen, dass wir mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen Rundfunk haben, der für unabhängige Berichterstattung, gute Recherche und kritischen Journalismus steht. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in unserem Land ist ein Garant für all dies. Alleine deswegen ist völlig klar, dass der Antrag in diesem Hause heute und auch in Zukunft niemals eine Mehrheit finden wird.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Geschichte Deutschlands hat viel damit zu tun. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte es geradezu dazu, Lehren daraus zu ziehen, wie ein demokratisches Gemeinwesen in unserem Land wiederaufgebaut werden kann. Dazu gehört - damit ist die Frage schon beantwortet - die Staatsferne auch in der Finanzierung. Stellen Sie sich doch einfach vor, alleine durch Steuereinnahmen müsste ein Rundfunksystem bei uns finanziert werden. Das wäre der ständige tagtägliche Zugriff durch den Staat auf die Medien. Es ist gut, dass das in unserem Land nicht der Fall ist.

(Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Auch das Gegenmodell trägt nicht. Auch das ist eine Lehre. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf von Quotenerwägungen nicht getrieben sein. Natürlich hilft es nicht, wenn der öffentliche-rechtliche Rundfunk nicht gesehen wird, aber er muss möglich sein auch jenseits des ständigen Blicks auf die Quote, wie das eben bei privaten Medienkonzernen der Fall

ist, die sich rein kommerziell finanzieren. Das würde eben gerade nicht einem kritischen Journalismus das Wort reden. Wir können das leider in einigen Ländern dieser Welt beobachten. Dort, wo die Wirtschaft und einzelne Interessen das Sagen haben, wird es auch keinen kritischen und unabhängigen Journalismus geben. Deswegen bin ich froh und glücklich darüber, dass wir hier in unserem Land ein gut finanziertes öffentlich-rechtliches System haben.

(Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Dieses System ist nicht nur essenzieller Bestandteil unserer Demokratie. Es darf auch nie wieder vom Staat oder für die Interessen einzelner Kräfte und deren Zwecke instrumentalisiert werden. Im saarländischen Mediengesetz ist deswegen festgeschrieben - das findet sich in ähnlichen Formulierungen in allen anderen Mediengesetzen der anderen Bundesländer ebenfalls -, dass die Rundfunkprogramme „zu einer umfassenden Information und freien, individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beitragen“.

Gerade aufgrund ihrer staatlichen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit bilden die Programme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ja eben die gesamte Bandbreite des Meinungsspektrums dieses Landes ab. Eine Diskriminierung bestimmter Personengruppen, wie es im Dritten Reich der Fall war, ist durch die Unabhängigkeit der Öffentlich-Rechtlichen ausgeschlossen, auch durch die kritischen Gremien im Rundfunkrat und im Verwaltungsrat und anderen, die das begleiten. Wir haben einen durchaus öffentlich kontrollierten Rundfunk.

Gerade deswegen müssen wir sicherstellen, dass es diesen öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiter gibt - für eine freie, unabhängige Meinungsbildung. Dazu gehört selbstverständlich auch eine auskömmliche Finanzierung, die von allen getragen wird. Das ist eben das Konstitutive. Es ist eben nicht die Frage, ob ich ein Brötchen bestellen will, sondern es ist die grundlegende Frage, ob wir die öffentlich-rechtlichen Anstalten so ausstatten, dass sie ständig in der Lage sind, ihren Beitrag zum Erhalt und zur Transparenz unserer Demokratie zu leisten. Das kann ich eben nur als Gemeinschaftsaufgabe lösen. Deswegen ist es richtig, dass wir diese Beiträge von allen Haushalten erheben. Anders kann das überhaupt gar nicht sein. Auch darüber haben wir sicherlich großes Einvernehmen.

(Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Als Instrumente des öffentlichen Dienstes, frei von der Herrschaft irgendeiner besonders interessierten

(Abg. Commerçon (SPD))

Gruppe, so steht es auch in unserem Mediengesetz, dienen die Anstalten des öffentlichen Rechtes unseren Bürgerinnen und Bürgern als unabhängige Informationsquelle. Kommerziell betriebene Systeme wie beispielsweise in den USA haben bei der letzten Präsidentschaftswahl gezeigt, wohin das führt, dass nämlich Desinformationskampagnen und Fake News die Voraussetzungen für ein demokratiegefährdendes System schaffen.

Wir müssen an dieser Stelle, nicht nur weil es von dieser Fraktion kommt, noch einmal in die deutsche Geschichte zurückblicken. Die Beeinflussung bis hin zu einem Sturz der Demokratie ist vor allem dann möglich, wenn es keine vom Staat und von der Wirtschaft unabhängige journalistische Instanz gibt. Unser öffentlich-rechtliches Rundfunksystem dient nämlich auch der Kontrolle des Staates. Sie dient der Kontrolle der Mächtigen in Wirtschaft und Gesellschaft. Ein Staat ohne unabhängige journalistische Instanz kann auf Dauer nicht als demokratisches System überleben.

Am 04.10.1933 verabschiedeten die Nazis das sogenannte Schriftleitergesetz. Sie entmachteten die Verleger und machten den Redakteur zum Knecht des Parteiwillens der NSDAP. Dieses Gesetz verlieh dem Schriftleiter - heute würde man Redakteur sagen - eine grundsätzlich neue Stellung. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, und schweren Herzens Josef Goebbels in diesem Zusammenhang. Er hat gesagt, er - der Schriftleiter - „wird nicht mehr lediglich als Angestellter des Verlegers aufgefasst, sondern als selbstständiger Träger einer erziehungspolitischen Aufgabe der Nation“. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen, wohin das alles geführt hat.

Aber die Außerkraftsetzung der Presse begann schon vorher. Es begann beispielsweise mit der Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes und der Reichstagsbrandverordnung, beide im Februar 1933 erlassen. Damals setzte die NSDAP die Pressefreiheit in Deutschland außer Kraft. Journalisten wurden verhaftet, Redaktionsräume verwüstet. Insgesamt betraf das Verbot 200 SPD- und 35 KPD-Zeitungen; andere Blätter verschwanden zumindest zeitweise.

Nicht unabhängige vierte Gewalt, sondern Propagandist, Volkserzieher und Sprachrohr der Nazis sollten die Journalisten sein. Sie sollten für Gleichklang zwischen Regierung und Volk sorgen, die Menschen bearbeiten, „bis sie uns verfallen sind“ - ein weiteres Zitat -, wie Goebbels es formulierte. Begonnen hatte auch das schleichend mit einer Verächtlichmachung des Parteiensystems und auch des

unabhängigen Journalismus in Deutschland. Die Sätze, die man heute in diesem Zusammenhang von der Rechten dieses Hauses hörte, erinnern in fataler Weise genau an diese Sprache von damals. Lassen Sie uns heute ein deutliches Zeichen setzen, dass wir dies nie wieder mitmachen werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Ich bin sicher, es gibt einen entscheidenden Unterschied. Der entscheidende Unterschied ist: Dieses Mal gibt es in Deutschland genug Demokratinnen und Demokraten, die das durchschauen. Heute sorgt der unabhängige Rundfunk mit seiner Aufgabe als Kontrolle des Staates dafür, dass nicht nur die Meinung der Mehrheit abgebildet wird, sondern eben auch der Schutz der Minderheiten dadurch erfolgt, dass auch deren Meinungen zum Tragen kommen.

Dass speziell der Saarländische Rundfunk für das Saarland die verschiedenen Meinungen repräsentiert, ist im Übrigen auch im saarländischen Mediengesetz festgeschrieben. Ich zitiere erneut. „Jede Veranstalterin und jeder Veranstalter eines deutschsprachigen Vollprogramms oder eines in besonderer Weise meinungsbildenden deutschsprachigen Spartenprogramms hat zu gewährleisten, dass im Programm die Vielfalt der Meinungen im Wesentlichen zum Ausdruck kommt; sie oder er hat sicherzustellen, dass die bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen angemessen zu Wort kommen.“

Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ist nicht nur Grundpfeiler unserer Demokratie. Es ist auch Identitäts- und Kulturträger. Dass das Saarland als kleines Bundesland in Deutschland über einen eigenen unabhängigen Sender verfügt, ist wesentlich für eine Berichterstattung über saarländische Politik und die saarländische Gesellschaft, die die verschiedenen Seiten eines heterogenen und vielfältigen Saarlandes darstellt.

Ich glaube, wir können sagen, der Saarländische Rundfunk steht damit wie auch einige andere essenziell für die Eigenständigkeit unseres Landes. Wichtige, kritische, gute Berichterstattung über Landespolitik ist Grundvoraussetzung, damit die Saarländerinnen und Saarländer sich politisch informieren können, ihre Wahlentscheidungen treffen können. Und es ist gut - an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön -, dass es dem Intendanten des Saarländischen Rundfunks gelungen ist, den ARD-Finanzausgleich so weiterzuentwickeln, dass wir den Saarländischen Rundfunk auch in Zukunft stabilisieren können. An dieser Stelle einmal ein ganz herzliches

**(Abg. Commerçon (SPD))**

Dankeschön an den Intendanten des Saarländischen Rundfunks.

(Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Und ich sage auch ganz klar, diejenigen, die heute einer Beitragserhöhung widersprechen wollen, legen in Wahrheit die Axt an den Fortbestand des Saarländischen Rundfunks, und dafür wird es in diesem Hause niemals eine Mehrheit geben, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Ich will auch zu den Zahlen noch einmal etwas sagen. Wir haben zurzeit einen Rundfunkbeitrag von 17,50 Euro. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich damals nicht unbedingt dafür war, dass es diese Senkung gegeben hat. Wir reden jetzt über eine Erhöhung um 86 Cent auf 18,36 Euro. Das sind 5 Cent pro Einwohner und Tag in Deutschland. 5 Cent für alle ARD-Anstalten, das ZDF, Deutschlandfunk mit allen seinen Sparten, 3sat, Arte, Phoenix, KiKA und 74 öffentlich-rechtliche Radiosender.

Wenn dann von den Privaten gesprochen wird: Gleichzeitig haben wir 262 private Radioanbieter. Ich will einmal zu den Zahlen kommen: 18,36 Euro im Monat gegenüber einem Miniangebot. Ich habe mir das einmal angeschaut von einem privaten Anbieter, der für 19,99 Euro im Monat nur die Bundesliga überträgt. Das ist das Mindestangebot. Ich habe eben gesagt, was die Breite des öffentlich-rechtlichen Rundfunks demgegenüber darstellt, und das Komplettpaket bei diesem Anbieter kostet 39,99 Euro, und das ist das billige Einsteigerangebot.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sollte es uns in jedem Fall Wert sein, 18,36 Euro im Monat für eine unabhängige, kritische, staatsferne und auch von wirtschaftlichen Interessen Großer und Mächtiger unabhängige Berichterstattung.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dazu gehört auch, dass der Saarländische Rundfunk und die anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland weiterhin eine Entwicklungsgarantie haben. Dazu gehört eben auch, dass sie sich weiterentwickeln können. Gerade in einer Zeit, in der Fake News vor allem online schnell Verbreitung finden, ist es von erheblicher Relevanz, dass wir nicht nur Hörfunk und Fernsehen im Blick haben, sondern auch dass der Saarländische Rundfunk und die anderen öffentlich-rechtlichen Anstalten sich eben auch im Onlinebereich gut für die Zukunft aufstellen, denn wir werden in Zukunft gar nicht

mehr unterscheiden können zwischen linearen Angeboten und Onlineangeboten.

Ich glaube, auch da sind die öffentlich-rechtlichen Anstalten in Deutschland auf einem guten Weg. Ich erinnere mich noch gut an die Zeiten, als darüber zum ersten Mal diskutiert wurde, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich da überhaupt tummeln soll. Wir wissen heute alle, wenn er sich dort nicht ebenfalls mit wichtigen und guten Qualitäten abbilden würde, würde er dauerhaft verschwinden. Deswegen ist es richtig und notwendig, dass die Entwicklungsgarantie auch für den Onlinebereich gilt, und dafür gibt es auch sicherlich eine große Unterstützung dieses Hauses.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Forderung, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf ein, wie es heißt, notwendiges Maß zu reduzieren, ausgerechnet im Saarland, kann nur jemand aufstellen, der überhaupt nicht weiß, welche Sparanstrengungen gerade der Saarländische Rundfunk in den letzten Jahren und Jahrzehnten übernommen hat. Das ist eine Verhöhnung der Arbeit der Journalistinnen und Journalisten, die da oben sitzen.

Ich sage ganz eindeutig: Wer hier zündelt, setzt sich dem Vorwurf aus, den ersten Schritt zu einer weiteren Schwächung demokratischer Strukturen in unserem Land anzetteln zu wollen. Das wird mit dem saarländischen Landtag nicht zu machen sein. Ich danke Ihnen nicht nur für die Aufmerksamkeit, sondern auch für die Ablehnung dieses unsäglichen Antrags! - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1234. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1234 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1234 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Fraktion, abgelehnt haben die Mitglieder der Koalitionsfraktionen und die Mitglieder der DIE LINKE-Landtagsfraktion.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

(Vizepräsident Heinrich)

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Anwendung von Recht und Gesetz in der Causa GdP-Landeschef Maaß (Drucksache 16/1229)**

Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Polizeibeamter, genauer gesagt, ein Gewerkschafter oder sogar der Chef der Gewerkschaft, hat sich in Uniform politisch, genauer gesagt parteipolitisch geäußert. Das ist nicht vereinbar mit dem Neutralitätsgebot, das für Beamte gilt, und ist deshalb auch nicht hinnehmbar. Der zuständige Innenminister hat das gemacht, was in einem solchen Falle zu machen ist: Er hat die Sache aufgegriffen.

(Abg. Renner (SPD): Wiederholen Sie doch einmal, was er gesagt hat!)

Wenn es schon nicht hinnehmbar ist, dass ein Beamter das Neutralitätsgebot nicht beachtet, so ist es ein Skandal, wie seine Parteifreunde darauf reagiert haben. Sie sind zunächst einmal mit Strümpfen und Schuhen über den zuständigen Innenminister hergefallen und dann hat unter anderem der ehemalige Kultusminister, Herr Abgeordneter Commerçon, laut SZ, ich nehme an, dass das dann auch so stimmt - -

(Abg. Commerçon (SPD): Nein, stimmt nicht.)

Stimmt nicht, sagt er grade, aber ich habe gelesen, dass er dafür ist, dieses Neutralitätsgebot zu beseitigen.

(Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Jetzt sagt er aber, es stimmt nicht. Dann bin ich froh, dass er wenigstens eingesehen hat, dass das ein Unding ist. Es bleibt, dass führende Mitglieder der SPD dieses Verhalten dieses Beamten verteidigt haben. Es ist nicht nur so, dass dieses Verhalten einfach eine Parteiaussage war, nein, schlimmer noch, es waren glatte Verleumdungen! Da zeigt sich auch der Charakter dieses Polizeibeamten. Er hat zum Beispiel gesagt: Wer in der AfD Saar geistiger Brandstifter - - Also er hat behauptet, die AfD sei geistiger Brandstifter des Rechtsextremismus.

(Zurufe von der SPD: Ja! - Beifall von der SPD.)

Das war bezeichnend, ich habe auch gesehen, wer geklatscht hat. Das war Frau Berg, die hat nämlich auch etwas Ähnliches gesagt.

(Abg. Berg (SPD): Ja, richtig. Sie steht dazu.)

Die Frau Berg hat gesagt, AfD-Funktionäre fungieren offen als politischer Arm des Rechtsextremismus. Jetzt nennen Sie mir bitte, Frau Berg, eine Person in der AfD Saar, auf die das zutrifft.

(Abg. Berg (SPD): Die mit der weißen Rose in Dresden und in Chemnitz gestanden hat, neben den Faschisten!)

Faschisten haben da keine gestanden.

(Zuruf der Abgeordneten Berg (SPD). - Lautes Sprechen.)

Frau Berg, Sie waren - -

(Abg. Renner (SPD): Das ist die Gesellschaft, die Sie suchen. - Unruhe.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte um etwas mehr Disziplin. - Das Wort hat der Herr Fraktionsvorsitzende Josef Dörr.

**Abg. Dörr (AfD):**

Sie waren in Chemnitz nicht dabei. Ich war dabei - -

(Zuruf von der SPD: Genau! - Lautes Sprechen.)

Ja, genau. Aber eigentlich - - Das wissen wir ja. Ich war dabei und ich konnte auch sehen - und das ist auch eine Kritik meines Kollegen Rolf Müller gewesen - und verfolgen, dass über dieses Ereignis sehr falsch berichtet worden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Scharf (CDU).)

Ich habe es hier schon einige Male gesagt, die weiße Rose - das habe ich die Woche noch im Fernsehen gesehen, Frau Merkel hat auch eine weiße Rose geholt - ist allgemein als Zeichen der Trauer anerkannt. Das habe ich mir inzwischen sagen lassen, ich bin nicht so oft auf Beerdigungen.

(Abg. Renner (SPD): Reden Sie sich doch nicht so jämmerlich raus!)

Ich habe mich hier überhaupt nicht, Herr Renner, rauszureden. Sie sind Brandstifter, Sie, die SPD, sind Brandstifter. Ja. Es kann doch nicht sein, dass ein Beamter, der Hoheitsaufgaben hat, sich parteipolitisch, in Uniform auch noch, sodass jeder sieht, dass er Beamter ist, betätigt beziehungsweise, um es genau zu sagen, den politischen Gegner verleumdet.

(Abg. Renner (SPD): Er hat das Grundgesetz gegen Sie in Schutz genommen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Herr Kollege Renner, ich bitte um etwas mehr Ruhe und Disziplin.

**Abg. Dörr (AfD):**

Niemand kann das über einen von der AfD behaupten. Das ist gelogen, einwandfrei gelogen. Ich war 45 Jahre Lehrer. Ich war immer in einer Partei, aber es ist mir im Traum nicht eingefallen, in der Schule Parteipolitik zu machen.

(Sprechen.)

Politische Gemeinschaftskunde war bei mir ein Hauptfach und die Kinder haben viel gelernt. Wenn ich einen SPD-Bürgermeister eingeladen habe, habe ich einen Tag später einen CDU-Landrat eingeladen. Ich habe versucht, immer neutral zu sein. Und ich denke, es ist eine Pflicht, dass man neutral ist. Wozu führt die Haltung, die man jetzt hier verteidigt? - Das ist nämlich der eigentliche Skandal. Sagen wir einmal, es findet eine AfD-Veranstaltung in Kaiserslautern statt. Ich fahre dahin und fahre etwas zu schnell. Dann werde ich von dem Polizisten angehalten und - wie es richtig ist - zur Ordnung gerufen und bezahle mein Geld. Dann kommt jemand, der auch angehalten wird, weil er zu schnell gefahren ist. Er wird gefragt: „Wo fahren Sie denn hin?“ Er antwortet: „Ich fahre zur Gegendemo nach Kaiserslautern.“ Es wird gesagt: „Das ist ja eigentlich eine gute Tat, da sind wir mal nicht so genau.“

(Lachen. - Zuruf: Unfassbar! - Abg. Renner (SPD): Nicht zu fassen! - Sprechen.)

Das ist das, was da kommen kann. Jetzt gehen wir einmal einen Schritt weiter. Was ist denn mit dem Beamten so Schreckliches geschehen?

(Unruhe.)

Er ist zu einem Sensibilisierungsgespräch eingeladen worden. So nennt man das heute. Man hat ihm dann wahrscheinlich gesagt: „Hör mal, also so geht es jetzt nicht. Du machst mal ein bisschen zart.“ Das hat er aber nicht gemacht. Er hat nicht ein bisschen zart gemacht, sondern hat danach verkündet, dass er dasselbe noch einmal sagt, nämlich dieselben Verleumdungen, aber diesmal ohne Uniform. Wo ist denn jetzt der Unterschied?

(Zuruf des Abgeordneten Renner (SPD). - Sprechen.)

Erstens weiß jetzt jeder, wer dieser Herr ist, ob er Uniform trägt oder nicht. Jetzt weiß es jeder. Zweitens, selbst wenn er keine Uniform trägt, ist er dann

weniger Beamter? Ich habe nie eine Uniform getragen.

(Zuruf des Abgeordneten Renner (SPD).)

Ich war Beamter und habe dieses Neutralitätsgebot eingehalten, egal wer bei mir war, ob Schüler oder Eltern von Schülern, egal woher sie kamen, egal welchen Rang sie hatten et cetera. Ich habe diese Neutralität strikt eingehalten und ich denke, es müsste hier in diesem Haus Konsens sein, dass unsere Beamten, die von den Leuten bezahlt werden, für die Leute da sind, und zwar unabhängig davon, welche politische Meinung sie haben. Und vor allen Dingen sollen sie ihre politische Meinung dort äußern, wo es angebracht ist. Es hat doch niemand etwas dagegen, wenn ein Polizeibeamter im Gemeinderat, im Landtag oder sonst wo sitzt, aber er muss andere Leute doch nicht beschimpfen.

(Abg. Rehlinger (SPD): Hass und Hetze sind keine politische Meinung. - Beifall.)

Es ist ja schön, Frau Rehlinger, dass Sie sich da hinten hingesetzt haben, damit Sie auch einen Zwischenruf machen können. Das tun Sie ja sonst immer von der Regierungsbank.

(Abg. Rehlinger (SPD): Ich habe es nicht mehr ausgehalten, Ihnen zuzuhören.)

Ich habe mir ein paar Sachen rausgeschrieben. Hass und die Hetze, ich kann das gar nicht, ich kann gar nicht hassen, ich habe das bisher nicht fertiggebracht. Hass und Hetze kommen nicht von der AfD,

(Zurufe - Unruhe)

sie treffen die AfD und da braucht man überhaupt nicht weit zu gehen. Es ist noch keine acht Tage her, da ist das Auto unseres Bundesvorsitzenden, Tino Chrupalla, abgefackelt worden und er selbst hat sich beim Versuch, es zu löschen, verletzt. Er hat im Krankenhaus gelegen.

Das ist von heute: Brandanschlag auf Auto eines AfD-Politikers.

(Abg. Berg (SPD): Denken Sie einmal an Hanau, wie viele Menschen dort gestorben sind. Das ist eine Frechheit!)

Das Auto des kommissarischen Berliner AfD-Landesvorsitzenden Nicolaus Fest ist durch einen Brandanschlag beschädigt worden. Das teilte die AfD am Dienstag mit. Die Polizei nannte den Namen des Besitzers nicht, bestätigt aber eine Brandstiftung mit einer „möglichen politischen Tatmotivation“ - und so weiter und so fort.

**(Abg. Dörr (AfD))**

Frau Berg, was Sie gesagt haben, ist genau wieder der Punkt. Wenn ein Psychopath, ein anerkannt psychisch schwer Kranker, eine grausame Tat irgendwo verübt, dann versucht man, das der AfD anzuhängen. Wieso denn das? Wieso steht jetzt überall „von der AfD initiiert“, „böser Anschlag“ oder weiß Gott was? - Der hat mit der AfD überhaupt nichts zu tun. Null, Null!

(Abg. Renner (SPD): Sie haben die geistige Grundlage gelegt.)

Es wird aber jetzt ohne Kritik überall verbreitet. Ich habe gehört, der Vater von dem armen Menschen ist GRÜNER gewesen oder ist GRÜNER. Das erfährt man nirgends. Obwohl das auch keine Bedeutung hat.

(Abg. Rehlinger (SPD): Eben! - Sprechen.)

Wenn das aber ein AfD-Vater wäre, wäre es fürchterlich. Ich lese Ihnen einmal ein paar Zahlen vor, die von offizieller Seite kommen: Keine andere Partei in Deutschland ist so häufig das Zielobjekt politisch motivierter Gewalt wie die AfD. Das ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Hess (AfD) an die Bundesregierung. Von 52 Angriffen auf Parteibüros richtete sich demnach genau die Hälfte - also 26 - gegen AfD-Einrichtungen, während es die CDU viermal, die GRÜNEN fünfmal, die SPD sowie DIE LINKE je siebenmal traf. Bei den Plakatzerstörungen ist das Bild noch deutlicher. Von 905 registrierten Straftaten trafen 450 die AfD, gefolgt von der CDU mit 165 - und so weiter und so fort. Hass und Hetze gehen also nicht von der AfD aus, Hass und Hetze treffen die AfD.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Landtagsfraktion Herrn Abgeordneten Alwin Theobald das Wort.

**Abg. Theobald (CDU):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich eines klarstellen: Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass unsere Landesregierung ganz grundsätzlich Recht und Gesetz walten lässt und dies auch in dem Fall gilt, den wir heute hier diskutieren.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Die Wortwahl in der Begründung des vorliegenden Antrages und auch Ihren Beitrag eben, Herr Dörr, finde ich hingegen schon ein Stück weit infam, dreist und anmaßend. Ich würde mir sehr wünschen, liebe Herren von rechts, dass gerade auch manche Anhänger und Vertreter Ihrer Partei in all ihren Äußerungen und all ihrem Auftreten Recht, Gesetz und moralische Maßstäbe des Miteinanders in unserer freiheitlichen und liberalen Demokratie im Blick hätten.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Spaniol (DIE LINKE): Genau!)

Ja, es ist richtig: Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte dürfen sich in der Öffentlichkeit in Dienstkleidung nicht politisch betätigen. Das sage nicht ich, das sagt unser Saarländisches Beamtengesetz. Auch dort, wo der Status der Beamtinnen und Beamten in den Ländern geregelt ist, dem Beamtenstatusgesetz, steht zu lesen - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -: „Beamtinnen und Beamte haben bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus ihrer Stellung gegenüber der Allgemeinheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten ihres Amtes ergibt.“ Das Beamtenstatusgesetz sagt aber auch - und das sollte nicht verschwiegen werden -: „Beamtinnen und Beamte müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten.“

Warum lese ich Ihnen das vor, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen? - Ich lese es Ihnen vor, weil wir heute über den privaten Facebook-Post eines Polizeibeamten reden, einen Facebook-Post, der augenscheinlich so treffend und zutreffend war, dass eine bestimmte Klientel ein weiteres Mal in sozialen Netzwerken Maß und Ziel verloren hat und durch Beleidigungen und Drohungen möglicherweise zum Teil auch die Grenzen zur Strafbarkeit überschritten hat.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dabei hat der Beamte nicht viel Neues gesagt. Er hat sich in seinem Facebook-Post vor allem besorgt gezeigt, dass ein fast vergessen geglaubter Hass in neuen Parolen offenbar wieder einen Teil der Bevölkerung erreicht. Er hat sich besorgt gezeigt, weil aus bösen Worten immer öfter auch wieder böse Taten werden. Er hat sich gegen eine Erosion des Rechtsstaats gewandt und somit durchaus etwas getan, was das Beamtenstatusgesetz von ihm fordert. Er bekannte sich zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes

**(Abg. Theobald (CDU))**

und benannte Entwicklungen, die sie in Gefahr bringen könnten.

Weil ich selbst Beamter bin, weiß ich, dass von einem Beamten in Uniform auch erwartet wird, dass er bestimmte, enge Grenzen einhält und dass er keinesfalls den Eindruck erweckt, es gebe in unserem Land eine politische oder zumindest eine politisierte Polizei. Diese Grenzen hat David Maaß am Ende seiner ganz grundsätzlichen Aussagen in einem Satz überschritten. Er hat ein ganz bestimmtes Beispiel für geistige Brandstifter genannt. Auch wenn die Vertreter der Partei, die er namentlich genannt hat, tatsächlich von vielen Menschen als Brandstifter empfunden werden, auch wenn Teile dieser Partei wahrscheinlich nicht ohne guten Grund vom Verfassungsschutz beobachtet werden, in Uniform hat ein Beamter parteipolitisch neutral zu agieren. Mit diesem einen Satz hat David Maaß tatsächlich einer guten Sache einen schlechten Dienst erwiesen.

Landespolizeipräsident Rupp, der Vizepräsident Hugo Müller und das LPP 3 haben die Situation geprüft und ich finde, sie haben angemessen reagiert. Nicht angemessen reagiert, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben alle die, denen es eben nicht ausgereicht hat, auf einen Regelverstoß hinzuweisen. Nicht angemessen reagiert haben alle die, die David Maaß beschimpft und bedroht haben. Sie haben damit eines bewiesen: Ungeachtet, ob David Maaß das, was er gesagt hat, so hätte sagen dürfen, er hat damit wahrscheinlich Recht gehabt.

Deshalb war es richtig, wichtig und angemessen, dass ihn Ministerpräsident Tobias Hans und Innenminister Klaus Bouillon zunächst einmal gegen Hass, Hetze und Gewaltandrohung in Schutz genommen haben. Es war nicht weniger richtig und angemessen, als in einem klärenden dienstlichen Gespräch auf sein Fehlverhalten eindeutig und unmissverständlich hingewiesen wurde. Ich bleibe dabei, ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass unsere Polizei und unsere Landesregierung ganz grundsätzlich Recht und Gesetz walten lassen und angemessen reagieren, wenn es erforderlich ist. Das war auch hier der Fall. Ihr Antrag ist es deshalb nicht wert, dass ich noch ein Wort mehr darüber verliere. Wir als CDU lehnen ihn ab.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich rufe für die Landtagsfraktion DIE LINKE Herrn Abgeordneten Ralf Georgi auf.

**Abg. Georgi (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Man könnte es ganz kurz machen. Der Antrag der AfD-Fraktion ist abzulehnen, weil er sich längst erledigt hat. Sie haben es ja selbst gerade gesagt: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich eindeutig zu äußern und entsprechende Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen - so heißt es im Antrag. Das ist längst geschehen. Grundsätzlich handelt es sich bei den Äußerungen von David Maaß um einen Verstoß gegen das Saarländische Beamtengesetz - das hat das Innenministerium erklärt. Das Innenministerium hat entschieden, dass Herr Maaß zu einem Dienstgespräch beim Polizeipräsidenten Norbert Rupp antreten muss. Wenn es der AfD also tatsächlich um die Sache selbst gehen würde, hätte sie diesen Antrag so nicht gestellt. Sie hätte vielleicht eher den Innenminister gelobt, aber ich will es nicht übertreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, David Maaß hat sich in Facebook klar und eindeutig positioniert. Ich zitiere: „Der alte Hass in neuen Parolen erreicht augenscheinlich eine Vielzahl an Personen in der Bevölkerung. Es ist eine besorgniserregende Entwicklung, wenn aus hasserfüllten Worten grausame Taten werden. Es ist an der Zeit, dass sich der Kern der Bevölkerung sowie die verunsicherten Protestwähler mit den demokratischen Kräften unserer Gesellschaft solidarisieren und ein klares Zeichen gegen den rechten Terror setzen.“ - Damit hat David Maaß recht.

(Beifall bei der LINKEN.)

Wir als LINKE stehen inhaltlich hinter diesem klaren Appell. Es ist gut, dass ein Gewerkschaftler in Zeiten von rechtem Terror hier eine eindeutige Position bezieht. Dafür hat er unseren Respekt. Ja, wir brauchen viel mehr Menschen, die in ihren Bereichen eindeutig gegen Hass und Vorurteile, rechte Hetze und Terror Stellung beziehen, aber David Maaß hätte das auch tun können, ohne ein Bild von sich in Polizeiuniform darzustellen. Beamte müssen politisch neutral sein. Das ist auch gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen darauf vertrauen können, dass Polizisten, Lehrer oder Staatsanwälte unabhängig sind und sich bei der Ausübung ihres Dienstes nicht an parteipolitischen Vorlieben orientieren. Aus diesem Grund heißt es im Beamtenstatusgesetz: „Beamtinnen und Beamte dienen dem ganzen Volk, nicht einer Partei. Sie haben ihre Aufgabe unparteiisch und gerecht zu erfüllen und ihr Amt zum Wohl der Allgemeinheit zu führen.“ - Beamtinnen und Beamte haben bei politischer Betätigung die Mäßigung und Zurückhaltung

**(Abg. Georgi (DIE LINKE))**

zu bewahren, die sich aus ihrer Stellung gegenüber der Allgemeinheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten ihres Amtes ergibt.

Im Saarländischen Beamtengesetz heißt es: „Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte dürfen sich in der Öffentlichkeit in Dienstkleidung nicht politisch betätigen.“ - All denjenigen, die nun lauthals fordern, das Gesetz zu ändern, möchte ich sagen, dass der Schuss nach hinten losgehen würde. Wenn sich Beamte in Uniform politisch äußern dürften und wenn sie keine Mäßigung und Zurückhaltung mehr wahren müssten, dann gäbe es nicht nur den einen oder anderen AfD-kritischen Facebook-Post eines Sozialdemokraten, sondern auch Werbemaßnahmen, parteipolitische Statements und Verhalten in alle Richtungen, auch in die ganz klar rechte Ecke.

Wer unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat vor extremen Rechten schützen will, muss sich auch an Recht und Gesetz halten. Der Rechtsstaat und die Beachtung des Rechts sind unverzichtbare Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft. Deshalb lehnen wir Gewalt ab, auch wenn sie gegen rechte Hetzer verübt wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Rechtsstaat ausgehöhlt wird, auch nicht im Namen einer noch so guten Sache. Wer sich wie Herr Maaß in Uniform politisch äußert, muss dann eben ein Gespräch mit dem Polizeipräsidenten führen. Ich denke, es gibt Schlimmeres. Mehr ist zu dieser Angelegenheit nicht zu sagen. Den AfD-Antrag lehnen wir natürlich ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich rufe für die SPD-Landtagsfraktion den Kollegen Stefan Pauluhn auf.

**Abg. Pauluhn (SPD):**

Ich bin jung und studiere. Ich glaube an eine gerechte Zukunft. Ich habe das Leben noch vor mir. Ich bin aktiv gemeinsam mit anderen, weil ich für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit stehe. Ich bin Antifaschist. Der üble alte Hass in neuen Parolen erreicht augenscheinlich eine Vielzahl an Personen in unserer Heimat, in unserem Land. Es ist eine besorgniserregende Entwicklung, wenn aus hasserfüllten Worten grausame Taten werden. Es ist an der Zeit, dass sich der Kern der Bevölkerung genau wie alle verunsicherten Menschen mit den demokratischen Kräften unserer Gesellschaft solidarisieren und ein klares Zeichen gegen diesen rechten Terror setzen. Wir er-

leben derzeit eine Erosion in unserer geliebten Heimat, die wir als Bürgerinnen und Bürger fortan mit aller Entschlossenheit bekämpfen müssen. Diese Partei ist eine der geistigen Brandstifter dieses Extremismus. Sie ist eine Schande für unser Land. Keinen Fußbreit den Faschisten!

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sie kennen den Kern dieses Zitats, das ich leicht abgewandelt habe. Es ist die Ursache für diese Debatte. Im Kern habe ich lediglich die Begriffe „Polizist“ und „Gewerkschafter“ umschrieben und „AfD“ durch „Partei“ ersetzt. Ich finde, so wie es nun marginal abgewandelt - und wenn Sie so wollen - in einer Zeitreise zurückversetzt dasteht, könnte es durchaus auch von Sophie oder Hans Scholl gesagt worden sein. Sie könnten das genauso gesagt haben. Das entsprach, nach allem, was wir historisch wissen, sicher ihrer Ansicht. Es könnte auch den Worten eines Dietrich Bonhoeffer entstammen oder eines Hans von Dohnanyi oder von vielen anderen, die zwischen 1933 und 1945 warnten, mahnten und sich ebenso provokativ wie entschlossen gegen die unabwendbar scheinende Realität ihrer Zeit stellten. Dieses oder ein inhaltlich ähnliches Zitat könnte auch der Feder eines Walter Lübcke, dem erst im letzten Jahr ermordeten Regierungspräsidenten aus Hessen, entstammen. Auch zu ihm, einem Menschenfreund, einem emphatischen Helfer von Notleidenden, einem, der sich mutig hasserfüllten Parolen entgegenstellte, auch zu ihm würde es passen.

Indem ich das feststelle, geht es mir keineswegs darum, heute mahnende Sätze eines aktiven Gewerkschafters und Beamten und schon keinesfalls ihn selbst in die gleiche Reihe mit Leuchttürmen des Widerstands von vor 80 Jahren zu stellen und ihn schon gar nicht in eine Reihe mit Opfern des heutigen rechtsradikalen Terrors zu stellen. Das wäre gewiss unangebracht.

Es geht mir um etwas anderes, nämlich um die Einordnung einer solchen Mahnung, solcher Sätze - diese auch und gerade mit der Macht und mit der Kraft einer Funktion gesprochen. Wäre es nicht nur eine hypothetische Annahme, sondern wäre dieser oder ein ähnlicher Satz tatsächlich beispielsweise den Geschwistern Scholl zuzuschreiben - die allermeisten Parlamentarier der heutigen Zeit, auch die Parlamentarier aus diesem Haus, Gewerkschafter, Regierungsmitglieder und Repräsentanten der Judikative hätten ihn in zahlreichen Reden bei zahlreichen Anlässen und Gedenkfeiern sicher schon wiederholt zitiert. Aus heutiger Sicht wäre es sicherlich viel besser gewesen, wenn solche Sätze aus der Mitte der Gesellschaft schon 1930 zu vernehmen

(Abg. Pauluhn (SPD))

gewesen wären, wenn solche 1931 Gehör gefunden hätten, und wenn solche Sätze spätestens 1932 auf einen breiten Widerhall in der Bevölkerung gestoßen wären.

Die Lehre daraus ist doch: Wehret den Anfängen! In diesen Kontext stelle ich das, was der Vorsitzende der GdP Saar und logischerweise Polizeibeamte - oder soll ich besser sagen: Bürger in Uniform - David Maaß gesagt hat. Damit nehme ich keine beamtenrechtliche Bewertung vor, dazu ist alles gesagt. Das ist im Grunde erledigt. Aber ich stelle das Ganze doch in diesen Kontext: Kopf raus! Offenes Visier! Sagen, was ist! Wehret den Anfängen! - Das war vollkommen richtig, und es war wichtig, dass es solchen Mut auch bei Gewerkschaften, in den Kirchen, in der Gesellschaft generell und auch in der Politik gerade heute gibt, dass es diesen Mut gibt und dass er auch wahrnehmbar ist. Genau das ist übrigens der Unterschied zwischen dem Zustand unseres heutigen demokratischen Gemeinwesens und dem Gemeinwesen einer wankenden und schlingernden demokratischen Bewegung der Weimarer Zeit.

Dass die Sätze von David Maaß in der Sache gerechtfertigt waren, dass sie richtig und notwendig sind, daran kann nicht der geringste Zweifel bestehen. Zur Einordnung des AfD-Antrags - wenngleich man ihn, wie schon gesagt, eigentlich für überflüssig halten muss, er trägt sicherlich auch nichts Wesentliches zur saarländischen Parlamentsgeschichte bei - muss man doch noch einmal auf die eigentlichen Ursachen, auf die eigentliche Grundursache blicken. Diese Ursache ergibt sich doch nicht mit der Frage, was ein Beamter in Uniform darf oder eben auch nicht darf. Im Vordergrund muss doch die Frage stehen, wem denn eigentlich die Einordnung, die David Maaß machte, dient, diese Einordnung mit Blick auf die Vorfälle in Jena, den Anschlag auf die Synagoge in Halle, den Terrorakt und die Toten von Hanau oder den Mord an Walter Lübcke. Auf diese Taten blickt die Aussage von David Maaß. Sie dient damit dem Schutz unseres demokratischen Gemeinwesens.

Die AfD ist eine der geistigen Brandstifterinnen dieses Extremismus, sie ist keine Alternative, sondern eher eine Schande für unser Land.

(Beifall von der SPD, der LINKEN und bei der CDU. - Abg. Müller (AfD): Dummschwätzer!)

Ich finde, das muss man sagen dürfen und man muss es sagen!

Und für all jene, die da zurückhaltender sind als ich, empfehle ich die Lektüre der FAZ vom letzten Donnerstag unter dem Titel „Ehrlos und unanständig“

von Justus Bender oder die Debatte des Deutschen Bundestages zum Gedenken der neun Opfer von Hanau von letzter Woche. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat 100 Prozent Recht, wenn er feststellt:

„Solche Wahnsinns-Taten geschehen nicht im luftleeren Raum, sie wachsen in einem vergifteten gesellschaftlichen Klima, in dem das Ressentiment gegenüber dem Fremden und abwägigste Verschwörungstheorien geschürt werden, bis Minderheiten als Bedrohung empfunden und in sozialen Medien Hetzjagen oder sogar Morde von perversen Beifallsbekundungen begleitet werden.“

Den Nährboden dafür bereiten gerade namhafte AfD-Vertreter mit Sätzen wie den folgenden: „Die politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.“ Alice Weidel. „Abschiebung der Antifa nach Buchenwald. Arbeit statt Linksterror.“ Mirko Welsch. „Ich würde niemanden verurteilen, der ein bewohntes Asylantenheim anzündet.“ Marcel Grauf, AfD. „Der Pass alleine macht noch keinen Deutschen. Als AfD sind wir deshalb dafür, dass sogenannte Abstammungsprinzip, das ja bis vor Kurzem noch gegolten hat, wieder einzuführen (...).“ Marc Jongen, AfD. „Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt.“ Björn Höcke. „Das sagt eine Deutschtürkin. Ladet sie mal ins Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifische deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können.“ Alexander Gauland. „Es handelt sich wohl um einen Mann, der Worten auch Taten folgen lassen kann.“ AfD-Funktionär aus Berlin über den Mann, der mit Gaskartuschen und Benzinkanistern im Auto in das Berliner Willy-Brandt-Haus fuhr. „Ja.“ Beatrice von Storch, AfD-Bundesvorsitzende, auf die Frage, ob Polizisten an der deutschen Grenze auf Frauen und Kinder unter den Flüchtlingen schießen sollten. „Am besten das Pack zurück nach Afrika prügeln.“ Damaliger stellvertretender Nürnberger AfD-Kreisvorsitzender. „Was ist schlimmer, eine beschädigte Synagogentür oder zwei getötete Deutsche?“ Roland Ulbrich, sächsischer AfD-Abgeordneter. „Was die Partei jetzt bräuchte, ist ein Anschlag Anis Amri 2. So was darf man sich aber natürlich nicht wünschen.“ André Barth, sächsischer AfD-Abgeordneter. „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“ Alice Weidel. „Diese Karmeltreiber sollen sich dorthin scheren, wo sie hingehören, weit, weit, weit, hinter den Bosphorus, zu ihren Lehmhütten und Vielweibern. Hier haben sie nichts

(Abg. Pauluhn (SPD))

zu suchen und zu melden.“ André Poggenburg, AfD. Und, und, und, die Liste ließe sich unendlich weiterführen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schlimmsten, die schrecklichsten Zitate, die dort aufgelistet wurden, habe ich gar nicht genannt. Ich möchte damit dieses Haus und die Öffentlichkeit nicht überlasten.

Nun schauen wir auch noch ins Saarland: Wilde Völkerwanderung nach Europa. Die hündisch ergebnen deutschen Medien. Versager in den öffentlich-rechtlichen Medien. Merkel ist inzwischen ein Fall für den Verfassungsschutz.

(Abg. Müller (AfD): Genau!)

Alles von Roland Müller, Abgeordneter dieses Hauses.

(Zurufe: Rudolf Müller!)

Wie? Rudolf. Was habe ich gesagt? - Rudolf Müller. Entschuldigung. - Herrschaften des norddeutschen Schweinejournalismus. Auch das von Rudolf Müller. Oder, im Juni 2018, als sich der Abgeordnete Müller im Anschluss an eine Diskussionsrunde im Landtag mit Zehntklässlern des Illtal-Gymnasiums gestritten hatte und sich ebenfalls die Medien vornahm, den Schülern vorwarf, sie seien von links-grünen Lügenpressemeldungen verblendet und es würde ihn interessieren, ob sie in den Dreißigerjahren auch den Mund so weit aufgemacht hätten. Noch mal Müller. Herr Müller, ich weiß nicht, was Ihnen die Schüler des Illtal-Gymnasiums damals geantwortet haben, ich war nicht dabei, aber ich will Ihnen sagen, ich bin heilfroh, dass wir offensichtlich solch weltoffene junge Menschen haben, die Ihren plumpen wie billigen Parolen nicht einfach auf den Leim gehen.

(Beifall von der SPD, der LINKEN und der CDU.)

Ich bin froh, dass es mutige wie engagierte Beiträge in unserer Gesellschaft gibt, die die Art der Politik, wie sie von Ihnen und Ihrer AfD vertreten wird, brandmarken, offen ansprechen und Sie mit den eigenen Taten konfrontieren. Genau wie das der GdP-Vorsitzende David Maaß tat, als er als Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, als Bürger in Uniform, als Polizist feststellte, die AfD ist eine der geistigen Brandstiftern dieses Extremismus, sie ist keine Alternative, sondern eine Schande für Deutschland. Wehret den Anfängen. - Recht hatte er.

(Beifall bei SPD und CDU.)

Liebe Bürgerinnen und Bürger, die Geschichte lehrt uns an vielen Schauplätzen unserer Erde, unsere eigene Geschichte tut dies insbesondere. Drehbücher von Gewalt, die politische wortreiche Vorbereitung von Hassspiralen und daraus wachsendem Verder-

ben sind immer dieselben, sind immer die gleichen. Zuerst wird das Unsagbare sagbar, und dann ist es nur noch ein ganz kleiner Schritt, bis das Sagbare zum Machbaren wird. Bedauerlicherweise ist diese Grenze an verschiedenen Stellen in unserem Land in den letzten Jahren schon durchbrochen worden, dem muss nun, wie ich finde, ein demokratischer starker Riegel vorgeschoben werden. Dieser Riegel beginnt, indem man sagt, was ist. Das hat auch David Maaß getan, dafür muss man ihm Dank sagen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und bei der LINKEN.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich rufe für die AfD-Landtagsfraktion Herrn Abgeordneten Rudolf Müller auf und weise darauf hin, dass seine Restredezeit 44 Sekunden beträgt.

**Abg. Müller (AfD):**

Dann etwas schneller. Meine Damen und Herren! Wir reden hier über die Verfehlung eines Polizisten, eines jungen Mannes, ich betone, eines jungen Mannes. Er hat einen Fehler gemacht und den Fehler inzwischen, teilweise zumindest, eingesehen. Der Fehler ist entstanden, weil er sich wahrscheinlich zu sehr in schlechter Gesellschaft aufhält, Jusos, Linksradikele.

(Sprechen und Zurufe.)

SPD wollte ich eigentlich nicht sagen, aber nach dieser Rede sage ich auch SPD. Teile der SPD sind die falsche Gesellschaft für diese jungen Leute. Wir haben diesen jungen Polizisten, der wie gesagt seinen Fehler eingesehen hat, teilweise. In Zukunft wird er seine Arbeit als Polizist weitermachen können und müssen. Wir brauchen die Polizei, insbesondere aufgrund der angerichteten Umstände in unserem Land. Wenn Sie dazu Beispiele haben wollen, gucken Sie einfach mal nach Saarlouis. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD. - Zuruf: Oder nach Hanau.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag, Drucksache 16/1229. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1229 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag 16/1229 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat

(Vizepräsident Heinrich)

die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen und die Landtagsfraktion DIE LINKE.

Wir kommen zu Punkt 9 Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Rücknahme der Bonpflicht - Zettelwirtschaft stoppen (Drucksache 16/1232)**

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Abgeordneten Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zu einem etwas prosaischen Thema, das aber auch mit Demokratie und mit Bürokratie zu tun hat. Bevor ich mir überlegt habe, was ich Ihnen sage, habe ich mir ein paar Gedanken gemacht, wieso es eigentlich sein kann, obwohl niemand in unserem Volk so eine Zettelwirtschaft haben will, dass so etwas eingeführt wird. Ich will mal sagen, es ist an der Demokratie vorbeigegangen. Wenn wir zum Beispiel zu Mittag essen für 5,10 Euro oder 7,20 Euro müssen die netten Damen, die uns Gott sei Dank bedienen, jedes Mal mit einem Zettel ankommen, auf dem ihr Name, der Name des Kunden, die Uhrzeit und so weiter steht, das geht Ihnen ja genauso. Die Frage ist, braucht man so etwas?

Wie ist das überhaupt mit der Demokratie? Es wird viel gesprochen von Demokratie stärken, die Demokratie ist in Gefahr und so weiter, aber wer braucht die Demokratie? Brauchen die Reichen und Mächtigen eine Demokratie? Ich verkürze das auf die Reichen. Brauchen die Reichen eine gute Rentenversicherung? Brauchen Sie eine gute Krankenkasse? Brauchen Sie einen guten öffentlichen Personennahverkehr?

(Sprechen und Zurufe.)

Und das Thema von eben, brauchen Sie eine gute Polizei? Brauchen Sie gute Schulen?

(Zuruf: Am Thema vorbei.)

Das brauchen sie alles nicht, denn das haben sie schon. Das können sie sich leisten. Sie brauchen keine Rentenversicherung, sie haben ihr Vermögen. Sie brauchen auch keine Krankenkasse. Solche Leute sind hier bei uns sehr selten, aber es gibt sie. Die brauchen die Demokratie nicht, aber wir brauchen die Demokratie. Und wir müssen die Demokratie gegen diese Kräfte verteidigen. Es ist ein

dauernder Kampf. Ich habe das hier einige Male gesagt, wir sind auf dem Rückzug, da sind wir zum Teil selbst dran schuld. Wir haben zum Beispiel, das ist das große Beispiel, das ich öfter anführe, bei der Gebiets- und Verwaltungsreform 1974 die Demokratie hier kräftig abgeholt.

(Sprechen und Unruhe. - Zuruf: Das ist am Thema vorbei!)

Ein guter Freund der Demokratiefeinde sind die Bürokraten.

**Vizepräsident Heinrich:**

Herr Abgeordneter Dörr, wäre es Ihnen vielleicht möglich, zu dem eigentlichen Antrag zu sprechen?

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Heinrich, bisher haben Sie noch niemanden unterbrochen, obwohl die ununterbrochen am Thema vorbeireden.

(Oh-Rufe. - Sprechen und Zurufe.)

Deshalb kann ich nicht sehen, dass ich am Thema vorbeiredete, wenn ich nur 8 Minuten Redezeit habe und erkläre, weshalb ich etwas vortrage.

(Zuruf der Abgeordneten Berg (SPD).)

Frau Berg, wenn Sie hier reden, haben Sie 24 Minuten oder 20 Minuten, dann können Sie sich erlauben, noch weit auszuholen, das kann ich sowieso nicht.

(Abg. Berg (SPD): Ich wollte Ihnen nur helfen.)

Ja, herzlichen Dank für die Hilfe. - Jeder beklagt die Bürokratie. Ich habe mal einen Bundesminister bei einer Veranstaltung im Saarland gehört, der hat gesagt, er hat mal gegen die Bürokratie etwas machen wollen und hat drei Leute seines Ministeriums zusammengeholt. Sie haben dann überlegt, wie sie diesen und jenen Satz einfacher machen oder austreichen könnten. Am Schluss, als alles fertig war, war das Ding dreimal so groß. Das ist eine alte Jacke, weil der Bürokrat, der will herrschen ohne Mut. Er braucht keinen Mut. Wenn ich etwas festlege, dann kann ich aufgrund dieser Regelung verfahren, ich brauche in Zukunft dann nicht mehr nachzudenken. Ich habe Alltagslinien, ich habe Grenzen aller Art, das ist die Bürokratie.

Alle beschwerten sich. Es gibt sogar in Brüssel Beauftragte, um die Bürokratie abzubauen, aber sie wird immer mehr und mit jedem Gesetz und jeder Vorschrift, die wir hier verabschieden, tragen wir dazu bei. Ein Auswuchs dieses Bestrebens, alles zu

(Abg. Dörr (AfD))

regeln, alles zu beherrschen, ist dieser blödsinnige Bon-Erlass, der die kleinen Geschäfte dazu zwingt, für jede Leistung einen Bon auszustellen. Und was will man damit bezwecken? Angeblich soll Steuerhinterziehung oder so etwas geahndet werden. Da müsste man einmal sonst wo anfangen, wo wirklich Steuern in großem Ausmaß hinterzogen werden! Aber die Personen oder Gesellschaften, die davon betroffen sind, können sich Steuerberatungsfirmen leisten, wo sie das locker umgehen, was der Staat vorschreibt.

Das heißt, hier trifft es den Falschen. Das hat nicht nur die AfD erkannt. Das haben inzwischen auch andere erkannt, nur sind, glaube ich, die Vorschläge, die gemacht werden, nicht tauglich. Herr Altmaier hat zum Beispiel gesagt, wir machen eine Bon-Grenze ab 10 Euro. Dann haben wir schon wieder eine Grenze. Dann muss schon wieder kontrolliert werden, ob das auch eingehalten wird. Herr Strobel hat auch Vorschläge gemacht. Man ist sich inzwischen im Klaren, das ist keine gute Lösung. Aber man hat noch nicht die Kraft, einfach zu sagen, weg damit. Das ist unser Vorschlag, dass wir alles tun, damit diese blödsinnige Zettelwirtschaft oder dieser Zettelwahnsinn aufhört. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die CDU-Landtagsfraktion Herrn Abgeordneten Volker Oberhausen.

**Abg. Oberhausen (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Dörr, möchte ich bezweifeln, dass es Ihnen darum geht, die Zettelwirtschaft zu stoppen. Das kann wohl nicht das Ziel der AfD sein, wie die heutige Sitzung zeigt. Zettel mit Anträgen aus der Dezembersitzung, die dank „copy and paste“ den Weg in die heutige Plenardebatte finden, Zettel, die zum zehnten Mal die Änderung des Schulordnungsgesetzes fordern,

(Lachen und Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN)

Zettel - der Kollege Pauluhn hat darauf hingewiesen -, auf denen ein AfD-Redner regelmäßig seine rechtsradikalen Parolen abliest. All das ist nicht gemeint. Diese Zettel sind nicht gemeint. Es geht den drei Herren darum, Kompetenz auf einem Gebiet zu suggerieren, wo sie wahrlich keine Ahnung haben, nämlich der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Deshalb dieser heutige Schaufensterantrag ohne jegliche Substanz. Dabei hat das Thema es verdient, sachbezogen diskutiert zu werden.

(Abg. Dörr (AfD): Dann machen Sie das so, Herr Oberhausen!)

Ja, ich erläutere es Ihnen, Herr Dörr. Das Thema hat es verdient, sachbezogen diskutiert zu werden und dass wir nach Lösungen suchen, dies übrigens nicht nur in Deutschland, sondern auch im gesamteuropäischen Kontext, denn das sogenannte Kassengesetz ist keine deutsche Erfindung, sondern hatte vor Jahren bereits - Herr Dörr, hören Sie aufmerksam zu! - zahlreiche Vorgänger in anderen EU-Ländern, zum Beispiel in Italien, Österreich, Lettland, Slowakei und Frankreich.

(Abg. Dörr (AfD): Ich höre Ihnen zu! - Machen Sie alles nach, was sonst wo gemacht wird? - Abg. Renner (SPD): Jetzt aber!)

Moment! Nach Einführung der Bon-Pflicht kam es in allen diesen Ländern zu einer Mehrung der Einnahmen für den Staatshaushalt,

(Beifall von der LINKEN)

denn leider hatte das bisherige System dazu geführt - auch da bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit -, dass große Summen an der Finanzverwaltung vorbeigeführt wurden. Besonders sind uns allen - Sie erinnern sich, meine Damen und Herren - noch die Prozesse im Gastronomiebereich in lebhafter Erinnerung. Manipulierte Kassensysteme mit der entsprechenden Falschsoftware haben zu hohen Schäden für den Fiskus und damit für die Allgemeinheit geführt.

Doch viele Einzelhändler und Bäcker klagen über die Papierflut an Belegen. Deshalb ist es notwendig, nach praktikablen Lösungen vor Ort zu suchen. Die Eindämmung der Papierbelege ist dabei bereits im Gesetz angelegt. Die Buchung im elektronischen Kassensystem wird mit einer Signatur verbunden. Zur Sicherstellung, dass die Umsätze im elektronischen Aufzeichnungssystem erfasst werden, wurde die Belegausgabepflicht gesetzlich geregelt. Die saarländische Landesregierung, Herr Minister Strobel, hat dazu eine praktikable Lösung vorgestellt. Herr Dörr, die hätten Sie besser einmal gelesen.

Die Vorstellung dieser praktikablen Lösung ist nämlich vom Montag. Sie geht davon aus, dass die Unternehmen nicht verpflichtet sind, den Beleg auf Papier zur Verfügung zu stellen - wir haben heute ja sehr viel über Digitalisierung gesprochen -, sondern

**(Abg. Oberhausen (CDU))**

eine digitale Version reicht aus. Moderne elektronische Kassensysteme können das leisten, so Herr Minister Strobel am 09.03.2020, also vorgestern. Es besteht für den Kunden ein Wahlrecht zwischen ausgedrucktem Bon, digitalem Bon oder keinem Bon. Rein technisch ist das Scannen eines QR-Codes oder eine App, die den Beleg zur Verfügung stellt, heute bereits möglich. Dies ist die Lösung, die auch für Teile des Einzelhandels und für die Bäckereien praktikabel ist. Deshalb möchte ich zu Ihnen, Herr Minister Strobel, abschließend sagen, das ist so gut. „C'est si bon!“ - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich rufe den Kollegen Jochen Flackus von der DIE LINKE-Landtagsfraktion auf.

**Abg. Flackus (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Oberhausen, danke für den Beitrag, vor allem den Einstieg. Wir reden ja heute über ein Bundesgesetz, das durch alle Mühlen gemahlen worden ist mit Anhörungen, Experten und so weiter, wie wir das auch hier kennen. Ich möchte an dieser Stelle einmal eine persönliche Bemerkung machen. Wir müssen hier im saarländischen Landtag aufpassen, dass diese Flut der Ein-Satz-Anträge der AfD nicht an Nachmittagen von Plenartagen dazu führt, dass wir über alle politischen Hinterhöfe geführt werden, die es so gibt in der Republik, und nicht mehr über die richtigen Sachen reden.

(Beifall von der LINKEN und den Regierungsfractionen.)

Es gibt zwei Aspekte der Angelegenheit - es ist schon darauf hingewiesen worden -, eine steuerliche und eine ökologische. Wir unterstützen selbstverständlich kleine und mittlere Unternehmen und Selbstständige, die mit der neuen Regelung Probleme haben und ehrlich ihre Steuern zahlen. Die leiden natürlich auch unter dem Imageverlust, den die schwarzen Schafe der Branche eben produzieren. Das ist ja nicht eben wenig. Fakt ist, dass mindestens 10 Milliarden Steuern jedes Jahr hinterzogen werden. Der Kollege Oberhausen hat ja darauf hingewiesen. Wir hatten auch im Saarland den Fall, 2015/2016, wo alleine am St. Johanner Markt in einem Gastronomiebetrieb 1 Million Euro Steuern hinterzogen worden sind. Das kann keiner hier wollen. Das kann keiner in der Branche wollen. Diejenigen,

die anständig ihre Steuern zahlen, müssen klare Regelungen haben.

Der ökologische Aspekt ist auch verständlich. Natürlich werden da Papierberge produziert, aber es gibt bisher keine akzeptable Lösung außer dem Ausdruck. Was wir brauchen, sind standardisierte Lösungen, elektronische Lösungen. Die Bundesregierung verweigert sich dem bisher. Sie hat in einer Anfrage der LINKEN-Bundestagsfraktion erklärt, sie unterstützt nicht, dass nach standardisierten Verfahren gesucht wird. Für uns gilt der Grundsatz: Bonpflicht ist keine Papierpflicht. Darauf hat auch der Finanzminister in dieser Woche hingewiesen. Er hat eine App vorgestellt. Das wäre zum Beispiel eine Lösung. Man muss natürlich sehen, dass das steuersicher funktioniert. In Portugal gibt es Systeme mit elektronischen Belegen. Dort funktioniert es. Das ist also in anderen Ländern der Fall. Wir plädieren eher dafür, dass ein Standard festgelegt wird. Schon heute ist der Ausdruck nicht zwingend, das haben wir eben bereits gehört. Man kann über Bagatellgrenzen als Zwischenlösung diskutieren. Frankreich will das machen, das hat man für den Herbst angekündigt. Wir wollen alle, dass eine vernünftige Lösung kommt. Eine Bundesratsinitiative, wie sie in einem Satz skizziert wurde, lehnen wir allerdings ab. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN und vereinzelt bei der SPD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Christina Baltés von der SPD-Landtagsfraktion ist die nächste Rednerin.

**Abg. Baltés (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch Kassenmanipulation entsteht dem Bund, wie eben schon von Herrn Flackus und Herrn Oberhausen erwähnt, ein jährlicher Steuerschaden von bis zu 10 Milliarden Euro. In Restaurants, Kiosken und auf Wochenmärkten spielt sich Deutschlands größter Steuerskandal ab. Vor den Augen aller versickern Umsätze, die nie in einer Steuererklärung stehen. Der Handel war vorgewarnt, das Gesetz wurde bereits vor drei Jahren verabschiedet. Ausnahmen von der Belegausgabe hat der Gesetzgeber nicht vorgesehen. Es steht den Händlern jedoch frei, wie sie die Quittungen ausgeben. Die Belegausgabepflicht ist bewusst technologieoffen ausgestaltet. Wege aus der Papierflut gibt es dennoch zum Beispiel über das Bonussystem Payback, an dem viele Verbraucherinnen und Verbraucher teilnehmen. Die Quittung

**(Abg. Baltés (SPD))**

kann per E-Mail zugesandt oder über QR-Strichcode übermittelt werden.

Meine Herren der AfD, kann sich das unser Land leisten? Um was es geht es denn bei der Kassenbonnpflicht? - Es geht um nicht mehr oder weniger als um Umsatzsteuereinnahmen in Milliardenhöhe. Kassen werden manipuliert, Umsätze nicht richtig verbucht oder später wieder ausgebucht. Die Kassenbonnpflicht garantiert Steuerehrlichkeit für alle. Sie ist ein Gebot der Fairness gegenüber den ehrlichen Geschäftsinhabern, denn nur ein Beleg mit Transaktionsnummer und elektronischer Signatur des Kassensystems schließt Manipulation aus.

Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Die entgangenen Steuereinnahmen beziffert der Bundesrechnungshof auf 10 Milliarden Euro pro Jahr. Er sieht die Gleichmäßigkeit der Besteuerung bargeldintensiver Betriebe als nicht sichergestellt. Steuern werden hinterzogen, indem die Umsätze nach unten manipuliert werden. Manipulierte Kassen können aber auch zur Geldwäsche verwendet werden, indem Umsätze nach oben gesetzt werden. Fair und korrekt abrechnende Einzelhändler haben einen riesigen Wettbewerbsnachteil gegenüber den unehrlichen Wettbewerbern. Wie sagt man so schön? - „Der ehrliche ist der Dumme“, eben weil es unfaire Wettbewerber gibt, die die Mehrwertsteuer hinterziehen, die Lieferkette manipulieren und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schwarz oder prekär beschäftigen.

Dreh- und Angelpunkt des Betrugs sind die manipulierten Kassen. Deshalb ist das Gesetz ein wirksamer Beitrag, um Steuerhinterziehung zu vermeiden und den ehrlichen Wettbewerb zu stärken. Deshalb hat auch Bundeskanzlerin Angela Merkel auf die Frage des FDP-Bundestagsabgeordneten Christian Dürr in der Regierungsbefragung am 18. Dezember 2019 im Deutschen Bundestag auf die Frage, wann die Bundesregierung die Bonnpflicht abschaffe, folgendermaßen geantwortet - ich zitiere, mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident -: „Ich fürchte, gar nicht. Schließlich geht es darum, den Steuerbetrug an der Ladenkasse stärker zu bekämpfen. Wir können nicht sehenden Auges einfach akzeptieren, dass dem Staat Milliarden an Steuergeldern verloren gehen.“

Sehr geehrte Herren der AfD, wie die Kanzlerin in ihrer Antwort im Deutschen Bundestag möchte auch ich Sie auf die WirtschaftsWoche vom 13. Dezember 2019 hinweisen, wo in einem sehr lesenswerten, umfangreichen Artikel die Problematik beleuchtet wird. Dabei ist die WirtschaftsWoche nicht verdächtig, unkritisch über Gesetze zu berichten. Ich möchte ein Beispiel geben. Der Schaden über die Jahre wird

dort als weitaus höher gesehen als der Steuerskandal bei den Cum-Ex- und Cum-Cum-Aktienbetrügereien. In diesem Artikel wird auch auf die Erfolge im europäischen Ausland hingewiesen, dass zum Beispiel in Österreich branchenübergreifend das Umsatzsteueraufkommen um 3 Prozent stieg.

Werte Kolleginnen und Kollegen, mit meinen Ausführungen hoffe ich, dass ich Sie von der Wichtigkeit der Bonnpflicht überzeugen konnte. Ich bin ebenso hoffnungsvoll, dass sich recht schnell technische Lösungen finden werden, die die Flut der Bons eindämmen und Steuergerechtigkeit gewährleisten. In diesem Sinne werden wir den Antrag der AfD ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1232. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1232 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1232 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Fraktion, abgelehnt die Mitglieder der Koalitionsfractionen und der DIE LINKE-Landtagsfraction.

Wir kommen zu Punkt 12 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraction eingebrachten Antrag betreffend: Beschäftigte in Vorschuleinrichtungen sollen die Befähigung zum Grundschullehrer haben (Drucksache 16/1233)**

Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein Schulantrag von uns, den ich wie immer unter das folgende Motto stelle: Die beste Schule ist für unsere Kinder gerade gut genug. Wir wollen eine Leistungsschule, in welche die Kinder gerne gehen, in der sie gefordert und gefördert werden. Wir wollen im Saarland eine Bildungshochburg haben und eine Bildungsindustrie erreichen. Das ist ein wichtiger Punkt. Dazu können wir selbst etwas beitragen. Was heute beantragt ist, gehört dazu.

Ich nenne Ihnen einmal ein paar Binsenweisheiten, die jeder kennt: Unser höchstes Gut sind unsere Kinder. Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Die ers-

(Abg. Dörr (AfD))

ten Lebensjahre sind die wichtigsten Lebensjahre. Sie sind die entscheidenden Lebensjahre. - In einem Sprichwort zusammengefasst: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Wir wissen und sagen das, aber wenn es an die Tat geht, dann fehlt oft entweder der Mut oder der Fleiß oder was sonst auch immer und wir lassen alles beim Alten. Wir wissen zum Beispiel ganz genau, dass Bildung und Betreuung unserer Kinder in der wichtigsten Zeit in ihrem Leben, in den ersten Lebensjahren, bevor sie zur Schule gehen, noch zu wünschen übriglassen. Wir haben dort sehr gut ausgebildete Erzieherinnen, meistens sind es Frauen. Es gibt inzwischen auch einige Erzieher. Früher waren es Kindergarten-schwestern oder Kindergartenfräuleins. Dazu sind sie aber zu gut ausgebildet. Die Aufgaben, die heute auf sie zukommen, sind vielfältiger und schwieriger. Dazu kommt, dass Kinder jetzt nicht nur mit drei Jahren in den Kindergarten gehen; sie gehen schon vorher in den Hort. Sie werden eigentlich schon von Anfang an betreut. Es gibt die verschiedensten Einrichtungen. Es gibt immer wieder Klagen, dass Kinder oft nur - zum Beispiel auch in der Nachmittagsbetreuung - betreut werden. Früher hat man gesagt, sie werden verwahrt. Es gab ein Schimpfwort: Du verhältst dich so, als ob du aus der Verwahrschule kämst. Das heißt, da ist nichts Gutes aus dir geworden.

Das ist eine Sache, die unsere Nachbarn in Frankreich schon länger wissen. Schon vor 50 Jahren - aber wahrscheinlich ist es schon viel länger her - habe ich meine Kinder nach Frankreich gefahren, damit sie in der École maternelle unterrichtet wurden. Das geht ab dem dritten Lebensjahr. Dort hat man praktisch schon in den Kindergärten - genannt École maternelle - ausgebildete Lehrerinnen.

Warum machen wir das nicht auch? Mir ist klar, es wird sowieso abgelehnt. Das sage ich hier, weil eben gesagt worden ist, Sie stellen dieselben Anträge immer wieder. Natürlich stellen wir die immer wieder, weil sie immer abgelehnt werden. Die Leute sollen ja auch sehen, was hier immer abgelehnt wird. Das sollte durchaus bekannt sein. Das wird wahrscheinlich abgelehnt, weil man sagt, das kann man nicht bezahlen oder das ist praktisch nicht möglich und so weiter. Natürlich ist alles praktisch möglich.

Man kann von einem Land wie dem Saarland natürlich nicht verlangen, dass auf einen Schlag flächendeckend sämtliche Kindergärten mit Lehrerinnen oder Lehrern ausgestattet werden. Aber es wäre zum Beispiel doch nicht schlecht, wenn in jedem Kindergarten auch eine Person wäre, die weiter ausgebildet ist. Wir haben auch schon vorgeschlagen, dass Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer

zu Sonderpädagogen ausgebildet werden sollen, damit sie die Probleme dort selbst erledigen können, wo man die sogenannten multiprofessionellen Einsatzkräfte einsetzen will, was natürlich in der Praxis gar nicht geht.

Das wäre ein qualitativer Fortschritt, den jetzigen Erzieherinnen und Erziehern zumindest die Möglichkeit zu geben, sie zu Lehrerinnen und Lehrern auszubilden und das fortschreitend anzubieten. Das ist unser Antrag. Im Sinne der Kinder wären wir froh, wenn Sie sich das einmal überlegen würden.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich eröffne die Aussprache und rufe für die SPD-Landtagsfraktion auf Frau Abgeordnete Martina Holzner.

**Abg. Holzner (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Bildung, Erziehung und Betreuung sind die Aufgaben einer Kindertageseinrichtung, Herr Dörr, und folglich auch die einer Erzieherin. Ich selbst habe vor vielen Jahren den Beruf der Erzieherin erlernt. Herr Dörr, sollte bei Ihnen möglicherweise das Bild oder die verstaubte Idee vom Berufsbild der Erzieherin als eine babbelnde Kaffeetante oder - wie Sie es eben gesagt haben - einem Kindergartenfräulein im Kopf sein, dann würde mich das nicht wundern.

(Vereinzelt Lachen. - Beifall.)

Ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal in einer Kita waren.

(Sprechen. - Heiterkeit und Lachen.)

Haben Sie sich vor Ihrem Antrag überhaupt mit der Arbeit in den Kitas beschäftigt?

(Zuruf: Nein.)

Waren Sie einmal zu Gast in einer Fachschule für Sozialpädagogik?

(Zurufe: Nein.)

Haben Sie sich einmal die Fachschulausbildung von Erzieherinnen, die sehr viel spezifischer auf die möglichen Einsatzgebiete und die tägliche Arbeit von Erzieherinnen ausgerichtet ist als das Studium Lehramt der Primarstufe, angesehen?

(Zurufe: Nein. - Lachen und Heiterkeit.)

**(Abg. Holzner (SPD))**

Kennen Sie die Inhalte der Studiengänge, beispielsweise an der HTW im Studiengang Pädagogik für frühe Kindheit?

(Zurufe: Nein. - Abg. Dörr (AfD): Ja. Alles ja.)

Unsere Kitas sind Bildungseinrichtungen. Wir haben im Saarland tolle Kindertageseinrichtungen, die sehr gute Arbeit leisten.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Die pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen sind nicht nur sehr gut darin ausgebildet, Bildungsinhalte zu vermitteln, sondern auch die psychologisch, didaktisch, methodisch, pädagogisch, emotional vermittelten Aspekte der Bildung und Erziehung in Kitas zu beachten. Viele wichtige Grundlagen in der Erziehung werden in unseren Kitas gelegt und - Herr Dörr - nicht erst im letzten Kita-Jahr. Es passt zu Ihrem Bild, dass Kinder erst einmal ein paar Jahre in den Kitas spielen und im letzten Jahr eine Vorbereitung auf die Schule erhalten sollen.

Nein. Kinder lernen ab dem ersten Tag in der Kita. Genau so sind auch die Bildungs- und Lernkonzepte der Erzieherinnen und Erzieher angelegt. Sie sehen, das geht ganzheitlich und fördert in allen Bereichen. Im letzten Kita-Jahr, dem sogenannten Kooperationsjahr, gibt es eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Grundschule. Hier arbeiten Lehrer und pädagogische Fachkräfte gemeinsam, um einen guten Übergang zur Schule zu gewährleisten.

Nein, es geht nicht nur um die kognitiven Fähigkeiten eines Kindes, sondern um viel mehr: Um selbstbewusste, eigenständige und starke Kinder, die offen sind für Neues, die Durchsetzungsvermögen und Regelverständnis, Selbstbewusstsein und Problemlösungskompetenzen erlernt haben und sehr gut vom ersten Tag an durch die Kita vorbereitet wurden. Um es auf den Punkt zu bringen, dazu brauchen Beschäftigte in Vorschuleinrichtungen keine Ausbildung als Grundschullehrer. Um es weiter auf den Punkt zu bringen, nein, man kann sich auch nicht aus einem anderen System einen Baustein herauspicken - wie hier die École maternelle -, um diesen dann mit dem Ziel der Selektierung zu etablieren, was Sie in vielen Ihrer Anträge versuchen.

(Vereinzelt Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das, was für Erzieherinnen und Erzieher wichtig ist und woran wir arbeiten, ist, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Dafür haben wir bereits einiges getan. Ich nehme als Beispiel nur die Erhöhung der Leitungsfreistellung oder dass circa 30 besonders belastete Kitas eine Viertelstelle mehr pro Gruppe

bekommen. Mit der Fachkräfteoffensive unter Einführung der praxisorientierten Erzieherinnenausbildung - kurz PiA -, die zusätzlich zum vorhandenen Personalschlüssel in der Einrichtung sind, haben wir erstmals 93 bezahlte Ausbildungsstellen geschaffen. Sie sehen, uns ist die Qualität und die Arbeit der pädagogischen Fachkräfte wichtig. Wir wertschätzen ihre Arbeit. Wir werden mit der Novellierung des SKBBG weitere Verbesserungen in den Einrichtungen schaffen.

Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis möchte ich zum Schluss meine Rede mal wieder Montessori zitieren. „Nicht das Kind soll sich der Umgebung anpassen, sondern wir sollten die Umgebung dem Kind anpassen.“ - Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich rufe auf für die LINKE-Landtagsfraktion Frau Abgeordnete Barbara Spaniol.

**Abg. Spaniol (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschäftigten in Vorschuleinrichtungen sollen nach den Vorstellungen der AfD also auch die Grundschullehrerausbildung haben wie in Frankreich. Eine Debatte über Lösungen im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung lohnt sich immer, wenn es um Lösungen geht. Die Kollegin Holzner hat Ihnen einiges ausführlich und kompetent erklärt. Es geht bei allem, was bei uns gut funktioniert, um ganz andere Herausforderungen, Stichwort Lösungen, die gefunden werden müssen.

Schon jetzt haben wir das Problem, ganz viele Stellen gar nicht mehr besetzen zu können, Gruppen werden zusammengelegt oder es werden Öffnungszeiten gekürzt. All das sind die Herausforderungen, vor denen das Land steht. Seinen Kommunen und seinen Trägern fehlen laut Arbeitskammer und Verdi im Land rund 1.350 zusätzliche Kita-Fachkräfte - 520 für Kinder unter drei Jahren, 824 für ältere Kinder bis zum Schuleintritt -, damit überhaupt der vielfach empfohlene Personalschlüssel irgendwie erreicht werden kann.

Es ist auch bekannt, dass das Kita-Personal wegen der eigentlichen Betreuung immer mehr andere Aufgaben übernehmen muss. Wir haben das mehrfach auf großen Podiumsveranstaltungen diskutiert. Das ist sehr schwierig. Man muss es sehr ernst nehmen, was uns die Erzieherinnen und Erzieher auf den Weg mitgegeben haben, um Lösungen zu finden.

**(Abg. Spaniol (DIE LINKE))**

Aber das, was Sie hier und heute vorschlagen, ist ganz sicher keine.

Laut GEW - das möchte ich noch loswerden; das haben wir schon oft gesagt - geht rund ein Drittel der Arbeitszeit heute für Elterngespräche, Planungs- und Teamgespräche, Fortbildungen und Ähnliches drauf. Auch das muss man einmal sehen. Da macht eine Forderung nach einer Grundschullehrerausbildung in diesem Bereich keinen Sinn. Aber auch aus anderen Gründen geht das nicht, dann - wie die Kollegin gesagt hat - wäre das eine École maternelle, wie wir sie aus Frankreich kennen, eine Vorschule also. Das ist aber ein anderes System. Ich habe das in der letzten Debatte zur Schulpflicht auch schon gesagt.

Das französische Vorschulsystem hat einen ganz starken schulischen Charakter mit Frontalunterricht. Das wissen Sie doch auch. Die Verschulung des Kita-Bereichs ist pädagogisch hoch umstritten. Das ist auch richtig so. Man schaue sich an, wie das dort abläuft. Sie haben auch Erfolge, das möchte ich gar nicht schlechtmachen. Frankreich hat insgesamt ein ganz anderes System, eine andere demografische Entwicklung. Es ist stark verschult. Sie haben auch Erfolge bei der École maternelle in der Integration. Das möchte ich gar nicht abstreiten, aber ich finde - und viele andere auch -, die Ansätze und die Philosophie, die man bei uns in diesem Bereich pflegt, sind aus pädagogischen Gründen einfach anders und in Teilen sicherlich besser, wenn man die Herausforderungen bewältigt, die ich gerade genannt habe.

Aber noch einmal zur École Maternelle: Der Tag beginnt in der Einrichtung mit einem total detaillierten Zeitplan, bestimmte Bildungsbereiche, Fächer werden nacheinander abgearbeitet und schulische Methoden werden angewandt. So sieht das dann aus. Die vorschulische Betreuung erfolgt durch Fachkräfte, die ein praxisnahes Lehrerhochschulstudium für Vorschul- und Primarbereich absolviert haben, das ist richtig, aber problematisch - und das darf in der Debatte eben auch nicht fehlen, das gehört zur Wahrheit dazu - ist in Frankreich, dass die Kinder jedes Vorschuljahr durch eine andere Lehrkraft betreut werden. Zumindest war das bis vor Kurzem noch so. Und so steht den Kindern eben nicht eine kontinuierliche Bezugsperson zur Seite - gerade in dieser Lebensphase, die so wichtig ist -, die sie dann durch das Vorschulalter begleitet. Das darf man eben nicht außer Acht lassen.

Die Wissensvermittlung im Klassenverband hat in der École maternelle, um es auf den Punkt zu bringen, eine größere Bedeutung als etwa bei uns in Ki-

tas und Kindergärten, wo spielerische Methoden und individuelle Persönlichkeitsentwicklung eben mehr Platz einnehmen. Die Kollegin Holzner hat das ausführlich erklärt und sie hat recht. Frankreich geht hier andere Wege. Bei uns gehört aber zur Debatte auch dazu, dass es um viel Freiraum zur Erkundung des Umfelds geht, zum selbstständigen Beobachten, zum Erforschen im Spiel, gerade eben am Anfang in den wichtigen Jahren, die Sie eben ja genannt haben.

Schauen wir noch kurz, wenn wir schon international unterwegs sind, ins hoch erfolgreiche Finnland, bildungspolitisch zumindest - -

(Sprechen.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein ziemlich hoher Geräuschpegel im Raum. Es geht darum, der Rednerin zuzuhören. Ich bitte daher um etwas mehr Disziplin.

**Abg. Spaniol (DIE LINKE):**

Ich bin auch gleich fertig. Ich möchte noch sagen, wenn wir uns international umschauen, schauen wir auch ins zumindest bildungspolitisch hoch erfolgreiche Finnland. Dort erfolgt die Betreuung durch Erzieherinnen und Erzieher, die über ein dreijähriges Unistudium mit starker Praxisorientierung verfügen. Da sind wir schon näher beieinander. Der Personalschlüssel dort ist wirklich sehr günstig, er ermöglicht nämlich dem praxisnah ausgebildeten Personal eine gezielte Einzel- und Gruppenförderung der Kinder. Darum geht es immer wieder, und das wollen wir.

Das funktioniert bei uns aber derzeit nicht wirklich gut, das muss man auch sagen. Es gehört zur Wahrheit dazu, dass angesichts unseres Personalmanagements in unseren Kitas hier vor Ort zu große Gruppen sind, zu wenig Zeit, all das wird immer schwerer umzusetzen sein. Hier muss man ansetzen. Aber das wird erst recht nicht in einer Vorschule mit Grundschullehrerinnen und -lehrern möglich sein. Zumal ja offen ist, woher sie kommen sollen. Wer wird denn die Grundschullehrerausbildung stemmen müssen? Das muss ja letztendlich vom Land ausgehen. Wird das Land das leisten können? Wenn sie fertig sind, werden sie mit Sicherheit nicht an Kitas und Kindergärten oder Kinderbetreuungseinrichtungen gehen, weil dort einfach ein Gehaltsunterschied ist im Vergleich zu ausgebildeten Grundschullehrerinnen und -lehrern. Das ist doch völlig klar. Also auch da hakt Ihr Antrag ohne Ende.

**(Abg. Spaniol (DIE LINKE))**

Zum Schluss noch einmal zusammenfassend: Die École maternelle ist nicht eins zu eins auf unser System der frühkindlichen Bildung und Betreuung zu übertragen. Das ist so. Wie gesagt, Frankreich hat eine andere Struktur und eine andere Philosophie in diesem Bereich. Im Sinne der Kinder, das haben Sie eben beschworen, sehen viele andere und ich hier im Haus es eben so, dass man die Kinder auch eine Zeit lang Kind sein lassen muss, bevor man von Geburt an verschult ohne Ende. - Danke schön!

(Beifall von der LINKEN und bei der SPD.)

**Vizepräsident Heinrich:**

Ich rufe als weitere Rednerin auf Frau Jutta Schmitt-Lang für die CDU-Landtagsfraktion.

**Abg. Schmitt-Lang (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir geht es heute bei diesem pseudobildungspolitischen Antrag genauso wie bei den meisten anderen pseudopolitischen Anträgen der AfD-Landtagsfraktion in diesem Bereich. Ich denke dann immer an Bertold Brecht: „Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen den Vorhang zu und alle Fragen offen.“

(Beifall des Abgeordneten Funk (CDU).)

Der vorliegende Antrag ist genauso unausgegoren, so unpräzise, dass man zwar keine Vorstellungen hat, was Sie eigentlich wollen, aber vor dem geistigen Auge einige Fragezeichen aufploppen. Ich war direkt naiv, ich hatte tatsächlich die Hoffnung, der Satz „Weitere mündliche Begründung erfolgt“ wäre tatsächlich mit Inhalt gefüllt. Mittlerweile muss ich heute einmal mehr erkennen, dass diese Hoffnung vergeblich ist. Ich werde auch nicht über die Stöckchen springen, dass ich jetzt auf das, was Sie hier zusammengewürfelt mündlich nachträglich in den Raum schmeißen, ohne Sinn und ohne eine gewisse innere Struktur, eingehe, sondern ich gehe auf das ein, was Sie hier schriftlich abgeben, denn das, was Sie schriftlich abgeben ist das, worüber wir abstimmen. Und deshalb schaue ich mir das an.

Also, was gibt dieser schriftliche Antrag her? - Ich lese, dass Sie die vorschulische Bildung qualitativ steigern wollen. Schön. Sie behaupten aber, dass wir diese steigern würden, indem wir aus Erzieherinnen und Erziehern Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer machen oder nur noch Grundschullehrinnen und Grundschullehrer an unseren Vorschuleinrichtungen einstellen sollen. Das war es, Antrag Ende.

Da drängen sich gleich mehrere Fragezeichen auf. Was ist denn eine Vorschuleinrichtung für Sie? Sie haben zwar mündlich etwas dazu gesagt, aber wenn Sie reguläre Kindertagesstätten meinen, dann benennen Sie das doch auch. Oder was schwebt Ihnen sonst vor? Wenn Sie Kindertagesstätten meinen - das sind nämlich unsere Vorschulbildungseinrichtungen -, dann ergibt sich das nächste Fragezeichen. Ab wann beginnt für Sie die vorschulische Bildung, ab wann brauchen wir dort Ihrer Meinung nach einen Grundschullehrer? Die vorschulische Bildung beginnt ab dem Krippenalter. Aber braucht mein Krippenkind eine Grundschullehrerin, weil es ja in diese Vorschuleinrichtung geht? Meine jüngste Tochter ist ein Krippenkind und ich kann Ihnen versichern, sie ist bei ihren Erzieherinnen hervorragend aufgehoben!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Ausbildung des Grundschullehrers ist überhaupt nicht auf die Bedürfnisse ausgerichtet, die diese Altersgruppe hat. Wir würden hier weder den Grundschullehrern noch den Kindern einen Gefallen tun. Der Gedanke ist absurd.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vielleicht beginnt vorschulische Bildung für Sie aber auch erst ab dem Kindergartenalter und wir bräuchten ab dann den Grundschullehrer. Aber auch hier muss ich sagen, Kindergartenkinder haben andere Bedürfnisse als Grundschulkindern. Die Fachausbildung von Erziehern - Frau Holzner ist darauf eingegangen - ist spezifisch auf die tägliche Arbeit in unseren Kitas ausgerichtet, das Lehramtsstudium für die Primarstufe auf die Anforderungen im Grundschulbereich. Und das ist auch gut so. Und passgenaue Studiengänge für den Einsatzbereich von Erziehern gibt es bereits.

Oder bezieht sich Vorschuleinrichtung bei Ihnen erst auf das letzte Jahr in der Kita? Braucht also erst das echte Vorschulkind im Kooperationsjahr Ihrer Meinung nach den Grundschulpädagogen? Wenn Sie das meinen, folgt umgehend das nächste Fragezeichen, nämlich: Wann waren Sie denn das letzte Mal in einer Kita oder wann haben Sie sich das letzte Mal mit diesem System beschäftigt? Meine große Tochter ist ein Vorschulkind. Jeden Donnerstagmorgen steht sie stolz auf, strahlt über die ganze Zahn- lücke und verkündet: Heute ist Vorschultag!

Warum ist das so spannend? Weil man in der Sicherheit des gewohnten Umfeldes schon mal in den neuen Lebensabschnitt reinschnuppert, der bevorsteht. Die großen Eulen- und Eichhörnchenkinder werden also aus den Gruppen zum Vorschulunter-

(Abg. Schmitt-Lang (CDU))

richt eingesammelt, sie schnuppern in neue Arbeitsformen hinein, werden an die Regeln im Schulalltag herangeführt, aber auch an schulische Inhalte. Sie machen dort Mengen- und Größenvergleiche, kleine Experimente, Sprachübungen, Dinge, die in anderem Kontext auch in der Kita stattfinden, aber jetzt in neuem Umfeld. Da ist sie auch, die von Ihnen geforderte Grundschullehrerin oder der Grundschullehrer, die beziehungsweise der für dieses Kooperationsjahr an bestimmten Tagen von der örtlichen Grundschule in die Kita geht und gemeinsam mit der Erzieherin den Übergang in den neuen Lebensabschnitt vorbereitet. Es ist wichtig und sinnvoll, dass Lehrer und Erzieher an dieser Schnittstelle zusammenarbeiten, den Übergang gestalten, sich über die Kinder austauschen und rückkoppeln, um Problemstellungen zu erkennen, Hilfestellungen zu geben und diesen Wechsel aktiv zu gestalten.

Wo genau ist jetzt also der Bedarf, den Sie sehen? - Ich sehe ihn nicht. Die Erzieherinnen leisten großartige Arbeit in den Kindertagesstätten, die Grundschullehrerinnen oder -lehrer tun dies in den Grundschulen und an der Schnittstelle geben sie sich die Hand. Und ehrlich gesagt wird an dieser Stelle auch deutlich, was mich an diesem hingehunzten Antrag ärgert: Hier fehlt jegliche Wertschätzung für die Arbeit, die diese Menschen in den unterschiedlichen Systemen und in unserem Bildungssystem leisten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Hier wird ignoriert, dass jeder Fachmann und jede Fachfrau für eine bestimmte Lebensphase und für unterschiedliche Anforderungen da ist. Und hier schwingt - das halte ich für unmöglich - die Unterstellung mit, dass Erzieher nicht die nötige Qualität in unseren Kindertageseinrichtungen leisten könnten und nur Lehrer diese Aufgabe übernehmen könnten. Das ist anmaßend und das weise ich an dieser Stelle zurück.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Zuruf des Abgeordneten Renner (SPD): So ist es.)

Erzieherinnen und Erzieher brauchen mehr Wertschätzung für die großartige Arbeit, die sie jeden Tag leisten. Bei unseren vielen Besuchen in Kindertageseinrichtungen und unseren Veranstaltungen sind es immer wieder die Erzieher, die uns darauf hinweisen, dass sie teilweise mit einem Gefühl der Ohnmacht kämpfen, weil die Anforderungen steigen und sie mit mangelnder Wertschätzung zu kämpfen haben. Sie verdienen es, dass wir uns weiterhin Gedanken um Entlastung und mehr gesellschaftliche Anerkennung machen. Wenn Sie einen Antrag wie den vorliegenden formulieren, dann stoßen Sie all

diese Engagierten, zum Teil aber auch frustrierten Frauen und Männer vor den Kopf.

Und die Liste der Fragezeichen ist ja noch nicht abgearbeitet. Wenn Sie Lehrer in den Kitas wollen, wollen Sie dann inhaltlich mehr schulische Elemente in dieses Kindergartenjahr packen? Wollen Sie also faktisch eine früher einsetzende Beschulung? Dann sagen Sie es doch, schreiben Sie es in Ihren Antrag, dann wüssten wir auch, worüber wir abstimmen sollen. In einer der letzten Plenardebatten haben Sie uns ja schon mit abenteuerlichen Ideen zur Stichtagsregelung erfreut. Dann sagen Sie doch bitte klar, was Sie wollen, und treten Sie für Ihre Position ein. Wollen Sie eine Verschmelzung der Systeme Kita und Schule? Wollen Sie ernsthaft einen saarländischen Alleingang, der die angespannte Fachpersonalsituation nur noch verschärfen würde? Wie wollen Sie in einem solchen Alleingang Einfluss auf die Studieninhalte an den Hochschulen in anderen Bundesländern nehmen, um auf eine veränderte Zielgruppe zu reagieren? - Ich wage einmal die Behauptung, dass Sie keine Ahnung haben und es Ihnen auch völlig schnurz ist.

(Zuruf: So ist das.)

Ihnen geht es nur um das Vortäuschen von Aktivität. Der Vorschlag ist absurd. Ich bin gern bereit, mich inhaltlich über Schwerpunkte zu streiten, wie wir die Qualität in den Kitas und auch beim Übergang zur Schule verbessern. Wir haben uns als CDU-Fraktion noch einmal das Thema Schulkindergärten vorgenommen und überlegt, wie wir hier neue Möglichkeiten anbieten können, weil wir schon glauben, dass wir die Kinder, die schulpflichtig, aber noch nicht schulreif sind, noch besser auf das Schulleben vorbereiten können und müssen.

(Vizepräsidentin Spaniol übernimmt den Vorsitz.)

Ich lasse mich gerne auf andere Vorschläge ein und setze mich damit auseinander. Zur inhaltlichen Debatte brauchen wir allerdings durchdachte Vorschläge. Wir brauchen den Austausch von Argumenten und eine Grundbereitschaft, inhaltlich zu arbeiten. Das sage ich jedes Mal, nachdem ich mich mit Ihren Anträgen beschäftigen musste. All dies lässt dieser Antrag nicht erkennen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Politik nur Fragen aufwirft, aber keinerlei umsetzbare Lösungen für echte Probleme bietet, dann ist das eine Ohnmachtserklärung. Und die von Ihnen vorgelegte Ohnmachtserklärung lehnen wir ab.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke Frau Abgeordnete. - Das Wort hat nun für die AfD-Fraktion Herr Fraktionsvorsitzender Josef Dörr.

(Abg. Renner (SPD): Früher. Heute fangen wir bei 1980 an. - Heiterkeit.)

**Abg. Dörr (AfD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich auf den Beitrag von Frau Lang-Schmitt antworten.

(Abg. Schmitt-Lang (CDU): So ähnlich. - Abg. Scharf (CDU): Schmitt-Lang.)

Schmitt-Lang, Entschuldigung, mit Doppelnamen habe ich meine Schwierigkeiten.

(Abg. Renner (SPD): Ja, nicht nur damit. - Zuruf: Warum sind wir jetzt nicht überrascht? - Zuruf: Die gab es früher auch nicht. - Abg. Renner (SPD): Das ist ein bisschen kompliziert.)

Sie haben eine Menge Fragen gestellt und haben wohl geglaubt, dass ich auf all diese Fragen mit Nein antworten müsste.

(Abg. Schmitt-Lang (CDU): Nein, ich habe nur Fragen gestellt.)

Ich habe ein paarmal Ja dazwischengerufen. Glauben Sie mir, ich habe diese Dinge alle gesehen und an diesen Dingen gearbeitet, sowohl beruflich, weil ich ja 45 Jahre beruflich damit zu tun hatte, aber auch als Vater, da ich ja vier Söhne großgezogen habe, und zwar durch alle Systeme, bis zum Abitur und weiter.

(Abg. Renner (SPD): Und als Opa. - Sprechen.)

Ich kenne das Metier ganz genau. Wenn ich hier nicht drei Stunden rede, hängt das erstens daran, dass ich nur 8 Minuten habe,

(Zurufe)

und ich mir zweitens denke, dass Sie wissen, was gemeint ist, wenn ich von Vorschuleinrichtungen spreche. Natürlich gibt es viele Vorschuleinrichtungen, aber die kann ich ja nicht immer aufzählen. Alles, was Sie hier vorgestellt haben, hat sich für jemanden, der keine Ahnung hat, ja gut angehört.

(Lachen.)

Wenn man allerdings Ahnung hat, stellen sich einem Fragen. Da stelle ich mir selbst folgende Frage: Nehmen wir das Schulsystem, wie es uns vor zig Jahren überkommen ist, als die Leute noch mit der Pferdekutsche gefahren sind,

(Zuruf des Abgeordneten Renner (SPD) - Heiterkeit)

so hin, wie es damals war, und reflektieren es überhaupt nicht oder überlegen wir einmal, wie wir es vielleicht ändern können? - Sie haben richtig vermutet: Mir ist es persönlich - aber das steht nicht in unserem Antrag - ein Dorn im Auge, dass man eine künstliche Trennung zwischen Lebensabschnitten von Kindern macht, die in den Kindergarten, die Vorschule, die Kita et cetera gehören, und anderen, die in die Schule gehören. Das ist eine künstliche Geschichte. Unter dieser künstlichen Geschichte haben Generationen von Kindern gelitten. Aus diesem Grunde hat man schon vor 50 Jahren überlegt, wie man diesen Schritt mildern kann. Vorgänger haben den Kindern ja noch Angst gemacht. Sie haben gesagt: Du kommst jetzt in die Schule, da musst du in eine glühende Kette beißen. -

(Heiterkeit. - Sprechen.)

Davon ist man nachher abgekommen. Man hat die Kinder einmal einen Tag in die Schule geführt. Dann hat man einen Lehrer einmal einen Tag in den Kindergarten geführt. Das ist das, was Sie, Frau Schmitt-Lang, beschreiben, nämlich dass eine Lehrerin einen Tag in der Woche in den Kindergarten kommt, um den Kindern diesen Übergang zu erleichtern, der künstlich geschaffen ist. Natürlich ist das Unfug, dass man da eine Grenze hat. Man hat ja auch keine Grenze zwischen acht und neun oder drei und vier Jahren. Das ist eine künstlich geschaffene Grenze. Man muss darüber hinausdenken. Die praktischen Dinge stellen nur Schwierigkeiten für Personen dar, die keine Phantasie haben.

(Heiterkeit.)

Ich habe in meinen Schulen viele Dinge gemacht, die vorher nie gemacht worden sind, und zwar mit großem Erfolg. Das ist bescheinigt. Ich erwarte von Leuten, die sich berufsmäßig mit der Bildung unserer Kinder befassen, dass sie auch einmal über das System hinausdenken. Man kann das nicht einfach damit abtun, zu sagen, dass die Franzosen ein anderes System haben. Warum haben die Franzosen denn ein anderes System?

(Zurufe. - Unruhe.)

Die Franzosen sind nicht der Ansicht, dass die Kinder erst lesen und schreiben lernen, wenn sie sechs Jahre alt sind. Sie lesen und schreiben dann, wenn sie fähig sind, das zu lernen. Das ist ein anderes System. Und wir wollen unser System ja verbessern. Es ist keine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung, wenn auch in den vorschulischen Einrichtungen Leute sind, die wie Lehrpersonen ausgebil-

(Abg. Dörr (AfD))

det sind. Natürlich würde man da keinen Schwerpunkt auf Sachkunde et cetera legen. Man wird das schon spezifisch für diese Stufe machen. Das hat man früher ja auch gemacht. Ich bin zum Beispiel ursprünglich als Volksschullehrer ausgebildet worden. Das hat damals von Klasse 1 bis 8 gereicht, nachher von Klasse 1 bis 9. Dann hat man einen Unterschied zwischen Grund- und Hauptschule gemacht. Dann gab es den Grundschullehrer für die Klassenstufen 1 bis 4. Dann wollte man 6 Jahre für die Grundschule, dann wäre es für die Klassenstufen 1 bis 6 gewesen. Das ist doch alles beweglich. Man kann doch alles organisieren. Das ist der Punkt. Wir haben keine Phantasie.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender. Wortmeldungen sind nicht eingegangen, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1233. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1233 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion. Dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen sowie die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zu Punkt 13 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Reform des ÖPNV - Einstieg in eine neue Tarifstruktur (Drucksache 16/1231)**

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde meine Redezeit nicht vollständig aufbrauchen, weil ich voraussetze, dass Sie die Probleme kennen. Ich werde trotzdem einige Dinge sagen und werde vor allen Dingen den Antrag klar formulieren. Er ist bereits schriftlich formuliert. Man kann dann dafür oder dagegen sein - Sie sind wahrscheinlich dagegen.

Über den saarländischen ÖPNV wird viel diskutiert, getan wurde in den vergangenen Jahren kaum etwas. Damit sich das ändert, arbeitet das Verkehrsministerium seit 2016 an einem neuen Verkehrsentwicklungsplan ÖPNV. Dieser soll besonders das

Schienennetz stärken. Ich habe kürzlich einen großen Bericht in der Saarbrücker Zeitung gelesen. Dort wurde in einem Satz klargemacht, dass es noch eine Weile dauert, bis dieser Plan fertig ist. Das kann man auch verstehen, denn es ist kein ganz leichtes Thema. Man beschäftigt sich bereits seit zig Jahren damit, ohne dass man zu einem Ergebnis gekommen ist.

Er ist zu teuer, zu unzuverlässig, zu unattraktiv. Die Nutzerzahlen der saarländischen Bahnen und Busse sprechen eine klare Sprache. Das ist - wie bei einem Fußballspiel - die Wahrheit liegt auf dem Felde. Beim Fußball sind es die Tore, beim öffentlichen Personennahverkehr sind es die Nutzerzahlen. Das sind die Zahlen, die alles sagen. Während 2010 - das ist nicht so lange her - noch 93,4 Millionen Menschen den öffentlichen Nahverkehr nutzten, waren es 2018 nur noch 57,2 Millionen Menschen. Das ist also nur noch ein bisschen mehr als die Hälfte. Es ist ein drastischer Rückgang von 93,4 Millionen auf 57,2 Millionen Menschen in acht Jahren.

Nun sollen neue Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den ÖPNV im Saarland wieder interessanter zu machen. Ich habe früher an anderer Stelle schon einmal gesagt, woran es hängt. Einer der vielen Gründe ist eben auch, dass die Entscheidungsträger selbst den öffentlichen Personennahverkehr nicht nutzen und deshalb kein gesteigertes Interesse an der Lösung der Probleme haben. Die Zukunftsvisionen haben natürlich auch ihren Preis. Im Sinne der Attraktivitätssteigerung, Entlastung der Straßen und des Umweltschutzes sind sie aber dennoch von immenser Wichtigkeit.

Viele Autofahrer denken: Was soll ich im öffentlichen Personennahverkehr? - Bevor ich in den Landtag kam, habe ich den öffentlichen Nahverkehr regelmäßig genutzt. Jetzt habe ich nur noch die selbst bezahlte Karte, aber keine Zeit mehr, diese zu nutzen. Ich habe mal am Bahnhof am Gleis gestanden und den Zug knapp verpasst. Der nächste Zug ist erst eine Stunde später gefahren. Dann habe ich überlegt, wie viele Autos in der Zeit die Straße am Bahnhof hochgefahren sind. Mir war klar, der öffentliche Personennahverkehr ist eine Randerscheinung. Das muss man ehrlich sagen. Viele Autofahrer denken, dass man ihn überhaupt nicht braucht. Wir brauchen ihn aber! Auch die Autofahrer brauchen ihn. Wenn nur 10 Prozent der Autofahrer den öffentlichen Personennahverkehr benutzen, könnten die Autofahrer wieder dort fließend fahren, wo sie jetzt im Stau stehen. Wir sind außerdem alle für Umweltschutz - das sagen wir zumindest immer. Das ist ein Beitrag zum Umweltschutz. Er muss und darf auch etwas kosten.

**(Abg. Dörr (AfD))**

Zukünftig soll der ÖPNV durch eine Tarifreform kostengünstiger werden, jedenfalls für Abonnenten. Ein saarlandweites Flatrate-Ticket - heute muss alles englisch sein - soll das intransparente Wabensystem - gut, dass das schon mal erkannt ist - ablösen und besonders Kinder, Familien und Senioren entlasten. Geplant ist diese Reform bereits zu Beginn des kommenden Jahres - wer es glaubt. „Ein ambitioniertes Vorhaben“, wie Ministerin Rehlinger zugibt, „aber ein mögliches. Das ist ein wichtiges Signal auch für die Handlungsfähigkeit“, sagt sie“ - so stand es in der Saarbrücker Zeitung.

Wir haben jetzt einen ganz konkreten Antrag gestellt, der das beinhaltet. Wir fordern, Personen bis einschließlich 18 Jahre und ab 65 Jahre den ÖPNV kostenfrei nutzen zu lassen. Es ist klar, wir können uns nicht mit Luxemburg messen, bei denen der öffentliche Nahverkehr kostenfrei ist. Wir können aber schon ein Zeichen setzen. Das ist auch ein Stück Wettbewerbsfähigkeit und ein weicher Faktor im Saarland. Unser Antrag nimmt vorweg, was Frau Rehlinger ohnehin vielleicht mit einem komplizierten System vorschlagen will. Unser Antrag ist ganz einfach: Allen Personen bis einschließlich 18 Jahre und ab 65 Jahre - als Beitrag für die geringe Rente - den ÖPNV kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Wir bitten Sie, diesen Antrag anzunehmen.

(Beifall bei der AfD.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Kollege Hans-Peter Kurtz von der SPD.

**Abg. Kurtz (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD entspricht wieder mal voll und ganz dem Motto: Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. - Nachdem ich Sie, Herr Dörr, hier gehört habe, ist der Antrag noch nicht einmal gut gemeint.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Ich wusste, dass es mich irgendwann auch mal trifft, dass ich zu so einer Nullnummer reden muss.

(Lachen.)

Allein wenn ich den Betreff in dem Antrag sehe, komme ich schon voll und ganz ins Nachdenken. Sie schreiben: „Reform des ÖPNV - Einstieg in eine neue Tarifstruktur“ - das ist doch gar nichts Neues. Sie haben selbst darauf hingewiesen, dass eine Tarifstrukturerneuerung geplant ist. Frau Rehlinger ist

hier mit den Inhalten dieser geplanten Tarifneustruktur ab Anfang des Jahres auf gutem Weg. Sie glauben nicht, dass sie in Kraft tritt, aber mit den Inhalten haben Sie sich nicht beschäftigt. Sie haben vielleicht auch nicht mitbekommen, dass wir auch hier im Plenum schon mal über die Tarifstrukturreform geredet haben. Wir haben uns darüber Gedanken gemacht, was getan werden muss, um unseren ÖPNV im Saarland zukunftsfähig zu machen.

Wenn ich jetzt die konkrete Forderung von Ihnen anschau, die Sie hier verteidigt haben, so sagt diese, Menschen bis zum 18. Lebensjahr und ab dem 65. Lebensjahr kostenlos fahren zu lassen. Das hat mich ganz durcheinandergebracht, weil ich gedacht habe, ich hätte den Antrag falsch gelesen. Sie haben in der Begründung immer davon gesprochen, wie wichtig es in unserem Land sei, die Autofahrer von den Straßen auf die Schienen zu bringen. Das sind aber nicht gerade die Menschen, die unter 18 sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dörr (AfD).)

Irgendwie sind Sie nicht ganz im Thema. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Beschäftigen Sie sich doch mal selbst mit Ihren Anträgen! Lesen Sie doch mal selbst, was Sie da schreiben! Geben Sie diese Aufgabe doch nicht an uns ab!

(Lachen. - Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus welchem Grund sollen wir eine finanzielle Entlastung gerade am Lebensalter festmachen? Gibt es da nicht andere, wichtigere und durchdachtere Aspekte? - Das haben wir in unserer Tarifstrukturreform gemacht. Herr Dörr, Sie haben sich bei dem Thema Flatrate geschüttelt. Es geht nicht um den Begriff „Flatrate“, sondern es geht darum, eine Tarifstruktur zu entwickeln, von der Familien etwas haben, zum Beispiel dass Schülertickets günstiger werden. Es geht darum, dass Schüler zum Beispiel nicht nur in die Schule und von der Schule nach Hause fahren können, sondern sich auch darüber hinaus im Land bewegen können, auch die Freizeit dadurch nutzen können. Es geht darum, dass auch Auszubildende einen Vorteil haben. Es geht darum, dass es einen Vorteil gibt, wenn Geschwister vorhanden sind. Das Ganze ist eine gut strukturierte Reform, ich möchte dazu nun aber in meinem Beitrag nichts ausführen, denn wir haben uns abgesprochen: Sarah Gillen wird das später noch einmal im Einzelnen darstellen, wahrscheinlich nur für Sie, denn die Kolleginnen und Kollegen kennen das schon. Sie wird sich auch damit befassen, warum wir uns gerade dieses System ausgedacht haben.

**(Abg. Kurtz (SPD))**

Sicherlich wäre es schön, wenn wir für 365 Euro im Jahr ein Ticket hätten, mit dem man das ganze Jahr fahren kann, oder wenn wir das gar kostenlos anbieten könnten. Im Gegensatz zu Ihnen machen wir aber tatsächlich etwas für die Saarländerinnen und Saarländer. Denn durch die Reform wird es Entlastungen für die Familien geben, für die Kinder, für die Auszubildenden. Sie hingegen machen mit Ihren Schaufensteranträgen nicht einen Deut für die saarländische Bevölkerung! Ich denke, auch das muss man hier mal wieder klarstellen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es gibt aber gewiss viele Dinge, über die man noch reden kann. Man kann darüber sprechen, was man noch machen kann. Man könnte zum Beispiel überlegen, ob man andere Menschen, die sich in unserer Gesellschaft sehr in der ehrenamtlichen Tätigkeit engagieren, dadurch fördern kann, dass man für sie die Beförderung mit dem Öffentlichen Personennahverkehr kostenfrei macht.

Seit Anfang des Jahres haben wir ja auf Bundesebene die Regelung, dass Soldatinnen und Soldaten den Öffentlichen Personennahverkehr kostenlos nutzen können. Ich finde, das ist eine gute Sache. Das ist auch eine Auszeichnung für die Menschen, die sich im Wehrdienst für dieses Land engagieren. Wir sollten die anderen, die in Hilfsorganisationen tätig sind, die in sozialen Einrichtungen arbeiten, die sich ehrenamtlich betätigen, weil sie dafür eintreten, dass unsere Gesellschaft eine demokratische bleibt, auch in diese Maßnahme einbeziehen und ihnen die Möglichkeit geben, den Nahverkehr kostenlos zu benutzen. Denn es gibt zwar für eine ehrenamtliche Tätigkeit manchmal eine geringe Aufwandsentschädigung, dass die aber aufgebraucht wird, um die Beförderungskosten zu zahlen, ist nicht Sinn der Sache.

Deshalb überlegen wir in der SPD-Fraktion, ob man nicht auf diesem Felde etwas machen kann. Es würde sich anbieten, dazu eine Bundesratsinitiative zu initiieren und die Möglichkeit zu diskutieren. Das Saarland ist ja immer ein wenig das Musterland, wenn etwas ausprobiert werden soll, sei es ein neues Waschmittel oder sonst etwas. Man könnte nun zum Beispiel auch anbieten, dass das Saarland für eine solche, wie von mir vorgetragene Lösung zum Musterland wird, vom Bund gefördert. Wäre das nach einer Laufzeit von, sagen wir einmal, drei Jahren erfolgreich, könnte man das ins Regelgeschäft einführen.

(Beifall des Abgeordneten Renner (SPD).)

Geht man solche Schritte, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist man tatsächlich ein Stück weiter. Wir haben mit der neuen Verkehrsstrukturreform Fortschritte erzielt für die Menschen in diesem Land; ich bin mir sicher, dass die Reform ab Januar 2021 kommt. Können wir uns nun noch entschließen, für die ehrenamtlich Tätigen in diesem Land etwas zu machen, haben wir wirklich etwas für die Menschen in diesem Lande getan. Damit sind wir auch ein gutes Stück von dem entfernt, was sich die AfD in diesem Land leistet. - Vielen Dank für Ihr Zuhören. Dass wir den Antrag ablehnen, das hat sich, so denke ich, aus meiner Rede ergeben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Abgeordneter. - Das Wort hat nun für die Fraktion DIE LINKE die Kollegin Astrid Schramm.

(Abg. Dörr (AfD): Frau Spaniol, ich habe eben eine Kurzintervention beantragt!)

Moment, das stimmt, das nehme ich zur Kenntnis. Ich habe es mir aufgeschrieben, aber vergessen. Sie haben angezeigt, dass Sie eine Kurzintervention wünschen. Ich lasse diese zu. Sie haben 3 Minuten. Sie haben das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Kurtz, es ist immer gefährlich, wenn man die Leute persönlich angreift. Das ist unsere Übung hier nicht. Wir bringen einen Sachantrag, der ist kurz, zugegebenermaßen. Denn das viele Reden ändert ja an den Tatsachen nichts. Eine wichtige Tatsache ist eben, dass der Öffentliche Personennahverkehr 2010 93 Millionen Leute befördert hat und 2018 57 Millionen. Das sind die Tatsachen, alles andere sind Worte.

Zu dem, was Sie gesagt haben, dass ich nicht nachgedacht hätte, als ich „bis 18“ gesagt habe. Was hat das mit Autofahren zu tun? - Das will ich Ihnen erklären, wenn Sie es nicht so verstehen: Kinder bis 18 werden doch gelegentlich von ihren Eltern gefahren. Werden vier Kinder gleichzeitig gefahren, dann ist das mit dem Auto billiger. - Sie lachen, ich aber habe das über Jahre und Jahrzehnte gemacht. Denn das war eben billiger. Diese Autos würden nicht fahren, es wären also schon weniger Autos. Und wo bitte ist der Unterschied, wenn Sie etwas für die Familien machen wollen und wir etwas für die Kinder machen wollen? Da haben Sie doch eine klare Linie: Bis 18 Jahre, alle Kinder, damit ist den Familien doch schon geholfen!

**(Abg. Dörr (AfD))**

Noch etwas, dann ende ich: Wenn ich oder wenn die AfD Ihnen böse will, stellen wir bei der nächsten Sitzung hier den Antrag, dass Ehrenamtler und Soldaten und Sonstige eine Ermäßigung bekommen sollen. Sie werden das dann nämlich ablehnen.

(Sprechen bei den Regierungsfraktionen.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender. Herr Abgeordneter Kurtz, wünschen Sie auf die Kurzintervention zu antworten?

(Abgeordneter Kurtz (SPD) schüttelt den Kopf.)

Okay. Dann fahren wir in den abgegebenen Wortmeldungen fort. - Das Wort hat nun für die Fraktion DIE LINKE die Kollegin Astrid Schramm.

**Abg. Schramm (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine neue Tarifstruktur ist schon länger angekündigt, sie war Thema in den Ausschüssen und erst vor Kurzem, Herr Dörr, auch hier im Landtagsplenum. Das bisher hier Diskutierte stimmt uns nicht unbedingt hoffnungsfroh. So, wie es derzeit aussieht, bleibt es bei sehr kleinen Schritten hin zu einer Mini-Tarifreform, ohne dass sich strukturell etwas ändern würde. Darauf möchte ich aber gleich noch eingehen.

Zunächst kurz zum Antrag der AfD. Wie so oft kommt sie mit wenigen Sätzen hinterherspaziert, schreibt das Wort „Antrag“ drüber und schießt ein paar Forderungen aus der Hüfte, mit denen sie noch schnell punkten will. Ja, über ticketfreie Verkehre sollten wir reden. Stellt man aber die größte Benutzergruppe, die Schülerinnen und Schüler, frei, hat das natürlich Folgen für die Struktur und die Finanzierung des ÖPNV. Auch über diese Folgen sollten Sie ein paar Worte verlieren, auch in Ihren Eckpunkten sollte das zumindest angerissen werden. Gegen eine Preissenkung bei Zeitkarten wird ebenfalls niemand etwas einwenden, Sie deuten aber nicht an, welche Senkung Ihnen dabei vorschwebt. Weder verraten Sie irgendetwas über die finanziellen Dimensionen noch sagen Sie, ob Sie im Gegenzug an anderer Stelle kürzen wollen. Ihr Antrag belässt es wieder bei vagen Absichtsbekundungen, daher werden wir ihm auch nicht zustimmen.

Das Saarland liegt bei der Nutzung von Bus und Bahn schon lange deutlich zurück. Deshalb begrüßen wir es natürlich, dass sich überhaupt etwas tut. Es ist schön, dass das Land ankündigt, bei der Tarifgestaltung in den kommenden Jahren 10 Millionen

bis 15 Millionen Euro zusätzlich einzusetzen. Dass dabei auf die Kreise und die Kommunen zugegangen wird, das ist der richtige Weg.

Wir sind auch keineswegs grundsätzlich gegen Flat-rate-Tickets und die Entlastung bestimmter Nutzergruppen. Wieso aber ausgerechnet die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Berufspendlerinnen und Berufspendler aus der Regelung herausfallen sollen, weil die entsprechenden Tickets nämlich erst ab 09.00 Uhr am Morgen gelten, das verstehe wer will.

Langfristiges Ziel könnte ein komplett ticketloser Nahverkehr sein. Das ist nicht von heute auf morgen machbar und auch nicht ohne Weiteres finanzierbar. Als ersten Schritt hatten wir daher vorgeschlagen, landesweit einen ticketlosen Samstag zu testen oder aber sich andere Tarifmodelle, etwa das Wiener Modell, näher anzuschauen.

Auch die kleinteilige Wabenstruktur halten wir nach wie vor für hinderlich. Wir sind daher gespannt, ob es bei den Tarifen noch zu einer echten Reform kommen wird oder ob schlechte Tarife letztlich nur schönere Bezeichnungen erhalten. Wenn wir uns nicht im Klein-Klein verlieren wollen, müssen wir auch über die Strukturen reden. Kleine kosmetische Korrekturen reichen nicht aus. Wir halten es nach wie vor für richtig, das Kompetenzwirrwarr zu beenden und den ÖPNV stattdessen in einem Landesbetrieb zu organisieren.

Wenn aber wie bisher 17 öffentliche und private Verkehrsunternehmen mit Bussen und Bahnen im Land unterwegs sind, dann wird ein abgestimmter ÖPNV mit sinnvoll getakteten Fahrplänen, bezahlbaren Preisen und ordentlichen Arbeitsbedingungen nahezu unmöglich. Hinzu kommen teure Preise und eine besonders schlechte Anbindung im ländlichen Raum. Für uns ist klar, ohne Investitionen in den Ausbau des ÖPNV insbesondere auf dem Land bringen auch bessere Tarife wenig. Selbst ticketfreie Busse und Bahnen werden nur dann von den Menschen genutzt, wenn es halbwegs attraktive Verbindungen gibt. Wir brauchen vor allem zusätzliche Linien und die Reaktivierung von Strecken. In den letzten Wochen und Jahren ist das Land aber vor allem durch Reduzierungen, Stilllegungen und Zugausfälle aufgefallen. Bislang erkennen wir kein stimmiges Konzept der Landesregierung zur Wiederbelebung des saarländischen Nahverkehrs. Das, was bisher zur Tarifreform bekannt ist, bleibt vor allem Flickwerk, an den Strukturen ändert sich zu wenig. Das ist vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Notwendigkeit einer echten Verkehrswende fahrlässig. - Vielen Dank.

(Abg. Schramm (DIE LINKE))

(Beifall von der LINKEN.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Frau Abgeordnete. - Das Wort hat nun für die CDU-Fraktion die Kollegin Sarah Gillen.

**Abg. Gillen (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, Sie hätten den Auftrag, ein Haus zu sanieren. Eine Grundsanierung ist kompliziert, man muss das Haus gründlich untersuchen. Dann erst kann man mit vielen verschiedenen Beteiligten ans Werk gehen. Den Herren von der AfD-Fraktion ist das aber zu kompliziert. Sich mit Fakten auseinanderzusetzen, ist ja insgesamt nicht so Ihre Stärke, viel lieber äußern Sie populistische Forderungen.

Deshalb nehmen Sie hier auch nur einen Eimer Farbe in die Hand, wollen dem Haus einen neuen Anstrich geben und behaupten, das wäre die Lösung. - Zu kurz gesprungen, kann ich da nur sagen. Sie haben den Auftrag von einzelnen Wählerinnen und Wählern bekommen, Ideen für ein gutes Saarland zu entwickeln. An dieser Aufgabe scheitern Sie jedoch grandios, das kann man heute schon wieder feststellen. Anstatt sich wirklich mit den Problemen im ÖPNV auseinanderzusetzen, schlagen Sie einfach vor, die Nutzung des ÖPNV für unter 18-Jährige und über 65-Jährige kostenlos zu machen, sowie Einzeltickets auf 1 Euro zu begrenzen. Zeitkarten sollen auch günstiger werden. Und das nennen Sie dann Tarifreform? Hier ist es für Sie sogar offensichtlich zu viel Arbeit, zu benennen, wie viel günstiger das Ganze werden soll. Das sind also rein populistische Forderungen, und diskriminierend, Herr Dörr, sind sie noch dazu. Eine Lösung für einen guten, zuverlässigen ÖPNV, und vor allem wie er finanziert werden soll, bieten Sie nicht an. Ich wiederhole, das ist wirklich zu kurz gesprungen.

Die Fraktionen von CDU und SPD hingegen nehmen die Herausforderungen an und arbeiten wirklich im Auftrag der Wählerinnen und Wähler. Um nochmal auf das Beispiel des Hauses zurückzukommen: Wir arbeiten an einem guten Fundament, damit wir auch für nachfolgende Generationen ein stabiles Haus hinterlassen. Dazu gilt es einerseits, das Verkehrsnetz auszubauen. Welche Strecken im Saarland weiter ausgebaut werden sollen, wird aktuell im Verkehrsentwicklungsplan untersucht. Frau Schramm, ich glaube, Sie waren in der Ausschusssitzung, in der der Plan vorgestellt wurde. Von daher ist der Vorwurf, dass wir als Landesregierung nicht tätig sind, auch etwas unfair, würde ich mal sagen.

Das sind sozusagen die Grundpfeiler des Hauses. Dann werden die Versorgungsleitungen auf den neuesten Stand gebracht. Dazu werden Strecken elektrifiziert und Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut. Für mehr Komfort wird die Digitalisierung genutzt für die SaarVV-App und das digitale Ticket. Außerdem soll ein Saarlandtakt eingeführt werden mit einer S-Bahn Saarland. Damit wird sichergestellt, dass alles im Haus gut aufeinander abgestimmt ist und miteinander harmoniert.

Und zu guter Letzt kommt die Krönung des Ganzen, das besondere Etwas: Während man im Hause nun Farbe an die Wände bringt, schaffen wir im ÖPNV ein neues Tarifsysteem. Aber eines, das den Namen Tarifsysteem verdient, das eben für alle Gruppen Erleichterungen bringt, nicht nur für unter 18-Jährige und über 65-Jährige. Zum Beispiel das Schülerticket mit Geschwisterrabatt, das im ganzen Saarland anstatt nur in einem Landkreis gelten wird, für 49 Euro. Das Azubi-Ticket für 59 Euro mit der Möglichkeit für Arbeitgeber, zusätzlich finanziell die Nutzung des ÖPNV zu unterstützen. Oder auch das Ticket für alle diejenigen, die erst ab 09.00 Uhr fahren. Frau Schramm, ich will Ihnen das gerne erklären. Die Nutzer bezahlen eben nur 39 Euro im Monat, da sie nicht zur Hauptlastzeit fahren, also wenn Schüler und Berufstätige schon auf der Arbeit sind. Die Züge werden ausgelastet, wir brauchen also keine zusätzlichen Züge, es spart uns wieder Geld, und wir nutzen den Zug zu schwachen Zeiten eben noch mehr. Wir schaffen Tageskarten und Gruppentageskarten, damit auch Touristen und Gelegenheitsnutzer nicht von hohen Preisen abgeschreckt werden. Allerdings nicht für 1 Euro, das Geld haben wir als Land nicht zur Verfügung.

Ich bin mir aber sicher, der Blumenstrauß an Maßnahmen, den ich aufgeführt habe, bringt den Nutzern des ÖPNV deutlich mehr als Ihre Augenwischerei mit diesem Alibiantrag.

(Beifalls bei den Regierungsfractionen.)

Wir bringen die Akteure an einen Tisch und reden mit den Landräten zwecks einer Einführung eines Sozialtickets. Wir koordinieren und nehmen unsere Aufgaben als Architekt eines funktionierenden Gesamtsystems an. Wir verbessern auch die Qualität und Substanz des öffentlichen Personennahverkehrs im Saarland und klecksen nicht einfach einen Eimer Farbe drauf, wie Sie es hier versuchen. Ich bin sicher, die Wählerinnen und Wähler erkennen diese unsere Arbeit an, auch wenn es länger dauert, grundsätzlich und substantiell zu arbeiten. Jeder saarländische Häuslebauer wird bestätigen, dass ein Eimer Farbe ein Haus nicht rettet. Deshalb be-

(Abg. Gillen (CDU))

schreiten wir als CDU-und SPD-Fraktion gemeinsam mit der saarländischen Landesregierung unseren eingeschlagenen Weg auch weiter und lassen uns nicht durch so kurz gesprungene Anträge beeindrucken. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Frau Abgeordnete. Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1231 der AfD-Landtagsfraktion. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag 16/1231 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben die Regierungsfractionen sowie die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zu Punkt 14 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: saarländische Landwirtschaft unterstützen (Drucksache 16/1236)**

Ich möchte noch informieren, dass Herr Minister Jost entschuldigt ist, denn er ist dienstlich auf dem Weg nach Berlin. Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst vor Kurzem demonstrierten saarländische Bauern vor dem Landtag. In Berlin hatten 8.000 Traktoren den Verkehr lahmgelegt. Den Bauern reicht es, sie gehen auf die Barrikaden. Landwirtschaft leidet immer schon unter Trockenheit und Starkregen, Schädlingen und Krankheiten, neuerdings aber mehr noch unter Städtern und Aktivisten. Jetzt rollen die Traktoren protestierend durch die Städte anstatt über die Felder. Wir haben vergessen, warum wir jeden Tag satt werden. Geldgierige Umweltverschmutzer, Bodenvergifter, Insektentöter, Abgreifer von Subventionen, das sind die Bezeichnungen für unsere Landwirte von verschiedenen Leuten. Kein Zweifel, das Bild der Bauern in der Öffentlichkeit ist schlecht. Städter, die kaum Weizen von Roggen und Pflug von Egge unterscheiden können, wissen genau Bescheid. Die Landwirte düngten zu viel und vergifteten mit ihren Chemiekeulen jedes Leben.

Dass das tägliche Brot von eben jenen Äckern kommt, scheint niemanden zu interessieren. Früher waren die Präsidenten der Bauernverbände in den Medien vertreten, heute sind es die VertreterInnen der NGOs, die das große Wort führen und in professionell ausgearbeiteten Kampagnen die Bauern in die Ecke drängen. Das ist auch noch einmal zum Thema öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen.

Wenn die Probleme und Anliegen der Bauern nicht ernst genommen werden, werden wir demnächst erleben, dass brennende Autoreifen und die Sperrung von Autobahnen wie in Frankreich öfter zu sehen sind. Warum gehen die Bauern auf die Straße? - Wir alle, die Verbraucher, die Lebensmittelkonzerne und die Behörden, machen den Bauern das Leben schwer. Sie arbeiten mit ihren Familien weit mehr als acht Stunden am Tag und oft das ganze Wochenende durch. Wenn die Arbeit auf dem Feld und im Stall beendet ist, sitzen sie am Schreibtisch und machen bürokratische Arbeit.

Zu allem Überfluss müssen sie sich dann noch als Umweltverschmutzer beschimpfen lassen, meist von Leuten oder NGOs, die keine Ahnung haben. Der Vorwurf: Die Landwirte düngen zu viel und vergiften die Böden. Dass das tägliche Brot von diesen Böden kommt, darum scheren sich diese Leute nicht. Dass demnächst 10 Milliarden Menschen ernährt werden müssen, darum scheren sie sich auch nicht. Wie die Bauern das Problem lösen können, darum scheren sich diese Leute auch nicht. Der Abstand zwischen der Bevölkerung zur Landwirtschaft ist in den letzten Jahren gewaltig gewachsen. Viele reden über Landwirtschaft, sie kennen allerdings nicht die Probleme der Bauern. Wer will unter diesen Bedingungen heute noch einen Hof übernehmen? Hohe Arbeitszeiten, kaum Familienleben und reich wird man auch nicht. Wenn die Bauern keinen Nachwuchs mehr finden, heißt das Schließung von Betrieben, Versteppung uralter Kulturlandschaft und das Ende bäuerlicher Traditionen. Das Leben auf dem Land wird noch schwieriger, als es ohnehin schon ist, und die Landflucht nimmt dann richtig Fahrt auf. Ländliche Regionen fallen dem Niedergang zum Opfer.

Das sind keine Zukunftsbilder. Das hat ja schon alles eingesetzt. Wir sind aufgerufen, das einzudämmen. So wird es kommen, wenn wir nicht handeln. Die Bauern sind einem extremen Preisdiktat des Lebensmittelhandels ausgesetzt. Sie werden jährlich zu den berüchtigten Jahresgesprächen herbeizitiert und bekommen dann die Preise vorgesetzt. Ob sie kostendeckend sind oder nicht, interessiert den Handel nicht. Wer soll dann noch in teure Maschinen investieren? Als ob nicht der Kampf gegen Naturge-

**(Abg. Dörr (AfD))**

walten, schlechte Ernten und miese Preise genug wäre, nein, die Bauern müssen sich auch noch mit einer Vielzahl von Verboten und Bürokratie auseinandersetzen. Ich frage den Umweltminister - der jetzt entschuldigt ist, weil er in seinem Amt unterwegs ist; wir wünschen ihm viel Erfolg bei seiner Arbeit -, was haben Sie getan, um unsere Bauern von unnötiger Bürokratie zu befreien? Auch wir müssen uns fragen lassen, was wir getan haben, um die Leute von Bürokratie zu befreien. Zu wenig, würde ich einmal antworten.

Wir drangsalieren allerdings auch die Bauern mit dieser unsäglichen Grenzwertpolitik. Es geht um diese ominösen Nitratwerte. Von den GRÜNEN stammt die Panikmache, dass die Bauern zu viel Nitrat auf die Felder kippen würden und dass Deutschland die schlechtesten Grundwasserwerte hätte. Das wurde von der EU aufgenommen mit der Folge, dass Deutschland Sanktionen angedroht wurde. Eigenartig ist nur, dass die Landwirtschaft in Frankreich viel intensiver ist, aber dort bleibt die Landwirtschaft von Sanktionen verschont. Wir haben das ja schon einmal gehabt, dass die Grenze Wunder wirkt. Das war damals, als Tschernobyl war. Bei uns hat jeder aufgepasst und es gab Verbote, aber in Forbach wurde noch auf der Straße Obst und Gemüse verkauft, weil die Wolke genau an der Grenze stehengeblieben ist. Das haben wir hier auch.

Nun liegt eine Düngeverordnung vor, wonach bis zu 20 Prozent weniger Stickstoff ausgebracht werden dürfen. Das bedeutet, rund 20 Prozent weniger Ertrag. Kein Wort darüber, wie die Bauern das stemmen können. Aus ökologischer Sicht ist nichts gegen einen geringen Eintrag von Dünger einzuwenden. Natürlich ist das wünschenswert, am besten gar keiner, aber dann gibt es auch keine Erträge. Die entscheidende Frage ist jedoch, wer den Bauern den Verlust ersetzt. Wenn man 20 Prozent weniger Einnahmen hat, weil man der Gemeinschaft dient, kann man von der Gemeinschaft vielleicht auch erwarten, dass sie mir diese 20 Prozent ersetzt. Davon ist aber keine Rede. Darauf muss die Politik eine Antwort haben, bevor sie sich von der EU zu einer schärferen Düngeverordnung zwingen lässt. Wenn Sie unseren saarländischen Landwirten wirklich helfen wollen, widersetzen Sie sich im Bundesrat dieser Verordnung. Das ist ein Appell an unsere Landesregierung. Die Bauernschaft lehnt die pauschale Deckelung der Düngung bei 80 Prozent ab und fordert Erleichterungen für Betriebe, die gewässerschonend wirtschaften. Helfen Sie unseren Bauern bei der Bewältigung der riesigen Probleme und der Probleme, die noch kommen werden.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Landwirtschaft gehört die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und die Pflege der Naturlandschaften. Das ist die Aufgabe, die die Landwirtschaft hat. Kurz zusammengefasst: Wenn wir ihr helfen können, sollten wir ihr helfen. Unser Antrag zielt darauf, dass unsere Regierung diese Geschichte im Bundesrat ablehnt. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion die Kollegin Pia Döring.

**Abg. Döring (SPD):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im letzten Plenum haben wir ausgiebig über den Antrag „Landwirtschaft im Saarland hat Zukunft“ beraten. Ihr Antrag besteht aus genau zwei Forderungen in zwei Sätzen gefasst. Zur ersten Forderung: Ja, zur zweiten: Nein. Dabei könnte ich es eigentlich belassen, aber das wäre dem Thema nicht gerecht. Deshalb will ich dann doch ein paar Sätze sagen. Sie können uns an mancher Stelle viel vorwerfen. Aber was Sie nicht kritisieren können, ist die Unterstützung der Landesregierung für die Landwirtschaft, für die Bauern und für die Viehhaltung, denn da genießen sie unsere volle Unterstützung, weil die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftszweig im Saarland ist und für den Erhalt der Kulturlandschaft unverzichtbar. Weil wir Lebensmittel nachhaltig produzieren wollen, setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass auch in Zukunft die Landwirtschaft im Saarland bestehen kann.

Das Saarland ist eine gentechnikfreie Anbauregion mit einem Anteil von fast 20 Prozent an Ökolandwirtschaft und damit Spitzenreiter in der Bundesrepublik. Dies ist nur deshalb möglich, weil die Landwirtschaft die maximale Unterstützung der Landesregierung erhält, in der Vergangenheit, jetzt und auch in der Zukunft.

Zum zweiten Teil Ihres Antrags. Es geht nicht um die Düngemittelverordnung - die gibt es auch, aber darin werden die Vorgaben für das Inverkehrbringen von Düngemitteln, Ausgangsstoffe, Beschaffenheit, Grenzwerte et cetera geregelt -, sondern um eine Düngeverordnung. Dem Entwurf der Bundesregierung sollte das Saarland auf jeden Fall am 03. April zustimmen, da Deutschland ansonsten im Vertragsverletzungsverfahren Strafzahlungen an die EU-Kommission leisten muss.

**(Abg. Döring (SPD))**

Das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz veranstaltet als Vorsitzland der Agrarministerkonferenz morgen ein Sonder-Agrarministertreffen in Berlin zum Thema Düngeverordnung mit dem Ziel der konstruktiven Vorbereitung der Verhandlungen im Bundesrat. Deutschland verstößt derzeit gegen seine Verpflichtungen zum Schutz der Gewässer vor Einträgen aus der Landwirtschaft im Rahmen der Nitratrichtlinien und somit gegen EU-Recht.

Dies hat der Europäische Gerichtshof mit seinem Urteil vom 21.06.2018 eindeutig festgestellt. Die EU-Kommission hat Deutschland verklagt, weil das Grundwasser seit mehreren Jahren an zahlreichen Stellen mit zu viel Nitrat belastet ist und sich dies in den letzten Jahren trotz der ergriffenen Maßnahmen nicht deutlich verbesserte. Außerdem gelangen nach wie vor zu viele Nährstoffe wie Stickstoff und auch Phosphor aus Dünger in das Grundwasser und die Oberflächengewässer und somit auch in die Nord- und Ostsee.

Das führt zur Störung des Gewässergleichgewichts, zu Algenblüten und letztlich dazu, dass die Gewässer umkippen. Wasserpflanzen wachsen zu üppig, wenn sie absterben, gibt es zu wenig Sauerstoff für Fische und andere Wasserorganismen. Die EU-Nitratrichtlinie sieht vor, dass verstärkt zusätzliche Maßnahmen zur Minderung des Eintrags von Nährstoffen wie Stickstoff ergriffen werden müssen, sobald deutlich wird, dass die bis dahin ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um eine deutliche Verminderung der Gewässerbelastung zu erreichen. Dies hat Deutschland angesichts der bestehenden Belastung der Küstengewässer versäumt und muss daher schnellstmöglich handeln. Auch der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil festgestellt, dass einige Regelungen der Düngeverordnung nicht den Vorgaben der EU-Nitratrichtlinie entsprechen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs bezieht sich zwar auf die Düngeverordnung von 2006, daraus ergibt sich aber dringender Überarbeitungsbedarf auch für die Düngeverordnung von 2017. Zwangsgelder von bis zu 857.000 Euro pro Tag bis zur Beendigung des Verstoßes werden fällig, wenn wir jetzt nicht reagieren.

Folgende wesentliche Ergebnisse wurden von der Bundesregierung für die Nitratrichtlinien der EU-Kommission erzielt: Der Nährstoffvergleich soll durch eine Aufzeichnungspflicht der Düngemengen ersetzt werden, die Sperrfristen, mit denen die Ausbringung von Düngemitteln in den Herbst- und Wintermonaten verboten ist, soll verlängert werden, die Düngung auf gefrorenem Boden soll verboten werden, die Abstände zu Gewässern in geneigtem Gelände sollen vergrößert werden und in nitrat- und

phosphatbelasteten roten Gebieten werden bundesweit verpflichtende Maßnahmen ergriffen.

Der Schutz unseres Grundwassers ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Mit der aktuellen Novellierung der Düngeverordnung tragen wir diesem Anliegen Rechnung. Die weitere Verschärfung der Düngeregelung ist nötig, wenn wir die Nitratwerte im Wasser auf ein akzeptables Niveau absenken, das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland endlich beenden und Strafzahlungen vermeiden wollen. Die Düngung in Deutschland wird damit nachhaltiger, ohne dass landwirtschaftliche Betriebe über das erforderliche Maß hinaus eingeschränkt werden. Mit niedrigen Nitratwerten beugen wir steigenden Trinkwasserpreisen vor und schützen unsere Artenvielfalt. Das nutzt allen. - Wir lehnen Ihren Antrag natürlich ab. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Frau Abgeordnete. - Ich möchte Sie darüber informieren, dass Frau Ministerin Rehlinger sich wegen eines dringenden dienstlichen Termins ebenfalls entschuldigen musste. - Das Wort hat nun der Kollege Ralf Georgi für die Fraktion DIE LINKE.

**Abg. Georgi (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auf den Antrag der AfD werde ich nur mit ein paar kurzen Sätzen eingehen. Die Lage der saarländischen Landwirte wurde im letzten Plenum ausführlich behandelt. Daher muss an dieser Stelle nichts mehr wiederholt werden. Zur geforderten Ablehnung der geänderten Düngemittelverordnung im Bundesrat im April 2020 wurde inhaltlich vier Mal im zuständigen Unterausschuss berichtet und diskutiert, zuletzt am Freitag, dem 28. Februar 2020. Da fehlte der AfD-Vertreter leider. Das ist kein Vorwurf. Ich bin mir sicher, wenn er dabei gewesen wäre, würden wir über diesen Antrag heute nicht diskutieren.

(Abg. Commerçon (SPD): Da bin ich mir nicht so sicher! - Abg. Renner (SPD): Ich auch nicht!)

Nur noch so viel: Bei der Umsetzung der europäischen Nitratrichtlinie hat es die Bundesregierung versäumt, frühzeitig entsprechende Regelungen einzuführen. Die Düngeverordnung wurde dann zwar 2016 verschärft, das reichte aber nicht aus. Daher wurde Deutschland im Juni 2018 vom Europäischen Gerichtshof verurteilt. Bis April 2020 muss nun eine Düngemittelverordnung beschlossen werden, die die EU-Richtlinie vom Dezember 1991 vollständig um-

**(Abg. Georgi (DIE LINKE))**

setzt. Ansonsten drohen Geldstrafen in Höhe von etwa 860.000 Euro am Tag. Diese Strafzahlungen, die dann auf die Bundesländer verteilt werden, sollten natürlich vermieden werden. Daher sollte die neue, geänderte Düngemittelverordnung so schnell wie möglich in Kraft treten. Wenn die AfD dies nicht will, muss sie auch sagen, woher sie das Geld für die Strafzahlungen nehmen will. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Abgeordneter. - Das Wort hat nun für die CDU-Landtagsfraktion der Kollege Günter Heinrich.

**Abg. Heinrich (CDU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Tagesordnung heute ansieht, so erkennt man, dass sie heute Nachmittag ganz wesentlich von den Themen der AfD bestimmt wird. Ich glaube, Sie sind zum großen Teil mit mir einig, dass dies eine besonders große Herausforderung an die Ernsthaftigkeit, die Geduld und Aufmerksamkeit von uns Abgeordneten ist. Der Antrag der AfD reiht sich in die systematische Wiederholung von Anträgen und Themen ein, die innerhalb eines kurzen Zeitfensters hier im Hohen Hause behandelt worden sind, ohne dass damit irgendein Ansatz von Erkenntnisgewinn verbunden ist.

Ich darf daran erinnern, wir haben im vorletzten Präsidium zur Vorbereitung der Landtagssitzung vom 12. Februar ausdrücklich beschlossen und festgelegt, dass das Thema Landwirtschaft zum Schwerpunktthema dieser Landtagssitzung wird. Anträge dazu kamen von den Koalitionsfraktionen und von der DIE LINKE-Landtagsfraktion, kein Antrag wurde von der AfD-Landtagsfraktion gestellt. Es war also Schwerpunktthema am 12. Februar, die Tribüne war voll besetzt mit Landwirten, mit Bauernfamilien, die mit ihren Sorgen hier waren, um zu hören, wie die Positionen der einzelnen Parteien sind. Wenn Sie sich nun hier hinstellen und der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen vorwerfen, dass das Thema Landwirtschaft nicht ernst genommen werde, dass die Probleme nicht ernst genommen würden, dann frage ich: Wie ernst haben Sie das Problem genommen, als das Schwerpunktthema Landwirtschaft in diesem Hause im letzten Plenum behandelt worden ist?

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN. - Abg. Dörr (AfD): Die Bauern haben sich anschließend an mich gewandt!)

Ich komme auf Ihren dürren Antrag zurück, in dem Sie das Höfesterben beklagen und die Landesregierung auffordern, das Höfesterben zu verhindern. In Ihrem Antrag steht ein einfacher Satz: Die Landesregierung möge das Höfesterben verhindern. Wissen Sie, wenn im Kindergarten der Antrag an die Landesregierung formuliert würde, die Landesregierung solle dafür Sorge tragen, dass im Saarland paradiesische Zustände herrschen, dann, davon bin ich überzeugt, würden sich die Kinder zumindest Gedanken darüber machen, was der Inhalt ihres Antrages sein soll. Das kann ich bei Ihnen nicht unterstellen. Wenn Sie hier vortragen, Ihr Antrag sei konkret, dann frage ich Sie, wo er konkret ist in Bezug auf das Höfesterben.

Bei der letzten Landtagssitzung ist die Einkommenssituation der Landwirte dezidiert behandelt worden. Es wurde dezidiert klargestellt und dargelegt, wie die Einkommenssituation der Landwirte im Saarland durch den Einsatz dieser Landesregierung verbessert worden ist. Ich erinnere nur an die Ausgleichszulage.

(Abg. Dörr (AfD): Die Landwirte sind unzufrieden!)

Sie sind die Oppositionsfraction. Ich verlange von der Oppositionsfraction, dass sie die Landesregierung fragt. Ich verlange von der Oppositionsfraction, dass sie zu den einzelnen Themen klar die Punkte nennt: Erstens, zweitens, drittens, das habt ihr falsch gemacht, unsere Vorschläge zu diesem Thema sind erstens, zweitens, drittens. - Nichts dergleichen ist erfolgt. Das hätte einen Diskurs und eine Auseinandersetzung, über unterschiedliche Sachthemen ermöglicht. Nichts dergleichen ist gewesen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ein weiterer dürre Satz in Ihrem Antrag lautet: „Hierzu gehört auch unter anderem die Ablehnung der Düngemittelverordnung, die im Bundesrat zur Abstimmung steht.“ - Sie sind Abgeordneter dieses Hauses. Sie sind mitverantwortlich für das, was in diesem Land geschieht. Gott sei Dank sind Sie nur drei Abgeordnete, die letztendlich keine Mehrheit in diesem Land finden, aber Sie haben Ihren Beitrag hier in diesem Land zu leisten. Dafür werden Sie bezahlt. Wenn Sie in einem solch dürren Satz die Ablehnung der Düngemittelverordnung beantragen oder die Landesregierung damit beauftragen wollen, dann müssen Sie auch darlegen, welche Konsequenzen das hat und wie Sie diese abstellen wollen. Das ist eben vom Kollegen George gesagt worden: 860.000 Euro täglich hat der Bund zu zahlen, wenn diese Düngemittelverordnung nicht in Kraft tritt.

(Abg. Heinrich (CDU))

Sie haben ja unterstellt, wir würden uns nicht um die Probleme der Landwirte scheren. Die Düngeverordnung ist ein großes Thema in der Landwirtschaft. Man muss aber auch sagen, dass die Landwirtschaft im Saarland von der Düngeverordnung, insbesondere von der Nitratbelastung nur partiell betroffen ist. Aber auch nur diese partielle Betroffenheit hat dazu geführt, dass die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen vor Ort waren und mit den Landwirten gesprochen haben. Die Labore wurden vor Ort zitiert, um zu klären, ob die festgestellten Werte, in der Tat real sind und zu diesen Restriktionen führen. Nichts dergleichen kann man von Ihnen sagen. Die AfD war nicht vor Ort und wurde nicht gesehen. Und Sie unterstellen uns, wir würden uns um die Interessen der Landwirtschaft nicht kümmern. Ich kann Ihnen nur sagen, wir haben das Thema Landwirtschaft in der letzten Landtagssitzung mit allen Problemen, die Sie nun versucht haben zu thematisieren, dezidiert abgearbeitet. Wir sind bei den Landwirten, sie haben die Unterstützung dieser Landesregierung und der Koalitionsfraktionen. Da besteht auch bei den Landwirten kein Dissens. Bei den Veranstaltungen und den Mahnfeuern, die die landwirtschaftlichen Organisationen organisiert haben, wurden Sie nie gesehen. Man hat Sie nicht gesehen und man will Sie auch nicht sehen, weil man ganz genau weiß, dass mit Ihnen in diesem Land kein Staat zu machen ist.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

In der Tat ist Ihr Antrag auch nicht wert, sich darüber auszulassen. Allein aus Gründen der fehlenden Ernsthaftigkeit und der übergroßen thematischen Lücken, die heute präsent wurden, lohnt es sich nicht, sich weiter mit Ihnen auseinanderzusetzen. Der Antrag gehört abgelehnt. Genau das werden wir jetzt gleich tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Abgeordneter. - Für die AfD-Fraktion hat nun Herr Fraktionsvorsitzender Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte eigentlich eine Kurzintervention machen, aber ich bin nicht gesehen worden. Dann nutze ich noch die Restredezeit. Ich mache es ganz kurz. Herr Heinrich: Thema verfehlt.

(Zurufe: Oh.)

Sie können hier lang und blumig bemängeln, dass ich nicht bei jeder Bauern demonstration dabei bin. Ich kann nicht gleichzeitig überall sein. Fakt ist: Landwirte haben sich an uns gewandt. Sie sind äußerst unzufrieden. Mir ist berichtet worden, dass sie in der Sitzung, als sie hier waren, dauernd den Kopf geschüttelt haben. Das ist ein Fakt. Wenn sie unzufrieden sind, dann muss es eine Partei geben, die sich darum kümmert.

(Sprechen.)

Wir haben hier unsere Meinung - das ist die Meinung vieler Bauern; so sage ich es vorsichtshalber - vorgetragen. Aber wir haben in ein Wespennest gestochen. Das ist eine Lücke. Wenn man fragt, wer das bezahlen soll, dann ist es Aufgabe der Regierung, das herauszufinden. Aber die Bauern haben ein Problem. Dieses Problem wollen wir mit diesem Antrag mildern.

Wir glauben nicht, um es in einem Satz zu nennen, dass man mit irgendeiner Maßnahme die Verödung auf dem Land verhindern kann. Selbstverständlich ist das ein Strauß von vielen Maßnahmen - ÖPNV und alles Mögliche. Aber man darf es doch erwähnen. Sie suchen aber mit Gewalt irgendetwas, um unsere Anträge klein zu machen.

Ich bin jetzt persönlich. Normalerweise bleibe ich bei der Sache und rege mich nicht über Leute auf, was Sie jedes Mal hier machen. Jedes Mal wird gesagt: Es kommt von der AfD und immer wieder ein Antrag, in dem nichts drin steht. Ich muss doch keinen Antrag von drei Seiten stellen, um eine ganz einfache Wahrheit rüberzubringen. Weshalb werden die Anträge von uns dauernd wiederholt? Natürlich werden sie wiederholt! Stimmen Sie doch zu, dann kommen sie nicht mehr!

(Lachen.)

Sehen Sie, so einfach ist das. Wir werden auch nicht nachlassen. Wir haben noch zwei Jahre Zeit, den Leuten draußen zu zeigen, was hier immer abgelehnt wird.

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender. - Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1236. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält

**(Vizepräsidentin Spaniol)**

sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1236 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion; dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen sowie die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zu Punkt 15 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Scharfe Zurückweisung der Aufforderung der Bundeskanzlerin, eine legale und legitime demokratische Wahl durch ein Landesparlament „rückgängig“ zu machen (Drucksache 16/1235)**

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Abgeordneten Rudolf Müller das Wort.

(Unruhe.)

**Abg. Müller (AfD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 05. Februar 2020 fand im Freistaat Thüringen eine Landtagswahl statt, die ein für manche überraschendes Ergebnis hatte. Der Fraktionsvorsitzende der kleinsten Partei wurde zum Ministerpräsidenten gewählt. Was auch immer man an politischer Wertung dazu sagen mag - es war eine politisch komplexe Situation mit ideologisch sehr widersprüchlichen Positionen - und was auch immer an politisch kontroverser Wertung zu hören und zu lesen war, es war ein völlig ordnungsgemäße Personenwahl nach demokratischen Vorgaben: allgemein, frei, gleich und geheim durch ebenso gewählte Volksvertreter.

Am nächsten Tag nannte die Bundeskanzlerin Merkel diese Wahl vom Ausland her öffentlich und wörtlich „unverzeihlich“. Schon diese Aussage von Merkel, die in ihrer Funktion als Bundeskanzlerin getätigt wurde, ist im umgekehrten Sinne schon „unverzeihlich“, denn es steht einer Kanzlerin oder einem Kanzler nicht zu, eine Wahl in einem anderen Verfassungsorgan zu kommentieren, schon gar nicht in einer Art und Weise, die politisch oder faktisch oder sonst wie als Aufforderung verstanden werden kann, eine Wahl und ihr Ergebnis nicht zu respektieren.

Absolut inakzeptabel aber ist die Forderung aus dem Mund der Bundeskanzlerin, diese Wahl rückgängig zu machen. Das ist ja dank eines FDP-Umfallers dann auch geschehen. Wahl rückgängig machen - das ist aus ihrem Munde eine offensichtliche Aufforderung zum Verfassungsbruch. Nach Art. 20 Abs. 1 des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. In Art.

30 steht klipp und klar: „Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt.“ - Soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt!

Natürlich steht in diesem Grundgesetz nirgends, dass ein Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin eine Wahl in einem Bundesland rückgängig machen oder dazu auffordern kann. Es gibt also ein Kompetenzgefüge und das verfassungsrechtlich verbrieft Recht nicht nur Thüringens, sondern auch aller anderen Länder inklusive des Saarlandes auf staatliche Selbstorganisation der Bundesländer.

Wenn eine Bundeskanzlerin öffentlich und in Ausübung ihres Amtes als Spitze der Bundesregierung die Rückgängigmachung eines außerhalb ihrer Zuständigkeit liegenden Staatsorganisationsaktes fordert, liegt hierin ein Verstoß gegen ein Strukturelement des Verfassungsstaates, nämlich gegen die vertikale Gewaltenteilung unseres Staates. In diesen Worten des Vorsitzenden Richters am Verwaltungsgericht Hamburg Dietrich Hölz kommt zum Ausdruck, was sinngemäß schon jeder Oberstufenschüler eines Gymnasiums oder andere junge Leute wissen müssten, natürlich auch jeder Wähler.

(Ministerpräsident Hans verlässt den Saal.)

Herr Ministerpräsident, Sie können es sich noch anhören. Das ist auch wichtig für Sie. - Das gilt natürlich auch für jeden Wähler, der einmal einen Landtag wählt und ein anderes Mal einen Bundestag. - Ich wünsche guten Appetit.

(Unruhe.)

Diesen Verstoß - - Ich finde das ungehörig - -

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Herr Abgeordneter Müller, bitte mäßigen Sie sich. Es sind schwierige Gespräche in schwierigen Situationen im Rahmen der Landesregierung im Moment in Gang. Deshalb sind auch Mitglieder der Landesregierung hier entschuldigt. Ich bitte Sie sehr um Mäßigung bei Ihrer Wortwahl.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

**Abg. Müller (AfD):**

Okay. Meine kurze Redezeit hätte er sich noch anhören können. - Diesen Verstoß, meine Damen und Herren, wollen wir scharf gerügt wissen und in schärfster Form zurückweisen. Der Vorgang betrifft

**(Abg. Müller (AfD))**

nicht nur Thüringen, sondern jedes Bundesland, auch das Saarland. Es ist eine Frage der Selbstachtung als saarländischer Landtag, dieser Kanzlerin klarzumachen, was geht und was nicht geht. Das ist umso dringender notwendig, umso dringender und drängender, je mehr klar wird, dass die Medien, die wesentliche Wächter der Demokratie sein sollten, hier komplett versagen.

Wie total die politisch durchgesetzten Medien versagen, können Sie an folgendem Gedankenspiel sehen: Stellen Sie sich vor, ein prominenter AfD-Politiker hätte diese oder eine andere Wahl als unverzeihlich bezeichnet und öffentlich verlangt und aufgefordert, sie - wörtlich - „rückgängig“ zu machen. Ein tage- und wochenlanges Mediengeheule wäre sicher gewesen. Ebenso noch mehr Steuergeld für den sogenannten Kampf gegen Rechts. Und natürlich wäre eine intensive Überwachung durch den Verfassungsschutz gefordert worden, und das in so einem Falle sogar zu Recht! - So weit das Gedankenspiel. Gegenüber dieser politischen Führerin ins Unheil aber nur ein dröhnendes Schweigen. Höchstens einige verlegene Kommentare in den sogenannten Qualitätsmedien. Wenn wir diesem Verfassungsbruch nicht scharf und klar entgegenreten, sind wir auf dem Weg in die Diktatur. Diesmal wäre es eine linke Diktatur.

(Lachen des Abgeordneten Renner (SPD).)

Ja, da lacht einer, da lacht der Linke. Sie freuen sich schon drauf, ja?

(Abg. Renner (SPD): Sie sind bescheuert.)

Ich gebe es gerne zurück.

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Herr Kollege Renner! Das ist ein Ausdruck, der nicht ins Parlament gehört. Ich bitte noch einmal in der Debatte um Mäßigung bei der Wortwahl!

(Abg. Renner (SPD): Ich nehme es zurück, aber ich bedaure nichts!)

**Abg. Müller (AfD):**

Selten, meine Damen und Herren, war der Aufruf, den Anfängen zu wehren, in unserer Zeit treffender und passender als hier! Ich bin gespannt auf Ihre Abstimmung, man wird sie dokumentieren. - Danke Ihnen!

(Beifall von der AfD.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Kollege Hermann Scharf.

**Abg. Scharf (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem erbärmlichen Antrag und Ihrer unverfrorenen,

(Abg. Müller (AfD): Unglaublich! Unglaublich!)

niederträchtigen Rede, Herr AfD-Abgeordneter Müller, will ich Ihnen sehr deutlich sagen:

(Abg. Müller (AfD): Pfui!)

Mit Hass im Herzen und Schaum vor dem Mund werden wir in unserem Lande nichts verbessern können!

(Beifall von den Regierungsfractionen und von der LINKEN.)

Wörtlich hat unsere Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, Folgendes nach der Wahl in Thüringen gesagt: „Die Wahl dieses Ministerpräsidenten war ein einzigartiger Vorgang, der mit einer Grundüberzeugung gebrochen hat für die CDU und auch für mich, nämlich dass keine Mehrheiten mithilfe der AfD gewonnen werden sollen.“ Und recht hat sie, unsere Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel, und ich sage es klar und deutlich, aufgrund dieser Aussage sind wir stolz auf sie!

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Müller (AfD): Lügen Sie nicht. Sie hat gesagt, rückgängig machen!)

Wenn man sich nämlich die Reden des Faschisten Höcke und anderer Flügelstürmer der AfD vergegenwärtigt, wird einem nur übel. Ich werde uns einige Kostproben - wir haben heute ja schon einige gehört - noch einmal ins Gedächtnis rufen. Höcke: „Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp.“ Oder: „Ich will, dass Deutschland nicht nur eine 1000-jährige Vergangenheit hat. Ich will, dass Deutschland auch eine 1000-jährige Zukunft hat.“ Oder: „Thüringer, Deutsche, 3.000 Jahre Europa, 1.000 Jahre Deutschland, ich gebe euch nicht her.“ Oder: „Sigmar Gabriel, dieser Volksverderber, anders kann ich ihn nicht nennen.“ Oder: „Unsere einst geachtete Armee ist von einem Instrument der Landesverteidigung zu einer durchgegenderten, multikulturalisierten Eingreiftruppe im Dienste der USA verkommen.“ Oder: „Wir Deutsche, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das

**(Abg. Scharf (CDU))**

sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“

Meine Damen und Herren, wenn ein Berufspolitiker wie Höcke so häufig antisemitische oder rassistische Anspielungen in seinen Reden gebraucht, kann man kaum noch von einzelnen Ausrutschern sprechen. Man muss davon ausgehen, dass dieser AfD-Mann diese Provokationen gezielt verwendet. Auffällig sind auch die Begriffe aus der NS-Zeit, die einem Geschichtslehrer wohl nicht einfach nur herausrutschen. Vom Höhepunkt der Unverfrorenheit haben wir heute auch schon einmal gehört: In Chemnitz steht Josef Dörr an der Seite von Björn Höcke und dem mehrfach vorbestraften Lutz Bachmann und missbraucht auf übelste Art und Weise das Symbol der weißen Rose. Hier fällt mir nur ein: Ein einzig Volk von falschen Brüdern.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Und deshalb hat sie recht, unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, nämlich dass keine Mehrheiten mithilfe einer solchen Partei wie der AfD gewonnen werden sollen. Das geht in einer Demokratie nicht. Deshalb sage ich nochmals ganz deutlich, Herr Abgeordneter Müller: Mit Hass im Herzen und Schaum vor dem Mund werden wir nichts verbessern können.

Ich möchte meine kurze Rede beenden mit Worten unseres Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier aus seiner Weihnachtsansprache: „Was machen wir jetzt mit all dem Streit? Wie wird aus der Reibung wieder Respekt? Wie wird aus der Dauerempörung eine ordentliche Streitkultur?“ Und genau diese brauchen wir, im Alltag, hier im saarländischen Landtag, zu Hause und in der Welt. - Herzlichen Dank!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Abgeordneter. Herr Fraktionsvorsitzender Josef Dörr hat den Wunsch nach einer Kurzintervention signalisiert. Ich lasse sie zu. Herr Fraktionsvorsitzender, Sie haben das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Herr Scharf! Warum bleiben Sie immer bei derselben Unwahrheit von Chemnitz, wo Sie nie waren? Ich habe dort neben Höcke gestanden. Höcke ist Fraktionsvorsitzender eines deutschen Landtages und Landesvorsitzender einer Partei. Er hat dieselben Ämter, die ich auch habe, und er hat sich nichts zu Schulden kommen lassen.

(Lautes Lachen des Abgeordneten Renner (SPD).)

Ich wüsste nicht, wessen er angeklagt worden wäre und wessen er verurteilt worden wäre.

(Sprechen.)

Dazu kommt, ich kenne Herrn Bachmann überhaupt nicht. Ich habe in meinem Leben noch keinen einzigen Satz mit Herrn Bachmann gesprochen. Aber damals ist dieser Trauermarsch - und das war er, ohne Töne, nur Schweigen - gestoppt worden und wir haben eine Stunde an derselben Stelle gestanden und vor uns waren circa 100 Kameraleute und Fotografen. Die hatten eine Stunde Zeit, Fotos zu machen wie sie wollten. Da ist ein Foto dabei gewesen, wo Herr Bachmann - man hat mir hinterher gesagt, dass er das ist - hinter mir gestanden hat, aber nicht neben mir. Und dieses Foto ist in der Saarbrücker Zeitung gebracht worden, das ist ja alles nicht zufällig.

Das heißt also, bitte nehmen Sie einmal zur Kenntnis, dass ich dort auf einem Trauermarsch war und dass ich dort nicht mit Herrn Bachmann zusammen war, dass ich wohl neben Herrn Höcke war und dass Herr Höcke ein ehrenhafter deutscher Politiker ist!

(Unruhe und lautes Sprechen. - Beifall von der AfD.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Herr Abgeordneter Scharf, Sie möchten mit Sicherheit antworten. Bitte schön!

**Abg. Scharf (CDU):**

Herr Fraktionsvorsitzender Dörr, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie neben einem Faschisten und einem Vorbestraften - -

(Abg. Dörr (AfD): Wieso vorbestraft?)

Lutz Bachmann ist vorbestraft!

(Abg. Dörr (AfD): Lutz Bachmann, mit dem habe ich nichts tun!)

Sie sind neben diesem Herrn gelaufen!

(Abg. Dörr (AfD): Nein, ich war nicht neben dem Herrn!)

Sie können das drehen und wenden, wie Sie wollen. Sie machen uns ja sonst immer, wenn Plenarsitzung ist, deutlich, dass Sie sich in Ihrem 45-jährigen Berufsleben mit allerhand beschäftigt haben. Dann hätten Sie sich auch damit beschäftigen müssen, dass ein Faschist, den man so nennen darf, neben Ihnen steht

**(Abg. Scharf (CDU))**

(Zurufe von der AfD und Unruhe)

und dass ein Vorbestrafter neben Ihnen gestanden hat. Sie haben das Symbol der weißen Rose auf das Übelste missbraucht! Und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen!

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN. - Zuruf des Abgeordneten Müller (AfD).)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Herr Abgeordneter Müller, Sie haben nicht das Wort! Wir machen weiter in der Reihenfolge der Wortmeldungen.

(Sprechen. - Unruhe. - Zurufe von den Regierungsfractionen. - Gegenruf des Abgeordneten Müller (AfD).)

Herr Abgeordneter Müller!

(Unruhe. - Zuruf des Abgeordneten Müller (AfD): Und wenn das vor Gericht kommt. So sieht es aus. - Zurufe aus der CDU. - Zuruf: Das gibt es doch nicht.)

Herr Abgeordneter Müller, ich habe Sie mehrfach aufgefordert und darauf hingewiesen, dass Sie nicht das Wort haben. Wir sind hier im Hohen Hause, im Parlament. Ich erteile Ihnen damit einen Ordnungsruf für Ihr Verhalten, das Sie jetzt im Rahmen dieser Debatte gezeigt haben.

(Beifall.)

Wir fahren fort in der Liste der Wortmeldungen. Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE der Kollege Jochen Flackus.

**Abg. Flackus (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine Vorbemerkung persönlicher Art machen. Ich bin vor wenigen Tagen 65 Jahre alt geworden und ich lasse mich von niemandem mehr anschreien, Herr Müller, damit das einmal klar ist. Anschreien geht überhaupt nicht.

(Beifall. - Zuruf: Genauso ist es. - Zuruf des Abgeordneten Müller (AfD).)

Der zweite Punkt ist, dass wir mit diesem Antrag jetzt auf dem zweiten, dritten oder vierten Hinterhof heute Nachmittag sind. Dieses Mal ist es halt Thüringen. Ich will ironisch anmerken, dass es für mich ja schon nicht so einfach ist, am Ende Frau Merkel zu verteidigen.

(Heiterkeit.)

Ich bin dafür eigentlich der Falsche. Deshalb möchte ich sehr formal zwei Sätze sagen. Die AfD möchte heute, dass wir die Aufforderung einer Politikerin, die kein Mitglied im saarländischen Landtag ist, zu einem Vorgang, der außerhalb des Saarlandes und ohne jeden Bezug zum Saarland und zu den Saarländerinnen und Saarländern liegt, zurückweisen.

(Heiterkeit. - Abg. Roth (SPD): Das nennt man Thema verfehlt.)

Man kann sich kaum einen Antrag vorstellen, Herr Kollege Roth, der weniger mit den Aufgaben des saarländischen Landtags und seinen Kompetenzen zu tun hat. Der Landtag ist das Landesparlament für das Saarland und nicht der Stammtisch der AfD. - Den Antrag werden wir ablehnen.

(Beifall.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Abgeordneter. Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1235. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1235 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion. Dagegen gestimmt haben die Koalitionfraktionen sowie die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zu Punkt 16 der Tagesordnung:

**Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des § 4 des Schulordnungsgesetzes (Drucksache 16/1227)**

Zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Frau Präsidentin! Lieber Gast! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Inklusion war hier schon öfter Thema und das hat sie auch verdient, weil Kinder unter diesem unsäglichen, ideologisch bedingten, kinderfeindlichen System leiden, und zwar täglich. Ich werde die Begründung, die ich die ganze Zeit immer vorgetragen habe, heute nicht wiederholen. Heute werde ich mit der Erlaubnis der Präsidentin einen Fachmann, Herrn Dr. Hansgünter Lang, reden lassen, der 33 Jahre im saarländischen Kultusministerium gearbeitet hat und dort am Schluss auch als

(Abg. Dörr (AfD))

Staatssekretär ausgeschieden ist. Er ist ein hervorragender Fachmann im Schulrecht. Er hat dazu ein fünfbändiges, inzwischen sechsbändiges Werk initiiert. Er hat sich auch mit Pädagogik wesentlich befasst, hat ein Buch geschrieben und in einem Interview einige Gedanken vorgetragen. Die Überschrift lautete: „Die Inklusionspraxis im Saarland ist ein einziges Trauerspiel.“

Der Interviewpartner bezieht sich auf seine Dissertation: „Sie bezeichnen in Ihrer Dissertation die inklusive Unterrichtung behinderter Schüler im Saarland als ‚hochgradig defizitär‘. Was rechtfertigt ein solches Urteil?“ - Dr. Hansgünter Lang antwortet: „Inklusion, wenn sie pädagogisch verantwortbar praktiziert werden soll, steht und fällt mit den dafür erforderlichen personellen Rahmenbedingungen. Der Schüler im Rollstuhl ist nicht das Problem, sofern er nicht gleichzeitig auch eine kognitive Behinderung hat. Die geradezu stereotype Darstellung des Rollstuhlfahrers als Illustrierung eines Zeitungsartikels zum Thema Inklusion lenkt davon ab, dass 80 Prozent der Schüler, um die es hier geht, lernbehindert oder geistig behindert und weitere 15 Prozent verhaltensauffällig sind. Diesen Schülern kann man nur mit einer individuellen und damit zeitintensiven sonderpädagogischen Förderung gerecht werden.“ - Die nächste Frage hieß: „Wie beurteilt sich nach diesem Maßstab die schulische Inklusion im Saarland?“ - Seine Antwort: „Im Schuljahr 2012/13 erhielt im Saarland ein inklusivunterrichtetes behindertes Kind pro Woche - wohlgemerkt: pro Woche - im Durchschnitt gerade einmal 1,67 Unterrichtsstunden an sonderpädagogischer Förderung durch einen sogenannten Ambulanzlehrer. Von dieser Durchschnittszahl sind alle Behinderungsarten und Schweregrade umfasst. Unter dem Gesichtspunkt der pädagogischen Wirksamkeit kann diese Förderung, zurückhaltend gesprochen, fast vernachlässigt werden. Die Evidenzfrage lautet: Was geschieht mit dem behinderten Kind in den ‚übrigen‘ 26 bis 30 Wochenstunden?“ - Nächste Frage: „Welche Forderung an Kultusminister Ulrich Commerçon leitet sich daraus ab?“ - Das war damals, als Herr Commerçon noch Kultusminister war. -

(Abg. Commerçon (SPD): Halten Sie jetzt die gleichen Reden wie früher?)

Die Antwort von Dr. Lang: „Ein behindertes Kind ist an jedem Unterrichtstag und Stunde für Stunde auf eine sonderpädagogisch geprägte Unterrichtssituation angewiesen. In der Förderschule ist das gewährleistet und an diesem Qualitätsmaßstab muss sich auch die inklusive Unterrichtung messen lassen. Eine sonderpädagogisch geprägte Unterrichtssituation für das behinderte Kind kann bei zieldifferenter Un-

terrichtung von kognitiv behinderten Schülern und bei der Unterrichtung von verhaltensauffälligen Schülern nur mit einem Zwei-Pädagogen-System, das heißt mit durchgängiger pädagogischer Doppelbesetzung hergestellt werden. Darüber besteht in der Erziehungswissenschaft sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene Konsens.“

Eine weitere Aussage: „Der für eine pädagogisch verantwortbare inklusive Unterrichtung Behinderter erforderliche Personalbedarf ist um den Faktor 3,5 größer als bei der Unterrichtung an Förderschulen. Kultusminister Diether Breitenbach hat 1986 bei der Beratung zur gesetzlichen Regelung der integrativen Unterrichtung im Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport des Landtages des Saarlandes erklärt, die integrative Unterrichtung solle kostenlos, kostenneutral verwirklicht werden, weshalb sicherlich auch nicht allen Anträgen auf Integration in dem Maß gesprochen werden könne, wie es von den Betroffenen erwartet werde. Jeder Sachkundige weiß, dass eine pädagogisch verantwortbare integrative beziehungsweise inklusive Unterrichtung unter der Bedingung von Kostenneutralität illusorisch ist. Entgegen den offiziellen Absichtserklärungen wurden die Fallzahlen jedoch von Anfang an und von Jahr zu Jahr massiv gesteigert. Mit der Festlegung auf Kostenneutralität waren die enormen pädagogischen Defizite, das heißt das Scheitern der integrativen beziehungsweise inklusiven Unterrichtung im Saarland, daher von Anfang an vorprogrammiert. Sogar einigen für diese Zustände und Verhältnisse in den letzten 30 Jahren Verantwortlichen scheint langsam zu dämmern, dass das Projekt Inklusion im Saarland gegen die Wand gefahren ist.“

Dr. Lang weiter: „Ich habe 33 Jahre im Kultusministerium des Saarlandes gearbeitet, bin also mit den Reflexen von Kultusministern vertraut. Es gibt zwei Signalwörter, mit denen Kultusminister in bestimmten Situationen unfreiwillig preisgeben, dass sie mit ihrem Latein am Ende sind: Wenn sich bei ambitionierten Großprojekten die pädagogische Innovation aus strukturell immanenten Gründen oder wegen des Fehlens der erforderlichen Rahmenbedingungen an der Wirklichkeit stößt, dann soll es die ‚innere Differenzierung‘ oder die ‚Verbesserung der Lehrerbildung‘ richten, ein realitätsfernes Lösungsversprechen.“ Mit der Inklusion als Teil der Lehrerbildung und der Lehrerfortbildungen soll jeder Lehrer befähigt werden, Unmögliches zu leisten. - Er wird dann noch gefragt, was er mit „Unmögliches“ meint: „Der Kern des Problems, mit dem die Lehrkraft bei inklusiver Unterrichtung von Behinderten konfrontiert ist, ist die fehlende Zeit für den einzelnen behinderten Schüler. Die Förderung lernbehinderter und geis-

(Abg. Dörr (AfD))

tig behinderter Schüler ist zeitintensiv. Gleiches gilt für die Verhaltensauffälligen mit ihren inneren Nöten, auf die der Lehrer geduldig eingehen muss. Selbst ein Lehrer mit förmlicher Doppelqualifikation als Grundschul- und Förderschullehrer ist damit in der Regelschule überfordert. Denn er hat ja auch den Auftrag, 20 oder 25 nichtbehinderte Schüler zu unterrichten, deren Bildungsanspruch ebenfalls unverkürzt zu erfüllen ist.“ - Das Interview ist noch länger. Das erspare ich Ihnen jetzt. Das Buch ist natürlich noch ausführlicher. Sie könnten es sicher einmal lesen, es würde Ihnen bei Ihrer Urteilsfindung in Zukunft weiterhelfen. Ich habe den Antrag im Namen unserer Fraktion heute wieder gestellt. Ich bitte um Annahme, habe aber keine großen Illusionen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/1227. Wer für die Annahme dieses Gesetzentwurfs in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1227 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen sowie die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

**Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des § 43 des Schulordnungsgesetzes (Drucksache 16/1226)**

Zur Begründung des Entwurfs erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich lese Ihnen § 43 Klassenbildung vor: „Die Schulaufsichtsbehörde wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nach den pädagogischen und verwaltungsmäßigen Bedürfnissen der einzelnen Schulformen,

Schultypen, Schulstufen und Klassen Höchst-, Richt- und Mindestwerte für die Klassen-, Gruppen- und Kursbildung sowie Schüler-Lehrer-Relationen festzulegen; dabei ist auch die in § 9 Abs. 5 Satz 2 sowie die in § 3a Abs. 1 Satz 5 und § 4a Abs. 2 Satz 2 vorgesehene Möglichkeit einer Unterrichtung in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen vorzusehen.“

(Abg. Ries (SPD): Wir haben doch alle die Gesetze. Sie müssen sie uns also nicht noch vorlesen.)

Das ist ein Beispiel, wie man mehr Bürokratie und weniger Demokratie erreichen kann. Warum müssen solche Einzelheiten, die der Kultusminister mit seinem Stab im Einzelnen gar nicht kennt, die aber in der Schule vor Ort bekannt sind, am Grünen Tisch in Saarbrücken geregelt werden? - Das bezieht sich auf die Demokratie. Die zweite Frage ist: Warum braucht man so ein Monster, das niemand beim ersten Durchlesen versteht, außer er beschäftigt sich tagtäglich mit solchen Sachen? - Man kann doch ganz einfach sagen, dass die Schule selbst die Klassenbildung vornimmt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD.)

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/1226. Wer für die Annahme dieses Gesetzentwurfs in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1226 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen sowie die Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zu Punkt 8 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Saarlandstrategie - Entschuldung überfällig (Drucksache 16/1228)**

Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Josef Dörr das Wort.

**Abg. Dörr (AfD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe über diesen Tagesordnungspunkt schon einige Ausführungen gemacht. Ich kann mich hier, glaube ich, kurzfassen, weil es nur um einen Punkt geht. Wir sind der Ansicht, dass der Bund uns als Land 5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen muss, damit wir vorwärtskommen, und zudem 3 Milliarden Euro für die Städte und Gemeinden. Damit ich hier nicht ganz alleine stehe, habe ich mir eine Argumentationshilfe geholt - es ist nur eine Seite - und zwar von dem Ex-Bundesminister Müller, der leider inzwischen verstorben ist.

In den Medien wurde wie folgt über ein Interview mit ihm berichtet: „Nordrhein-Westfalen gehört zu den Sorgenkindern der deutschen Wirtschaftsentwicklung. Hohe Arbeitslosigkeit und steigende Schulden prägen vor allem im Ruhrgebiet das Bild. (...) Der Chef der RAG-Stiftung, Werner Müller, hat einen Solidaripakt im Volumen von 50 Milliarden Euro für das Ruhrgebiet gefordert. ‚Mit dem Geld könnte man Straßen sanieren, Stadtviertel attraktiv machen und Unternehmen ansiedeln‘, sagte der frühere Bundeswirtschaftsminister der ‚Rheinischen Post‘. Müller erinnerte daran, dass ‚mindestens 200 Milliarden Euro‘ in den Aufbau Ost geflossen seien - ‚finanziert auch mit viel Steuergeld der Bürger des Ruhrgebiets‘. Auf den Aufbau Ost müsse nun der Aufbau West folgen. Das Ruhrgebiet benötige dringend Unterstützung: ‚Die Infrastruktur und manche Stadtteile verkommen‘, klagte Müller. ‚Es gibt Viertel in Duisburg, Dortmund und im Essener Norden, da möchte niemand wohnen oder seinen Betrieb haben. Wir können die gut 5 Millionen Menschen im Ruhrgebiet nicht hängen lassen.‘ Nach Müllers Vorstellungen sollten über einen ‚Solidaripakt für das Ruhrgebiet‘ in den kommenden zehn Jahren 50 Milliarden Euro ausgezahlt werden.“

Ich will es damit beenden. 50 Milliarden Euro für 5 Millionen Menschen sind 10 Millionen pro 1 Million Menschen. Die Probleme, die Herr Müller für das Ruhrgebiet aufgezählt hat, gelten auch für uns. Deshalb denke ich, dass wir das Geld vom Bund brauchen. Wir sind keine Bittsteller, der Bund muss es uns geben. - Herzlichen Dank.

**Vizepräsidentin Spaniol:**

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1228. Wer für die Annahme dieser

Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1228 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen sowie die Fraktion DIE LINKE.

Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich wünsche allen einen schönen, regenfreien Abend. Ich schließe die Sitzung.